

ROLF SCHWANITZ

Spurensuche, Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Plauen und dem Vogtland



**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

Rolf Schwanitz

Spurensuche
Aus der Geschichte der Sozialdemokratie
in Plauen und dem Vogtland

*In einem konstitutionellen Staate
ist der wirkliche Regent der Wähler.*

FERDINAND LASSALLE (1825–1864)
Mitgründer der deutschen Sozialdemokratie

ROLF SCHWANITZ

Spurensuche

Aus der Geschichte der Sozialdemokratie
in Plauen und dem Vogtland

2015

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	8
Bewegte Zeit – das Jahr 1870	12
Der Gründungsimpuls – August Bebel 1870 in Plauen	22
Der Hochverratsprozess gegen August Bebel im Jahre 1872	31
Frühe Sozialdemokraten in Plauen	41
Erste Spuren der Sozialdemokratie	43
Die Sozialdemokratische Partei in Plauen	47
Der Volksverein	64
Der Arbeiterwahlverein für den 23. sächsischen Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal	65
Der Arbeiterwahlverein in den Reichstagswahlen von 1877	75
Organisiert Euch!	92
Eine sozialdemokratische Parteiversammlung	96
Der Arbeiterbildungsverein	102
Sozialdemokraten und Kirche	104

Ausgewählte Sozialdemokraten im Vogtland bis zum Ende der Weimarer Republik	111
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Plauen	111
Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete	113
Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete	123
Die Demokratie wird abgewählt	137
Nachwort	150
Anhang	152
Bildverzeichnis	178
Personenregister	180
Impressum	191

Die über 150-jährige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zu ihrer Wiedergründung am Ende der DDR, im friedlichen Revolutionsherbst 1989, von Verächtlichmachung, Ausgrenzung und Verfolgung geprägt. Dazu gehört Bismarcks Sozialistengesetz, das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878, mit dem sozialdemokratische Aktivitäten im Deutschen Reich bis 1890 systematisch verboten wurden.

Wir kennen auch die berühmte, todesmutige Reichstagsrede des Sozialdemokraten Otto Wels gegen das sogenannte Ermächtigungsgesetz der NSDAP vom 23. März 1933, in der er ausrief: „Wir sind wehrlos, aber nicht ehrlos. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Der Massenzulauf zu Hitlers Nationalsozialisten, ihre zunehmenden Wahlerfolge und die daraus folgende „Machtergreifung“ stürzten Deutschland und Europa in eine bis dahin unvorstellbare Katastrophe von Krieg und Massenvernichtung bis hin zur versuchten Ausrottung jeglicher demokratischen Kräfte – allen voran der Sozialdemokratie. Zuvor wirkte mit Friedrich Ebert erstmals ein Sozialdemokrat als frei gewählter Reichspräsident und erster Mann im Staate der Weimarer Republik.

Im ostdeutschen Arbeiter- und Bauernstaat DDR, unter anderen politisch-ideologischen Vorzeichen, waren es wiederum Sozialdemokraten, die nunmehr unter dem Diktat der Kommunisten in die neu gegründete SED gezwungen oder mit beruflichen Nachteilen, Verfolgung und Zuchthaus bedroht wurden. Allein diese verkürzte Reihung macht deutlich, welche Brüche die deutsche Sozialdemokratie zu bestehen hatte und weshalb Quellen und Dokumente ihrer Geschichte immer wieder verschüttet wurden oder oft genug auch aus den eigenen Reihen heraus verschüttet werden mussten, um sich und die eigenen Mitstreiter vor Repressionen zu schützen.

Rolf Schwanitz hat sich für die hier vorliegende Darstellung auf intensive Spurensuche in seiner Heimatstadt Plauen begeben und dafür hunderte Quellen, Artikel und Bücher ausgewertet. Seine Betrachtung reicht bis zur Weimarer Zeit und zum Siegeszug des Nationalsozialismus, der in Plauen, wie hier zu lesen, eine seiner frühen Hochburgen hatte. Dabei ist es geradezu symptomatisch, dass es vielfach Polizeiakten waren, in denen er sozialdemokratische Aktivitäten, Personen und Schriften überliefert fand. Für diese akribische Arbeit, die uns einen fundierten und zugleich außerordentlich spannend geschilderten

Einblick in ein Stück sozialdemokratischer Gründungsgeschichte vermittelt, möchte ich Rolf Schwanitz im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr herzlich Danke sagen. Denn gerade in Ostdeutschland, wo Erinnerungsmöglichkeiten an sozialdemokratische Regionalgeschichte durch das Wirken zweier Diktaturen gezielt vernichtet wurden und von daher weitgehend fehlen, kann mit einer solchen Veröffentlichung die freie Sicht auf vergangene regionale Ereignisse in Teilen zurückgewonnen werden.

Der Autor gehörte im Herbst 1989 zu den Frauen und Männern im Vogtland, die sich daran machten, die lange verbotene Sozialdemokratische Partei in der damaligen DDR erneut aufzubauen, und die damit selbst Geschichte schrieben. Er übernahm bald politische Verantwortung als Plauener Abgeordneter in der ersten frei gewählten Volkskammer, als langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages und er arbeitete in exponierten Positionen wie als Staatsminister beim Bundeskanzler Gerhard Schröder oder Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium.

MATTHIAS EISEL

Friedrich-Ebert-Stiftung

Leiter des Landesbüros Sachsen

Vorwort

Der Auslöser zum Verfassen dieses Buches war ein Interview in der Plauener Regionalzeitung im Mai 2013. Damals feierte die SPD das Jubiläum ihrer 150 Jahre zurückliegenden Gründung mit einem großen Festakt in Leipzig. Über 1600 Gäste waren geladen. Darunter sehr viele Mitglieder aus den Ortsvereinen der Partei, aber auch politische Prominenz vom französischen Präsidenten Francois Hollande über Bundespräsident Joachim Gauck bis hin zur Bundeskanzlerin Angela Merkel und weiteren Staats- und Regierungschefs aus der EU. Es war ein ebenso lockerer wie emotional bewegender Festakt im Leipziger Gewandhaus, der danach auf einem Volksfest vor dem alten Rathaus einen gelungenen Abschluss fand. Neben dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel hielten vor allem Joachim Gauck und Francois Hollande bemerkenswerte Reden über die wichtige und prägende Rolle der Sozialdemokratie in der Geschichte unseres Landes, aber auch darüber hinaus. Die SPD, die als älteste der im deutschen Parlament vertretenen Parteien aus einer langen und ungebrochenen Freiheits-tradition kommt, hat sowohl die Demokratie als auch den Sozialstaat in Deutschland befördert und an vielen Stellen maßgeblich vorangebracht. Deshalb gab es im Mai 2013 allen Grund, nicht nur auf die vergangenen Jahrzehnte, sondern auch auf die Ereignisse vor 150 Jahren zurückzuschauen. Damals, am 23. Mai 1863, wurde im Leipziger Pantheon der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Ferdinand Lassalle wurde der erste Präsident. Sechs Jahre später gründete sich in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, zu der August Bebel und Wilhelm Liebknecht gehörten. Beide kamen aus der linksliberalen, 1866 in Chemnitz gegründeten Sächsischen Volkspartei, die nun mit der Eisenacher Partei verschmolz. Beide Arbeiterparteien, die Lasalleaner und die Eisenacher, vereinigten sich schließlich 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die später, nach der Aufhebung des ersten, zwölf-jährigen Parteienverbots durch die Sozialistengesetze in SPD, Sozialdemo-kratische Partei Deutschlands, umbenannt wurde. Es konnte also eigentlich nicht verwundern, dass wenige Tage vor dem Leipziger Festakt im Mai 2013 ein Lokalredakteur wissen wollte, wann denn nun eigentlich hier in Plauen zum ersten Mal Sozialdemokraten einen Ortsverein gegründet haben. Die Antwort des

jungen Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Plauen war ebenso ehrlich wie ernüchternd. Er sagte, er wisse es nicht. Darüber sei nichts bekannt.

Ein solcher weißer Fleck, eine solche Leerstelle in der Regionalgeschichte Plauens und des Vogtlandes konnte weder akzeptiert werden noch bestehen bleiben. Erste Recherchen zeigten jedoch schnell, wie schwierig diese Erkundungsarbeit werden würde – jedenfalls dann, wenn man den Anspruch erhebt, sich einen einigermaßen authentischen Einblick in die Ereignisse verschaffen zu wollen. Einen schnellen Zugang zu Materialien über die SPD-Geschichte Plauens gibt es heute nicht mehr. Dabei hatten die Sozialdemokraten gerade auch in Südwestsachsen relativ schnell an Stärke gewonnen und sich später zu einer Massenpartei entwickelt. Gemessen an der Mitgliederzahl war 1923 das stärkste Jahr der Sozialdemokraten. Damals gab es im SPD-Bezirk Zwickau-Plauen über 26 000 Mitglieder – allein im Stadtgebiet Zwickau waren es mehr als 2 800 und in Plauen dürften es nicht viel weniger gewesen sein. Die SPD gab eigene Zeitungen heraus, und nicht wenige frühere Genossen, seien sie nun Abgeordnete oder Vorsitzende innerhalb der Partei gewesen, brachten damals ihre Lebenserinnerungen zu Papier. Über die Jahre war so ein Bestand an Arbeiterliteratur gewachsen, aus dem man auch die regionale Geschichte der Sozialdemokraten herauslesen konnte.

Zu finden ist davon in unseren Bibliotheken heute jedoch nichts mehr und dies hat natürlich politische Gründe. Zunächst entfernten die Nazis nach 1933 alle sozialdemokratisch geprägten Bücher aus den öffentlichen Bibliotheken und vernichteten sie, soweit sie nicht vorher ausgelagert oder versteckt werden konnten. Die SPD kam zum zweiten Mal in ihrer Geschichte in eine Unterdrückungs- und Verfolgungssituation, allerdings in einem bis dahin ungekannten Ausmaß. Nach 1945 konnten die Informationsverluste nicht wieder ausgeglichen werden. Der „Sozialdemokratismus“ wurde in der SED schnell wieder zu einem politischen Verfolgungsgrund. Unter der kommunistischen Staatspartei wurde die Geschichte der Arbeiterbewegung rückwirkend selektiert und verformt. In die Lehr- und Schulbücher kam nur noch das, was mit ihrer Anschauung kompatibel und im ihrem Sinne vorzeigbar war. Millionen von DDR-Schülern wurde fortan eingetrichtert, dass die Kommunisten auf der guten und die Sozialdemokraten spätestens ab 1918 auf der schlechten und falschen Seite der Geschichte gestanden hätten. Daran änderte sich bis zum Ende der DDR-

Zeit nichts, weshalb im Osten die großen Lücken in der regionalen Geschichte der Arbeiterbewegung bis in unsere Tage fortbestehen.

So erklärt sich, dass beispielsweise in der Vogtlandbibliothek Plauen zwar das mikroverfilmte USPD-Blatt „Volks-Zeitung“ eingesehen werden kann, jedoch Bücher, Zeitungen oder Zeitschriften der SPD bis 1933 komplett fehlen. Wer sich einmal Zeit nimmt und einige Ausgaben dieser Zeitung nachliest, wird schnell feststellen, dass in den Artikeln die Gegnerschaft zur SPD massiv und unübersehbar ist. Das passte recht gut in das Geschichtsbild der SED. Deshalb wurde diese von 1919 bis 1922 in Plauen herausgegebene Zeitung verfilmt und zur allgemeinen Einsichtnahme freigegeben. Dabei hatte die SPD damals selbst Zeitungen für ihre Mitglieder und die Region im Angebot. Seit 1890 gab es das „Voigtländische Volksblatt“, das dann als „Sächsisches Volksblatt“ bis 1933 weitergeführt wurde. Ab dem Jahr 1900 gab die SPD acht Jahre lang das Blatt „Der Gesellschafter“ heraus, und auch die „Volkszeitung“ hat es vor und nach der USPD-Zeit gegeben. In der Vogtlandbibliothek sucht man diese SPD-Zeitungen jedoch leider vergeblich.

Wichtigste Quellen für die hier vorgelegte Arbeit waren deshalb Originale – genauer gesagt, der Dokumentenbestand im Stadtarchiv Plauen. Dort existiert seit Ende der 70er-Jahre ein Spezialinventar zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, das insbesondere im Blick auf die frühen Sozialdemokraten des 19. Jahrhunderts eingesehen und ausgewertet worden ist. Es ist eine Ironie der Zeitgeschichte, dass wir heute vor allem aus Unterlagen der früheren Polizeibehörde mehr über die örtliche Sozialdemokratie in Erfahrung bringen können. So wendet sich der einstige Fluch des königlich-sächsischen Überwachungsapparates wenigstens heute zu einem nutzbringenden Ende. Allerdings brauchte es dafür Akribie, und auch die eine oder andere Fertigkeit galt es neu zu erlernen. Denn Schreibmaschinen gab es in jener Zeit weder für die kontrollierenden Polizeibeamten noch für die aktiven Sozialdemokraten. Anträge, Veranstaltungsanzeigen und Polizeiberichte wurden fein säuberlich von Hand in der um 1865 üblichen deutschen Kurrentschrift verfasst. Sie heute zu entschlüsseln, gleich manchmal einer echten Detektivarbeit.

Ein vollumfängliches Bild der Sozialdemokraten in Plauen und Umgebung entwirft das hier vorgelegte Buch ausdrücklich nicht. Dafür waren sowohl die Untersuchungszeit als auch Tiefe und Umfang zu knapp. Worum es aber geht und

nach den Jahrzehnten der Bekämpfung und des Verschweigens der Sozialdemokratie bei uns auch gehen muss, ist es, den Lesern einen Überblick zu geben. Deshalb konzentriert sich das Buch im ersten Teil auf die Anfangsjahre bis zum Verbot der Partei durch die Sozialistengesetze und vermittelt dann einen Rundblick über wichtige Ereignisse und Personen der SPD bis 1933. Das wichtigste Anliegen ist hier, dem Leser Anregungen und Anknüpfungspunkte für weitere, eigene und tiefere Beschäftigung mit dem Thema zu geben. In diesem Sinne soll das Buch ein Beitrag zur Aktivierung und zur Wiederentdeckung eines wichtigen, bislang verschütteten Teils unserer Regionalgeschichte sein. Schließlich hat der Autor auch aktuelle Bezüge, die ihm bei der Erforschung der SPD-Geschichte deutlich wurden, ausdrücklich nicht ausgespart. Alles andere entspräche weder seinem Naturell noch der Bedeutung von Geschichte für unsere Gegenwart und Zukunft.

ROLF SCHWANITZ

März 2015

Bewegte Zeit – das Jahr 1870

Das Erinnern an vergangene Zeiten, das Verstehen von historischen Abläufen und Ereignissen fällt uns oft schwer. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen haben die meisten von uns in der eigenen Schulzeit eine zu selektive Darstellung der Geschichte erlebt. Sie beschränkte sich meist auf einzelne Ereignisse, Jahreszahlen und war in der DDR sehr stark durch ideologisch vorgegebene Interpretationen beengt. Eine parallele Betrachtung von politischen Linien mit der Entwicklung etwa in Wissenschaft und Technik oder Literatur und Kunst fand in dieser Pädagogik kaum Platz. Das führte bestenfalls zu einem zusammenhanglosen Einzelwissen und verstellt bis heute regelmäßig unsere wirkliche Vorstellungskraft, unser Empfinden für jene vergangene Zeit.

Auch die Besonderheiten der deutschen Geschichte erschweren tiefere Zugänge und verstellen oft unseren Blick. Wir können, anders als die Briten oder Franzosen, nicht auf eine zwar bewegte, aber relativ homogene Gesellschaftsentwicklung zurückschauen. Die Deutschen haben mehrere, und zwar tiefste Brüche in ihrer Geschichte erlebt, die aus gutem Grund reflektiert und ausgewertet werden müssen. Andere Zeiten und Ereignislinien treten dabei aber oft in den Hintergrund.

Zum Dritten wird unsere Wahrnehmung von Geschichte durch eine von uns gepflegte, in der Sache aber überzogene Technikaffinität geschwächt. Wir selbst leben im Zeitalter des Internet, fast jeder trägt heute ein Smartphone bei sich und in wenigen Jahren werden auch unsere normalen täglichen Gebrauchsgegenstände digital vernetzt sein. Ob wir das wirklich brauchen und davon einen echten Nutzen haben, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls neigen wir durch diese Technikmanie auch zu einem gewissen technologischen Chauvinismus. Oft meinen wir die Zeiten nach einem technischen Entwicklungsstand einteilen zu müssen. Und einfachere Gemüter unter uns fühlen sich selbst Menschen aus näheren Vorzeiten oft nur dadurch überlegen, dass diese eine bestimmte Technik noch nicht nutzen konnten. Ein solches Denken ist aber im höchsten Maße oberflächlich und falsch. Im Gegenteil: Bei genauerer Betrachtung wird uns auffallen, dass sich trotz zeitlicher Ferne und anderer Lebensumstände die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen relativ wenig verändert

haben. Wir sind unseren Vorfahren oft ähnlicher, als wir es mitunter glauben, ob uns das nun gefällt oder nicht.

Die Zeit, in die wir uns nun gedanklich begeben werden, ist die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Genauer gesagt, das Frühjahr des Jahres 1870. Dort beginnt unsere Geschichte. Eine solche Zeitspanne ist zwar enorm, kann aber durchaus noch von unserer Vorstellungswelt erfasst werden. Wir überblicken mitunter solche Zeiträume sogar noch familiär. Ein Schüler, der heute 15 Jahre alt ist und sich vielleicht an einer Plauener Schule auf die Prüfungen in der zehnten Klasse vorbereitet, wäre etwa über fünf Generationen seiner Familie mit dem Jahr 1870 verbunden. Er könnte in diesem Buch über Dinge lesen, die dereinst sein Uru-rurgroßvater in Plauen erlebt hat. In der Natur ist die zeitliche Verbindungslinie noch unmittelbarer. Eine stattliche alte Eiche mit 145 oder mehr Jahresringen ist in unserem Umfeld keine Seltenheit. Sie wurde gepflanzt oder stand bereits als junger Baum, als die Zeit begann, über die hier berichtet wird.

Das Jahr 1870 markiert eine bewegte Zeit. In den Vereinigten Staaten wurde der 15. Zusatzartikel in die Verfassung aufgenommen, nach dem ehemalige Sklaven das Stimmrecht erhielten. In den Südstaaten wusste man aber mit Wahlsteuern eine Beteiligung der Schwarzen weiter zu verhindern. Wir werden noch sehen, dass ähnliche Methoden nicht nur dort anzutreffen sind. Heinrich Schliemann begann in diesem Jahr seine Troja-Ausgrabung. In der Schweiz verständigte man sich auf einer Konferenz über den Bau eines 15 Kilometer langen Eisenbahntunnels unterhalb des Sankt-Gotthard-Passes. Zwei Jahre später war Baubeginn für den Gotthardtunnel. In Wien eröffnete das Musikvereinsgebäude – wir bestaunen es bis heute, wenn alljährlich dort die Wiener Philharmoniker zum Neujahrskonzert aufspielen. Und in einem Schlachthof in Cincinnati wurde die erste Fließbandarbeit eingeführt, die später die industrielle Produktion rund um den Globus revolutionierte.

Aber auch und gerade in Deutschland und in Europa führte das Jahr 1870 zu massiven und wichtigen politischen Veränderungen. Es kam im Verlaufe des Jahres zum Deutsch-Französischen Krieg und im Januar des Folgejahres zur Einheit Deutschlands durch die Proklamation des neuen Deutschen Kaiserreiches. Auch Italien fand seine staatliche Vereinigung. Der Vatikanstaat wurde beseitigt und Rom zur neuen Hauptstadt des Landes. Soweit sind wir im Frühjahr 1870 aber noch nicht. Die dunklen Wolken des Krieges und die daraus folgenden na-

tionalen Veränderungen waren für die Menschen am Himmel noch nicht erkennbar. Dennoch hatte sich in den Jahren zuvor bereits vieles verändert. Ein wichtiges Achtungszeichen lag rund zwei Jahrzehnte zurück. Die revolutionären demokratischen Erhebungen des Jahres 1848 hatten sich zunächst wie ein reinigendes Feuer über den europäischen Kontinent verbreitet. Auch die deutschen aristokratisch regierten Länder waren davon erfasst worden. Auf das ermutigende Hoffnungszeichen einer ersten demokratischen Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung war aber schnell die Ernüchterung gefolgt. Die eigentlichen Ziele dieser Revolution, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die deutsche Einheit mit einem demokratisch gewählten Parlament, waren nicht erreicht worden. Die Aufstände wurden vielerorts blutig zusammengeschossen, insbesondere auch in Dresden. Was in den deutschen Ländern und ebenso in Sachsen folgte, war neben partiellen Zugeständnissen jedoch eine Zeit der aristokratischen Restauration. Die Ereignisse von 1848/49 blieben aber Orientierungspunkt für die Visionen von Freiheit und Einheit, wie sie die Demokraten in Deutschland in den Jahrzehnten danach weiter in sich trugen.

Das war auch bei den frühen Sozialdemokraten nicht anders. 1863 hatte sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Ferdinand Lassalle wurde sein erster Präsident. Die Organisation zielte auf eine Verbesserung der politischen und sozialen Lage der Proletarier, forderte ein allgemeines, gleiches Wahlrecht sowie Produktivgenossenschaften der Arbeiter mit Hilfe des Staates. Diese Gründung, aber auch die Gründung der stärker von Marx und Engels geprägten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei drei Jahre später waren Reaktionen auf die bis dahin immer dringender gewordenen sozialen Folgen der Industrialisierung, der Frage der Arbeiterschaft. Und sie waren eine direkte Kampfansage an den bis dahin überwiegend herrschenden politischen und wirtschaftlichen Zeitgeist: eine Kampfansage an den aristokratisch, aber auch vom Junkertum geprägten politischen Konservatismus sowie eine Kampfansage gegen den ungebremsen wirtschaftlichen Liberalismus dieser Zeit.

In den deutschen Ländern hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein enormer wirtschaftlicher Veränderungsprozess begonnen. Die zuvor bereits in Großbritannien geschehene Ablösung einer überwiegend agrarisch orientierten Wirtschaft durch industrielle Produktionsweisen vollzog sich nun ebenso auf dem

europäischen Festland und hier insbesondere auch in Sachsen. Neue Antriebs- und Produktionsapparate, vor allem die Dampfmaschinen eroberten die bis dahin meist mit menschlicher Kraft und Handarbeit betriebenen Manufakturen. Die Produktionsweisen wurden mit Erfindergeist und neuem Kapital revolutioniert, genau wie das Verkehrswesen durch die Eisenbahn. Die Fabrik wurde mehr und mehr zur wichtigsten wirtschaftlichen Größe. In Städten wie Chemnitz hatte sich ihre Anzahl nach 1830 innerhalb von weiteren 30 Jahren mehr als verdreifacht. Bei dieser Dynamik stand in Deutschland zunächst die Textilindustrie im Zentrum, später wurden Eisenproduktion und Bergbau zum Motor der Veränderung.

Die sozialen und städtebaulichen Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Entwicklungen waren enorm. Abertausende Arbeitskräfte wurden gebraucht und strömten in die wachsenden Städte und Regionen. Gewerkschaften und Tarifverträge, Regelungen zur Arbeitszeit oder zum Arbeitsschutz gab es noch nicht. Hier hatten Fabrikbesitzer freies Spiel. Der Lohn wurde meist tageweise und unmittelbar auf betrieblicher Ebene festgelegt. Zu fordern hatten die Arbeiter dabei kaum etwas. Ihnen fehlte es an Kraft, Wissen und Organisation. Kinder- und Frauenarbeit waren damals in der neuen Industrie die Regel. Eine soziale Absicherung bei Krankheit, Invalidität oder Alter gab es nicht. Hier griff höchstens die in den Gebieten schon ehemals bestehende Armenregelung. Sachsen, das Ruhrgebiet und der Berliner Raum waren die ersten Regionen Deutschlands, in denen bereits Anfang der 1880er-Jahre der Anteil der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigen einen Wert von über 60 Prozent erreicht hatte. Es verwundert kaum, dass gerade hier die Not der Arbeiterfamilien trotz einer enormen wirtschaftlichen Dynamik der Unternehmen nicht abnahm und bei unerwarteten Problemen geradezu unerträglich wurde.

Auch politisch war die Zeit unmittelbar vor 1870 bewegt und von massiven Veränderungen geprägt. 1866, vier Jahre vor den im Folgenden beschriebenen Ereignissen, kam es zum sogenannten deutschen Krieg. Bismarck, seit 1862 Ministerpräsident in Preußen, war fest entschlossen, die 1814 und 1848 offen gebliebene Führungsfrage in Deutschland ein für allemal zu klären. Ein Streit um Schleswig-Holstein entwickelte sich vor diesem Hintergrund zu einem innerdeutschen Staatenkrieg, bei dem Preußen und seine deutschen Verbündeten auf der einen sowie Österreich mit seinen deutschen Bündnispartnern auf

der anderen Seite standen. Das Königreich Sachsen befand sich in diesem Konflikt einmal mehr auf der falschen Seite der Geschichte. Es war Kriegsteilnehmer auf der Seite Österreichs.

Die Niederlage der Österreicher und ihrer Verbündeten mündete in einer politischen Zeitenwende für weite Teile des späteren Deutschland. Zunächst war mit dieser Niederlage klar, dass es bei einer späteren deutschen Einheit nur noch zu einer Lösung ohne die deutschsprachigen Gebiete Österreichs, also einer kleindeutschen Lösung, kommen würde. So unrealistisch alles andere war, so wichtig war aber auch die endlich erreichte Klarheit in dieser 1848 offengebliebenen Frage. Zum anderen schlossen sich Preußen und die deutschen Mittelstaaten zu einem Norddeutschen Bund zusammen. Diese Föderation war, wenn man so will, eine Vorstufe des späteren Kaiserreiches und diente ihm in wichtigen Fragen als Organisationsmodell. Zu den 17 Mitgliedern dieses Staatenbundes gehörte nun auch der Kriegsverlierer Sachsen. Das sächsische Königreich verlor damit seine eigenstaatliche Souveränität. Es war kein selbständiges Königreich mehr und gab wichtige Staatsfunktionen, beispielsweise die Außenpolitik, das militärische Oberkommando im Kriegsfall oder die Zuständigkeit für indirekte Steuern, an den Bund ab. Insgesamt ist das sächsische Königreich damit aber noch glimpflich davongekommen, denn anders als beim Königreich Hannover kam es nicht zu seiner Auflösung und Annexion durch Preußen.

Die vielleicht wichtigste politische Veränderung kam mit der nun für den Norddeutschen Bund geltenden neuen Verfassung auch auf Sachsen zu. Bismarck hatte sich wohl aus strategischen Gründen dazu entschlossen, für diese Bundesverfassung wichtige inhaltliche Punkte aus der Frankfurter Paulskirchenverfassung von 1849 zu übernehmen. Er grub auf diesem Wege dem politischen Liberalismus, der ihm kritisch gegenüberstand, das Wasser ab und verdeckte zugleich das preußische Vormachtstreben gegenüber der Bevölkerung in den deutschen Südländern. Der so entstandene Norddeutsche Bund kannte zwar noch keine dem Parlament verantwortliche Bundesregierung. Er war deshalb seinem Wesen nach ein konstitutioneller monarchischer Bundesstaat. Immerhin aber hatte der Bundeskanzler, zu dem Bismarck dann vom preußischen König ernannt wurde, im Parlament Rede und Antwort zu stehen. Und dieses Parlament, der neue Reichstag, wurde nach einem allgemeinen und gleichen (Männer-) Wahlrecht gewählt. So etwas hatte es auch in Sachsen seit 1848 nicht

mehr gegeben. Das sich hier abzeichnende und im Kaiserreich ab 1871 fortsetzende politische System war deshalb ein klarer demokratischer Fortschritt. Es trug aber einen zweifachen Widerspruch in sich. Zum einen entsprach die größere Freiheit bei den Reichstagswahlen – auf die natürlich auch existierenden demokratischen Mängel dieses Wahlrechts wird noch an späterer Stelle einzugehen sein – in keiner Weise der Nichtverantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Der Widerspruch zwischen Monarchie und Parlamentarismus blieb also bestehen. Zum anderen traten die größeren Freiheiten bei Reichstagswahlen in einen scharfen Kontrast zu undemokratischen Wahlprozeduren bei den jeweiligen Landtagen. Die gleichen Wähler wurden, zum Teil über viele Jahrzehnte, völlig unterschiedlich mit Rechten versehen. Dieser zweite Widerspruch sollte gerade in Sachsen erst mit der Revolution des Jahres 1919 aufgehoben werden. Auch dies wird später noch einmal vertieft werden.

Diese eben beschriebenen Entwicklungen haben sich nicht nur im Norddeutschen Bund und im Königreich Sachsen, sondern auch in Plauen selbst vollzogen. Bereits im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts hatte sich mit dem Weisbachschen Haus in den Elsterauen vor den Toren der Stadt eine große zentralisierte textile Manufaktur angesiedelt. Auch eine Druckerei und Färberei gehörte dazu. Die Produktion und der Handel mit Musselin führten zu einer ersten Blüte. Im Vogtland gab es zu jener Zeit 2000 Webstühle, 200 allein in der Stadt Plauen. Auch die Fabrik hielt Einzug in der Stadt. Ebenfalls noch im 18. Jahrhundert datiert die Gründung der Weißwarenfirma F. L. Böhler & Sohn, die später als Mechanische und Handweberei sowie als Hand- und Maschinenstickerei tätig wurde. Dieses Unternehmen befand sich in der Brüderstraße und in Gebäuden an der schon damals nach der Firma benannten Böhlerstraße. Nach neuesten Recherchen von Heino Strobel wurde in dieser Firma bereits 1830 eine erste Maschine aufgestellt, mit der Handstickerei mechanisiert wurde. Wegen technischer Unausgereiftheiten allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Ab 1830 nahm auch das Hempelsche Unternehmen seine Arbeit auf, zunächst in Gebäuden gegenüber den Weberhäusern, dann später in der Fabrik auf dem südlichen Geländeteil an der Hofwiesenstraße. Dort konzentrierte man sich auf das Bleichen und Färben sowie das Veredeln der Produkte der Stickerei- und Spitzenindustrie. Die erste Handstickmaschine wurde 1857 in der Schnorr und Steinhäuserschen Fabrik gegenüber dem Hempelschen Werk aufgestellt. Sie

war die erste Handstickmaschine in Sachsen überhaupt und zog eine rasante Verbreitung in Sachsen sowie eine Ausdehnung der Stickerei- und Spitzenindustrie in Plauen und dem Vogtland insgesamt nach sich. Sechs Jahre später, 1863, gab es in Sachsen bereits 16 Stickmaschinenbesitzer mit insgesamt 97 Maschinen. 55 davon, also über die Hälfte, befanden sich in Plauen, allein 39 bei der Firma Schnorr und Steinhäuser.¹ Gerade die 1870er- und 1880er-Jahre wurden in Plauen zu Gründerjahren für viele weitere Textilunternehmen. 1881 hielt allmählich auch der Textilmaschinenbau in Plauen Einzug. In der Ostenstraße begannen auf dem Gelände einer früheren Stickerei Umbauten, die Firma J. C. & H. Dietrich wurde gegründet, die Vorläuferin der späteren Vogtländischen Maschinenfabrik AG (VOMAG). Die Textilindustrie in Plauen war dann Arbeitsort für viele Tausend Arbeiter und ihre Familien.

Mit einer klassischen Fabrik- und Industriestruktur war die Vogtländische Textilindustrie jedoch damals und auch später kaum zu vergleichen. In Plauen und im Vogtland hat sich viel mehr im Laufe der Zeit *„eine so vielgegliederte Arbeitsteilung herausgebildet, daß ein Betrieb ohne die anderen Elemente gar nicht existieren könnte. Fabrikanten bzw. Verleger, Zeichner, Sticker, Heimarbeiterinnen bilden eine Symbiose, eine Arbeitsgemeinschaft. Darüber hinaus braucht man Garnlieferanten, Zwirnereien, Bobinenspulereien, Tüllfabriken, braucht Bleicher, Färber, Appreteure, Ätzereien. ... Ein entscheidendes Element dieses Gefüges ist die Lohnstickerei, die im Auftrag von Fabrikanten und Verlegern durch selbständige Stickmaschinenbesitzer betrieben wird. Sie hat in der Geschichte dieser Industrie eine wichtige Rolle gespielt“*², so urteilte 1951 der bedeutende Chronist der vogtländischen Textilindustrie Willy Erhardt. Diese besondere Industriestruktur, die auch für die politische Organisation der Arbeiter immer ein Erschwernis blieb, fand im 19. Jahrhundert ihren Anfang.

Auch die Stadt Plauen hatte sich bis 1870 städtebaulich erheblich verändert. Sie sprengte ihre alten, noch aus dem Mittelalter stammenden Grenzen und begann sich Zug um Zug das urbane Areal, das wir auch heute noch kennen, zu erschließen. Ja mehr noch: Schaut man in die Stadtgeschichte Plauens, so hat nichts diese Stadt mehr geprägt und verändert als die wirtschaftliche Entwick-

1) Strobel, Heino: Die Anfänge der Maschinenstickerei in Sachsen (<http://www.schaustickerei-plauen.de/Download/Anfaenge-der-Maschinenstickerei-in-Sachsen.pdf>, abgerufen am 11.02.2015).

2) Erhardt, Willy: Das Glück auf der Nadelspitze. Vom Schicksalsweg der vogtländischen Stickereiindustrie. Vogtland-Verlag, Plauen 1995, S. 209.

Frank Andrae



- [illegible]

lung im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Nur das letztendlich von den Nazis zu verantwortende Bombeninferno des Jahres 1945 macht eine unrühmliche Ausnahme.

Seit 1848 gab es in Plauen eine Eisenbahnverbindung ins bayrische Hof. 1851 waren die Brückenarbeiten für die Zugverbindung auch in östlicher Richtung abgeschlossen – es kam zur Zugverbindung Richtung Leipzig. Der Bahnhof selbst, den wir heute den Oberen nennen, stand noch fern vom Zentrum auf der grünen Wiese. Die Bahnhofstraße und die Straßen der Umgebung wurden erst allmählich, seit den 1860er- und 1870er-Jahren bebaut. Das war auch notwendig, denn Plauen brauchte dringend mehr Wohnraum. Die Stadt erfuhr in jener Zeit gerade wegen des rasanten Wachstums der Textilindustrie auch einen schnellen Bevölkerungsanstieg. Lebten in Plauen 1855 noch rund 13 800 Menschen, wuchs diese Zahl bis 1870 auf über 22 800. Dieser Trend sollte sich weiter fortsetzen – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdoppelte sich die Einwohnerzahl Plauens etwa alle 20 Jahre beinahe, bis sie nach der Jahrhundertwende mit über 126 000 Menschen ihr Maximum erreichte. Davon war man 1870 natürlich noch weit entfernt.

Eine Vorstellung von dieser „Stadt im Aufbruch“ kann man sich anhand eines Bildes aus dem Stadtplan des Jahres 1874 machen. Es geht dabei nicht um einzelne Straßen und Plätze, aber sehr wohl um die Anmutung dieses dynamischen Plaues in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Besonders beeindruckend sind die vielen bereits geplanten, aber noch nicht fertiggestellten oder gerade noch im Bau befindlichen Stadtteile und Straßenzüge. Vor allem die damals noch neuen Stadtteile Syrauer Thor, Vorstadt und Amtsberg, also der westlich der Syra gelegene Bereich, befand sich erst in einer lockeren Bebauung. Und natürlich war die Syra noch nicht unter die Erde gezwängt, die Strecke bis zur Elster nicht mit Trümmerschutt verfüllt und das Zentrum architektonisch nicht mit einer 300 Meter langen Kurzautobahn verunstaltet. Entlang der Syra zog sich stattdessen damals noch ein grünes Band mit Parkanlagen mitten durch die Stadt. Plauen war eine zwar dynamisch wachsende, aber auch eine grüne und idyllisch gebliebene Stadt bis ins Zentrum hinein.

In diesem urbanen Umfeld, geprägt durch große Gegensätze, Reichtum und Elend, Modernität und Wachstum zum einen, handwerkliche Tradition und ländliche Idylle zum anderen, wurde im Frühjahr 1870 der wohl wichtigste Im-

puls für die Sozialdemokratie in Plauen gesetzt. Er war zugleich Ausgangspunkt für ein bedeutsames Kapitel unserer Stadt- und Regionalgeschichte: der Arbeiterbewegung in Plauen und Umgebung.

Der Gründungsimpuls – August Bebel 1870 in Plauen

Der 27. April 1870 – ein Mittwoch in jenem Jahr, das noch so ereignis- und spannungsreich werden sollte – war jener Tag, an dem der künftige sozialdemokratische Ortsverein Plauen seinen Gründungsimpuls erhielt. In Plauen gab es bis dahin vielleicht einzelne Mitglieder, aber wohl noch keine eigene sozialdemokratische Parteiorganisation. Die Stadt und auch ihre Arbeiterschaft waren politisch stark von der damaligen liberalen Fortschrittspartei beeinflusst und geprägt. Bei der letzten Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes, zu dem das Königreich Sachsen seit 1867 gehörte, wurde der 23. sächsische Wahlbezirk (Plauen, Oelsnitz, Klingenthal) für eben diese Partei durch Franz August Mammen gewonnen. Mammen, den wir heute noch als Namensgeber eines Plauener Stadtgebietes kennen, war damals ein auch über die Stadtgrenzen hinweg hoch angesehener Unternehmer und Politiker. Er war Inhaber der Weißwaren- und Spitzenfabrik Schmidt & Brückner sowie Präsident der Plauener Handels- und Gewerbekammer und hatte früher sowohl der Frankfurter Nationalversammlung als auch dem sächsischen Landtag angehört. Zwei Jahre nach der Reichstagswahl legte Mammen sein Mandat nieder und im Wahlkreis 23 kam es zu nach dem damaligen Wahlrecht in solchen Fällen üblichen Nachwahlen. Gewinner dieser Nachwahlen war der in Berlin beheimatete Dr. Max Hirsch, der den Wahlkreis ebenso wie Mammen zuvor für die Deutsche Fortschrittspartei (DFP) errang.

Der Reichstagsabgeordnete Max Hirsch war der eigentliche politische Gegenspieler bei August Bebels Auftritt in Plauen. Hirsch war Mitbegründer zahlreicher sogenannter Gewerkvereine (ab 1869 die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine), die in politischer Konkurrenz zur Sozialdemokratie und den sozialistischen Gewerkschaften standen. Diese Werkvereine folgten der Grundidee eines liberalen, unternehmernahen Sozialkonzeptes, nach dem eine soziale Verbesserung für die Arbeiter in erster Linie durch eigene Sparsamkeit und Hilfe zur Selbsthilfe verwirklicht werden könne. Dies war mit der sozialdemokratischen Auffassung, wonach eine Verbesserung der Verhältnisse vor allem durch gleiche Rechte, größere Freiheiten und höhere Ansprüche des arbeitenden Volkes sowie durch eine staatliche Sozialpolitik erreicht werden müsse, unvereinbar. Die liberalen Werkvereine hatten damals eine erhebliche Anhängerschaft,

insbesondere in Berlin, Magdeburg und Umgebung sowie in der sächsischen Provinz³ – so auch in Plauen. Hier existierten im Jahre 1870 ein Ortsgewerkverein der Maschinensticker, ein Ortsgewerkverein der Weber und ein Ortsgewerkverein der Zimmergesellen. Diese speziellen, nicht auf die rechtliche Emanzipation der Arbeiter zielenden und in diesem Sinne unpolitischen Zusammenschlüsse waren in Plauen damals die dominierenden Organisationsformen des Proletariats.

Hier, in der größten Vogtlandstadt, wurden nun der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein Plauen und dessen damaliger Vorsitzender, ein früherer Weber und späterer Maschinensticker Namens Höra, auch politisch aktiv. Sie schickten an August Bebel eine schriftliche Einladung, damit dieser nach Plauen komme und auf einer Versammlung den dortigen Arbeitern sein Programm vortragen könne.⁴ Höra sagte im späteren Leipziger Hochverratsprozess gegen Bebel (auf diese juristische Farce wird noch an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden) dazu: *„Ich war Vorsitzender des Hirsch-Duncker’schen Orts-Gewerkvereins in Plauen, also ein Gegner des Angeklagten Bebel, und wollte auch einmal die Prinzipien der Sozialdemokratie von Herrn Bebel entwickelt hören, damit wir uns klar würden, worum sich die Differenz zwischen uns drehe.“*⁵ Diese Offenheit des Gewerkvereinsvorsitzenden ist immerhin bemerkenswert, zeigt sie doch anschaulich, dass auch und gerade die schon „organisierten“ Arbeiter Plauens politisch offen, wenn nicht sogar noch auf der Suche waren. Und die junge, noch in zwei Parteien getrennte Sozialdemokratie – die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Leipzig lag gerade einmal sieben Jahre und der Eisenacher Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nur ein Jahr zurück – fiel dabei in ihren Blick. Das konnte auch nicht wirklich überraschen, hatten die Sozialdemokraten bei den beiden zurückliegenden Reichstagswahlen im Jahr 1867 doch schon in den Wahlkreisen 16 (Chemnitz),¹⁷ (Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal), 18 (Zwickau, Crimmitschau, Werdau) und 19 (Stollberg, Schneeberg) erste Erfolge errungen. Und nun, Ende April 1870, waren seit der letzten Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes bereits drei Jahre vergangen. Nach der damals geltenden Verfassung waren wegen der dreijährigen

3) Vgl. WIKIPEDIA ([de.wikipedia.org/wiki/max_hirsch_\(sozialpolitiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/max_hirsch_(sozialpolitiker))), abgerufen am 14.02.2015)

4) Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer GmbH, Berlin 1911, S. 288.

5) A. a. O., S. 307.



Gedenktafel am Tivoli in Plauen, gestiftet 1990 von der SPD

Legislaturperiode deshalb im selben Jahr erneute Reichstagswahlen zu erwarten. Natürlich sollte der Deutsch-Französische Krieg (und die im nächsten Jahr erfolgende Gründung des Deutschen Kaiserreiches) den politischen Kalender des Jahres noch über den Haufen werfen. Aber davon ahnte man in Plauen im April 1870 noch nichts. Beides war deshalb wichtiger Grund und Anlass für Bebels Einladung zu den Arbeitern nach Plauen: die Erstarkung der Sozialdemokratie in den anderen westsächsischen Nachbarwahlkreisen und die bevorstehende Reichstagswahl im selben Jahr. Der Umstand, dass Höras Einladung nicht nur an August Bebel ging, sondern auch der örtliche Reichstagsabgeordnete Max Hirsch telegrafisch eingeladen wurde, um Bebel auf der Veranstaltung entgegenzutreten, war im Blick auf die Vereinsfunktion des Einladenden eine Selbstverständlichkeit. Für August Bebel musste das Ziel der Veranstaltung jedenfalls klar sein: Er wollte den dortigen Arbeitern das Programm seiner in Plauen noch nicht vertretenen Partei vortragen und zur Bildung eines sozialdemokratischen Vereins auffordern.⁶ Das, was sich dann am 27. und 28. April 1870 in

Plauen zutrug, war für die Stadt ein politisches Ereignis ersten Ranges, und zwar weit über die Arbeiterschaft hinaus.

Die Versammlung der Plauener Arbeiter mit August Bebel als Hauptredner fand am Abend des 27. April 1870 im Tivoli statt. Der Saal war mit 700 bis 800 Teilnehmern bis zum Bersten gefüllt. Bebel legte in einer beeindruckenden und ausführlichen Rede (sie wird später noch zitiert werden) die Ziele und Prinzipien der Sozialdemokratie dar. Daran schloss sich eine Debatte an, „*welche dazu führte, daß für den anderen Tag eine gleiche Versammlung, in welcher Dr. Hirsch sein Programm entwickeln sollte, festgehalten und auch demgemäß abgehalten worden ist.*“⁶ An dieser Stelle sollen die beiden Versammlungen, auf denen August Bebel am 27. und 28. April 1870 sprach, durch einen Bericht aus dem Wochenblatt „Der Voigtländer“ vom 30. April 1870 beschrieben werden. Dieses Wochenblatt für Plauen, Pausa, Elsterberg, Mühltroff und Umgebung hatte eine eher liberale Prägung. Ein sozialdemokratisches Journal war es aber ausdrücklich nicht (natürlich auch kein konservatives Kampfblatt wie der „Vogtländische Anzeiger“ in jener Zeit). Umso bemerkenswerter ist der Respekt, ja die Achtung, die der berichtende Journalist in seinem Artikel gegenüber Bebel und seinem Auftritt auf dieser außergewöhnlichen Versammlung in Plauen zum Ausdruck bringt. Das Wochenblatt „Der Voigtländer“ schreibt:

„Am Abend des 27. April fand im Tivolisaal eine Arbeiterversammlung statt, in welcher der die social-demokratische Richtung vertretende Reichstagsabg. Drechsler Bebel aus Leipzig in mehr als zweistündiger ununterbrochen fließender und freier Rede, wie man sie 1848/49 kaum zu hören gewohnt war, die von Lassalle aufgestellten Theorien der Socialdemokratie darlegte und die dermalige Stellung des Arbeiterstandes, besonders der Fabrik- und Lohnarbeiter, der herrschenden Gewalt, dem Kapital und Besitze gegenüber, als eine elende und geknechtete bezeichnete. Abhilfe gegen diese grassirende Ungerechtigkeit sei nur in der Beseitigung des jetzigen Klassenstaates und in Errichtung des Volksstaates mit dominierender Stellung des Arbeiterstandes und damit verbundenem Entstehen des Staates als Gesamtorganisation für das Wohl der arbeitenden Klasse, also in Staatshilfe, zu finden. Bedingung vor allem, daß der Lohn abgeschafft und dem Arbeiter der Lohnertrag, d. h. alles das, was er wirklich verdiene, unverkürzt zu theil werde. – Diesen Aus-

6) A. a. O., S. 288 u. 295.

7) A. a. O., S. 288.

lassungen trat der ebenfalls anwesende Reichstagsabg. Dr. Hirsch aus Berlin entgegen, indem er, den Vorsprecher verschiedener Irrthümer zeihend, das von ihm vertretene Prinzip der Selbsthilfe durch Coalition der Arbeiter, mit möglichster Wahrung der Humanität, als den allein richtigen Weg zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse und Lösung der Arbeiterfrage bezeichnete. Herr Bebel trat zur Entgegnung kampfbereit auf die Tribüne, der Vorsitzende benahm ihm jedoch hierzu die Gelegenheit, indem er die Versammlung wegen der bereits späten Nachtzeit schloß und ankündigte, daß am nächsten Abend im Schießhause Hr. Dr. Hirsch Bericht erstattend auftreten und Hrn. Bebel dort Gelegenheit geboten, sich weiter auszulassen. Trotzdem die Versammlung 7–800 Köpfe zählte, verlief dieselbe ohne Störung.

– Eine ebenso zahlreiche Versammlung, meist dem Arbeiterstande angehörig, hatte sich gestern Abend im Schießhause versammelt. Hr. Dr. Hirsch erstattete Bericht über seine Wirksamkeit im Reichstag und sein Verhalten zu demselben als auch zum Zollparlament, hervorhebend was er für die Arbeiter gewirkt und erstrebt habe, sein Prinzip dabei nochmals zur Geltung bringend und empfahl sich schließlich bei der bevorstehenden Reichstagswahl auf's Neue als Kandidat. Nach ihm trat Hr. Bebel auf und geißelte mit scharfen Worten Prinzip und Wirksamkeit des Hrn. Hirsch und seiner, der Fortschrittspartei, und der verwandten Partei der Nationalliberalen, unter so großem Beifall der Mehrheit, daß man Hrn. Hirsch, als er auf eine persönliche Beleidigung antworten wollte, nicht zu Worte kommen ließ und nur auf Hrn. Bebels Vermittlung einige Ruhe eintrat, die aber im Kurzem wieder so arg gestört wurde, daß Hr. Hirsch auf's Wort verzichten und die Versammlung geschlossen werden mußte, deren Theilnehmer sich hierauf discutirend zerstreuten.“⁸

Der Auftritt August Bebels vor den Plauener Arbeitern in den beiden Versammlungen am 27. und 28. April 1870 war für die Sozialdemokratie ganz offensichtlich ein großer Erfolg. Der lokale, jedoch nicht im Vogtland, sondern in Berlin beheimatete bürgerlich-liberale Träger des Reichstagsmandates war auf ganzer Linie eingebrochen. Ein Abgeordneter kann sehr wohl schon einmal in Argumentationsnot geraten. Er kann in Diskussionen auch viel Gegenwind und Mehrheiten gegen sich bekommen. All das muss er aushalten können, sonst

8) Der Voigtländer, Wochenblatt für Plauen, Pausa, Elsterberg, Mühltröff und Umgebung. Nr. 35 vom 30. April 1870, Stadtarchiv Plauen, S. 138 und 139.

hat er seinen Beruf verfehlt. Eine Versammlung aber, bei der er mit seinen Argumenten völlig einbricht und dann nur noch, vielleicht auch fluchtartig, den Veranstaltungsraum verlässt – das ist schon ein richtiges Desaster. Wer übrigens voreilig vermutet, es seien vor allem Versammlungsteilnehmer aus der Arbeiterschaft gewesen, welche am zweiten Veranstaltungstag für Unruhe sorgten, unterliegt wohl einem Trugschluss. In der Gerichtsverhandlung in Leipzig (Hochverratsprozess) zwei Jahre später musste nämlich ein geladener Zeuge, der Plauener Oberlehrer Dr. Hoffmann, kleinlaut eingestehen, dass die absichtlichen Störversuche am zweiten Versammlungstage (am ersten hatte es keine gegeben) von einer Seite ausgegangen waren, von der man es nicht erwartet hätte – gemeint waren die sogenannten „gebildeten“ Stände.⁹ Die Bilanz erscheint eindeutig: Die Reden von August Bebel an den beiden Apriltagen des Jahres 1870 markieren mit Sicherheit einen Meinungswechsel bei vielen innerhalb der Plauener Arbeiterschaft. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil der im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisierten Arbeiter danach geschrumpft ist und die Sozialdemokraten auch in Plauen immer zahlreicher wurden. In diesem Sinne ist der Besuch von August Bebel Ende April 1870 so etwas wie der Startimpuls für die Sozialdemokratie in Plauen.

Was aber hat August Bebel denn nun wirklich, insbesondere bei seinem Eröffnungsvortrag am 27. April 1870 im Tivolisaal, vor den Plauener Arbeitern gesagt? Welche programmatischen Ausführungen hat er gemacht? Einen Augenzeugen oder gar einen „technischen Mitschnitt“ dieser mehr als 140 Jahre zurückliegenden Rede gibt es natürlich nicht. Aber wir haben eine andere Informationsquelle, aus der sie nahezu vollumfänglich wiedergegeben werden kann: Der Hochverratsprozess gegen August Bebel im Jahre 1872 in Leipzig. Auf dieses politische Straf- und Verfolgungsverfahren gegen die damals führenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten und auf die unrühmliche Rolle, die Plauener Bürger als Zeugen dabei spielten, wird im folgenden Kapitel noch etwas genauer eingegangen werden. Wichtig ist an dieser Stelle nur, dass die beiden Plauener Reden von August Bebel auch Themen dieses Strafverfahrens waren. Selbst in diesen Versammlungen meinten die Staatsanwälte und Richter Belastendes gegen August Bebel finden und daran den Hochverrat des Sozialdemokraten

9) Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Verlag: Buchhandlung Paul Singer GmbH, Berlin 1911, S. 305.

beweisen zu können. Deshalb spielten der Ablauf beider Versammlungen und vor allem das von Bebel in Plauen Gesagte eine wichtige Rolle im Leipziger Prozess. August Bebel aber nutzte die Gunst der Stunde, um im Leipziger Gerichtssaal noch einmal lang und ausführlich zu seiner Plauener Rede „Erläuterungen“ abzugeben. Tatsächlich gebrauchte Bebel zwei Jahre nach den Plauener Versammlungen den Gerichtssaal in Leipzig als Podium, um – mit Genehmigung des Vorsitzenden Richters, aber auch mit dessen sichtlich wachsender Unruhe – die Ziele der Sozialdemokratie in aller Breite der interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Wir heutigen Leser erhalten auf diesem Wege beinahe ein Wortprotokoll dessen, was August Bebel am 27. April 1870 im Plauener Tivolisaal sagte und in etwas gekürzter Form zwei Jahre später im Gerichtssaal wiederholte. Da diese Rede für die SPD-Geschichte, aber auch für unser lokalgeschichtliches Wissen bedeutsam ist, werden die entsprechenden Passagen des später von der SPD in Buchform publizierten Gerichtsprotokolls im Anhang unter Nr. 1 vollständig wiedergegeben.

Diese Rede von August Bebel in Plauen ist noch heute, nach mehr als 140 Jahren, lesenswert und hochinteressant. Man erkennt in ihr nicht nur Selbst-, ja Sendungsbewusstsein und Mut, sondern auch viel Humor des Redners – all dies sind Eigenschaften, ohne die der sozialdemokratische Angeklagte nicht in dieser Art und Weise vor dem Leipziger Schwurgericht hätte auftreten können. Noch interessanter ist jedoch die inhaltliche und didaktische Ausprägung von Bebels Rede in Plauen. Die Plauener Arbeiter erhielten von ihm eine Tour d’Horizon durch die europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte. Die sozialdemokratischen Ziele traten dabei ebenso klar wie folgerichtig hervor. Bebel beschrieb die von den Sozialdemokraten geforderten Rechte der Arbeitnehmer als logische Konsequenz der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Argumentation war klar, schlüssig und zwingend – sie stellte das bürgerlich-liberale Konzept der Gewerkschaften und damit den lokalen Mandatsträger Max Hirsch unmissverständlich ins Abseits. Es ist nachvollziehbar, dass der Reichstagsabgeordnete der liberalen Fortschrittspartei bei den Diskussionen sowohl im Tivolisaal als auch am Folgetag einen schweren Stand gehabt haben wird. Ebenso bemerkenswert sind Bebels Aussagen zum Thema Staat, Macht und Parlament. Es ist nicht der bewaffnete Arbeiteraufstand oder die sozialistische Revolution, die Bebel predigt (wenngleich eine Revolutionsrhetorik über viele

Jahre und Jahrzehnte von der damals noch marxistisch geprägten Sozialdemokratie weiter gepflegt werden sollte). Für Bebel ist die erste und wichtigste Forderung der Arbeiterklasse vielmehr die politische Gleichberechtigung. Denn nur hierdurch erlangen die Arbeiter auch die Macht, „*die gesellschaftliche Umgestaltung von Grund aus herbeizuführen*“.¹⁰ Noch deutlicher wird der zweite große Sozialdemokrat jener Tage, Wilhelm Liebknecht, in seiner 1894 geschriebenen Einleitung zur zweiten Auflage des Buches über den Leipziger Hochverratsprozess. Das überrascht kaum, hatte man doch gerade Hochverrat, also den Aufruf zur Beseitigung des gegenwärtigen Staates durch Revolution, Aufruhr und Gewalt, Bebel und Liebknecht zwei Jahre später in Leipzig vorgeworfen. Wilhelm Liebknecht stellt in seiner Einleitung zum Buche klar, „*daß die Partei damals schon genau wie heute die Revolution als einen organischen Umgestaltungsprozeß auffaßte, und ihre Aufgabe einerseits in der Verbreitung des Wissens, anderentheils in der Bethätigung ihrer Grundsätze auf allen Gebieten praktischer Thätigkeit erblickte, die Aussicht auf Erfolg gewähren, ohne ein Opfer des Prinzips oder Intellekts zu bedingen*“.¹¹ Im Zentrum dieses „organischen Umgestaltungsprozesses“ stand kein gewaltsamer Aufstand der unterdrückten Massen, sondern das Erlangen politischer Macht im Interesse der Arbeiterschaft über die Parlamente. Deshalb beurteilte Wilhelm Liebknecht auch bereits in den 1890er-Jahren das damalige Parlament, den Reichstag im Deutschen Kaiserreich, völlig anders, als er noch Jahre zuvor die Vertretungsmöglichkeiten im Norddeutschen Bund beurteilt hatte, und sah dort seine Prioritäten. Er schrieb: „*Der Reichstag des Deutschen Reichs ist nicht mehr das bloße ‚Feigenblatt des Absolutismus‘, das der Norddeutsche Reichstag war. Dank dem erwachenden politischen Leben, dank namentlich der Sozialdemokratie, die das allgemeine Wahlrecht, das nur Spielzeug sein sollte, zu einer wuchtigen Waffe in der Hand des Volkes machte, ist der deutsche Reichstag eine selbständige Macht geworden, mit der jede Regierung rechnen muß. Und wir sollten freiwillig darauf verzichten, ein Theil dieser Macht zu sein, einen immer größeren Antheil an ihr uns zu erkämpfen, bis wir der maßgebende Machtfaktor sind, was in unserem Können liegt? Da müßten wir verrückt sein.*“¹² So früh in der Geschichte der Sozialdemokratie war jene Kernfrage

10) A. a. O., S. 293.

11) A. a. O., S. 24.

12) A. a. O., S. 27.

bereits präsent, die Frage nach der herausragenden Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Parlament, die ab 1918 zur Bruchstelle zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten werden sollte. Die Sozialdemokraten waren mit den gesellschaftlichen Zuständen alles andere als zufrieden, aber sie erstrebten deren Verbesserung nicht mit Unterdrückung anderer und auch nicht mit Gewalt, sondern durch die rechtliche Emanzipation der unterdrückten Arbeiterschaft auf politischem, parlamentarischem Wege. Das ist bis heute Hauptmerkmal der Sozialdemokraten.

Der Hochverratsprozess gegen August Bebel im Jahre 1872

Damit die folgenden Ereignisse mit ihrer Verbindung zu Plauen richtig verstanden und eingeordnet werden können, muss an dieser Stelle auf die großen politischen Ereignisse und auf die ersten strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen Sozialdemokraten eingegangen werden. Wer sich hierüber genauer informieren will, dem sei der zweite Band von August Bebels Lebenserinnerungen „Aus meinem Leben“ wärmstens empfohlen – ein Buch, das noch vor zwei Generationen in nahezu jeder kleinen Handbibliothek eines Sozialdemokraten stand und sich mit seinem flüssigen und modernen Stil auch noch heute mit großem Gewinn liest.

Wenige Zeit nach dem denkwürdigen Auftritt von August Bebel vor den Plauer Arbeitern Ende April 1870 sollte sich die politische Lage in Deutschland massiv verändern. Nach der von Bismarck durch inhaltliche Kürzungen am 13. Juli verfälschten und zugespitzten Emser-Depesche verschärfte sich die öffentliche Stimmungslage in Frankreich gegenüber Preußen massiv. Am 16. Juli billigte das französische Parlament Finanzmittel für einen Krieg. Nur sechs französische Abgeordnete stimmten dagegen. Drei Tage später, am 19. Juli, erfolgte die Kriegserklärung des Kaiserreiches Frankreich gegenüber dem Königreich Preußen – es kam zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, der zur Gründung des Deutschen Kaiserreiches führte.

In den beiden sozialdemokratischen Parteien, auch in der ein Jahr zuvor in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), gab es zur Kriegsfrage große Meinungsunterschiede. Der Braunschweiger Parteiausschuss der SDAP (Parteivorstand) hatte in einer Resolution am 16. Juli Deutschland als angegriffen und die bevorstehende militärische Auseinandersetzung aus deutscher Sicht als Verteidigungskrieg charakterisiert.¹³ August Bebel und Wilhelm Liebknecht, zwei der insgesamt sechs sozialdemokratischen Abgeordneten, hatten aber bei der Abstimmung im Reichstag des Norddeutschen Bundes über die Kriegskredite am 21. Juli nicht zugestimmt, sondern sich der Stimme enthalten. Sie waren, aus heutiger Sicht durchaus zutreffend, der Meinung, dass sowohl die deutsche als auch die französische Seite diesen Krieg wollte. Und außerdem handelte es sich nach ihrer Einschätzung nicht um einen Befreiungs-

13) Bebel, August: Aus meinem Leben, Zweiter Teil. Verlag von I. H. Dietz, Stuttgart 1911, S. 178

versuch unterdrückter Massen, sondern es ging im Kern um einen Krieg zwischen verschiedenen Dynastien.¹⁴ Harsche Kritik und Anfeindungen innerhalb und außerhalb des Reichstages waren die Folge.

Im weiteren Kriegsverlauf, insbesondere nach der für die Deutschen siegreichen Schlacht bei Sedan, der Kapitulation der französischen Truppen und der Gefangennahme von Napoleon III. am 1. und 2. September, änderte sich jedoch die Position des Braunschweiger Parteiausschusses. Die Ausrufung der Republik in Paris (Pariser Kommune) und die anschließende, von deutschen Truppen maßgeblich unterstützte Niederschlagung des Aufstands beantwortete der Braunschweiger Ausschuss mit einer klaren Entgegnung. Er forderte nun einen sofortigen ehrenvollen Friedensschluss mit Frankreich, zwar den Ersatz aller Kriegskosten, jedoch auch den Verzicht auf jede deutsche Annexion. Anschließend wurde ein diesbezügliches Manifest im Parteiorgan „Volksstaat“ veröffentlicht. Diese Position teilten Bebel und Liebknecht.¹⁵ Kurze Zeit später wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses in Ketten gelegt und zur Untersuchungshaft in das ostpreußische Lötzen (heute Giżycko, circa 110 Kilometer südöstlich von Kaliningrad) verbracht. Darunter war der Ausschuss-(faktische Partei-) Vorsitzende Samuel Spier, der sich besonders um die innerparteiliche Demokratisierung verdient gemacht hatte, sowie Wilhelm Bracke, Leonhard von Bonhorst, Carl Kühn, der Druckereibesitzer Heinrich Sievers und sogar der an sich unbeteiligte Drucker des Manifests. Die Verhafteten wurden äußerst brutal behandelt. Weitere Festnahmen fanden in Halberstadt und Harburg statt. Im Prozess, im Herbst 1871 in Braunschweig anberaumt, musste die Anklage, die ursprünglich auf das Verbrechen Landesverrat lautete, herabgestuft werden. Irgendetwas sollte jedoch im Braunschweiger Verfahren gegen die Sozialdemokraten „gefunden“ werden. Die Angeklagten wurden am Ende lediglich wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu zwei- und dreimonatigen Haftstrafen verurteilt, die wegen der sieben Monate Untersuchungshaft mehr als abgegolten waren.

Richten wir unseren Blick aber wieder auf August Bebel. Am 26. November 1870 stimmte der Reichstag des Norddeutschen Bundes der Bewilligung weiterer Kriegsgelder in Höhe von 100 Millionen Talern zu. August Bebel und Wilhelm

14) Ebenda.

15) A. a. O., S. 185.

Lieb knecht lehnten dies ab und unterbreiteten stattdessen in einem Antrag einen Friedensvorschlag ohne Annexionen französischer Gebiete. In der Debatte brach ein Tumult los. Hier lag der Auslöser für die späteren Vorwürfe des angeblichen Landes- und Hochverrats. Bebel schildert die Situation im Reichstag in seinen Lebenserinnerungen folgendermaßen:

„Vor mir hatte der Abgeordnete Reichensperger sich für die Bewilligung ausgesprochen. Meine Rede war nicht lang, aber sie erweckte einen Sturm, wie ich ihn seitdem nie wieder mit einer Rede hervorrief. Ich führte aus: Ich glaube ein so guter Deutscher zu sein wie der Vorredner, trotzdem käme ich bei der Prüfung der Sache zu dem entgegengesetzten Resultat. Ich gab eine kurze historische Übersicht bis zum Sturze des Kaiserreiches und wies nach, daß mit der Gefangennahme Napoleons die eigentliche Kriegsursache beseitigt sei. Dabei stützte ich mich auf die Thronrede vom 19. Juli und die Proklamation des Königs von Preußen vom 11. August. Meine Ausführungen riefen große Unruhe und heftigen Widerspruch hervor. Die Behauptung, Frankreich besitze keine Regierung, mit der man unterhandeln könne, sei falsch. Ich wies dieses in meinen Ausführungen nach. Was den Friedensschluß unmöglich mache, sei die Forderung der Annexionen. Ich verurteilte dann scharf, daß man uns verbiete, in öffentlichen Versammlungen unseren Standpunkt über die Annexionen darzulegen. Diesen unseren Standpunkt begründete ich näher. Wiederum regnete es Unterbrechungen. Als ich dann auf die traurige Rolle hinwies, die die deutsche Kapitalistenklasse bei der ersten Krieganleihe gespielt (sie war nur wenig nachgefragt worden; der Verfasser) und wie ganz anders sich dagegen die französische Bourgeoisie im gleichen Falle benommen habe, brach volends der Sturm los. Ein großer Teil des Hauses hatte einen förmlichen Tobsuchtsanfall; man überschüttete uns mit Schimpfworten der gröbsten Art, Dutzende von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein und drohten uns herauszuwerfen. Viele Minuten lang konnte ich nicht zu Wort kommen; zum Schlusse empfahl ich die Annahme des Antrags, den Lieb knecht und ich gestellt hatten.“¹⁶

Am 17. Dezember 1870 erfolgte schließlich die Verhaftung von August Bebel in Leipzig. Mit ihm wurden auch Wilhelm Lieb knecht und der zweite Redakteur der Parteizeitung „Der Volksstaat“, Adolf Hepner, inhaftiert. Das Vorgehen der sächsischen Polizeibehörden und Justiz soll auf das entschiedene Verlangen des deutschen Hauptquartiers, speziell auf das Verlangen Bismarcks, zurückgegan-

16) A. a. O., S. 193 u. 194.



August Bebel

gen sein.¹⁷ Nachdem Bebel und Liebknecht bei den Reichstagswahlen im März 1871 trotz ihrer Inhaftierung erneut in das Parlament gewählt wurden, kam es am 26. März schließlich zur Beendigung der Untersuchungshaft und zur (vorläufigen) Freilassung. So konnte die sächsische Regierung eine bereits beantragte Parlamentsdebatte umgehen.

Der eigentliche Strafprozess fand ein Jahr später, vom 11. bis 26. März 1872, vor dem Leipziger Schwurgericht statt. Die Anklage lautete nicht mehr auf Landes-, sondern auf Hochverrat. Es kann und darf hier nicht der Ehrgeiz bestehen, dieses erste große politische Strafverfahren gegen die Sozialdemokratie darzustellen und nachzuzeichnen. Der Blick soll hier vor allem auf jene Seiten dieser juristischen Farce gelenkt werden, die in einem Zusammenhang mit den Plauer Ereignissen des Jahres 1870 standen. Deshalb nur so viel: Die Staatsanwaltschaft hatte die gesamte agitatorische Tätigkeit der Sozialdemokraten in Vereinen, Versammlungen, Artikeln und Broschüren, zahlreiche beim Braunschweiger Ausschuss gefundene Briefe sowie Publikationen Dritter, so zum Beispiel auch das Kommunistische Manifest von 1848, als Anklagematerial eingebracht.¹⁸ Das Verfahren vor dem Leipziger Schwurgericht war ein klarer

¹⁷) A. a. O., S. 205.

¹⁸) A. a. O., S. 247.

politischer Tendenzprozess, wie später Wilhelm Liebknecht schrieb – ein Prozess gegen eine Partei, gegen eine Welt- und Gesellschaftsanschauung, in dem man die führenden Vertreter dieser Partei trifft. Die ganze Weltanschauung des Sozialismus, die der Sozialdemokratie, saß auf der Anklagebank.¹⁹

Als Verteidiger von August Bebel in diesem Prozess trat ein Jurist auf, der zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der frühen Sozialdemokraten des Vogtlandes gezählt werden kann: der zu jener Zeit noch in Plauen lebende Rechtsanwalt Otto Freytag (Plauen, Bahnhofstraße 27a). Otto Freytag war gebürtiger Plauener und versah nach seinem Jurastudium für zwei Jahre, bis 1865, ein Bürgermeisteramt im vogtländischen Adorf. Später, im Jahre 1877, sollte er der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete im Königreich Sachsen werden. Er war damit nach August Welke, der bereits seit 1871 seine Heimatstadt Frankenhäusen am Kyffhäuser im Landtag des thüringischen Kleinstaates Schwarzburg-Rudolstadt vertrat,²⁰ der zweite Sozialdemokrat überhaupt, der ein Landtagsmandat im Kaiserreich errang. Dadurch gebührt ihm ein bleibender Platz in der SPD-Parteigeschichte und in der Demokratiegeschichte unseres Landes. August Bebel war mit der Leistung seines Verteidigers im Leipziger Hochverratsprozess von 1872 mehr als zufrieden. Seine Verteidigung habe bei Otto Freytag in den besten Händen gelegen, schrieb Bebel in seinen Lebenserinnerungen. Er habe dem Gerichtspräsidenten durch seine Kreuz- und Querfragen, die dieser oft nicht verstanden oder deren Tragweite er nicht übersehen habe, das Leben sauer gemacht.²¹ Es ist schade und unangemessen, dass gerade auch im Vogtland das Gedenken an den Sozialdemokraten Otto Freytag eher in Vergessenheit geraten ist.

Im Kern des Hochverratsprozesses gegen Bebel, Liebknecht und Hepner stand das bisherige Agieren der Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit, aber auch bei der internen Korrespondenz und Parteiarbeit. Nach Paragraph 81 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871 war wegen Hochverrats jeder zu belangen, der die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates gewaltsam zu ändern versuchte. Hochverrat wurde damals in schwersten Fällen

19) Der Hochverrats-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer GmbH, Berlin 1911, S. 5.

20) Gesis-Datenarchiv des Zentrum für Historische Sozialforschung (<http://zhsf.gesis.org/Parlamentarier-Portal/texte/biosop/chronik.htm>, abgerufen am 08.01.2015)

21) Bebel, August: Aus meinem Leben. Zweiter Teil. Verlag von I. H. Dietz, Stuttgart 1911, S. 249.

mit lebenslangem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft. Und genau dafür, für einen Aufruf Bebels zum gewaltsamen Umsturz, versuchte die Staatsanwaltschaft im Prozess Beweise zu finden. Dabei fiel der Blick auch wieder auf die bereits geschilderte Rede von August Bebel am 27. und 28. April 1870 in Plauen.

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung hatte deshalb mehrere Zeugen nach Leipzig geladen, um Bebels Rede vor den Plauener Arbeitern nach ihrem vermeintlich hochverräterischen Gehalt abzuklopfen. Eigentlich wäre auch zu erwarten gewesen, dass man den damaligen Gegenpart Bebels in der Plauener Arbeiterversammlung, den Reichstagsabgeordneten Max Hirsch (DFP), in den Zeugenstand gerufen hätte. Die Staatsanwaltschaft verzichtete jedoch darauf, weshalb Hirsch bereits vorher als Zeuge entlassen wurde.

Als Belastungszeugen gegen August Bebel traten im Leipziger Prozess drei Plauener Bürger auf. Das war zunächst ein Vertreter der Polizei, der Obergendarm Tröger, der die Versammlung der Plauener Arbeiter in Zivil, aber dienstlich zu überwachen hatte. Das Reden fiel dem Obergendarm vor diesem Gericht sichtlich schwer. Er wollte oder konnte nur genau auf jene Fragen antworten, die ihm zuvor schon einmal bei seiner Vernehmung in Plauen vorgelegt worden waren, und bat um deren erneute Verlesung (was der Richter schließlich resignierend zugestand). Dabei meinte Tröger, Bebel habe in seiner Rede unter anderem gesagt, bei der Steuer würden die Arbeiter gedrückt und die höheren Staatsbeamten füllten sich die Taschen, die Hinrichtung Ludwig des XVI. in Frankreich sei eine ganz besonders rühmliche Tat gewesen, alle Fürsten müssten beseitigt werden, die großen Armeen seien nur gegen die Arbeiter gerichtet und es müsse dahin kommen, dass das Militär anderswohin schösse.²² Auf Nachfrage des Gerichtspräsidenten, was wann gesagt worden war, musste Tröger einräumen, er wisse das nicht mehr genau. Selbst das Polizeiprotokoll über die Zusammenkunft sei erst lange nach der Versammlung abgefasst worden. Auf die Nachfrage des Verteidigers Otto Freytag, ob Bebel vor den Plauener Arbeitern zur Gewalt aufgefordert habe, musste der Zeuge Tröger eingestehen: Nein, aber Bebel habe einen solchen Eindruck erweckt. Auf weitere Nachfragen kam heraus, dass nicht nur Tröger, sondern auch ein Wachtmeister vom Ge-

²²) Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer GmbH, Berlin 1911, S. 298.

richtsam bei Bebels Rede anwesend war, ohne bei dieser vermeintlich hochverräterischen Versammlung einzuschreiten. Auf Freytags Frage, ob Träger nach dieser so gefährlichen Rede seine Anzeige über die Versammlung bei der Königlichen Kreisdirektion oder bei der Staatsanwaltschaft gemacht habe, musste Träger eingestehen, überhaupt keine Anzeige erstattet zu haben. Er hatte lediglich Bericht an seinen Vorgesetzten erstattet.

Nicht viel besser agierte der zweite Plauener Belastungszeuge, der Oberlehrer am Plauener Gymnasium Professor Otto Hermann Gessing (wohnhaft in Plauen, Kirchplatz 129). Gessing hatte unmittelbar nach der Plauener Arbeiterversammlung ein „Referat“ verfasst, das im „Voigtländischen Anzeiger“ abgedruckt worden war und im Leipziger Prozess als Belastungsmaterial verlesen wurde. Auch Gessing hatte im Verfahren offenkundige Erinnerungslücken und musste sich deshalb auf seine erste Vernehmung im Plauener Bezirksgericht berufen. Auf Nachfrage des Verteidigers Otto Freytag musste auch Gessing einräumen, dass er bei Bebels Rede zwar den Eindruck gehabt habe, dass das erlaubte Maß an Redefreiheit überschritten werde. Für besonders staatsgefährlich habe er die Rede aber nicht gehalten. Auch eine direkte Aufforderung zu einem gewaltsamen Aufstand habe er nicht vernommen.²³ Gessing wörtlich: „... *ich habe mich nur gewundert, mit welchem Geschick die direkte Aufforderung umgangen wurde. Die in der Rede liegende indirekte Aufforderung streifte hart die Grenze der direkten.*“²⁴ Auf Freytags klare Frage: „*Haben Sie gehört, daß Herr Bebel gesagt hat, die sozialdemokratische Partei wolle ihr Ziel mit Gewalt erreichen?*“²⁵, musste Gessing antworten: „*Nein, das habe ich nicht gehört.*“²⁶ Und er bestätigte auf Freytags Frage, entschiedener Gegner der Sozialdemokratie zu sein.

Der dritte Belastungszeuge gegen August Bebel, der zum Leipziger Prozess anreiste, war der Oberlehrer am Plauener Gymnasium und spätere gewählte Stadtverordnete Dr. Rudolf Hoffmann (wohnhaft in Plauen, Bahnhofstraße 78). Hoffmanns Einstieg in die Zeugenvernehmung war sogleich perfekt – er outete sich als Gegner der Sozialdemokratie. Auch Hoffmann litt unter Erinnerungslücken und verwies bei allen Einzelheiten auf seine früheren Aussagen vor dem

23) A. a. O., S. 303.

24) Ebenda.

25) Ebenda.

26) Ebenda.

Plauener Gerichtsamt. Resigniert verlas daraufhin der Gerichtspräsident die Aussagen sogleich aus dem Protokoll. Als Bebel diese anzweifelte, meinte Hoffmann, er könne hierauf nichts Bestimmtes erwidern, da er sich des Vorgefallenen nicht mehr so genau entsinne.²⁷ Als Otto Freytag den Zeugen dann ganz konkret nach dem vermeintlichen Gewaltaufruf Bebels fragte, konnte auch er dergleichen nicht bestätigen. Alle drei Plauener Belastungszeugen waren somit für die Staatsanwaltschaft ein Reinfall. Das hinderte den Ankläger jedoch nicht daran, die wackeligen Aussagen noch einmal für das Schlussplädoyer heranzuziehen.

Für die Verteidigung von August Bebel waren aus Plauen zwei Zeugen angereist. Das waren der bereits erwähnte damalige Versammlungsleiter, der Vorsitzende des Plauener Gewerkvereins Höra, sowie der Advokat Franz Moritz Kirbach. Kirbach wohnte damals in der Plauener Schloßstraße 5 und muss eine bemerkenswerte Persönlichkeit gewesen sein. Er hatte nach dem Dresdner Mai-Aufstand von 1848 acht Jahre im Zuchthaus gesessen, trotz aller Einladungen dazu aber nie um Gnade gebeten und war, wie Wilhelm Liebknecht schrieb, „ein konsequenter Fortschritts- und Manchestermann“²⁸. Moritz Kirbach, der in späteren Jahren auch noch Abgeordneter im Sächsischen Landtag werden sollte, stand nicht zuletzt wegen seiner couragierten 48er Biografie in Plauen in einem solch hohen Ansehen, dass er noch 1922 in den vielgelesenen Erinnerungen des damals 89-jährigen „Stadtbiografen“ Ferdinand Mohr („Alt-Plauen – Erinnerungen aus den Jahren 1840/1850“, wieder herausgegeben als Reprint beim Vogtländischen Heimatverlag Neupert Plauen) Erwähnung fand. Zur Zeit des Prozesses gegen August Bebel war der Advokat Kirbach Sekretär der Plauener Handels- und Gewerbekammer und hatte mit Sicherheit an der Plauener Versammlung teilgenommen, um Bebels Kontrahenten Max Hirsch zu unterstützen. Es ist bezeichnend, dass die Verteidigung von August Bebel damit zwei Entlastungszeugen in den Gerichtssaal bat, die keine Anhänger der Sozialdemokratie waren. Damit besaßen sie eigentlich eine hohe Glaubwürdigkeit. Hierbei unterschied sich die Strategie der Verteidigung erkennbar und wohltuend vom Agieren der Staatsanwaltschaft, für die die Ablehnung der Sozialdemokratie wohl die Eintrittsvoraussetzung für den Zeugenstand war.

27) A. a. O., S. 304.

28) A. a. O., S. 308.

Beide Zeugen der Verteidigung entlasteten August Bebel klar und eindeutig, auch wenn der Gerichtspräsident auf ihre Befragung erkennbar weniger Zeit und Energie verwendete. Höra verwies noch einmal mit Nachdruck darauf, dass Bebel in seiner Rede nicht zur Gewalt aufgerufen habe. Als Versammlungsleiter hätte Höra sonst, wie er sagte, seine Pflicht getan und die Versammlung ohne weiteres geschlossen.²⁹ Mit Kirbach trat dann ein Jurist in den Zeugenstand, der die Reden Bebels selbst gehört hatte und sie auch juristisch bewerten konnte. Er sagte dazu: *„Meiner juristischen Überzeugung nach würde Bebel wegen seiner damaligen Äußerungen strafrechtlich nicht verfolgbar sein.“*³⁰ Auf die Frage von Verteidiger Otto Freytag, ob ihm Bebels Aufforderung zur Gewalt erinnerlich sei, antwortet der Advokat Kirbach: *„Mir ist überhaupt nichts Strafbares erinnerlich, und das würde mir gewiß erinnerlich sein. (Große Heiterkeit).“*³¹ So eindeutig und glaubhaft diese Zeugenaussagen auch waren, für die Urteilsfindung in diesem politischen Prozess sollten sie keine weitere Rolle spielen.

Am 13. Verhandlungstag des Leipziger Hochverratsprozesses hielt der Staatsanwalt sein Schlussplädoyer. Obwohl die Aussagen der Plauener Belastungszeugen mehr als dünn und kaum verwendbar waren, zog der Ankläger sie zur Begründung gegen August Bebel heran. Der Staatsanwalt wirft Bebel vor, im April 1870 in Plauen das ABC der Sozialdemokratie vorgetragen zu haben, und weiter:

„Aus den Aussagen der Zeugen geht hervor, daß Bebel unter diesem ABC das gewaltsame Vorgehen versteht. Nach der Aussage des dortigen Obergendarms Träger hat er nach Entwicklung seiner Ziele geäußert: ‚Auf dem Wege der Güte geht es nicht, es muß zur Gewalt kommen.‘ Nach der Aussage des Professors Gessing, welche in der des Oberlehrers Hofmann³² Bestätigung findet, hat Bebel zwar damals dort nicht direkt zur Gewalt aufgerufen, aber Gessing hat auch erklärt, die Rede habe ihm den Eindruck gemacht, Bebel habe den Gedanken der gewaltsamen Revolution hervorrufen wollen, die direkte Aufforderung aber geschickt umgangen. Zeuge Hofmann, der seine Aussage beschworen, hat das in der Hauptsache bestä-

29) A. a. O., S. 307.

30) A. a. O., S. 308.

31) Ebenda.

32) Der Name von Oberlehrer Hoffmann wird im Buch „Der Hochverrats-Prozeß...“ lediglich mit einem „f“ geschrieben. Ob dies ein Schreibfehler im 1911 erschienenen Buch oder in den verwendeten Prozessprotokollen ist, kann heute nicht mehr ermittelt werden. Tatsächlich handelte es sich bei diesem Zeugen aber um den mit „ff“ geschrieben Dr. Rudolf Hoffmann, der im damaligen Einwohnerbuch der Stadt Plauen verzeichnet ist.

*tigt, uns aber ferner noch mitgeteilt, daß Herr Bebel sich über die Hinrichtung Ludwig's XVI. in besonderer Weise geäußert habe. Kurz, es unterliegt keinem Zweifel, daß Bebel zu Plauen im Sinn der gewaltsamen Revolution gesprochen hat.“*³³

Am 26. März 1872 wurden August Bebel und Wilhelm Liebknecht des Hochverrats für schuldig gesprochen und zu einer Festungshaft von zwei Jahren verurteilt. Davon saßen sie volle 18 Monate ab, zwei Monate bereits verbüßte Untersuchungshaft wurden angerechnet. Adolf Hepner wurde wegen seiner unmaßgeblichen Beteiligung freigesprochen. Kurzzeitig verlor August Bebel wegen des Urteils auch sein Reichstagsmandat. Für die Sozialdemokratie waren der Prozess und das Urteil jedoch alles andere als eine Niederlage. Im Reichstag hatten die Sozialdemokraten bis dahin kaum Gelegenheit, ihre Ansichten wirkungsvoll und für die Öffentlichkeit wahrnehmbar zu artikulieren. Nun, im Verfahren, hatten sie dies in aller Ausführlichkeit getan. Von der Tribüne der Anklagebank aus, so schrieb Wilhelm Liebknecht später, konnten sie sich gegen alle Missdeutungen verwahren, den vermeintlichen Landesverrat aufklären und die denkbar ungünstigsten Zerrbilder über die Sozialdemokratie entkräften.³⁴ Ganz nebenbei machten die Sozialdemokraten durch eine breite Veröffentlichung der Prozessprotokolle nebst aller darin behandelten sozialdemokratischen und sonstigen Schriften ihre Vorstellungen von einer gerechteren Welt auch einer größeren Leserschaft zugänglich. Dennoch: Für die Plauener Bürger war insbesondere das Auftreten der Belastungszeugen Träger, Gessing und Hoffmann im Prozess gegen August Bebel alles andere als ein Ruhmesblatt.

33) A. a. O., S. 545.

34) A. a. O., S. 20.

Frühe Sozialdemokraten in Plauen

Wann die ersten Sozialdemokraten in Plauen lebten und wer sie waren, ist heute in Vergessenheit geraten. Vereinsbücher der ersten politischen sozialdemokratischen Vereine beziehungsweise ihrer Untergliederungen in Plauen, etwa des 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) oder der ab 1875 vereinigten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), existieren heute nicht mehr oder sie sind verschollen und unauffindbar. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass in der zeitlichen Nähe zur Gründung des ADAV sowie in den Jahren danach auch in Plauen einzelne Sozialdemokraten lebten und allmählich politisch aktiv wurden.

Der spätere, aus dem obervogtländischen Rautenkranz stammende Vorsitzende und langjährige Schatzmeister der SPD, Alwin Gerisch, schrieb im Blick auf seine Lehrjahre um 1866 im vogtländischen Auerbach dazu folgendes: *„In der Stadt gab es zwei notorische Sozialdemokraten: einen kleinen, buckligen Zigarrenmacher und einen Schneidermeister. Den letzteren, einen bejahrten, ehrwürdigen Mann, ließ man ziemlich ungeschoren. Desto mehr übte sich der blöde Witz des Philister- und Mastbürgertums an dem anderen. Konnte man bei ihm doch gleich über zwei Dinge spotten; über den Buckel und über die Gesinnung. Doch der Zigarrenmacher, in dessen unscheinbarem Körper eine Feuerseele lebte, trug alles mit unerschütterlichem Gleichmüte, immer bemüht, auf dem so harten Boden Samenkörner des Sozialismus auszustreuen. So lief er auch an einem Sonnabendabend im Herbst durch die Straßen und verteilte eine Zeitung in den Häusern. Auch in unserer Werkstatt gab er eine ab. Die Gesellen interessierten sich nicht für Politik, und die anderen Lehrlinge erst recht nicht. Aber ich hob das Blatt sorgsam auf, und als es am Sonntagmorgen hell wurde, fiel ich gierig darüber her. Es war eine prächtig geschriebene Agitationsnummer des Leipziger ‚Volksstaats‘, mit dem Programm der sozialdemokratischen Partei an der Spitze.“*³⁵

Auch im vogtländischen Reichenbach ist mittlerweile durch die verdienstvolle Recherchearbeit des Historikers Dr. Wolfgang Richter wieder Licht in das Dunkel der sozialdemokratischen Frühgeschichte gekommen. Bereits 1866, also lediglich drei Jahre nach der ADAV-Gründung in Leipzig, wurde hier von Robert

35) Gerisch, Alwin: Erzgebirgisches Volk – Erinnerungen. Ergänzte Neuauflage von 2008, herausgegeben vom SPD-Ortsverein Waldgebiet-Vogtland, S. 145.

Müller, Moritz Löscher und Carl Neu der Reichenbacher Arbeiterbildungsverein gegründet. Der erste Besuch von August Bebel auf einer Reichenbacher Arbeiterversammlung ist für das Jahr 1868 nachweisbar. Dies fand also zwei Jahre früher statt als in Plauen. 1872 wurden die Vereinsgründer Müller und Löscher als Reichenbacher Stadtverordnete gewählt und zwei Jahre später, 1874, gründete sich in Reichenbach ein Ortsverein der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, also der sogenannten Eisenacher, zu denen auch August Bebel und Wilhelm Liebknecht gehörten.³⁶

Die ältesten Wurzeln der Sozialdemokratie im Vogtland wuchsen deshalb mit ziemlicher Sicherheit nicht in Plauen, sondern in Reichenbach. Die SPD sollte dort übrigens auch in den Jahrzehnten danach immer eine besondere Stärke und Festigkeit besitzen, was sich bis ans Ende der Weimarer Republik und dann auch wieder für die Zeit nach 1990 beobachten lässt. Die Ursachen für diese stärkere Verwurzelung liegen im Dunkeln und können nicht Gegenstand des vorliegenden Buches sein. Legitim scheint aber die Schlussfolgerung: Wenn bereits in den 1860er-Jahren erste Sozialdemokraten in Reichenbach und in Auerbach wirkten, dann kann dies auch für Plauen angenommen werden. Ob und in welcher Form diese Sozialdemokraten in Plauen bereits vor 1870 über eine Organisation verfügten, bleibt unklar. Zweifel an der Existenz einer solch frühen Organisation in Plauen sind aber angebracht und überwiegen. Denn zum einen haben sich bei den Recherchen im Stadtarchiv keine Belege für eine organisierte Plauener Sozialdemokratie in den 1860er-Jahren finden lassen. Zum anderen hätte August Bebel 1870 vermutlich nicht auf die Einladung des Plauener Gewerkevereins, also eines damaligen politischen Gegners, gewartet, um auf einer Versammlung vor den Plauener Arbeitern sprechen zu können. Er hätte dies sicher eher und vor allem auf „heimischer Bühne“, also auf Einladung eines sozialdemokratischen Parteivereins, getan, sofern in Plauen einer existiert hätte. Es kann deshalb angenommen werden, dass es in den 1860ern in Plauen zwar einzelne Sozialdemokraten gab, also Mitglieder des ADAV, der Sächsischen Volkspartei oder der Eisenacher SDAP. Eine organisierte Sozialdemokratie im Sinne der örtlichen Untergruppe einer Partei oder eines Ortsvereins hat es in Plauen so früh wohl eher nicht gegeben. Die eigentliche Initialzündung für die Plauener

36) Richter, Wolfgang: Carl Neu – Lebensbild eines Reichenbacher Sozialdemokraten – ein Beitrag zum 150jährigen Jubiläum der SPD 2013. Erschienen in Vogtländische Heimatblätter Heft 3, 2013, S. 18 u. 19.

Sozialdemokraten, sich zu organisieren, war deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit der zweifache Auftritt von August Bebel im April 1870 und die dadurch einsetzende „Politisierung“ der Arbeiterschaft in der größten Stadt des Vogtlandes. Die Spuren in den Archiven – neben Zeitungen vor allem Vereins- und Veranstaltungsanmeldungen sowie Polizeiberichte – weisen alle in diese Richtung. Ausschließlich auf diese belegbaren Spuren konzentriert sich nun die weitere Darstellung der frühen Geschichte der Sozialdemokraten in Plauen.

Erste Spuren der Sozialdemokratie

Es kommt nicht von ungefähr, dass die ersten Spuren der Sozialdemokraten in Plauen nach 1870 nicht aus der Partei oder ihr nahestehenden Organisationen stammen. Die frühesten Zeugnisse kommen von staatlichen und kommunalen Organen. Sie belegen das abwehrende und repressive Verhalten der Obrigkeit, insbesondere der Polizeibehörden und des Stadtrates von Plauen, das offensichtlich die Geschichte der dreimal in Deutschland verbotenen Partei (Verbot von 1878 für zwölf, von 1933 abermals für zwölf und ab 1946 im Osten für fast 44 Jahre) von Beginn an begleitet hat. Die Sozialdemokratie ist nicht nur die älteste Partei in Deutschland. Sie ist auch jene Partei, die sich in Zeiten, in denen sie nicht in die Illegalität gezwungen oder dauerhaft verboten war, vor allem wegen ihrer freiheitlichen und emanzipatorischen Ziele im Dauerkonflikt mit den bedrückenden Verhältnissen und der diese Verhältnisse verteidigenden Obrigkeit befand. Dass die Sozialdemokraten diese Umstände nicht durch eine gewaltsame Revolution, sondern auf friedlichem, demokratischem Wege verändern wollten, änderte beim Abwehrverhalten der Obrigkeit höchstens etwas an den Mitteln, aber nichts am Abwehrverhalten selbst. Das war in Plauen nicht anders als andernorts im Deutschen Kaiserreich.

Am 14. Februar 1874 verfasste die Königliche Kreisdirektion in Zwickau eine Generalverordnung an die Amtshauptmannschaften und Polizeibehörden in ihrem Zuständigkeitsbereich – so auch an die Behörden in Plauen. Wenige Tage später vermeldete die Plauener Polizei, dass „sämtliche Rathspolizeidiener“ diese Verordnung der Königlichen Kreisdirektion gelesen hätten. Die Generalverordnung richtete sich gegen das befürchtete Auftreten des „socialdemokra-

tischen Agitator Wolf³⁷. Aus dem Dokument erschließt sich, dass es sich bei diesem „Agitator“ um Rudolph August Wolf handelte, einen jener frühen überregional agierenden sozialdemokratischen Redner, über die heute nur noch wenig bekannt ist. Wolf stammte aus Engelshaus im böhmischen Bezirk Karlsbad und war von Beruf Bäcker. Er habe sich schon früher *„durch Auftreten in Volksversammlungen an verschiedenen Orten des Landes anlässlich der kürzlich beendeten Reichstagswahlen bei der Wahlbewegung im Interesse seiner Partei betheiligt und bereits in den Kaiserlich-Oesterreichischen Staaten zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei stark agitiert“*.³⁸ Bei diesen Wahlen handelte es sich um die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874, die für die Sozialdemokraten trotz des Leipziger Hochverratsprozesses ein beachtlicher Anfangserfolg waren. Die Sozialdemokraten hatten bei dieser Wahl nach ihrem Tief von 1871, als sie nur noch mit einem einzigen Abgeordneten im Parlament vertreten waren, das Wahlergebnis von 3,1 auf 6,8 Prozent steigern können. Sie waren nun erstmals mit neun Abgeordneten im Reichstag vertreten; allein sechs davon wurden in Sachsen, jedoch nicht im Vogtland, gewählt.

Die Absicht der Verwaltungs- und Polizeibehörden 1874, trotz der Legalität der Sozialdemokraten gegen deren „Agitator“ Rudolph August Wolf vorzugehen, wurde aber nicht nur mit dessen Eintreten und Werben für die Arbeiterpartei begründet. Wolf war auch vier Jahre zuvor im österreichischen Graz vom dortigen Kaiserlich-Königlichen Landgericht wegen *„Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe zu zwei Monaten Kerker und wegen Vergehens der Aufwiegelung zu vierzehn Tagen Kerker verurtheilt“*³⁹ worden. Anschließend hatte man ihn, weil Wolf erneut agitatorisch tätig war und sich an einem Streik beteiligt hatte, dauerhaft aus Graz und dann für drei Jahre aus dem gesamten Wiener Polizeigebiet ausgewiesen. Die Generalverordnung der Königlichen Kreisdirektion Zwickau endete eindeutig: Die untergebenen Polizeiorgane sollten Wolf überwachen und im Falle etwaiger weiterer Vorkommnisse aus dem Königreich Sachsen ausweisen.⁴⁰

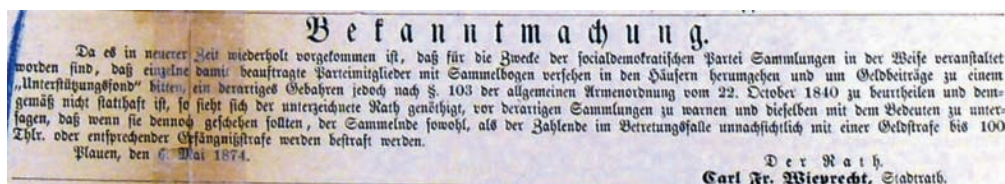
37) Generalverordnung der Königlichen Kreisdirektion in Zwickau vom 14. Februar 1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 150, Verschiedene Landespolizeisachen, 1850–1874, S. 1, siehe auch Dokument 1 im Anhang.

38) Ebenda.

39) Ebenda.

40) A. a. O., S. 2.

Zehn Tage später, mit Datum vom 24. Februar 1874, konnte der Rat der Stadt Plauen Vollzug melden. Der Sozialdemokrat Wolf wollte tatsächlich am 7. Februar in der „Centralhalle“ auf einer Volksversammlung sprechen. Die in Österreich bereits vier Jahre zurückliegende Bestrafung benutzte das Königliche Gerichtsam in Plauen und untersagte Wolf damit den Auftritt in der Vogtlandstadt. Die Tatsache, dass Sachsen und Österreich schon längst nicht mehr gemeinsam dem Deutschen Bund angehörten, sondern sich seit der Reichsgründung von 1871 in zwei getrennten Staatsgebilden befanden, verhin- derte diese Form von „Amtshilfe“ offensichtlich nicht. Beim Agieren der staat- lichen Obrigkeit gegen Sozialdemokraten war man sich offenbar über alle Staats- und Reichsgrenzen einig und wechselseitig behilflich. Wolf sei nun, so endet die Plauener Vollzugmeldung, „ins Königreich Preußen verwiesen“⁴¹, also ausgewiesen worden. Es darf bezweifelt werden, dass es dem Sozialdemokraten Rudolph August Wolf dort besser erging. Die beiden Dokumente zu diesem Vorgang können im Anhang unter Ziffer 1 und Ziffer 2 nachgelesen werden.



Auszug aus dem „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“

Ein weiteres frühes Zeugnis für die Sozialdemokraten in Plauen ist im „Voigt- ländischen Anzeiger und Tageblatt“ vom 13. Mai 1874 zu finden. Der Plauener Stadtrat⁴² Carl Friedrich Wieprecht warnt dort in einer Bekanntmachung unter Strafandrohung vor Geldsammlungen durch Mitglieder der sozialdemokrati- schen Partei. Solche Sammlungen für einen „Unterstützungsfonds“ seien als

41) Vollzugsmeldung des Rates der Stadt Plauen vom 24. Februar 1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 150, Verschiedene Landespolizeisachen, 1850–1874, S. 1, siehe auch Dokument 2 im Anhang.

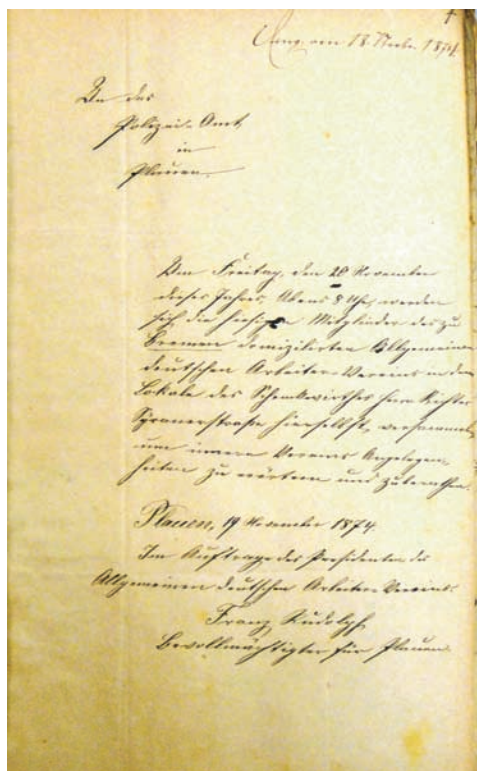
42) Der Stadtrat (alte Schreibweise: Stadt-Rath) war ein damals auch in Plauen übliches kollegiales Gemeinde- organ der Exekutive. Er bestand aus besoldeten und unbesoldeten Stadträten, zu denen auch der Bürgermeister gehörte. Der Bürgermeister wurde damals nicht direkt durch die Wähler sondern in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtrates und der Stadtverordneten gewählt. Der Stadtrat war zuständig für die Vertretung der Stadt und die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten. Er war zugleich das örtliche Organ der Staats- und Bezirksverwaltung, ihm unterstand auch die Ortspolizei.

Verstoß gegen die Armenordnung von 1840 zu bewerten und hätten drakonische Strafen sowohl für den Sammelnden als auch für den Spender zur Folge. Im Klartext ist wohl gemeint, dass der Plauener Stadtrat solche sozialdemokratischen Sammelaktionen rechtlich mit dem allgemein verbotenen Betteln gleichsetzte und ebenso bestraft sehen wollte.

Tatsächlich handelte es sich bei diesen sozialdemokratischen Sammelaktionen in Plauen für einen „Unterstützungsfonds“ mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine Sammlung für eine jener frühen Hilfskassen der Arbeiterbewegung. Solche Hilfskassen bildeten sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts heraus, also weit vor den „Bismarckschen Sozialversicherungsgesetzen“ der Jahre 1883 bis 1889. Die Arbeiter und ab den 1860er-Jahren allen voran die Sozialdemokraten organisierten mit diesen Hilfskassen Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Tod. Es war also nichts anderes als Solidarität und Hilfe durch Selbsthilfe, da sich der Staat und die Gesellschaft – von den Unternehmern ganz zu schweigen – hier vornehm zurückhielten. Das Elend der proletarischen Massen war ihnen vielleicht bewusst, aber noch längst kein Grund oder Anlass, Abhilfe zu schaffen. Die Tatsache, dass sich der Plauener Stadtrat 1874 mit einer Bekanntmachung gegen solche „Sammlungen“ vorzugehen veranlasst sah, belegt deshalb zweierlei: Zum einen natürlich ein unsoziales und primär auf die bessergestellten Teile der Gesellschaft gerichtetes Denken des Plauener Stadtrates Carl Friedrich Wieprecht, denn sein Aufruf richtete sich klar gegen die armen proletarischen Schichten seiner Stadt. Das ist umso erstaunlicher, bedenkt man, dass Wieprecht, der 1878 noch Bürgermeister von Plauen werden sollte, bis heute Ehrenbürger von Plauen und Namensgeber einer städtischen Straße ist. Zum anderen zeigt diese Bekanntmachung jedoch, dass es Sozialdemokraten in Plauen nach 1870 nicht nur gab, sondern dass sie in der Stadt auch aktiv wurden und Solidarität und Unterstützung für die Arbeiter organisierten. Dazu waren funktionierende sozialdemokratische Parteistrukturen vor Ort erforderlich, damit sich die Mitglieder um ganz konkrete Hilfe in der alltäglichen Not der Menschen kümmern konnten. Es verwundert deshalb nicht, dass aus dieser Zeit erste Belege für die politische Arbeit der Sozialdemokraten in Plauen auftauchen und damit auch das politische Agieren der Partei nachweisbar ist.

Die Sozialdemokratische Partei in Plauen

Der erste Beweis für die Existenz einer sozialdemokratischen Partei in Plauen liegt mit einem Schreiben mit dem Eingangsdatum vom 18. November 1874 vor⁴³. Darin kündigt der Sozialdemokrat Franz Rudolph beim Polizeiamt der Stadt Plauen für den 20. November 1874 eine Versammlung der Plauener Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (ADAV) schriftlich an. Die Versammlung solle an jenem Freitagabend im Lokal des Schankwirthes Richter in der Syrauer Straße (heute Syrastraße) stattfinden. Als Thema werden kurz und knapp „unsere Vereinsangelegenheiten“ benannt.



Eing. am 18. Noubr. 1874

An das
Polizei-Amt
in
Plauen

Am Freitag, den 20. November dieses Jahres Abend 8 Uhr werden sich die hiesigen Mitglieder des zu Bremen domilzierten Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins in dem Lokale des Schankwirthes Herr Richter, Syrauer Straße hierselbst, versammeln, um unsere Vereins Angelegenheiten zu erörtern und zu berathen.

Plauen, 19. November 1874
Im Auftrage des Präsidenten des
Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins
Franz Rudolph
Vollberechtigter für Plauen

Anmeldungsschreiben von Franz Rudolph (ADAV) vom 18. November 1874

43) Anmeldungsschreiben von Franz Rudolph (ADAV) vom 18.11.1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

Zunächst fällt bei diesem Schreiben auf, dass es sich nicht um einen Antrag zur Genehmigung einer Parteiversammlung handelt, sondern deren Bevorstehen der Polizeibehörde lediglich mitgeteilt wurde. Sachsen hatte zu jener Zeit, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zwar ein reaktionäres, undemokratisches Landtagswahlrecht (Einzelheiten werden noch erläutert). Beim Vereinsrecht waren die Regelungen jedoch relativ liberal. Deshalb bedurften Zusammenkünfte und Veranstaltungen von Vereinen und Parteien keiner polizeilichen oder staatlichen Genehmigung, sondern mussten den zuständigen Stellen nur angezeigt werden. Hier war das sächsische Vereinsrecht des 19. Jahrhunderts also freiheitlicher als in späteren Zeiten einschließlich der Jahre in der DDR. Das hinderte die sächsische Polizeibehörde natürlich nicht daran, diese Veranstaltung durch Beamte zu überwachen – im Gegenteil, das war gerade der Sinn und Zweck der geforderten Information an die Behörde.

Zum Zweiten ist bemerkenswert, dass es sich bei der hier angekündigten Versammlung um eine Zusammenkunft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), also der 1863 in Leipzig gegründeten sogenannten Lassalleaner gehandelt hat, nicht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), also der sogenannten Eisenacher. Dies ist umso erstaunlicher, als August Bebel, der vier Jahre zuvor in Plauen jene beiden so bedeutsamen Arbeiterversammlungen besuchte und dort sprach, damals (vor dem Vereinigungsparteitag von 1875) noch zu den Eisenachern gehörte und sicherlich 1870 für diese Partei auch geworben hatte. Ob es in Plauen also bereits vor 1870 örtlich organisierte ADAV-Mitglieder gab, ob sich die Arbeiter hier erst nach Bebels Auftritt dem ADAV zuwandten oder ob sogar neben dem ADAV noch eine Gruppe von SDAP-Mitgliedern bestand, kann heute kaum mehr eindeutig geklärt werden und muss deshalb offen bleiben. Die Quellen des Plauener Stadtarchivs jedenfalls belegen die Aktivitäten der hiesigen Gruppe des ADAV.

Außerdem enthält diese Quelle eine wichtige Information über die Organisationsstruktur des ADAV in Plauen. Der ADAV war damals zentral organisiert. Zum einen verbot das damalige Vereinsrecht die Untergliederung des Vereins in lokale Gruppen, zum anderen strebte der ADAV nach einer starken Einheitlichkeit der sozialdemokratischen Partei. Dies wurde als wichtig und als vorrangige Fähigkeit der Organisation für das Erreichen politischer Ziele angesehen. Deshalb stand an der Spitze des ADAV ein Präsident (anfangs Ferdinand

Lassalle, später Jean Baptist Schweitzer), der in seinen Entscheidungen viel Handlungsfreiheit gegenüber dem Vorstand hatte. Die Präsidentenentscheidungen musste der Vorstand meist nur im Nachhinein billigen. Allerdings fanden einmal pro Jahr in der Partei sogenannte Generalversammlungen mit regionalen Delegierten statt. Diese Grundstruktur der damaligen sozialdemokratischen Partei führte in den ADAV-Gruppen vor Ort dazu, dass es zwar meist einen Vorstand gab, die Führung jedoch ein örtlicher Bevollmächtigter im Namen des Präsidenten wahrnahm. Dies war in Plauen 1874 und in den Jahren danach jener Franz Rudolph, der deshalb im Anschreiben auch die Funktionsbezeichnung „Bevollmächtigter für Plauen“ trägt. Die genaue Identität dieses Franz Rudolph kann heute nicht mehr mit aller Bestimmtheit geklärt werden. Im Adressbuch der Stadt aus den Jahren 1877/78 findet sich ein Eintrag für einen Franz Ludwig Rudolph, der damals in der Forststraße 26 wohnte und von Beruf Strumpfwirker war. Es ist aber ebenso möglich, dass jener Franz Rudolph von außerhalb kam und vom ADAV lediglich für die Plauener Mitglieder beauftragt war. Für diese Variante spricht, dass sein Name bei den ab 1876 in Plauen gegründeten sozialdemokratischen Organisationen nicht mehr auftauchte. Eine weitere Versammlung der Plauener ADAV-Mitglieder ist für den 21. Januar 1875 verbürgt. Franz Rudolph hat diese Versammlung drei Tage zuvor bei der örtlichen Polizeibehörde ordnungsgemäß angemeldet⁴⁴, also die Behörde davon in Kenntnis gesetzt. Diesmal wurde die Veranstaltung ausdrücklich als eine öffentliche Versammlung bezeichnet. Ort dafür war nun die Gaststätte Gambrinus⁴⁵. Die inhaltlichen Themen der Versammlung lassen sich aus dieser Ankündigung abermals nicht genau entnehmen. Sie spricht erneut lediglich von der Erörterung und Beratung der Vereinsangelegenheiten. Eine Kopie des Schreibens findet sich als Dokument 3 im Anhang. Keiner sollte jedoch meinen, die frühen Sozialdemokraten in Plauen hätten sich nur mit internen Vereinsproblemen befasst. Hinter dem Pseudonym der „Vereinsangelegenheiten“ dürften auch und vor allem handfeste politische und programmatische Fragen gestanden haben. Es entsprach aber sicherlich dem eigenen Selbstverständnis und

44) Anmeldungsschreiben von Franz Rudolph (ADAV) vom 19.01.1875, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, siehe auch Dokument 3 im Anhang.

45) Die Gaststätte „Gambrinus“ befand sich damals mit ziemlicher Sicherheit in der Schustergasse. Die Schustergasse verlief (vor dem Bau des neuen Rathauses) parallel zum Unteren Graben und verband die Weberstraße mit der damaligen Inneren Neundorfer Straße (heutige Marktstraße). Die Schustergasse existiert heute nicht mehr.

-bewusstsein, diese Themen der Polizeibehörde nicht im vorausseilenden Gehorsam auf die Nase zu binden.

Im weiteren Verlauf des Jahres kam es deutschlandweit zu wichtigen Veränderungen in der Partei, die aber auch bewirkten, dass den Sozialdemokraten der politische Gegenwind noch stärker als bisher ins Gesicht blies. Im Mai 1875 vereinigten sich die Eisenacher (SDAP) und die zahlenmäßig größeren Lassalleaner (ADAV) im thüringischen Gotha zur neuen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Die Spaltung der Sozialdemokraten in zwei verschiedene Parteien, die sich mitunter sogar feindlich gegenüber standen, war damit überwunden.

Die Obrigkeit reagierte prompt auf die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien. Man befürchtete ganz offensichtlich ein weiteres Erstarken der Sozialdemokratie aus dieser Vereinigung der bisher getrennten politischen Kräfte. In Preußen stellte der Staatsanwalt Hermann Tessendorf, einer der schärfsten Verfolger von Mitgliedern der Arbeiterbewegung, zum ersten Mal einen Antrag auf Verbot der Sozialdemokratie – damals, drei Jahre vor dem Sozialistengesetz, jedoch noch ohne durchschlagende Wirkung.

Ein weiterer Vorstoß gegen die vereinigte Sozialdemokratie geschah im deutschen Parlament, dem Reichstag in Berlin. Und dieser Angriff auf die Sozialdemokraten fand seine Parallele in einer publizistischen Pressekampagne auch in Plauen. Diese Kampagne gegen die Arbeiterpartei wurde vor Ort vom „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ geführt, weshalb hier einige Ausführungen notwendig sind. Wie es der Name bereits sagt, war dieses Blatt damals im Vogtland nicht nur die auflagenstärkste, wohl marktbeherrschende Zeitung. Sie fungierte zugleich auch als Amtsblatt für wichtige Verwaltungsbereiche – für die Amtshauptmannschaft und das Bezirksgericht Plauen sowie für die Gerichtsämter und Stadträte (also Bürgermeister) in Plauen, Pausa, Elsterberg, Adorf, Markneukirchen und Mühltröff. Der Vogtlandanzeiger war also nicht nur Tageszeitung, sondern auch offizielles, amtliches Verkündigungsblatt, was seinen Verbreitungsgrad und seine Reputation zusätzlich erhöht haben dürfte.

Die Zeitung „Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt“ hatte damals eine überwiegend nationalliberale Ausrichtung. Sie verstand sich als politischer Interessenvertreter des Bildungs- und Besitzbürgertums, insbesondere der Fabrikanten im Vogtland sowie der staatlichen Obrigkeit. Die Sozialdemokraten hatte

der Anzeiger als eine politische Gefahr und als seine wichtigsten Gegner ausgemacht. Die Feindschaft dieses Blattes gegenüber der Arbeiterpartei wurde schon 1870 beim Auftritt von August Bebel deutlich. Hier hatte ein polemischer und falscher Zeitungsbericht des Anzeigers die späteren staatsanwaltlichen Untersuchungen gegen Bebel mit ins Rollen gebracht. Darüber wurde im Zusammenhang mit dem Hochverratsprozess bereits berichtet.

In der Zeit danach hatte der publizistische Kampf des Blattes gegen die Sozialdemokratie aber kaum nachgelassen und dies kann im Blick auf die Geschichte der Plauener Arbeiterbewegung auch nicht ausgespart werden. Blickt man in die damaligen Ausgaben hinein, so lief die publizistische Bekämpfung im „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ nach zwei Methoden: Zum einen wurden die Sozialdemokraten systematisch redaktionell benachteiligt. Auf die optisch markanten vorderen Plätze des Blattes kamen grundsätzlich nur kritische Meldungen über die Sozialdemokratie, die zuvor landesweit zusammengesucht worden waren. Diese Meldungen wurden durch polemische Anmerkungen zusätzlich negativ verstärkt und damit verfälscht. Berichte über die Sozialdemokraten vor Ort platzierte der Anzeiger hingegen regelmäßig nur auf den hinteren Seiten, wenn es im Extrakleingedruckten nur noch über sonstige regionale Ereignisse ging. So kam es zum Beispiel im Frühjahr 1876 regelmäßig vor, dass der Anzeiger vorn über die Aktivitäten und Veranstaltungen der örtlichen Karnevalsvereine, über die örtlichen Sozialdemokraten aber nur auf den hinteren Seiten berichtete. Zum Zweiten bekämpfte die Zeitung „Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt“ die Sozialdemokratie mit Artikeln auch direkt und unverhohlen, wie wir uns das heute in der Presse kaum noch vorstellen können. Dabei wurden die Sachverhalte und Ereignisse zum Nachteil der Sozialdemokratie verdreht, es wurde Gift und Galle versprüht, publizistisch gehetzt und offensichtlich auch die Unwahrheit berichtet. Der damalige Drang der Arbeiterpartei, eigene Regional- und Tageszeitungen zu gründen, um diesem publizistischen Feuer etwas entgegensetzen zu können, wird so verständlich und erklärbar. Schauen wir uns nun diesen journalistischen Krieg gegen die Plauener Sozialdemokraten etwas genauer an.

Am 14. Januar 1876 war die Berichterstattung im „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ noch einigermaßen im damals gewohnten kritischen Bereich. Das Blatt berichtet kurz darüber, dass am Sonntag zuvor die sächsischen Sozialde-

makaten in Chemnitz eine Landesversammlung abgehalten hätten, auf der die Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl nominiert wurden. Dabei meint das Blatt, die Sozialdemokratie *„nimmt den Mund außerordentlich voll und hat bereits jetzt für sämtliche 23 Wahlkreise des Königreiches Sachsen Kandidaten aufgestellt“*⁴⁶. Außer Bebel und Liebknecht seien sonst nur lauter *„obscure Namen“*⁴⁷ auf der Liste. In Kontrast zu dieser abwertenden Einschätzung steht etwas weiter oben im Anzeiger folgende Meldung: *„In Folge der in weiten Kreisen eingerissenen Faulheit bei Erfüllung der Wählerpflichten haben bei den Stadtverordnetenwahlen in Glauchau die Socialdemokraten eine entschiedene Mehrheit im Collegium erlangt.“*⁴⁸ Solche Zustände, das ahnt man bereits, will die Zeitung in Plauen unbedingt verhindern.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass einige Tage später im „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ über einen Vorstoß der Reichsregierung gegen die Sozialdemokraten ausführlich und in ungewöhnlicher Länge berichtet wird. Anlass dazu bot die Reichstagssitzung vom 27. Januar 1876, über die der Anzeiger in seiner Ausgabe vom 30. Januar auf der ersten und zweiten Seite in einem Artikel über dreieinhalb Spalten schrieb. Ein solcher Umfang war für einen Parlamentsbericht im „Vogtländischen Anzeiger“ sehr ungewöhnlich. Außerdem fand die Reichsregierung im damaligen Parlament für ihren Angriff auf die Sozialdemokratie noch keine Mehrheit. Die Gesetzesvorlage, um deren Beratung es ging, wurde abgelehnt. Dennoch wurde über die vom zuständigen Minister in der Debatte formulierten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie in aller Ausführlichkeit berichtet. Die Vorwürfe passten nämlich bestens in die Kampagne, die der Anzeiger schon seit Längerem selber führte und die in den Wochen danach weiter eskalierte.

Der zuständige Minister, Innenminister Graf zu Eulenburg, forderte vom Parlament die Zustimmung zur Verschärfung des Paragraphen 130 im Strafgesetzbuch. Dabei ging es um Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung. Bisher war dadurch jeder mit einer Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht, der verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizte und damit den öffentlichen Frieden gefähr-

46) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 14.01.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 1.

47) Ebenda.

48) Ebenda.

dete. Diese Strafrechtsnorm sollte nun nach dem Willen der Bismarck-Regierung weiter verschärft werden. Zum einen sollte es künftig nicht mehr nur um die sogenannte Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gehen. Strafwürdig sollte schon sein, wenn verschiedene Klassen der Bevölkerung nur gegeneinander aufgereizt würden. Außerdem wurden nach der Vorlage die Aufreizungen gegen die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums in die Strafvorschrift aufgenommen und so der ohnehin schon schwammige Tatbestand massiv erweitert. Zum Zweiten sollte schließlich der Strafraum verschärft werden. Die bisher mögliche Geldstrafe sollte gestrichen und nur noch eine Gefängnisstrafe möglich sein.

Der Innenminister machte in der Debatte gegenüber den Reichstagsabgeordneten überhaupt keinen Hehl daraus, gegen wen sich diese Gesetzesvorlage richte. Er sagte: *„Der vorliegende Paragraph richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Was diese will, welche Bestrebungen und welche Erfolge sie hat, will ich kurz auseinandersetzen und zwar an dieser Stelle, weil ich befürchte, daß, so viel von diesem Thema gesprochen und darüber geschrieben wird, doch verhältnißmäßig Wenige sich ein richtiges Bild von den bestehenden Zuständen machen, und werde Sie zum Schluß bitten, dem Staate die Waffen zu geben, welche er gegen diese feindliche Tendenz gebraucht.“*⁴⁹

Im Anschluss an diese Eröffnung spulte der Innenminister alle Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie ab, die damals gang und gäbe waren: Die Agitation in den sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen schüre die Unzufriedenheit, sei dumpfes Geschwätz und ende letztlich in Klassenhass und Gewalt. Die Agitation belehre die Arbeiter nicht, sie mache nur auf die augenblicklichen Zustände und Unannehmlichkeiten aufmerksam, ohne wirklich Abhilfe zu schaffen. Nach und nach würde so allen Klassen, vom Tagelöhner, über den höheren Arbeiter, den entlassenen Soldaten bis hin zur niedrig besoldeten Beamten-schaft, dargestellt, in welcher unerträglichen Lage sie seien, und so mit ihren Menschenrechten gespielt. Dabei würden es die Sozialdemokraten aber nicht belassen. Die von ihnen geschürte Unzufriedenheit bewirke nicht nur, dass die Arbeiterklasse als notleidend angesehen werde, sondern die anderen Klassen

49) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 30.01.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 1.

würden auch als Veranlasser dieser Not geschildert. Die letzte Absicht der sozialdemokratischen Führer sei die Gewalt und der gewaltsame Umsturz im Land. Es spiele nach Meinung des Innenministers keine Rolle, dass diese Ziele im Parteiprogramm der Sozialdemokraten nicht direkt zum Ausdruck kommen. Sie seien nach ihrem Programm zwar weit davon entfernt zu predigen, ihr Ziel sei die rote Republik, das Endziel in der Gesellschaft der Kommunismus und in der Religion die Gottlosigkeit. Schließlich würde ja keiner, der staatsfeindliche Tendenzen verfolge, in seinem Programm auch ausdrücken, was er wirklich will.⁵⁰ Der Innenminister schließt seine Rede mit der Aufforderung an die Abgeordneten: *„Dieses ganze Bild hat in mir die feste Überzeugung begründet, daß wir es mit einem Todfeind des Staates zu thun haben und speciell unseres Staates. ... Wenn es zur offenen Schlacht kommt, werden wir die Oberhand behalten, aber diesen Kampf möchten wir verhüten. Die Regierung verlangt von ihnen (den Abgeordneten) Waffen, die es unnöthig machen mit der Zeit die blanke Waffe zu gebrauchen.“*⁵¹

In der dann folgenden Aussprache wurden die Vorwürfe gegen die Sozialdemokraten von verschiedenen Rednern zurückgewiesen. Ein zentrales Gegenargument war dabei der Hinweis auf Artikel in konservativ und nationalliberal gesinnten Zeitungen, die den öffentlichen Frieden angeblich in gleicher Weise gefährdeten wie die Agitation der Sozialdemokraten. In der Schlussabstimmung lehnten die Reichstagsabgeordneten die gegen die Sozialdemokraten gerichtete Gesetzesverschärfung einstimmig ab. Dennoch markierte diese umfangreiche Berichterstattung im „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ den Auftakt zu einer weiteren antisozialdemokratischen Kampagne vor Ort.

Der Auslöser für diesen publizistischen Feldzug des Anzeigers war eine Versammlung der Sozialdemokraten am Freitag, dem 4. Februar 1876. Die Plauener Sozialdemokraten hatten dazu am Abend in das Schützenhaus eingeladen und der Anzeiger berichtete darüber in längerer, aber gewohnt polemischen Art und Weise in seiner Ausgabe vom 11. Februar auf Seite 3 in der Rubrik „Kleinere örtliche Vorkommnisse“.

Der Artikel beginnt mit einer Polemik gegen den Begriff der als Volksversammlung bezeichneten Veranstaltung. Schließlich seien der Einladung der Sozial-

50) Ebenda.

51) Ebenda.

demokraten nur etwa 200 Personen gefolgt, wobei noch ein sehr großer Teil von politischen Gegnern anwesend gewesen sei. Erst in der Ausgabe vom 25. Februar, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung, würde der Anzeiger indirekt einräumen, dass diese Angabe wohl falsch war und andere Beobachter 300, noch andere 400 Besucher gezählt hatten. Ohnehin, so der „Vogtländische Anzeiger und Tageblatt“ im ersten Artikel weiter, seien viele nur gekommen, um zu sehen, ob die Veranstaltung wieder so „tumultuarisch“ wie die vorangegangene ablaufen würde.⁵² Gegen 21 Uhr, nachdem zunächst ein „Anstreicher“⁵³ und ein hiesiger Handelsmann als Versammlungsleiter gewählt worden seien, habe der Referent Max Schlesinger ohne Umschweife das Wort zum Thema „Die Stellung des Kleingewerbes zum Liberalismus und Sozialismus“ ergriffen. Schlesinger habe dabei im ersten Teil nur allgemein Bekanntes wiederholt, das Absinken der Einkünfte der Textilarbeiter im Zuge der Industrialisierung thematisiert und dabei insbesondere die für das Kapital schrankenlose liberale Gesetzgebung kritisiert. Im zweiten Teil sei der Referent auf die Verdächtigungen und Verfolgungen eingegangen, denen die Sozialisten und ihre Agitatoren ausgesetzt seien. Er schloss aber mit der Zuversicht, dass trotz der Verhaftungen und Beschimpfungen die Zahl der Anhänger der Sozialdemokraten immer größer werde. Nach einer Stunde sei der Vortrag beendet gewesen. Im Anschluss daran habe der zweite Vorsitzende der Versammlung das Wort ergriffen, „*um wie immer in nichtssagender und unbeholfener Redeweise*“⁵⁴ darauf aufmerksam zu machen, dass die hiesige Presse zur richtigen Bildung der Arbeiter nicht geeignet sei. Deshalb sei der Referent gebeten worden, bei der Gründung einer sozialdemokratischen Lokalzeitung behilflich zu sein. Schlesinger sagte dies den Anwesenden zu.⁵⁵ Die Versammlung sei schließlich, wie bereits die sozialdemokratische Versammlung zuvor, im Tumult beendet worden. Der Vorsitzende, der laut dem Artikel des Anzeigers noch nicht einmal die Begriffe Tagesordnung und Geschäftsordnung zu unterscheiden gewusst habe, sei andernfalls der vorgetragenen Unterstützung für die Idee einer sozialistischen Zeitung nicht mehr Herr geworden.

Der Artikel endet mit einem ebenso abwertenden wie herausfordernden Fazit

52) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 11.02.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 3.

53) Ebenda.

54) Ebenda.

55) Ebenda.

gegenüber den Sozialdemokraten: „Die Versammlung hat aufs Neue gezeigt, daß die Herren, welche sich als umherziehende Agitatoren verwenden lassen, dem Arbeiterstande nicht klar und bündig zu sagen vermögen, was sie wollen und was sie können. In welcher Weise die Volksbeglückung ins Werk gesetzt werden soll, bleibt vollständig unklar. Rückt doch heraus damit, ihr Agitatoren, wenn ihr vernünftige, für ein ehrliches Gewissen anwendbare Mittel zur Beglückung des Volkes ersonnen habt. – rückt heraus damit, daß jeder brave Mann mit Hand anlegen kann. Die mit der Maschinenindustrie, welche kein Zurechnungsfähiger wird wieder beseitigen wollen, verknüpften Uebelstände liegen für jeden Sehenden am Tage und Jeder wird zu ihrer Ausgleichung mitzuwirken suchen; aber das bloße Aufwiegeln der Massen, das Anhetzen der Classen gegen einander wird schwerlich Jemandem etwas nützen als – Euch.“⁵⁶ Dass ein solch giftiger und vernichtender Bericht im „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ auch von den publizistisch benachteiligten Plauener Arbeitern nicht einfach hingenommen wurde und noch ein Nachspiel hatte, verwundert eigentlich nicht.

Wenige Tage später erschien deshalb ein eigener Bericht über die Plauener Versammlung im Hauptorgan der sächsischen Sozialdemokraten, der den Ablauf der Veranstaltung anders beschrieb. Mit diesem Artikel setzte sich der „Vogtländische Anzeiger und Tageblatt“ am 19. Februar seinerseits kritisch und polemisch auseinander. Dies war später wiederum Auslöser für weitere Aktivitäten der Sozialdemokraten vor Ort.

Zunächst kritisierte der „Vogtländische Anzeiger“, der sozialdemokratische Zeitungsartikel würde mit einer Unwahrheit beginnen. Die Sozialdemokraten bezeichneten ihre Veranstaltung vom 4. Februar als sehr gut besucht, was nach Meinung des Anzeigers aber nur mäßig geschehen war – auf die spätere Korrektur dieses Punktes durch den Anzeiger ist bereits hingewiesen worden. Auch kritisiert der Anzeiger, dass der Vortrag des Referenten Schlesinger von der sozialdemokratischen Zeitung als mutig beschrieben wurde. Solche an sich belanglosen und kleinkariert wirkenden Streitereien hatten ganz offensichtlich etwas mit der im Vogtland vorherrschenden publizistischen Lufthoheit des Anzeigers zu tun. Bei den Arbeitern der Region, andere lasen die in Leipzig erscheinende sozialdemokratische Zeitung sowieso nicht, sollte auch nicht eine einzige mildere Beurteilung der angeblich so gefährlichen Sozialdemokraten

⁵⁶) Ebenda.

haften bleiben. Ansonsten beinhaltet der abermalige Gegenartikel des Vogtland-Anzeigers allerlei polemische Kommentierungen gegenüber dem Leipziger Bericht, die wenig Tiefgang und Bedeutung haben. Am Ende wird jedoch ein Zitat aufgespießt, das von nun an wiederholt vom Anzeiger gegen die örtlichen Sozialdemokraten benutzt wurde. Die Leipziger Zeitung beschrieb den Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal als *„einen Fleck Erde, wo noch mittelalterliches Duster über den Köpfen lagert. Unser Wahlkreis, sagt er wörtlich, sei, meist umgeben von den böhmischen, bairischen und reußischen Grenzmarken, durch die kein aufklärender Lichtstrahl zu uns herüberdringt.“*⁵⁷ Nach Meinung der Sozialdemokraten solle sich deren neuer Kandidat für die Reichstagswahlen nun verstärkt darum kümmern. Der Vogtland-Anzeiger stellte diese regionalkritische These von nun an ins Zentrum seines publizistischen Kampfes gegen die örtlichen Vertreter der Partei.

Doch zunächst meldete sich der im Wahlkreis amtierende nationalliberale Reichstagsabgeordnete Karl Gotthold Krause in Sachen Sozialdemokratie zu Wort – auf ihn wird später noch zurückzukommen sein. Der Vogtland-Anzeiger druckte am 24. Februar 1876 eine Meldung der Dresdner Zeitung ab. Der örtliche Reichstagsabgeordnete Krause meinte darin zur Sozialdemokratie, die der Vogtland-Anzeiger im Eingangssatz als Umsturzpartei bezeichnet, Folgendes: *„Bei den letzten Reichstagswahlen staunte man aller Orten in Sachsen, sowohl da, wo die Socialisten siegten, als wo sie unterlagen, über die große Zahl ihrer Anhänger, und man mußte sich sagen, daß Minoritäten, wie bei uns in Plauen, im Fall von Stichwahlen einen bedenklichen Ausschlag geben könnten. Man darf sich daher durch zeitweilige Mißerfolge von Agitatoren nicht zu einer Unterschätzung verleiten lassen. Es giebt eben, wenigstens bei uns und wahrscheinlich auch an anderen Orten Sachsens, eine große Anzahl Arbeiter, die ihre socialistische Gesinnung nicht zur Schau tragen, an den gewöhnlichen Spektakel-Versammlungen nicht Theil nehmen – aber bei Wahlen Mann für Mann für den vom Centralcomité aufgestellten (Umsturz-) Candidaten stimmen. Diesen ‚stillen Theilnehmern‘ hat die Socialdemokratie ihre meisten Erfolge zu verdanken und diese sind die gefährlichsten unserer Gegner, schon aus dem Grunde, weil ihr nicht demonstratives Auftreten den Gegner sorglos macht und namentlich den kleinen und mittleren Bürger, der, wenn nicht gerade seine Habe bedroht ist, gar sogleich zu faul ist, am Tage einer*

57) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 19.02.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 1.

*Wahl ein halb Stündchen seiner Staatsbürgerpflicht zu opfern, in politischen Halbschlafeinullt. Diesen aufzurütteln und dessen politisches Interesse zu wecken, thut uns am meisten noth.“*⁵⁸ Natürlich verschärften diese Worte im Frühjahr 1876 das Klima in Plauen und im Vogtland gegen die Sozialdemokraten zusätzlich. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die hier geäußerte Befürchtung ein Jahr später bei einer Stichwahl für Krause selbst zumindest teilweise in Erfüllung ging. Aber dazu mehr an anderer Stelle.

Einen Tag nach diesem Artikel widmete sich der „Vogtländische Anzeiger und Tageblatt“ erneut seinem Lieblingsfeind, der Sozialdemokratie. Auf Seite eins wird ein Artikel der „Dresdner Allgemeinen Zeitung“ nachgedruckt. Darin geht es abermals um die Frage, wie man im Blick auf die kommenden Reichstagswahlen den zunehmenden Erfolgen der Arbeiterpartei in Sachsen am besten entgegentreten könne. Die Zeitung diffamiert die Sozialdemokratie erneut als „unterwühlende Elemente“, spricht von den „Gefahren des Sozialismus“ und warnt vor einem „wühlerischen und zersetzenden Treiben“. Zugleich wird eine angebliche Apathie der besitzenden Schichten der Bevölkerung sowie an anderer Stelle eine „Lauheit der liberalen Wähler“ festgestellt.⁵⁹ Der Artikel mündet schließlich darin, die schlechte Wahlbeteiligung zu rügen; sie lag bei der gerade in Chemnitz abgelaufenen Nachwahl für den Landtag bei nur 39 Prozent. Deshalb forderte die Zeitung, durch ein energisches Zusammenwirken der nichtsozialistischen Kräfte den gemeinsamen Gegner niederzuhalten.⁶⁰ Genau dies, ein strategisches Zusammenwirken der nationalliberalen mit den konservativen Kräften, sollte auch später bei Wahlen gerade in Sachsen praktiziert werden.

Für die Plauener Sozialdemokraten war mit diesem andauernden publizistischen Trommelfeuer gegen ihre Partei wohl das Maß des Erträglichen weit überschritten. Sich abermals über die parteieigene, in Leipzig herausgegebene Presse dagegen zu wehren, erschien offensichtlich nur wenig nutzbringend zu sein. Der Leserkreis dieses Blattes war in Plauen und im Vogtland wohl eher begrenzt. Deshalb beschlossen die Sozialdemokraten vor Ort, sich auf einer öffentlichen Versammlung mit den Vorwürfen, die der Vogtland-Anzeiger in epi-

58) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 24.02.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 1.

59) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 25.02.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 1.

60) Ebenda.



Plakat Volksversammlung am 27.02.1876

scher Breite über viele Tage publiziert hatte, kritisch auseinanderzusetzen. Dazu luden die Plauener Sozialdemokraten für Sonntag, den 27. Februar 1876, erneut zu einer Volksversammlung ein.

Diese sollte, so war auf vielen einen Tag zuvor in der Stadt aufgehängten Plakaten zu lesen, am Sonntagnachmittag im Saal des Plauener Schützenhauses⁶¹ stattfinden. Und ein neuer Name verband sich nun zum ersten Mal mit den Plauener Sozialdemokraten: Carl August Wolf. Er meldete die Veranstaltung beim Stadtrat von Plauen an⁶². Thema und Hauptredner können dem im Plauener Stadtarchiv in den Polizeiakten noch erhaltenen Plakat entnommen werden. Das Thema der Veranstaltung lautete: „Die Presse und was wir wollen und was wir nicht wollen“. Darüber hinaus fehlte auch der bezeichnende Zusatz „Gegner

61) Beim (alten) Schützenhaus handelt es sich um eine Gaststätte, die nur unweit vom Tivoli in der damaligen Turnstraße lag. Das Gebäude existiert heute nicht mehr.

62) Anmeldungsschreiben von Carl August Wolf (ADAV) vom 24. Februar 1876 für eine Volksversammlung, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, siehe auch Dokument 4 im Anhang.

der Sozialisten werden eingeladen“ ausdrücklich nicht. Er spiegelt die erheblichen Spannungen der Sozialdemokraten mit der örtlichen Presse, vor allem mit dem „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“. In der Veranstaltungsanmeldung, die im Anhang als Dokument 4 zu finden ist, sprach Carl August Wolf ausdrücklich davon, als Sozialdemokrat angegriffen worden zu sein. Außerdem wolle man auf der Veranstaltung eine „Talersammlung“⁶³ durchführen, um die anfallenden Unkosten zu decken.

Der Ablauf der sozialdemokratischen Volksversammlung vom 27. Februar 1876 kann noch heute in etwa dargestellt werden. Zum einen existiert im Plauener Stadtarchiv über die Versammlung ein kurzer Polizeibericht. Zum anderen veröffentlichte der Vogtland-Anzeiger am 2. März 1876, also vier Tage danach, einen auf den 29. Februar datierten Bericht. Der Zeitungsartikel beschreibt die Versammlung der Plauener Sozialdemokraten erneut stark polemisch und zum Teil in einer Weise, die direkt im Widerspruch zu den Darstellungen im Polizeibericht steht. Der Artikel ist deshalb zwar die detailliertere, aber mit großer Sicherheit weniger objektive Quelle. Dies natürlich nicht zuletzt, weil sich die Sozialdemokraten auf ihrer Volksversammlung ja gerade mit dem Vogtland-Anzeiger kritisch befassten und einige der bis dahin inhaltlich falsch und schief publizierten Sachverhalte richtigstellen wollten.

Der Autor des Artikels im Vogtland-Anzeiger brachte zunächst die bereits im früheren Bericht erwähnte kritische Aussage der Sozialdemokraten über den Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal in Erinnerung. Die Versammlung sei, so bemerkt er süffisant, dazu einberufen worden, einen „aufklärerischen Lichtstrahl“⁶⁴ in den von bayrischen, österreichischen und reußischen Grenzmarken umgebenen Wahlkreis zu bringen. Diese Erwartungen seien aber enttäuscht worden, weil der angekündigte Referent nicht erschienen war, die Versammlung erst mit einer Stunde Verspätung und nur mit wenig Publikum begonnen habe. Der Artikelschreiber hatte, so ist nachzulesen, zu Beginn nur 46, am Ende über 150 Teilnehmer auf der Veranstaltung gezählt. Der relativ kurze Polizeibericht (Dokument 5 im Anhang) beschreibt die Teilnahme etwas anders. Obwohl der Hauptredner, der als Kandidat für die Reichstagswahlen nominierte Sozial-

63) Ebenda.

64) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 02.03.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 2.

demokrat G. Franz aus Glauchau, nicht auftrat, sei die Versammlung danach „ziemlich zahlreich besucht“ gewesen und „*durchaus ruhig*“⁶⁵ verlaufen.

Anstelle des angekündigten Referenten – wir wissen aus der Veranstaltungsanmeldung bereits, dass sein Erscheinen unter Vorbehalt stand – trat bei der sozialdemokratischen Volksversammlung ein ebenfalls aus Glauchau stammender Arbeiter mit Namen Mehlhorn auf. Dieser Sozialdemokrat wird vom Autor des Artikels zunächst in polemisch-arroganter Art und Weise heruntergemacht. Dennoch kann er eine gewisse Anerkennung, zumindest unterschwellig, nicht verbergen. Der Vogtland-Anzeiger schreibt: *„Der Sprecher Mehlhorn gehört nicht zu den, man weiß nicht recht auf wessen Kosten herumziehenden Agitatoren, sondern ist – wir schenken seiner Versicherung vollen Glauben – ein ehrenwerther Arbeiter, der in seinem Fache Ordentliches leistet, dabei die Gabe besitzt, über sozialistische Themata in der Weise, wie es ihm durch die Agitatoren und agitatorische Schriften beigebracht wird, in gewandter, fließender Rede, wenn auch ohne strenge Ordnung der Gedanken sich auszulassen und darum zur Aushilfe bei der Agitation zuweilen verwendet wird. Daß ihm hier und da mit Fremdwörtern ein kleines Malheur passierte, wollen wir nicht weiter aufstechen, wohl aber muß es ausgesprochen werden, daß es dem Manne an Verständniß über die wahre Natur der Bewegung, welcher er in der guten Absicht, der Arbeitersache einen Dienst zu leisten, seine Kräfte widmet, vollständig mangelt.“*⁶⁶ Wer diese Polemik für den Vogtland-Anzeiger damals verfasste, kann heute nicht mehr aufgeklärt werden. Es könnte aber durchaus sein, dass auch hier wieder der schon sechs Jahre zuvor nach Bebels Besuch unrühmlich in Erscheinung getretene gymnasiale Oberlehrer Otto Hermann Gessing – er ist bereits beim Hochverratsprozess gegen Bebel gewürdigt worden – zur Feder gegriffen hatte. Die im Artikel unschwer erkennbare Arroganz des wahrscheinlich akademisch gebildeten Autors gegenüber dem Arbeiterreferenten Mehlhorn spricht jedenfalls dafür.

In welcher Art und Weise sich Mehlhorn bei seinem Vortrag im Plauener Schützenhaussaal kritisch mit dem „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ auseinandergesetzt hat, ist dem Artikel im Detail nicht zu entnehmen. Erwähnt wird aber wenigstens, dass der Referent der Zeitung vorwarf, die Pressefreiheit

65) Polizeibericht über die (ADAV-) Volksversammlung am 27. Februar 1876, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

66) Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 02.03.1876, Stadtarchiv Plauen, S. 2.

gegen die Arbeiter zu benutzen, nur den wirtschaftlichen Erfolg, also die Umsatzzahlen des Blattes anzubeten und sich bei den Artikeln von Geschäftsinteressen leiten zu lassen. Insbesondere sei die Zeitung abhängig vom inserierenden Publikum und müsse sich nach diesem richten, weshalb das Blatt in einer Woche sechs Mal seine Meinung ändere. Es dürfte also in Mehlhorns Vortrag durchaus zünftig zugegangen sein. Und auch an Polemik ist er seinen Gegnern wohl nichts schuldig geblieben.

Die vom Vogtland-Anzeiger in besonderer Intensität hochgezogene frühere Kritik am westvogtländischen Wahlkreis hat Mehlhorn in seiner Rede im Schützenhaus ebenfalls angesprochen und partiell präzisiert. Die übermütige Bemerkung, so der Vogtland-Anzeiger, wonach wegen der umstehenden Grenzmarken kein aufklärerischer Lichtstrahl in den Wahlkreis dringe, müsse nach Mehlhorn im sozialistischen Sinne verstanden werden. Man wisse ja, dass in den bezeichneten Grenzorten nichts los sei. Dieses Argument empfand der Autor des Artikels im Vogtland-Anzeiger als herzlich schwach und gab sogleich im Übereifer einen Einblick in die sozialdemokratischen Aktivitäten in diesen Gebieten. Er schreibt, man wisse ja, dass gerade Greiz das Zentrum der sozialdemokratischen Agitation sei, dass kein anderer Ort zum Arbeiterfest in Zwickau einen solch starken Zulauf geschickt habe und nirgends im Vogtland die sozialistischen Versammlungen so zahlreich besucht seien wie in Greiz. Auch bei der Stadt Hof sei die Einschätzung falsch, schließlich sei es dort den Sozialdemokraten gelungen, einige Jahre hindurch sogar eine eigene Zeitung erscheinen zu lassen. Wir müssen dem eifrigen Autor im Vogtland-Anzeiger heute noch für diese detaillierten Angaben zur damaligen Arbeiterbewegung dankbar sein.

Natürlich ging der sozialdemokratische Referent Mehlhorn im Schützenhaus auch und sicherlich ausführlich auf die politischen und sozialen Forderungen seiner Partei ein. Im Artikel des Vogtland-Anzeigers wird dies aber nur ansatzweise wiedergegeben. Immerhin ist zu lesen, dass die Sozialdemokraten die Erreichung des zehnstündigen Normalarbeitstages, die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und eine genossenschaftliche Produktion forderten. Der Autor hält das aber für zu allgemein und inhaltlich ungenau. Sichtlich verärgert ist er, weil in diesen Forderungen das Umstürzlerische fehlt. Deshalb führt er weiter aus: *„Daß in diesen Forderungen an sich nichts liegt, was die Socialdemo-*

kratie oder vielmehr ihre Führer in Gegensatz zu den übrigen Parteien bringt, daß also der Gegensatz wo anders und tiefer liegen muß, das weiß der Sprecher entweder nicht, – dann ist er ein Ignorant, oder er sagt es absichtlich nicht, dann täuscht er das Vertrauen der Arbeiter, um es zur Erregung ungegründeten Hasses zu mißbrauchen, um sie zu ködern für eine Sache, die er in harmlosem Lichte erscheinen lassen möchte, während den Leitern der Bewegung das Hirngespinnst eines social-kommunistischen Staates vorschwebt, dessen Verwirklichung, wenn sie versucht werden sollte, nur zu unheilvoller Zerrüttung führen kann.“⁶⁷

Der Artikel im „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ über die sozialdemokratische Volksversammlung am 27. Februar 1876 im Plauener Schützenhaus endet, wenig überraschend, mit einer Rechtfertigung und einem Bekenntnis des Blattes, dieses neue Übel, die Sozialdemokratie, auch in Zukunft publizistisch bekämpfen zu wollen. Das Blatt schreibt: *„Wir sind stets bemüht gewesen, die socialistischen Umtriebe in unserer Stadt offen und unverhüllt an das helle Licht des Tages zu ziehen; der Mißmuth, der sich darüber gegen uns äußert, ist uns nur ein Beweis mehr, daß wir den rechten Weg betreten haben. ... Wir verließen die Versammelten ... mit dem Eindruck, daß die socialdemokratische Agitation, auch wo sie es zur Gewinnung von Stimmen vorzieht, sich einer urtheilslos beifallklatschenden Menge gegenüber in möglichst harmlosem Gewande zu zeigen, unser Volksleben von der Gemüthsseite vergiftet; sie nährt den Geist der Feindseligkeit und des Mißtrauens, auch wo sie von der Verherrlichung der Pariser Brandcommune vorsichtig schweigt, und bereitet eine sociale Revolution vor, die schließlich nur der schlimmsten Reaktion zu Gute kommen kann. Darauf hinzuweisen, ist nicht überflüssig in einem Wahlkreise, in welchem bei der letzten Wahl immerhin schon 1 100 Stimmen für socialdemokratische Volksbeglucker abgegeben worden sind.“⁶⁸*

Im Blick auf diese durchaus nicht siegessicher wirkenden Worte des Autors kann die Volksversammlung im Plauener Schützenhaus sehr wohl als großer Erfolg für die Sozialdemokraten bezeichnet werden. Die vom Vogtland-Anzeiger als „urteilslos“ herabgewürdigte, aber eben Beifall klatschende Menge an Besuchern spricht dafür, dass die Sozialdemokraten auch in Plauen weiter an Boden gewonnen hatten.

67) Ebenda.

68) Ebenda.

Und noch etwas kam hinzu: Die Plauener Sozialdemokraten traten nun auch stärker mit eigenen, ortsansässigen Personen in Erscheinung. Zum ersten Mal tauchte neben Carl August Wolf, der bereits die Veranstaltung beim Rat der Stadt angemeldet hatte, ein zweiter Name eines führenden Plauener Sozialdemokraten auf: Franz Petzold. Wolf und Petzold – beide stammten nach dem bereits erwähnten Polizeibericht aus Plauen – waren auf der Volksversammlung zu Versammlungsleitern gewählt worden, was für deren führende Rolle bei den Plauener Sozialdemokraten spricht. Ohnehin fällt die Tatsache ins Auge, dass bei dieser Volksversammlung nicht mehr der ADAV-Bevollmächtigte für Plauen als Organisator, sondern zwei Plauener Sozialdemokraten in Erscheinung treten. Dies hängt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch mit den neuen, reichsweiten Entwicklungen bei den Sozialdemokraten, mit der Vereinigung des ADAV und der SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), zusammen. Das hatte auch Folgen im inneren Organisationsaufbau der Partei. Die starke Position eines Präsidenten (des ADAV) gab es nicht mehr. Oberstes Organ der Partei war wie in der heutigen SPD der Parteitag, der auf Zeit einen Vorstand wählte. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Wechsel der Organisationshoheit der Sozialdemokraten in Plauen von einem einzelnen Bevollmächtigten zu mehreren offensichtlich im Vorstand tätigen Mitgliedern auch eine Folge dieser neuen SAP-Strukturen war. Die Namen Carl August Wolf und Franz Petzold werden deshalb im Zusammenhang mit den frühen Sozialdemokraten in Plauen noch mehrmals auftauchen.

Der Volksverein

Bei der Suche nach den frühen Spuren der Sozialdemokratie in Plauen sind gerade jene Aktionen von besonderem Interesse, bei denen eindeutig aus Plauen stammende Mitglieder der Partei aktiv wurden. Natürlich soll die Zeit mit und unter dem „Bevollmächtigten für Plauen“, Franz Rudolph, nicht gering geschätzt werden. Diese hinsichtlich ihres Beginns in Plauen offene und bis 1875 reichende ADAV-Zeit gehört selbstverständlich zur Gründungsgeschichte der Sozialdemokraten vor Ort. Es ist die absolute Frühphase der Partei in der Vogtlandstadt. Für das regionalgeschichtliche Wissen und die Traditionspflege sind aber besonders die Ereignisse von Bedeutung, bei denen sich Plauener Sozial-

demokraten für ihre Ziele einsetzten und in das politische Geschehen der Stadt eingriffen. Darum soll es nun vor allem gehen.

Ein erster Versuch eines solchen zusätzlichen Engagements war die Gründung eines Allgemeinen Volksvereins. Auch dieser Versuch (es ist unklar, ob der Verein später wirklich aktiv war) kann den frühen Sozialdemokraten in Plauen zugerechnet werden⁶⁹. Am 27. November 1874 zeigte Carl August Wolf jedenfalls beim Plauener Stadtrat an, dass sich dieser Volksverein seinem Statut entsprechend jeden Mittwoch und Sonnabendabend in Schilbachs Restauration versammeln wolle⁷⁰. Dem Schreiben, das im Anhang unter Ziffer 7 nachgelesen werden kann, ist allerdings zu entnehmen, dass die Gründung des Vereins noch nicht endgültig genehmigt war. Deshalb bezeichnete der Antragsteller die angezeigten Termine auch als „vorläufig“. Über die weitere Tätigkeit eines solchen Volksvereins finden sich im Plauener Stadtarchiv keine Belege. Seine Wirksamkeit scheint also begrenzt gewesen zu sein. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für die weiteren Aktivitäten der Plauener Sozialdemokraten, über die im Folgenden berichtet werden soll. Klar erkennbar ist bereits, dass die frühen Sozialdemokraten in Plauen Mitte der 1870er Jahre um eine stärker regionale Verwurzelung ihrer politischen Arbeit bemüht waren.

Der Arbeiterwahlverein für den 23. sächsischen Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal

16 Monate später führte dieses Streben nach stärkerer organisatorischer Verwurzelung in der Region zu einem konkreten Ergebnis. Am 22. März 1876 wurde beim Plauener Stadtrat das Gründungsstatut für einen (sozialdemokratischen) „Arbeiterwahlverein des 23. Wahlkreises“ zur Genehmigung eingereicht. Der 23. Wahlkreis war der „Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal“, bezogen auf die jeweiligen Wahlen zum Reichstag in Berlin. Die Ziffer ergab sich aus den damals insgesamt 23 im Königreich Sachsen gelegenen Reichstagswahlkreisen.

69) Die Zugehörigkeit des hier handelnden Carl August Wolf zum ADAV ist nach der Quellenlage im Plauener Stadtarchiv zwar erst im Zusammenhang mit der Volksversammlung im Februar des Folgejahres, also für 1875, belegt (siehe Unterabschnitt Volksversammlung). Seine Mitgliedschaft bei den Sozialdemokraten zum Zeitpunkt des Gründungsversuches eines Volksvereins ist aber sehr wahrscheinlich.

70) Anmeldungsschreiben von Carl August Wolf zu einem Allgemeinen Volksverein vom 27.11.1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1, siehe auch Dokument 6 im Anhang.

Das Vogtland war bei diesen Wahlen zweigeteilt. Das vogtländische Wahlgebiet umfasste neben dem 23. Wahlkreis auch noch einen Reichstagswahlkreis im Nordosten, den „Wahlkreis 22 Auerbach, Reichenbach“, der hier jedoch nicht im Fokus stehen soll.

Es mag uns heute verwundern, dass die frühen Sozialdemokraten in Plauen auf ein in unseren Augen so merkwürdiges Konstrukt eines Wahlvereines abstellten. In der damaligen Zeit war dies viel weniger überraschend. Wahlvereine waren in jener Zeit eine durchaus übliche und erprobte Form, um politische Interessen lokal und in Ergänzung zur Parteistruktur bündeln und artikulieren zu können. Und vor allem: Wahlvereine standen auf einer festen rechtlichen Grundlage. Das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 war nach der Gründung des Kaiserreiches mit Maßgaben als weitertgeltendes Recht für ganz Deutschland übernommen worden. In dessen Paragraph 17 hieß es: *„Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Überwachung derselben, bleiben unberührt.“*⁷¹ Der Wahlverein war deshalb über die bereits existierende Partei hinaus eine angemessene und zweckmäßige Organisationsform – er war rechtssicher und bot neben der überregionalen Partei eine Chance für eine tiefere lokale Verankerung.

Der „Arbeiterwahlverein des 23. Wahlkreises“ war seinem Inhalt und späteren Agieren nach klar der 1875 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) zuzuordnen, also der aus den Leipziger Lassalleanern und den Eisenachern vereinigten sozialdemokratischen Partei. Das Originalstatut befindet sich noch heute im Plauener Stadtarchiv. Es wurde, wie damals üblich, durch die Antragsteller von Hand in feinsten deutscher Kurrentschrift (der Handschrift nach offensichtlich von Carl August Wolf) verfasst. An den Rändern und am Ende des Dokuments sind diverse Bearbeitungsvermerke der Verwaltung erkennbar. Für die Bearbeitung wurde eine Gebühr von 25 Pfennigen erhoben und von den Antragstellern auch bezahlt. Beeindruckend ist neben der Kürze und Klarheit des Statuts die bereits damals gepflegte basisdemokratische Orientie-

71) § 17 des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869. In: Hoffmann, Carl. Die deutschen Reichsgesetze. Erster Band. Sächsisches Verlagshaus, Hainichen und Leipzig, S. 24.

rung des sozialdemokratischen Vereins. Der Text des siebenseitigen Statuts soll wegen seiner Bedeutung hier wiedergegeben werden. Im Anhang ist es als Dokument 8 im Original abgedruckt. Damit eine Anmutung des Originals verbleibt, erscheint hier der Text in einem handschriftähnlichen Schriftbild:

„An
den Stadtrath zu
Plauen

Die ergebenst Unterzeichneten unterbreiten hierdurch dem geehrten Stadtrath umstehendes Vereinsstatut zur geneigten Durchsicht und Genehmigung:

*Statut
des Arbeiter-Wahlvereins des 23. Wahlkreises*

1. *Der unter dem Namen: Arbeiter-Wahlverein des 23. Wahlkreises begründete Verein verfolgt den Zweck:*
 - a. *von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des unbeschränkten, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aller dispositionsfähigen Staatsbürger, soweit es für alle öffentlichen Wahlen noch nicht errungen ist, zu erwirken und zu schaffen ist.*
 - b. *durch fortwährende, geordnete Agitation auf friedlichem und gesetzlichem Wege dahin zu wirken, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht dazu benutzt wird, nur solche Abgeordnete in die gesetzgebenden und administrierenden Körper zu senden, welche die Interessen des arbeitenden Volkes zu ihrer Hauptaufgabe machen.*
2. *Der Sitz des Vereins, der keine Zweigvereine haben kann, dem vielmehr alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnort unmittelbar angehören, ist Plauen. Der Sitz kann durch einfachen Majoritätsbeschluß des Wahlvereins an jeden anderen Ort des § 1 gedachten Gebietes verlegt werden. Er bleibt unverändert derselbe, wenn der*

Verein es für gut finden sollte, sich ein oder das andere Mal in eine andere Ortschaft für seine Beratungen zu versammeln.

3. *Jeder Arbeiter wird durch einfache Eintrittserklärung Mitglied des Vereins mit allen gleichen Stimmrechten und kann jederzeit austreten.*
4. *Beim Eintritt hat jedes Mitglied 20 Pfennig zu zahlen, von da ab 5 Pfennig wöchentlich. Durch Nichtbezahlung des Beitrages in 4 aufeinander folgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt.*
5. *Mitglieder, welche gegen die Vereinszwecke handeln oder die Würde des arbeitenden Volkes durch ihre Haltung in sittlicher und politischer Hinsicht beeinträchtigen, können vom Vorstande ausgeschlossen werden. Gegen eine solche Verfügung des Vorstandes kann jedoch von dem Betroffenen ein Einwand an die nächste Generalversammlung eingelegt werden, wenn derselbe von 20 Mitgliedern unterzeichnet ist.*
6. *Die Angelegenheiten des Vereins werden verwaltet durch den Vorstand, bestehend aus seinen Vorsitzenden und 12 Mitgliedern, unter welchen ein Kassierer und ein Sekretair, welche sämtlich in den § 1 gedachten Gebiete wohnen müssen, sich befinden. Die Wahl sämtlicher Vorstandsmitglieder geschieht in der Generalversammlung nach absoluter Majorität auf ein Vierteljahr. Der Vorsitzende ist berechtigt, bei Behinderungsfällen seine sämtlichen Befugnisse dem Vize-Vorsitzenden zu übertragen.*
7. *Über die innere Organisation, die Geschäftsführung, die Beförderungsmittel auf die in § 1 gedachten Wege, Schreib- und Kassenwesen entwirft der Vorstand eine ‚Geschäftsordnung‘.*

Der Vorstand setzt Generalversammlungen und Vorstandsberatungen sowie den Ort derselben an. Vierteljährlich muss eine Generalversammlung abgehalten werden. Der Vorsitzende ist übrigens verpflichtet, jederzeit eine Generalversammlung innerhalb 3 Wochen einzuberufen, wenn unter Angabe des bestimmten Grundes entweder die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämtlicher Vereinsmitglieder schriftlich bei ihm darauf anträgt. Vorstandsberatungen müssen vom Vorsitzenden innerhalb 2 Wochen einberufen werden, wenn die Majorität des Vorstandes darauf anträgt. Alle im Namen des Vereins zu erlassenden Veröffentlichungen werden vom Vorsitzenden unterzeichnet.

8. *Die Generalversammlung kann mit einem Antrage auf Statutenänderung nur befaßt werden, wenn ein solcher Antrag von 20 Mitgliedern unterzeichnet und einen Monat vor der Generalversammlung beim Vorstand eingereicht worden ist, welcher diesen Antrag sofort sämtlichen Mitgliedern bekannt machen muss.*

9. *Die Änderung von Statuten kann in der betreffenden Generalversammlung nur mit wenigstens zwei Dritteln durch Delegierte vertretenen Stimmen beschlossen werden. Über jede durch die Generalversammlung erfolgte Statutenänderung haben die Mitglieder innerhalb 3 Wochen nach Versendung des Protokolls der betreffenden Generalversammlung durch Urabstimmung endgültig zu entscheiden.*
Plauen, am 22. März 1876

Vorsitzender:

Franz Petzold, I. Vorsitzender
C. A. Wolf
August Hartenstein

Sekretair:

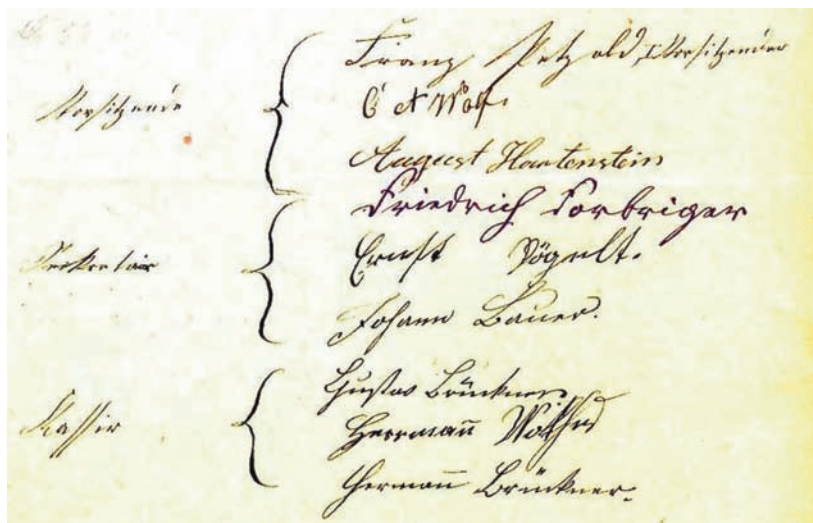
Friedrich Forbriger
Ernst Pögel
Johann Lauer

Kassier:

Gustav Brückner
Herrman Nother
*Herman Brückner*⁷²

Ob die hier benannten Namen des ersten Vorstandes aus der deutschen Kurrentschrift des 19. Jahrhunderts tatsächlich vollkommen richtig wiedergegeben sind, muss einer weiteren Prüfung vorbehalten bleiben. Auch deshalb, aber vor allem zur Würdigung dieser „Gründerväter“ der Sozialdemokratie in Plauen, wird hier ein Bild der Unterschriften aus dem Originaldokument zusätzlich angefügt.

72) Statut Arbeiter-Wahlverein des 23. Wahlkreises vom 22.03.1876, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 157, Arbeiter-Wahlverein des 23. Wahlkreises, 1876–1878, S. 1–6.



Unterschriften aus dem Originalstatut des Arbeiterwahlvereins des 23. Wahlkreises vom 22. März 1876

Die Spurensuche nach den damaligen Gründungs- und ersten Vorstandsmitgliedern des Arbeiterwahlvereins gestaltet sich heute, fast 140 Jahre nach dem Ereignis, recht schwierig. Wir haben dazu nur die Namen des im Stadtarchiv Plauen erhalten gebliebenen Statuts. Auch die Frage, wer tatsächlich über längere Zeit als Vorsitzender des Vereins amtierte, wird heute kaum noch zu ermitteln sein. Es ist aber zweifelhaft, ob die kurze Wahlperiode der Vorstandsmitglieder von jeweils drei Monaten, wie sie im Statut in Paragraph 6 vorgegeben war, lange Bestand hatte. Allein Praktikabilitätsgründe sprechen schon dagegen. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass einige der benannten Namen im Arbeiterwahlverein auch dauerhaft eine größere Rolle gespielt haben.

Als erster Vorsitzender weist das Statut *Franz Petzold* aus – sein Name war bereits bei der Volksversammlung der SAP von 1876 aufgetaucht. Im Adressbuch der Stadt Plauen aus dem Jahre 1870 ist er noch nicht verzeichnet. Im nächstfolgenden Adressbuch aus den Jahren 1877/78 ist ein Franz Petzold in der Kirchstraße 1 aufgeführt. Er war von Beruf Weber. Allerdings hat Petzold später, wie sich nach gesicherter Quellenlage zeigt, in der Plauener Forststraße 52 g und zumindest zeitweilig auch in Chemnitz gewohnt.

Als weiteren Vorsitzenden verzeichnet das Statut C. A. Wolf. Auch dieser Name ist bereits bekannt. Es handelt sich um *Carl August Wolf*, einen Mann, der zu den frühesten Sozialdemokraten in Plauen gerechnet werden kann. Wolf war bereits in den Jahren 1874 (Volksverein) und 1876 beim Stadtrat von Plauen als Anmelder sozialdemokratischer Versammlungen „aktenkundig“ geworden. Im Adressbuch von 1877/78 ist im Vereinsteil erstmalig auch der „Arbeiter-Wahl-Verein“ registriert und dies ebenfalls unter dem „Vorsteher C. A. Wolf“. Wolf war also wichtig für die Sozialdemokraten in Plauen und hatte im Wahlverein eine längere führende Rolle inne. Im Personenteil des Plauener Adressbuches von 1877/78 findet sich auch ein Eintrag für einen Carl August Wolf mit der Adresse Syra 3. Dieser war von Beruf Orgelbauer. Allerdings hatte er selbst 1876, bei der Anmeldung der SAP-Volksversammlung, seine Adresse mit Hofer Straße 91 angegeben, was deshalb als gesichert gelten kann. Ob es sich hier also um dieselbe Person handelt wie im Plauener Adressbuch, muss offen bleiben.

Der dritte Vorsitzende war laut Statut von 1876 *August Hartenstein*. Ein Mann dieses Namens findet sich bereits im Plauener Adressbuch des Jahres 1870. Er war Handarbeiter und wohnte in der Dobenastraße 23. Im Adressbuch von 1877/78 finden sich gleich drei Personen dieses Namens. Zum einen ein August Hartenstein in der Forststraße 100, seines Zeichens „Handelsmann“, zum zweiten ein Maurergeselle in der Schützengasse 10 und drittens ein Werkmeister in der Stöckigter Straße 3. Der Name Hartenstein wird uns noch später bei einem Polizeibericht über eine von ihm geleitete Parteiversammlung begegnen. Dort wird er als Handelsmann bezeichnet, weshalb es sich wohl bei der Wohnadresse Forststraße 100 um jene des dritten Vorsitzenden gehandelt haben dürfte.

Friedrich Forbriger ist bereits im Adressbuch der Stadt Plauen aus dem Jahre 1870 zu finden. Er wohnte in der Straßberger Straße 92 und war von Beruf Zettelmacher⁷³.

Ernst Pögelt wird im Plauener Adressbuch von 1870 in der Hofer Straße 97 sowie mit der Berufsbenennung Fabrikweber verzeichnet.

Der Namen *Johann Lauer* und *Herrmann Nother* sind weder im Adressbuch der Stadt Plauen aus dem Jahre 1870 noch in jenem von 1877/78 zu finden.

Bei dem Namen *Gustav Brückner* ist im Adressbuch von 1877/78 nur eine Per-

73) Zettelmacher ist ein längst ausgestorbener Beruf aus der Frühzeit der industriellen Weberei. Nach Recherchen von Roland Mach und Bernd Stubenrauch bestand das Gewerk des Zettelmachers im Aneinandersetzen von Fadenscharen im Zusammenhang mit der sogenannten Schlichterei, also der Stärkung des Fadenmaterials.

son mit dem Vornamen Gustav Adolf verzeichnet. Dieser Brückner war seines Zeichens ein Sticker, der in der Bergstraße 19 wohnte.

Eindeutiger ist hingegen die Zuordnung bei Hermann Brückner. Er ist im Adressbuch der Stadt Plauen von 1877/78 verzeichnet. Er war Handarbeiter und wohnte in der Hammerstraße 17.

Ob die im Gründungsstatut des sozialdemokratischen Arbeiterwahlvereins von 1876 aufgeführten Namen tatsächlich mit jenen hier aufgeführten Personen identisch sind, kann nur über eine weitere genealogische Untersuchung, zum Beispiel durch die Ermittlung und Befragung späterer Nachkommen, geklärt werden. Deshalb muss diese Frage offen bleiben.

Größere Klarheit besteht aber über die politischen Ziele und Aktivitäten des Arbeiterwahlvereins, auf die später im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen von 1877 detailliert eingegangen werden wird. Denn bereits im Juli 1876, also vier Monate nach Gründung des Vereins, lag ein Aufruf an die Arbeiter des Wahlkreises vor, der ab dann auch in gedruckter Form für die politische Arbeit zur Verfügung stand und genutzt wurde.

Der Aufruf wandte sich an Arbeiter und alle, *„die Ihr Werthe erzeugt, sei es auf dem Gebiet der Industrie oder auf dem des Grund und Bodens, die Ihr den Ertrag Eurer Arbeit aber zum größten Theile auf direktem oder indirektem Wege in die Taschen Weniger fließen seht“*.⁷⁴ Sie alle – ausdrücklich benannt werden Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und Tagelöhner – sollen sich vereinigen und in den Arbeiterwahlverein eintreten. Der Verein fordert: *„Debattirt über Eure Lage und die Mittel zur Verbesserung derselben! Greift mit ein in die Räder der Zeit! Wirkt zusammen mit Euren Genossen, denn Einigkeit macht stark!“*⁷⁵

Gerade in Plauen, wo die liberalen Parteigänger des Unternehmertums bisher so starke Wahlergebnisse erzielen konnten, fehlten ermahnende Worte im Aufruf des Arbeiterwahlvereins nicht. Dazu heißt es: *„Mancher wird zu Euch kommen und schöne Reden hersagen vom Nutzen der stehenden Heere, von der Unvollkommenheit der Menschheit, von der Nothwendigkeit des Klassensystems. Trauet ihnen nicht, denn das sind keine Männer, die es ernstlich meinen mit Euch, diese beabsichtigen nur, Eure Stimmen für ihre Kandidaten bei den Wahlen zu er-*

74) Aufruf des Arbeiter-Wahlcomité vom Juli 1876, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 152, Preßpolizeisachen, 1875–1889, S. 1.

75) Ebenda.

halten, welche hinwiederum nur ihre Interessen, die Interessen der herrschenden Gesellschaft vertreten. Es sind Wölfe in Schafskleidern, Heuchler, die von Euch sonst nichts wissen mögen. Lernet die Spreu von dem Weizen sondern, was nur durch Vereinigung Vieler möglich ist. Versäume Keiner mit Hand ans Werk zu legen, denn einzeln seid Ihr Nichts, vereinigt Alles!“⁷⁶

In diesem Aufruf klingen bereits nahezu alle Themen an, die in den damaligen Wahlkämpfen eine Rolle spielten. Die Sozialdemokraten verstanden sich als Interessenvertreter des gesamten werktätigen Volkes. Getreu der Lehre von Lassalle strebten sie nach der Vereinigung und Organisation aller in diesem Sinne Werktätigen. Sie forderten die demokratische Selbstaktivierung und politische Teilhabe des arbeitenden Volkes, vor allem aber die Teilhabe an den von ihnen geschaffenen Werten. Und sie wandten sich gegen alle falschen Heilsversprecher, seien sie nun diesseitiger oder jenseitiger Art. Unterzeichnet ist der Aufruf durch das Arbeiter-Wahlkomitee, vertreten durch den Sozialdemokraten Franz Petzold.

Dass ein solches emanzipatorisches Engagement aus den Reihen der Arbeiterschaft nicht auf allzu viel Gegenliebe bei den örtlichen Honoratioren, Unternehmern und Vertretern der staatlichen Macht stieß, liegt auf der Hand. Es kann deshalb nicht überraschen, dass man auch im Plauener Rathaus bei passender und vielleicht auch bei erstbesther Gelegenheit gegen den Arbeiterwahlverein vorzugehen gedachte. Eine solche Gelegenheit bot sich im Herbst 1876. So erließ der damals hauptamtliche Stadtrat von Plauen am 13. September 1876 eine Strafverfügung gegen den Vorsitzenden des Arbeiterwahlvereins, Franz Petzold. Dieser wurde „glaubhaft beschuldigt“⁷⁷, am 27. August desselben Jahres eine Zusammenkunft des Arbeiterwahlvereins nicht so, wie es vorgeschrieben war, nämlich mindestens 24 Stunden vorher, bei der Plauener Polizeibehörde angezeigt zu haben. Die Strafverfügung gegen Petzold sah eine Geldstrafe in Höhe von drei Mark vor, was bei den damaligen Arbeitslöhnen immerhin etwa einem Verdienst von zwei Arbeitstagen entsprochen haben dürfte. Im Falle der Nichtzahlung wurde zugleich eine eintägige Haftstrafe angedroht.

76) Ebenda.

77) Strafverfügung des Plauener Stadt-Rathes vom 13.09.1876, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

Diese „Verwaltungsstrafsache Petzold“ erwies sich für den Plauener Stadtrat jedoch beschwerlicher als gedacht. Aus einem weiteren Aktenstück ist ersichtlich, dass der Delinquent Franz Petzold nicht mehr unter der angenommenen Plauener Adresse Forststraße 52g erreichbar, sondern nach Chemnitz in die Poststraße 30 verzogen war. Deshalb konnte der Strafbefehl gegen ihn in Plauen nicht so einfach vollzogen werden. Der Plauener Stadtrat brauchte die Amtshilfe der Chemnitzer Behörden.

Am 16. April 1877, also sieben Monate später, erteilte das Königlich Sächsische Bezirksamt, Abteilung für Requisitionssachen, in der Verwaltungsstrafsache Petzold eine „Instruktion zur Auspfändung an den Exekutor“ (wir würden heute sagen, einen Pfändungsauftrag an den Gerichtsvollzieher), um die Geldstrafe in Chemnitz durch Beschlagnahme der persönlichen Habe von Franz Petzold einzutreiben. Der Geldbetrag hatte sich jedoch um einiges vermehrt. Insgesamt wollten die Plauener nun von Petzold einen Schuldbetrag von neun Mark und 26 Pfennig eintreiben. Die Verdreifachung des Schuldbetrages entstand, weil der Plauener Stadtrat dem Sozialdemokraten zusätzlich alle möglichen Verwaltungskosten aufgebürdet hatte. Franz Petzold entzog sich jedoch dieser für einen Arbeiter schmerzhaften Strafsumme (sie entsprach nun mindestens dem Lohn einer sechstägigen Arbeitswoche) und trat stattdessen die eintägige Haftstrafe an.

Für den Plauener Stadtrat war diese Strafaktion gegen den Arbeiterwahlverein damit ein klares Verlustgeschäft. Erstens blieb die Plauener Stadtkasse auf ihren Verwaltungskosten sitzen. Zweitens präsentierte das Königliche Gerichtsam im Bezirksgericht Chemnitz dem Plauener Stadtrat auch noch eine „Arresthaus-Rechnung“, die durch die eintägige Haft des Sozialdemokraten entstanden war. Sie belief sich auf eine Mark und 81 Pfennige, bestehend aus Kosten in Höhe von einer Mark für den „Ein- und Ausschluß“, 18 Pfennig „Sitzgebühren“ für einen Hafttag, fünf Pfennig Kosten für Lagerstroh und weitere 58 Pfennig für Petzolds „Atzung“ (gemeint ist die Verköstigung des Häftlings)⁷⁸. Dass sich der Plauener Stadtrat im Anschluss daran mit Hinweis auf Verjährungsfristen zumindest teilweise weigerte, diese Kosten zu bezahlen, lässt erahnen, wie ärgerlich dieser Vorgang für die Plauener Stadtregierung war.

⁷⁸) Arresthaus-Rechnung des Königlichen Gerichtsamtes Chemnitz für Franz Petzold vom 5. bis 6. Mai 1877, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

Der Arbeiterwahlverein in den Reichstagswahlen von 1877

Die Reichstagswahlen vom Januar 1877 waren die dritten Reichstagswahlen seit Gründung des Deutschen Kaiserreiches im Jahr 1871. Sie fanden rund eineinhalb Jahre vor dem Verbot der Sozialdemokratie durch das Bismarck'sche Sozialistengesetz statt und waren die letzten regulären Reichstagswahlen für die Sozialdemokraten ohne Verbot oder Beeinträchtigungen.

Die Sozialdemokraten hatten bei den Wahlen zuvor, im Jahre 1874, deutschlandweit lediglich ein Wahlergebnis von 6,8 Prozent erreicht. Das lag weit hinter den Erwartungen der Parteigründer zurück. Im Reichstag waren die Sozialdemokraten mit insgesamt neun Abgeordneten vertreten, wovon sechs in sächsischen Wahlkreisen gewählt worden waren. Dies waren August Geip, gewählt im „Wahlkreis 9 Freiberg, Hainichen“, Julius Vahlteich, gewählt im „Wahlkreis 15 Mittweida, Frankenberg, Augustusburg“, Johann Most, gewählt im „Wahlkreis 16 Chemnitz“, August Bebel, gewählt im „Wahlkreis 17 Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal“, Julius Motteler, gewählt im „Wahlkreis 18 Zwickau, Crimmitschau, Werdau“ und Wilhelm Liebknecht, der im „Wahlkreis 19 Stollberg, Schneeberg“ gewählt worden war. Das Vogtland gehörte in jener Zeit also nicht zu den sozialdemokratischen Hochburgen, in denen die SPD schon früh den Sprung ins Parlament schaffte. Zwar waren die Sozialdemokraten bei Reichstagswahlen im nordöstlichen Teil des Vogtlandes (Auerbach, Reichenbach) früher erfolgreich als im benachbarten westvogtländischen Wahlkreis. Insgesamt war das Vogtland, vor allem im „23. Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal“, jedoch eher eine Bastion des unternehmernahen Liberalismus und später vor allem der Deutschkonservativen.

Bei den dritten Reichstagswahlen im Jahre 1877, bei denen sich auch der Arbeiterwahlverein zum ersten Mal engagierte, konnten die Sozialdemokraten weitere Zuwächse verbuchen. Insgesamt erreichte die damalige SAP einen Stimmenzuwachs von 2,3 Prozentpunkten und kam reichsweit auf 9,1 Prozent. Stärkste Parteien im dritten Reichstag waren jedoch trotz Stimmverlusten abermals die Nationalliberalen und die (katholische) Zentrumspartei. In Sachsen konnten die Sozialdemokraten, die hier zum ersten Mal in allen sächsischen Wahlkreisen mit Kandidaten angetreten waren, einen weiteren Wahlkreis für sich erobern und stellten ab da sieben statt bisher sechs Reichstagsabgeordnete. Sie verloren nach dem damals geltenden absoluten Mehrheitswahlrecht

zwar die Wahlkreise in Freiberg, Hainichen und in Mittweida, Frankenberg, Augustusburg, gewannen aber erstmalig drei neue Wahlkreise hinzu. Dazu gehörte auch der „Wahlkreis 22 Auerbach, Reichenbach“, der nun erstmalig den Sozialdemokraten Ignatz Auer in den Reichstag entsandte. Dieser wurde später zu einem allgemein bekannten und geschätzten Sekretär des Parteivorstandes, Agitator und verdienten Sozialdemokraten. Nach seinem Tod 1907 erhielt er in Berlin-Friedrichsfelde ein Ehrengrab, in Berlin und Hamburg wird an ihn mit Gedenktafel und Straßennamen erinnert. Dass Ignatz Auer seinen parlamentarischen Weg im Vogtland begann und hier auch der erste Sozialdemokrat war, der in ein landesweites Parlament gewählt wurde, ist hier leider in Vergessenheit geraten.

Im „Wahlkreis 23 Plauen, Oelsnitz, Klingenthal“ kandidierte bei der Reichstagswahl am 10. Januar 1877 Max Reisser für die Sozialdemokraten. Er war damals Redakteur bei einer sozialdemokratischen Zeitung in Bremen. Das Mandat konnte Reisser trotz Unterstützung des Arbeiterwahlvereins aber nicht erringen. Dennoch waren diese Wahlen auch im Wahlkreis 23 für die Sozialdemokraten ein beachtlicher Erfolg. Wir kommen darauf noch zurück.

Die Ziele und Forderungen, mit denen der Arbeiterwahlverein an die Wähler des 23. Wahlkreises, vor allem an die Arbeiter und weitere Teile der lohnabhängigen Bevölkerung im westlichen Vogtland herantrat, können heute noch klar umrissen werden. Denn aus dem Wahlkampf von 1876/77 sind im Plauener Stadtarchiv ein zeitungsgleiches, über vier Seiten engbedrucktes Wahlkampf-Flugblatt⁷⁹ und eine kürzere zweiseitige Fassung davon erhalten geblieben.

Ins Auge fällt dabei zunächst der fordernde, fast rüde Ton, mit dem sich die Sozialdemokraten an ihre proletarischen, kleinbürgerlichen, aber auch bäuerlichen Wähler im Vogtland wandten: *„Als Bürger des Staates, als Versorger Eurer Familien, deren Glieder nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft unter dem Drucke der Noth und der Entbehrungen, welche schlechte Gesetze erzeugen, zu leiden haben, habt Ihr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Gesetzgebung in freiheitliche Bahnen lenke und das Wohl des Volkes mehr erstrebe, als es gegen-*

79) Wähler des 23. Wahlkreises des Königreichs Sachsen (Plauen, Oelsnitz, Klingenthal), Flugblatt des Arbeiterwahlvereins zur Reichstagswahl am 10. 01. 1877, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

Wähler

des

23. Wahlkreises des Königreichs Sachsen (Plauen, Oelsnitz, Klingenthal).

Am 10. Januar 1877 finden die Wahlen zum Deutschen Reichstage statt.

Als Bürger des Staates, als Verfolger Eurer Familien, deren Glieder nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft unter dem Druck der Noth und der Entbehrungen, welche schlechte Gesetze erzeugen, zu leiden haben, habt Ihr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Gesetzgebung in freithätliche Bahnen lenke und das Wohl des Volkes mehr erstrebe, als es gegenwärtig der Fall ist.

In unserer Gesetzgebung wirken die von Euch gewählten Vertreter mit der Regierung zusammen, und sie können auf die Art der Gesetze, auf das Zustandekommen guter und die Beseitigung schlechter durch ihre Abstimmung einen mächtigen Druck üben. Sie haben die Macht bis jetzt gegen Euer Interesse angewandt, sie tragen die Mitschuld an der geschäftlichen Krise, der Arbeits- und Verdienstlosigkeit und an den fortwährenden Kriegsgefahren. Durch ihre Steuerbewilligungen verschulden sie den gewaltigen Steuerdruck, unter dem Ihr seufzt, und der Euch den letzten Rest Eurer Habseligkeiten, die Ihr in besserer Zeit vielleicht erworben habt, wegnimmt.

Setzt zurück in die Vergangenheit, **Bürger, Arbeiter, Bauern.**

Arbeiter in Plauen und Umgegend! Ist es mit Eud von Euch nicht schon so weit gekommen, daß sie von dem Leben wachen, was Weib und Kind verdienen, weil sie selbst arbeitslos sind. Woher kommt denn aber jene Macht des Capitals, Euch durch Eure eigenen Angehörigen zu unterdrücken?

Das kommt von der Art der heutigen Wirtschaft her, welche die Arbeit zu einer Waare macht, deren Preis den Gesetzen des Handels, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage unterliegt. Wenn Ihr nicht verhungern wollt, müßt Ihr die Arbeit, die Waare, mit der Ihr handelt, zu dem Preise verkaufen, den man Euch dafür bietet. Man bietet Euch weniger, wenn viele Arbeiter sich anbieten und wenig Arbeit ist. Man vermehrt darum die Zahl der Arbeitskräfte durch Eure Frauen und Eure Kinder, und der Lohn fällt.

In arbeitsloser Zeit ist der Arbeitslohn immer geringer als in Zeiten der regen Gewerbsamkeit.

Ihr müßt darum dafür sorgen, daß die Gewerbe durch die Politik der Regierungen nicht geschädigt werden.

Sie sind geschädigt worden durch die Gesetze und die politischen

Auszug aus dem Flugblatt des Arbeiterwahlvereins des 23. Wahlkreises für die Reichstagswahlen 1877

wärtig der Fall ist. In unserer Gesetzgebung wirken die von Euch gewählten Vertreter mit der Regierung zusammen, und sie können auf die Art der Gesetze, auf das Zustandekommen guter und die Beseitigung schlechter durch ihre Abstimmung einen mächtigen Druck üben. Sie haben die Macht bis jetzt gegen Euer Interesse angewandt, sie tragen die Mitschuld an der geschäftlichen Krise, der Arbeits- und Verdienstlosigkeit und an den fortwährenden Kriegsgefahren. Durch ihre Steuerbewilligungen verschulden sie den gewaltigen Steuerdruck, unter dem Ihr seufzt, und der Euch den letzten Rest Eurer Habseligkeiten, die Ihr in besserer Zeit vielleicht erworben habt, wegnimmt.“⁸⁰ Weiter heißt es: „Das geht aber so weiter – Ihr Wähler – wenn Ihr wieder Liberale wählt ...“⁸¹

Die damalige Ansprache an die potenziellen sozialdemokratischen Wähler war klar, deutlich und hart. Nichts war hier durch weichgespülte Formulierungen, taktische Ansprachen oder Reklamesprüche, wie wir sie in Wahlkämpfen und

80) Ebenda.

81) A. a. O., S. 1b.

von Parteien aus unseren Tagen zur Genüge kennen, verstellt. Ganz vorn stand damals unmissverständlich die Botschaft, dass die Wähler mit ihrer Stimme darüber entscheiden, welche Mehrheiten im Reichstag entstehen und in wessen Interesse dort Gesetze beschlossen werden. Damit zielten die frühen Sozialdemokraten auf die vielleicht wichtigste demokratische Grundfrage, die zeitübergreifend auch heute noch entscheidend ist – die bürgerschaftliche Eigenverantwortung des Einzelnen bei der Beteiligung an einer Wahl. Für die Sozialdemokraten war offensichtlich klar, dass diese Eigenverantwortung den Wählern gegenüber unmissverständlich artikuliert werden muss. In ihren Augen durfte der arbeitende oder lohnabhängige Wähler für seine Gunst nicht umgarnt oder gebeten werden, denn er stand selbst in der Pflicht. Er hatte trotz aller aufgetürmten Hürden durch seine Beteiligung an der Wahl und durch sein Votum für die Sozialdemokratie für andere politische Mehrheiten zu sorgen. Es ging also damals, ebenso wie heute, um die zentrale Frage der demokratischen Selbstaktivierung des Einzelnen. Die frühen Sozialdemokraten waren somit nicht nur Agitator der proletarischen und ihrer eigenen Sache. Sie sahen sich insbesondere auch der Aufklärung der Massen und der unteren Bevölkerungsschichten über deren politische Beteiligungs- und Wirkungsmöglichkeiten verpflichtet. Und dabei traten sie nicht bittend oder gar demütig auf, sondern forderten vom arbeitenden Volk, dass es sich seiner eigenen Lage, aber vor allem seiner politischen Möglichkeiten bewusst werde und diese auch aktiv nutze. Ein solches couragiertes Verhalten stünde den Parteien auch in unseren Tagen gut zu Gesicht.

Über die Hürden, die die damalige Obrigkeit bei der Wahl zum Reichstag vor allem für die Arbeiter aufgestellt hatte, muss an dieser Stelle einiges gesagt werden. Diese Wahlen waren mit unseren heutigen nur wenig vergleichbar. Zwar war das aus dem Norddeutschen Bund ins Kaiserreich übernommene Wahlrecht zum Reichstag – gerade auch im Vergleich zu den Wahlgesetzen der Länder zu den Landtagen – eines der fortschrittlichsten seiner Zeit, heutigen Maßstäben würde es aber kaum gerecht. Besonders die Forderung nach einer allgemeinen und geheimen Wahl erfüllte das damalige Wahlrecht nicht. Berechtigt waren bei den damaligen Reichstagswahlen alle Männer, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten. Das Frauenwahlrecht wurde erst zu Beginn der Weimarer Republik von den Sozialdemokraten eingeführt. Von der Wahl aus-

geschlossen waren damals auch Männer, die die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nahmen, was verständlicherweise die ärmste Bevölkerungsschicht und vor allem Arbeiter betraf. Ein Versuch August Bebel's 1869, das Wahlgesetz dahingehend zu ändern, dass auch Männer mit Armenunterstützung das Wahlrecht erhielten, scheiterte an den damaligen Mehrheitsverhältnissen.

Auch das Wahlverfahren war dazu angetan, die bestehenden Machtverhältnisse zu bewahren und die Sozialdemokraten systematisch zu benachteiligen. Freizugängliche und damit überprüfbare Wählerverzeichnisse gab es bei den damaligen Reichstagswahlen noch nicht. Auch einheitlich vorgedruckte Stimmzettel waren unbekannt. Jeder Kandidat oder jede Partei hatte selbst dafür zu sorgen, dass für seine Person Stimmzettel vorhanden waren und an die Wähler verteilt werden konnten. Auch die Verteilung oblag den Kandidaten⁸². Erst 1923, also in der Weimarer Republik, wurden in Deutschland staatlich gedruckte Wahlzettel eingeführt. Bis dahin begünstigten die Behörden mitunter „genehme“ Kandidaten und Parteien durch die einseitige Verteilung von Stimmzetteln, während sie andere durch Verweigerung benachteiligten. In vielen Fällen, wenn die Anzahl der verteilten Stimmzettel nicht reichte, mussten die Wähler für die Wahl den Namen des von ihnen gewünschten Kandidaten auf einen Zettel schreiben, um ihn dann wählen zu können. Es gehört wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, dass wegen der Beschaffenheit des Wahlzettels oder wegen der handschriftlichen Schreibweise des Kandidatennamens der Möglichkeit, unliebsame Wahlentscheidungen aus formalen Gründen für ungültig zu erklären, Tür und Tor geöffnet waren. Auch dies benachteiligte besonders die sozialdemokratische Partei und ihre Kandidaten.

Auch von einer wirklich freien und geheimen Wahl kann man bei den damaligen Reichstagswahlen nicht sprechen. Erst im Jahr 1918 konnten die Sozialdemokraten durchsetzen, dass eine Reichstagswahl zwingend nur an einem Sonn-

82) Erinnert sei hier an die humorvolle Schilderung von Alwin Gerisch in seinem Buch „Erzgebirgisches Volk“ über die Verteilung der Wahlzettel im Jahre 1866 zur ersten Reichstagswahl im Norddeutschen Bund im heimatlichen Rautenkranz. Der Beteiligung an allgemeinen Wahlen noch völlig ungeübt, befürchteten die „Walddörfler“ im Angesicht der Wahlzettel, die 48er-Revolution sei wieder ausgebrochen, und schafften die bereits in den Häusern verteilten Wahlzettel schleunigst zur Verwahrung „auf das Amt“. Bedenkt man, dass in Sachsen nach 1848/49 tatsächlich erst wieder die Reichstagswahl im Norddeutschen Bund eine vergleichbare allgemeine Wahl darstellte, wird der reale Hintergrund der Ängste der „Walddörfler“ verständlich.

oder Feiertag stattfinden dürfe. Bis dahin konnte die freie Beteiligung der Arbeiter an der Wahl entweder behindert werden, indem der Arbeitgeber mit „seiner Belegschaft“ während der Arbeitszeit geschlossen zum Wahllokal zog und mehr oder weniger deutlich ein bestimmtes Wahlverhalten als Teil der Arbeitspflicht erscheinen ließ. Funktionierte diese Art der Lenkung nicht, konnte er durch entsprechende arbeitszeitliche Anweisungen verhindern, dass „seine Arbeiter“ überhaupt ihr Wahlrecht wahrnahmen. Umschläge für die Wahlzettel und Wahlkabinen waren unbekannt. Beides wurde erst 1903 eingeführt. Zudem durfte der Wähler damals seinen Wahlzettel nicht selbst in die Wahlurne werfen. Er hatte ihn dem Wahlvorsteher zu übergeben, der dann den Zettel für ihn einwarf. Die Arbeiter konnten aus all diesen Gründen also nicht sicher sein, ob ihre Wahlentscheidung wirklich geheim bleiben würde. Die Teilnahme der ausgebeuteten, lohnabhängigen und weitgehend rechtlich benachteiligten Arbeiterschaft an den Reichstagswahlen erforderte deshalb Mut und Entschlossenheit.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Arbeiterwahlverein in seinem Wahlflugblatt auch dezidierte Hinweise zur Wahlhandlung selbst formulierte. Sie werden hier in ihrer originalen drucktechnischen Hervorhebung wiedergegeben:

„Auf den Zetteln, die Ihr am 10. Januar in die Wahlurne werft, muss stehen

*Chemiker **Max Reisser,**
Redacteur in Bremen.*

Wähler des 23. Sächsischen Wahlkreises!

Mann für Mann zu den Wahlurnen am 10. Januar! Es werden gedruckte Wahlzettel in Stadt und Land mit dem Namen unseres Candidaten vertheilt: Wer keinen solchen Zettel erhalten sollte, aber für unseren Candidaten stimmen will, schreibe selbst deutlich den Namen und Vornamen, Stand und Wohnung genau so, wie oben angegeben, auf ein Stück reines, weißes Papier. Die Wahlzettel sind so zusammenzufalten, daß man außen den Namen des Candidaten nicht erkennen kann. Jeder Wähler achte darauf, daß der Wahlvorsteher die Wahlzettel uneröffnet in die Wahlurne lege. Jeder 25 jährige Deutsche ist wahl-

berechtigt, die Wahl selbst eine geheime, kein Mensch hat Euch Vorschriften zu machen, wen Ihr wählen sollt!

Männer des Volkes, Ihr alle, die Ihr mit uns die Ungerechtigkeit der heutigen Zustände empfindet, seid auf Eurer Hut, zeigt am Wahltag, dass Ihr mutig seid!

Laßt Euch von Niemand beeinflussen und rufet denen, welche wagen sollten, Euch von der Wahl abzuhalten oder einschüchtern zu wollen die Paragraphen 107 bis 109 des Reichsstrafgesetzbuches ins Gedächtnis, welche derartige Versuche mit Gefängnisstrafe bedrohen.“⁸³

Im Blick auf die heutige Bequemlichkeit des heimischen Wahlvolkes – an der jüngsten Wahl zum Plauener Oberbürgermeister und einem damit verbundenen Bürgerentscheid im Jahr 2014 haben sich 60 Prozent der Wahlberechtigten nicht beteiligt – kann man angesichts dieser Ausführungen nur beschämt zu Boden schauen. Es braucht heute keinen Mut mehr, sein demokratisches Wahlrecht, für das die Plauener vor 25 Jahren noch mutig auf der Straße demonstriert haben, auch in Anspruch zu nehmen. Das einzige, was es beim Wähler heute braucht, ist die Überwindung der gewachsenen Lethargie und Gleichgültigkeit. Vielen Menschen geht es aber heute, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution, offensichtlich schon wieder so gut, dass sie die Ausübung der eigenen politischen Entscheidungsmöglichkeiten nicht mehr als zentral und besonders wichtig empfinden. Andere tragen ihre Politik- und Politikerverdrossenheit wie eine Monstranz vor sich her, um die eigene Passivität zu legitimieren und zu veredeln. Sie alle missachten mit dieser Art der Selbstentrechtung aber nicht nur unsere jüngere Vergangenheit. Sie haben offensichtlich auch keine Ahnung davon, wie mühsam der Weg der Generationen vor uns war, bis der heutige Stand demokratischer Teilhabe erreicht wurde.

Was waren nun aber die Themen und inhaltlichen Forderungen, mit denen die Sozialdemokraten im 23. sächsischen Wahlkreis, also in der westvogtländischen Region Plauen, Oelsnitz und Klingenthal, 1876/77 in den Wahlkampf gegangen sind? Auskunft gibt abermals das bereits zitierte sozialdemokratische Wahlkampf-Flugblatt.

Die Inhalte der Sozialdemokraten waren natürlich ein Spiegel der in jener Zeit grassierenden Not und der allgemeinen Verhältnisse. Es sei an dieser Stelle

83) A. a. O., S. 1c.

daran erinnert, das im Deutschen Kaiserreich seit dem Börsenkrach von 1873 der wirtschaftliche Boom der Gründerjahre vorbei war und man auch im Vogtland die Auswirkungen der Gründerkrise durchlebte. Das hatte landesweit einen fast schlagartigen und anhaltenden Einbruch der Konjunktur zur Folge. Die Aktienkurse fielen in den Keller. Es kam zu enormen Konkursen, einem massiven Preisverfall, zu einem Rückgang der Großhandelspreise für industrielle Grundstoffe, der Güter des privaten Verbrauchs, aber auch der Investitionsgüter.⁸⁴ Diese Deflationsphase mit einer langanhaltenden wirtschaftlichen Stagnation war für die Arbeiter mit einem Rückgang der Löhne, mit steigender Arbeitslosigkeit und mit wachsender sozialer Not verbunden. Politisch war das allgemeine Vertrauen in einen wirtschaftsliberalen Kurs, bei dem sich der Staat aus der Regulierung herauszuhalten hatte, zunehmend erschüttert. Der Ruf nach staatlichen Interventionen, nach Regulierung und Protektionismus wurde immer lauter. All dies spiegelt sich deshalb auch in den Themen und Forderungen der Sozialdemokraten wider.

Die Sozialdemokraten gingen im Flugblatt zunächst ausführlich auf die wirtschaftlichen Umbrüche, Teuerungen und die daraus resultierenden Nöte für die arbeitenden Schichten ein. Vor allem die Arbeiter waren die Opfer der großen Fabrikarbeit, der fehlenden Berechnung der Absatzmöglichkeiten, der regelmäßig wiederkehrenden Überproduktion, der Spekulationen und der Gewerbezusammenbrüche.⁸⁵ *„An den Maschinen können auch Frauen und Kinder arbeiten, darum entläßt man die theueren männlichen Arbeitskräfte und beschäftigt die billiger arbeitenden Frauen und die Kinder. ... Der Arbeitslohn des Mannes ist, wenigstens in den Industrieländern Deutschlands und der übrigen Culturwelt, unter der Herrschaft der Lohngesetze auf das Minimum der zur Erhaltung des nackten Lebens nöthigen Bedürfnisse herabgedrückt, und sinkt in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise noch weit unter dasselbe.“*⁸⁶ Schlechte Arbeitsbedingungen, Frauen- und Kinderarbeit, die Vernachlässigung der Erziehung und Bildung der Kinder, deren Verwahrlosung sowie die Lohndrückereien, unter denen auch

84) Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1971 bis 1914. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 1992, S. 63.

85) Wähler des 23. Wahlkreises des Königreichs Sachsen (Plauen, Oelsnitz, Klingenthal), Flugblatt des Arbeiterwahlvereins zur Reichstagswahl am 10.01.1877, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

86) Ebenda.

die (männlichen) Arbeiter zu leiden haben, waren Themen der Sozialdemokraten. Sie klärten die proletarischen Leser ihres Flugblattes über die Grundzusammenhänge der Lohnentwicklung auf und forderten ein regulatives Eingreifen des Staates:

„Arbeiter in Plauen und Umgebung! Ist es mit Vielen von Euch nicht schon so weit gekommen, daß sie von dem leben müssen, was Weib und Kind verdienen, weil sie selbst arbeitslos sind! Woher kommt denn aber jene Macht des Capitals, Euch durch Eure eigenen Angehörigen zu unterdrücken?

Das kommt von der Art der heutigen Wirtschaft her, welche die Arbeit zu einer Waare macht, deren Preis den Gesetzen des Handels, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage unterliegt. Wenn Ihr nicht verhungern wollt, müßt Ihr die Arbeit, die Waare, mit der Ihr handelt, zu dem Preise verkaufen, den man Euch dafür bietet. Man bietet Euch weniger, wenn viele Arbeiter sich anbieten und wenig Arbeit ist. Man vermehrt darum die Zahl der Arbeitskräfte durch Eure Frauen und Eure Kinder, und der Lohn fällt.

In arbeitsloser Zeit ist der Arbeitslohn immer geringer als in Zeiten der regen Gewerbsthätigkeit.

*Ihr müßt darum dafür sorgen, daß die Gewerbe durch die Politik der Regierungen nicht geschädigt werden.“*⁸⁷

Im Anschluss daran erläuterten die Sozialdemokraten genauer, wie und wodurch die bisherige Politik das Gewerbe geschädigt habe. In der Kritik standen dabei vor allem das Aktiengesetz und die regulatorische Zurückhaltung des Staates beim bis dahin vorherrschenden wirtschaftsliberalen politischen Kurs. Thematisiert wurden auch die Kapitalvernichtung durch den Börsenkrach und die von staatlichen Eingriffen unbegrenzten Spekulationen. Als Kronzeuge kam im Flugblatt der Direktors des Statistischen Büros des Deutschen Reiches, der Geheime Regierungsrat Dr. Ernst Engel, zu Wort, der die Ursachen und Folgen der Gründerkrise in aller Breite ausführte. Die Argumentation der Sozialdemokraten richtete sich insbesondere gegen die Laissez-faire-Politik der Nationalliberalen.

Weitere Themen des sozialdemokratischen Wahlkampf-Flugblattes waren die hohen Kriegsausgaben und die noch immer sozial ungerechte Militärdienst-

87) Ebenda.

gelung mit einer dreijährigen Dienstzeit auf der einen und einer einjährigen Dienstzeit für Freiwillige mit einem höheren Schulabschluss auf der anderen Seite. Klar dominant waren im vorliegenden Text aber die allgemeine wirtschaftliche und vor allem die soziale Lage der Arbeiter und ihrer Familien. Alles andere wäre auch verwunderlich und mit dem politischen Selbstverständnis der Sozialdemokraten kaum in Übereinstimmung zu bringen.

Das Wahlkampf-Flugblatt schloss mit einer umfassenden Zusammenstellung aller politischen Ziele der Sozialdemokraten aus jener Zeit. Sie werden hier als eindrucksvolle historische Belege noch einmal wiedergegeben:

„Wir wollen auf allen Gebieten des Staates und der Gesellschaft den Frieden, indem wir die Beseitigung der Ursachen des Unfriedens verlangen. Wir wollen den religiösen Frieden. Zu diesem Zwecke die geistige Befreiung des Volkes und demgemäß die Trennung der Kirche vom Staat; Trennung der Schule von der Kirche; die Uebernahme der Lasten alles öffentlichen Unterrichts von den schwachen Schultern der Gemeinden auf die starken Schultern des Staates und die volle Unentgeltlichkeit des Unterrichts in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten.

Wir wollen den socialen Frieden, und zu diesem Zweck consequenten Schutz des Menschen gegen die Ausbeutung durch den Menschen. Herstellung voller Rechtsgleichheit für Alle. Dem entsprechend u. A. staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und insbesondere Staatscredit für freie Gewerbsgenossenschaften des Kleinbürger-, Kleinbauer- und Arbeiterstandes, zum gewerblichen Selbstschutz gegen das sie erdrückende Großcapital, nach dem gleichen Rechte, wie Actiengesellschaften des letzteren die Staatsunterstützung in der Form von Zinsverbürgung genießen.

Wir wollen den Rechtsfrieden: Durch Beseitigung der Klassenjustiz und Durchführung einer wirklich volksthümlichen Rechtspflege, welche sich freilich mit Aufhebung der Schwurgerichte nicht verbinden läßt.

Wir wollen die Sicherung der bürgerlichen und politischen Freiheit im ganzen Reich: Durch endlichen freiheitlichen inneren Ausbau der Reichsverfassung; insbesondere verfassungsmäßige Sicherung der persönlichen Freiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung, des freien Vereins- und Versammlungsrechts.

Wir wollen endlich eine ehrliche Friedenspolitik nach Außen. Schutz des Vaterlandes gegen den Angriff, aber keinerlei, offene oder verdeckte Angriffs- oder Kriegsaufreizungspolitik! Das fortwährende Säbelgerassel führt stets zu

Krieg. Uebertriebene Kriegsrüstungen sind keine Bürgschaft des Friedens; sie führen auf beiden Seiten zu gegenseitiger Steigerung derselben, zur Unerträglichkeit und diese unvermeidlich zu immer neuen Kriegen, bis zum völligen materiellen, geistigen und sittlichen Ruin der Völker, welche damit freilich in ihrer inneren Ohnmacht zu jeder Knechtschaft reif und bereit sind. Wir verlangen deshalb volksthümliche Umgestaltung des Heerwesens.

Und zur gesetzlichen Durchführung aller dieser Forderungen, zur Sicherung gegen Revolution von oben wie von unten, verlangen wir das allen gerechte, allgemeine, gleiche, directe und geheime Wahlrecht, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.“⁸⁸

Die hier wiedergegebene Programmatik der Plauener Sozialdemokraten von 1876/77 ist beeindruckend und nötigt uns heute noch Respekt und Anerkennung ab. Das gilt nicht nur für die sozial-, wirtschafts-, wahl- oder grundrechtspolitischen Teile. Das gilt zum Beispiel auch für die klaren Aussagen zur Rüstung und zum Krieg, die nicht pauschal pazifistisch, aber eindeutig friedenspolitischer Natur und auf die Völkerverständigung gerichtet sind. Wie groß ist dazu der Gegensatz, erinnert man sich zum Beispiel an die spießbürgerlichen Verblendungen, wie sie uns noch etwa von Heinrich Mann in seinem kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges veröffentlichten Roman „Der Untertan“ beschrieben werden. Aber auch der noch heute sehr lesenswerte Roman „Die Waffen nieder“ der späteren Friedensaktivistin Bertha von Suttner wurde erst im Herbst 1889 veröffentlicht. Die Plauener Sozialdemokraten vertraten ihre friedenspolitischen Vorstellungen dem gegenüber fast 13 Jahre früher.

Neben der inhaltlich-programmatischen Auseinandersetzung ging es bei den Reichstagswahlen im Januar 1877 im Wahlkreis 23 natürlich und vor allem auch um die personelle Seite. Das lag nicht zuletzt am besonderen Wahlrecht, das für den deutschen Reichstag damals galt. Gewählt war der Kandidat, der im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit aller Stimmen erhielt. Kam kein Kandidat zu einer Mehrheit von mehr als der Hälfte aller Stimmen, so musste eine Stichwahl abgehalten werden. Diese Stichwahl fand zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. Der sozialdemokratische Kandidat Max Reisser hatte in dieser Wahl vor allem⁸⁹ zwei Gegner – den nationalliberalen

88) A. a. O., S. 1c.

89) Ob es 1877 noch mehr als die drei benannten Kandidaten im 23. Wahlkreis gab, ist nicht bekannt.

Reichstagsabgeordneten Krause und den Kandidaten der Deutschkonservativen, Otto Theodor Meusel.

Karl Gotthold Krause war zu jener Zeit als Rechtsanwalt in Dresden tätig. Dort war er auch seit fünf Jahren Stadtverordneter. In Plauen hatte er in früheren Jahren als Aktuar (Gerichtsschreiber) bei einem Advokaten namens Stimmel gearbeitet. Krause war Mitglied der Nationalliberalen Partei (Partei des national bzw. liberal gesinnten Bildungs- und Besitzbürgertums sowie der industriellen Großbourgeoisie), gehörte also zum rechten Flügel der Liberalen, und hatte bei den letzten Reichstagswahlen 1874 im 23. Wahlkreis das Reichstagsmandat gewonnen.⁹⁰ Er war also Amtsinhaber in diesem bisher stark durch den (unternehmernahen) Liberalismus geprägten Wahlkreis.

Für die Deutschkonservative Partei trat 1877 im Wahlkreis 23 Otto Theodor Meusel an. Die Deutschkonservative Partei war die Partei der Adligen, Junker und Großgrundbesitzer sowie der traditionellen Protestanten. Sie war die eigentliche Monarchistenpartei und Bismarcks Stütze, kämpfte für die Vorrechte des Adels, auch für die Stärkung der Religion, war teilweise antisemitisch und gegen Parlamentarismus und Demokratie. Ihr Kandidat, Otto Theodor Meusel, hatte seine Karriere im sächsischen Justizdienst begonnen, war 1874 Amtshauptmann in Plauen geworden (einem heutigen Landrat vergleichbar) und sollte sich noch in späteren Jahren einen ziemlich üblen Ruf erwerben.⁹¹

Es ist deshalb nicht überraschend, wenn das Flugblatt des sozialdemokratischen Wahlkomitees am Ende der inhaltlichen Ausführungen auch klare Ansagen zur personellen Konkurrenzsituation im 23. Wahlkreis machte. Dort hieß es im Blick auf die Reichstagswahlen am 10. Januar 1877:

„Das geht aber so weiter – Ihr Wähler – wenn Ihr wieder Liberale wählt – wenn Ihr dem Herrn Krause in Dresden Eure Stimme gebt. – Der gehört zu der liberalen Partei, welcher Ihr die ganze Bescherung verdankt; der knixt ‚Ja‘, wenn Bismarck es will, und fragt nicht, was Ihr dazu meint. Das habt Ihr ja jetzt bei der Debatte um die Justizgesetze wieder gesehen, in der alle Rechte des Volkes aufgegeben wurden, um nur gute Freundschaft mit dem heiligen Bismarck zu halten, – Und die regierungsfreundlichen Konservativen, zu denen der Herr Amtshauptmann Meusel gehört, sind erst recht nicht zu wählen.

90) WIKIPEDIA (de.wikipedia.org/wiki/karl_gotthold_Krause, abgerufen am 14.02.2015).

91) WIKIPEDIA (de.wikipedia.org/wiki/otto_theodor_meusel, abgerufen am 14.02.2015).

Sie haben die Gesetze, welche so viel Elend über das Volk heraufbeschworen haben, ebenfalls gebilligt, sie stimmen ebenfalls für die großen stehenden Armeen und für die dreijährige Dienstzeit. Zu ihnen gehören die Grundbesitzer, für welche der Landmann Jahrhunderte hindurch gefrohndet und gesteuert hat, auch sie haben ein eigenes Klasseninteresse, das dem des Volkes entgegen ist.

*Wollt Ihr aber, daß es anders werde, dann schließt Euch der sozialistischen Arbeiterpartei an und wählt mit uns unseren Kandidaten.“*⁹²

Die Sozialdemokraten sprachen in dieser personellen Auseinandersetzung insbesondere Krauses Verhalten als Nationalliberalem bei der Abstimmung im Reichstag am 21. Dezember 1876 über die Justizreform an. Die Nationalliberalen, einschließlich des den 23. Wahlkreis vertretenden Abgeordneten Krause, hatten der Regierung bei der Justizreform (Gerichtsverfassungsgesetz, Zivilprozessordnung und Strafprozessordnung) zu einer Mehrheit verholfen. Vor allem auf Druck der Länder (über den Bundesrat) sollte bei der Justizreform erneut auf ein Zeugnisverweigerungsrecht von Verlegern und Redakteuren in Strafverfahren verzichtet werden. Für die Sozialdemokraten waren solche Rechte aber unverzichtbar für eine freie und unabhängige Presse- und Verlagsarbeit. Die Nationalliberalen beugten sich letztendlich dem Wunsch der Länder und der Regierung, wodurch eine „Regierungsmehrheit“ im Reichstag die Justizreform genehmigen konnte. Auch für die Plauer Sozialdemokraten war dies ein Verat am Volke insgesamt.

Als dann die Stimmen dieser Reichstagswahl vom 10. Januar 1877 ausgezählt waren, wurde schnell klar, dass die junge, erst seit 20 Monaten vereinte Sozialdemokratie einen erneuten Stimmenzuwachs verbuchen konnte. Sie erhielt reichsweit einen Stimmenzuwachs von 2,3 Prozent und konnte nun 9,1 Prozent aller Stimmen auf sich vereinen. In neun Wahlkreisen errangen die Sozialdemokraten in diesem Wahlgang das Direktmandat und in 19 weiteren Wahlkreisen gelangte ihr Kandidat in eine Stichwahl. Das Direktmandat für den Sozialdemokraten Max Reisser wurde im 23. sächsischen Wahlkreis (anders als im benachbarten vogtländischen Wahlkreis Reichenbach, Auerbach) zwar verfehlt. Es kann aber als beachtlicher Erfolg des Arbeiterwahlvereins angesehen werden,

92) Wähler des 23. Wahlkreises des Königreichs Sachsen (Plauen, Oelsnitz, Klingenthal), Flugblatt des Arbeiterwahlvereins zur Reichstagswahl am 10.01.1877, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1c.

dass die Sozialdemokraten im Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal mit ihrem Kandidaten ebenfalls in eine Stichwahl kamen. Ja, mehr noch: Diese Stichwahl fand ohne den bisherigen Amtsinhaber der Nationalliberalen, Karl Otto Krause, statt, sondern nur zwischen dem Sozialdemokraten Reisser und dem Kandidaten der Deutschkonservativen Meusel. Krause war bei der Wahl am 10. Januar nicht unter den beiden Besten und verlor sein Reichstagsmandat. Aus dem Wahlkampf für diese Stichwahl ist uns ebenfalls ein beeindruckendes Zeugnis erhalten geblieben. Es ist ein Flugblatt, mit dem sich der sozialdemokratische Arbeiterwahlverein an die Wähler des Wahlkreises Plauen, Oelsnitz und Klingenthal gewandt hat. Dieses Flugblatt ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert und ein besonders wichtiges und beeindruckendes Artefakt für die hiesige Geschichte der Sozialdemokratie.

Natürlich geht es dem Sozialdemokratischen Arbeiterwahlverein in erster Linie um die personelle Auseinandersetzung in der Stichwahl, also um den eigenen und den Gegenkandidaten der Konservativen. Über den konservativen Kandidaten Meusel heißt es etwa, er sei ein Staatsbeamter, *„der mit seiner Gesinnung, mit seinem Interesse auf der Seite der Regierung steht, die Ohnmacht derselben über die Völker mit allen ihren Folgen zu erhalten und zu bewahren bestrebt ist.“*⁹³ Und an anderer Stelle fordern die Sozialdemokraten: *„Meint Ihr, daß die Thätigkeit der Regierungen den Wohlstand des Volkes gefördert, Euch glücklich gemacht hat – dann stimmt für Herrn Meusel – meint Ihr aber wie wir, daß die Steuerüberlastungen zu Gunsten großer stehender Heere, die Entwicklung der Großindustrie und deren Folgen – und das ist der wesentliche Inhalt der Regierungsbestrebungen – das Volk dem allgemeinen Elende entgegenführen, dann stimmt für unseren Kandidaten, für den Redacteur Max Reisser.“*⁹⁴ Die bedrückenden Folgen der fortschreitenden Industrialisierung und insbesondere der Großindustrie, die Verelendung des ausgebeuteten arbeitenden Volkes, rückt verständlicherweise ins Zentrum der argumentativen Auseinandersetzung.

Bemerkenswert ist dieses Flugblatt aus der Stichwahl von 1877 aber noch aus einem anderen Grund. Nämlich aus der Tatsache heraus, dass die Sozialdemokraten auch einen direkten Bezug zur gescheiterten bürgerlich-demokratischen

93) Wähler des 23. sächsischen Wahlkreises!, Flugblatt des Arbeiterwahlvereins zur Stichwahl 1877, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar 152, Preßpolizeisachen, 1875–1889, S. 1.

94) Ebenda.

Revolution von 1848 herstellten. Im Flugblatt heißt es: „Wähler des Vogtlandes, Ihr, die Ihr einst einen Robert Blum als Euren Vertreter gewählt habt, Ihr dürft nicht zweifelhaft sein, für wen Ihr Eure Stimme in die Wahlurne werfen sollt.“⁹⁵

Und an anderer Stelle verlangen die Sozialdemokraten „von Euch Unterstützung für unseren Genossen, der fest entschlossen für die Idee der Volksfreiheit eintritt, für die der Märtyrer der Brigittenau einst geblutet hat, und der sie zu verwirklichen bestrebt ist, durch Verbreitung gewerblichen Wohlstandes im Volke, durch Herbeiführung einer friedlichen äußeren Politik.“⁹⁶ Mit Robert Blum verwiesen die Sozialdemokraten im westlichen Vogtland auf den bekannten und herausragenden revolutionären Demokraten, der 1848 zunächst in Leipzig wirkte, in der Region dann als Abgeordneter in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt wurde, dort als Führer der Demokraten eine herausragende Rolle spielte und schließlich am 9. November 1848 in Brigittenau (Wien) wegen seiner Beteiligung am dortigen Aufstand von kaiserlich-österreichischen Truppen standrechtlich erschossen wurde. Die Ermordung Blums wurde damals von allen Demokraten in Deutschland und darüber hinaus als Fanal der Reaktion und er selbst als Märtyrer für die Freiheit und Demokratie betrachtet. Die Sozialdemokraten zogen mit diesem Verweis für sich und ihre aktuellen Forderungen eine direkte Linie zur 48er-Freiheitsbe-

1874

Wähler

des 23. sächsischen Wahlkreises!

Mauen, Delsnitz, Klingenthal.

Nach einmal tritt es uns die Nothwendigkeit heran, an die Wahlurne zu gehen. Am Sonnabend, den 27. d. M., findet die Stichwahl statt zwischen unserem Candidaten und dem Candidaten der Confectionen, dem Herrn Finanzrath Meusel in Dresden.

Wähler des Vogtlandes, Ihr, die Ihr einst einen Robert Blum als Euren Vertreter gewählt habt, Ihr dürft nicht zweifelhaft sein, für wen Ihr Eure Stimme in die Wahlurne werfen sollt.

Auf der einen Seite zeigt man Euch einen Staatsbeamten, der mit seiner Stimmung, mit seinem Interesse auf der Seite der Regierungen steht, die Obmacht derselben über die Völker mit allen ihren Folgen zu erhalten und zu bereichern bestrebt ist, und auf der anderen verlangen wir: Eure Unterstützung für unseren Genossen, der fest entschlossen für die Idee der Volksfreiheit eintritt, für die der Märtyrer der Brigittenau einst geblutet hat, und der sie zu verwirklichen bestrebt ist, durch Verbreitung gewerblichen Wohlstandes im Volke, durch Herbeiführung einer friedlichen äußeren Politik.

Meint Ihr, daß die Thätigkeit der Regierungen den Wohlstand des Volkes gefördert, Gerechtigkeit gemacht hat — dann stimmt für Herrn Meusel — meint Ihr aber wie wir, daß die Steuerüberlastungen zu Gunsten großer stehender Heere, die Entwirkung der Großindustrie und deren Folgen — und daß ist der wesentlichste Inhalt der Regierungsberechnungen — das Volk dem allgemeinen Elende entgegenführen, dann stimmt für unseren Candidaten, für den

Redacteur Max Meißner
in Bremen.

Das socialistische Arbeiterwahlcomité.

Druck der Bremer Genossenschaftsdruckerei (G. G.) in Bremen.

Flugblatt zur Stichwahl 1877

95) Ebenda.

96) Ebenda.

wegung. Tatsächlich hatten sich nicht wenige spätere Sozialdemokraten auch selbst aktiv an den damals fast 30 Jahre zurückliegenden Aufständen beteiligt. Auch die „Arbeiterverbrüderung“ des Buchdruckers Stephan Born ging auf diese Ereignisse zurück. Die 48er-Revolution wurde deshalb und natürlich ebenso wegen ihrer damals noch immer nicht erreichten demokratischen Ziele als eine direkte Traditionslinie der Sozialdemokraten auch im westlichen Vogtland angesehen.

Ob diese Art der revolutionären Erinnerungskultur allerdings geeignet war, die Arbeiterschaft zur Stimmabgabe für die Sozialdemokraten zu bewegen, darf bezweifelt werden. Erinnert sei an dieser Stelle abermals an die ebenso humorvollen wie bitteren Erinnerungen von Alwin Gerisch, die er im Zusammenhang mit der ersten Reichstagswahl im Norddeutschen Bund 1867 bei den Waldarbeitern im vogtländischen Rautenkrantz aufgeschrieben hat und auf die schon an früherer Stelle Bezug genommen wurde. Gerade die nach 1848 auch in Sachsen einsetzende politische Verfolgung und Reaktion dürfte ihre Wirkung in der Arbeiterschaft nicht völlig verfehlt haben. Deshalb war eine solche Bezugnahme auf die 48er-Ereignisse im Wahlkampf mit Risiken verbunden. Das ändert aber nichts daran, dass dieser Bezug wahrhaftig und für die Sozialdemokraten aller Ehren wert war.

Die Stichwahlen im 23. sächsischen Wahlkreis konnten die Sozialdemokraten 1877 letztendlich nicht für sich entscheiden. Das Mandat ging an den Deutschkonservativen Otto Theodor Meusel. Auch hier waren die Sozialdemokraten im westlichen Vogtland kein Einzelfall. Denn es gelang den Sozialdemokraten reichsweit zwar immer öfter, die bürgerlich-konservativen Parteien in Stichwahlen zu zwingen. Meist verloren die Sozialdemokraten diese aber, weil sich die Konservativen, das Zentrum und die Liberalen dann oft zu einem „bürgerlichen Lager“ verbanden. 1877 konnten die Sozialdemokraten von den 19 Stichwahlen deshalb nur drei gewinnen. Das westliche Vogtland war nicht dabei.

Otto Theodor Meusel, der Gewinner der Stichwahlen von der Deutschkonservativen Partei, trat bei den (vorgezogenen) Reichstagswahlen ein Jahr später im 23. sächsischen Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal nicht erneut wieder an. Er machte Karriere im sächsischen Staatsdienst. 1877 wurde er als Geheimer Finanzrat in das Finanzministerium nach Dresden berufen⁹⁷. Er erwarb sich dort

97) WIKIPEDIA (de.wikipedia.org/wiki/otto_theodor_meusel, abgerufen am 14.02.2015).

jedoch einen zweifelhaften Ruf, denn Meusel war insbesondere auch für seine Vetternwirtschaft bekannt und berüchtigt⁹⁸. Der Leipziger Jurist Rudolf Mothes erwähnt ihn deshalb in seinen Lebenserinnerungen. Meusel habe Verwandte und Mitglieder einer schlagenden Studentenverbindung, der er angehörte, protegirt und bei der Postenvergabe begünstigt. Dieser damals als „Meuselei“ bezeichnete Personenkreis habe sich allerdings kaum durch Befähigung ausgezeichnet. Mothes schreibt über Meusel: *„Er brachte Mitglieder seiner Sippe in hohen Staatsämtern unter und kannte dabei keine Hemmungen. So bemühte er sich mit Erfolg, seinen Schwager St. beim Oberverwaltungsgerichte, das nach dem Landesgesetz vom 19. Juli 1900 ins Leben gerufen wurde, eine Ratsstelle zu verschaffen, obwohl dieser nicht Jurist genug war, um dieses Amt auszufüllen. Als Geschäfte dieser neuen Behörde wuchsen, mussten die übrigen Räte die Arbeit mit erledigen, der St. nicht gewachsen war.“*⁹⁹ Diese Form der Korruption hinderte den sächsischen König Albert allerdings nicht daran, Meusel 1899 zu ehren und ihn zum Abgeordneten der Ersten Kammer des Sächsischen Landtages zu ernennen.

Der 23. Sächsische Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal blieb dessen ungeachtet für lange Zeit in konservativer Hand. Mit einer Ausnahme wurden hier bis zur Jahrhundertwende immer nur deutschkonservative Abgeordnete in den Reichstag gewählt. Obwohl es damals infolge der Gründerkrise einen generellen politischen Trend von den wirtschaftsliberalen Parteien weg hin zu den Konservativen gab, ist diese Ausprägung im westlichen Vogtland dennoch bemerkenswert. Erst bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 konnten hier die Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten Alwin Gerisch das Direktmandat gewinnen. Manche Prägungen haben vielleicht eine längere Linie, als uns gemeinhin bewusst ist.

98) Mothes, Rudolf: Lebenserinnerungen eines Leipziger Juristen, Teil A, Archiv der Stadt Leipzig, S. 135, zit. nach der Webseite von Klaus Schmiedel

(http://www.quelleoptimal.de/pdf/rudolf_moths_erinnerungen_teil_a_pdf.pdf, abgerufen am 08.01.2015).

99) A. a. O., S. 135.

Organisiert Euch!

Die Geschichte der Sozialdemokraten kann weder erzählt noch verstanden werden ohne einen tieferen Blick auf die umfassenderen organisationspolitischen Anstrengungen der damaligen Arbeiterpartei. Es ging nämlich bereits in der Frühphase der SPD um mehr als nur um gute Wahlergebnisse bei den wiederkehrenden Reichstags-, Landtags- oder Kommunalwahlen. Das allerdings war schon schwer genug. Den Sozialdemokraten war aber von Beginn an klar, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kaiserreich und vor Ort nur verändert werden konnten, wenn es gelang, die lohnabhängige Bevölkerung, vor allem die Arbeiter, zu bilden und politisch zu organisieren. Das war aber eine Herkulesaufgabe, denn die Ausgangslage war ziemlich deprimierend.

Alwin Gerisch, jener aus dem obervogtländischen Rautenkrantz stammende Waldarbeitersohn, der später sogar zum Parteivorsitzenden der SPD und zu einem Weggefährten von August Bebel aufsteigen sollte, schreibt dazu in seinen Erinnerungen „Erzgebirgisches Volk“:

„Aber jene Zeit war beileibe kein Paradies für die Arbeiter, sondern eine Hölle. Die Unternehmer sahen mit brutaler Gleichgültigkeit zu, wie ihre Arbeiter in menschenunwürdigsten Zuständen verkamen; die Behörden rührten keinen Finger zur Beseitigung himmelschreiender Mißstände, und die Kirche, und ihre Magd und gehorsame Dienerin, die Schule, boten alles auf, um diese Zustände als gottgewollt hinzustellen, damit die Armen hübsch demütig, unterwürfig und knechtsselig bleiben, und ja kein rebellischer Gedanke, kein Verlangen nach einem besseren Erden-dasein, nach einem höheren Menschentum in ihnen aufkam.“¹⁰⁰

Die frühen Sozialdemokraten hatten in dieser Situation nicht nur das besitzende und im Kaiserreich herrschende Establishment gegen sich. Auch die Kirchen spielten damals eine reaktionäre Rolle. Sie sahen sich als Verbündete der staatlichen Obrigkeit, verteidigten die bestehenden und für die Arbeiter so bedrückenden gesellschaftlichen Verhältnisse und wandten sich insbesondere gegen jede Form von aufklärerischem Gedankengut. Darauf wird noch an späterer Stelle zurückzukommen sein.

Ganz besonders kritisch sahen die frühen Sozialdemokraten auch die Zeitungen in den Regionen. Zeitungen waren damals das wichtigste Informationsmittel

¹⁰⁰⁾ Gerisch, Alwin: Erzgebirgisches Volk – Erinnerungen. Ergänzte Neuauflage von 2008, herausgegeben von SPD-Ortsverein Waldgebiet-Vogtland, S. 10.

zu tagespolitischen Ereignissen. Und sie sahen sich regelmäßig keiner journalistischen Neutralität und Ausgewogenheit, sondern einer schreibenden Interessenvertretung der staatlichen Obrigkeit, des politischen (unternehmerischen) Liberalismus und der Konservativen verpflichtet. Durch diese Parteinahme standen jene Zeitungen automatisch in publizistischer Gegnerschaft zur aufwachsenden Sozialdemokratie. Im Vogtland traf dies ganz besonders für den „Vogtländischen Anzeiger und Tageblatt“ zu. Erinnert sei in diesem Zusammenhang noch einmal an die unrühmliche Rolle des Blattes beim Plauer Auftritt von August Bebel und an die publizistischen Attacken im Jahr 1876. Deshalb war die Ablehnung der Plauer Sozialdemokraten gegenüber dieser Zeitung klar und hart. Zum andern wurde die Gründung und Verbreitung eigener sozialdemokratischer Zeitungen, mit denen sich insbesondere die Arbeiter erreichen ließen, wesentlich für die Organisationsarbeit der neuen Partei.

Der bedrückten Arbeiterschaft ihre eigene Situation begreiflich zu machen, über Ursachen und Zusammenhänge aufzuklären, politische Möglichkeiten der Abhilfe aufzuzeigen und diese durch gemeinsames Handeln in der Arbeiterpartei zu verwirklichen – das waren die wichtigsten Anliegen, denen sich die frühen Sozialdemokraten mit ihrer Organisationsarbeit verschrieben hatten. Und dies war in Plauen ebenso wichtig wie andernorts im Deutschen Kaiserreich.

In dem bereits mehrfach zitierten Wahlkampf-Flugblatt zu den Reichstagswahlen von 1877 finden sich, zumindest in der vierseitigen Langfassung, auch eindrucksvolle Formulierungen über die Organisationsarbeit der frühen Sozialdemokraten in Plauen. Diese Aussagen sind ein Aufruf, der von den Autoren unter die fordernde Überschrift „Organisiert Euch!“ gestellt wurde. Dort heißt es unter anderem:

„Männer der Arbeit! Ihr Alle, die Ihr leidet unter den heutigen Zuständen in Staat und Gesellschaft – Ihr Alle, die Ihr seufzt unter der Last des Elends, unter dem Druck der Lohnsklaverei, unter der Wucht stets anschwellender Steuern! Ihr Alle die Ihr Frau und Kind in trauriger Gegenwart dahinwelken, traurigerer Zukunft entgegengehen seht! Ihr Alle, die Ihr in ungesunden Werkstellen und Fabrikräumen Euch abschnidet, um den Reichen noch reicher zu machen, aber selbst nicht genug verdient, um Euch und den Euren die Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse zu sichern! Ihr Alle, die Ihr Eure Kinder schon im zartesten Alter dem Moloch der Industrie opfern müßt! Ihr Alle, die Ihr den Sohn, der die Stütze Eures Alters sein

sollte, in die Kaserne liefern müßt, wo er zur gedanken- und willenslosen Maschine gemacht; auf dem Exerzierplatz, wo er als fühlloses Ding behandelt wird; auf das Schlachtfeld, wo Schlachten geschlagen werden, die nicht die Eurigen und auch nicht die seinigen sind, und wo er die Aussicht hat, zum Ruhm Derer, die ihn in ‚Königs Rock‘ gesteckt, seine Knochen auf dem Felde der Ehre zu lassen! – Wollt Ihr, daß dies so fort dauere? Oder wollt Ihr menschenwürdige Verhältnisse für Euch und für Alle? Wollt Ihr die Hände feige in den Schoß legen, und als unabänderliches Schicksal hinnehmen, was nur vergängliches Menschenwerk ist? Oder wollt Ihr die in Euch schlummernde Kraft zu Eurer Befreiung von Elend und Schmach benutzen?

Ihr wollt Eure Lage verbessern, Ihr wollt Menschen werden, Zustände herbeiführen, die es Euch möglich machen, als Menschen zu leben.

Wer aber das Ziel will, muß auch das Mittel wollen. Und das Mittel, das einzige Mittel der Rettung, der Befreiung heißt Organisation. ...

Vereint Euch zu kraftvollem Handeln zu Eurer Befreiung! Nicht mit den Waffen in der Hand sollt Ihr kämpfen, – nicht durch blutige Metzeleien das Reich der Zukunft gründen, sondern, indem Ihr selbst Euch aufklärt über die Grundlagen des gegenwärtigen Staates und über die zukünftigen Ziele der Menschheit und indem Ihr Aufklärung über diese verbreiten helft und verbreitet.

Tretet ein in die socialistische Arbeiterpartei und vermehrt durch Eure Kräfte die Macht des Volkes, das sich um das Banner der Wahrheit zum Kampfe für das Recht geschaart hat. ...

Vereinigen wir uns! Das ist unsere Losung, das sei die Eure!

Die geistige Aufklärung zu verbreiten, ist das gewichtigste Mittel der Presse.

Männer der Arbeit – Unsere Gegner beschimpfen uns in ihren Zeitungen in der perfidesten Weise.

Lest den ‚Vogtländischen Anzeiger‘ und Ihr werdet finden, daß der unsere Grundsätze verdreht, verleumdet und beschmutzt. Lüge und Beschimpfung ist die Waffe unserer gegnerischen Presse.

Das arbeitende Volk muß aufhören, seine geistige Nahrung aus den Zeitungen seiner Feinde zu ziehen, welche kein anderes Ziel haben als die Beschönigung und Erhaltung der traurigen und schmachvollen Zustände, unter denen es schmachtet; und, da die Presse nur durch die Presse im Zaum gehalten, überwunden werden kann, so gebietet die Selbstverteidigung dem arbeitenden Volk, der alten Presse,

eine neue Presse entgegenzusetzen, der Bourgeois-, Junker- und Pfaffenpresse eine Arbeiterpresse. ... Die Anfänge einer Arbeiterpresse haben wir bereits, wir haben sozialdemokratische Organe auch in Eurer Nähe: – Die ‚Chemnitzer Freie Presse‘, der ‚Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund‘, die ‚Glauchauer Nachrichten‘ sind Blätter, die wir Euch dringend empfehlen können. Vor Allem aber machen wir Euch auf das Hauptblatt unserer Partei, auf den ‚Vorwärts‘ aufmerksam, der dreimal wöchentlich in Leipzig erscheint und vierteljährlich 1 Mk. 60 Pf. kostet. ...

Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblatts ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrath an seiner Klasse.

Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung.

Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Wenn das arbeitende Volk aufhört, die Presse der Feinde zu unterstützen, und wenn es für seine eigene Presse thut, was es bisher für die feindliche Presse gethan, dann ist die Bürgschaft des Sieges in unseren Händen.

Vereinigt Euch Männer der Arbeit zur großen Partei der Arbeit! – Stützt die Presse der Arbeiterpartei, lest ihre Zeitung und vor allem den ‚Vorwärts‘ und der Sieg wird uns gehören, desto eher – je rascher ihr unserer Aufforderung Gehör gebt.“¹⁰¹

Natürlich ist die damalige Frontstellung zwischen den Sozialdemokraten und den etablierten Zeitungen heute längst vorbei. Die Sozialdemokraten werden in unseren Tagen insgesamt als das wahrgenommen, was sie sind – die älteste politische Partei in Deutschland, die sich in ihrer gesamten Geschichte stets für soziale Belange, aber vor allem für Freiheit und Demokratie eingesetzt hat. Zeitungen unter sozialdemokratischer Beteiligung gibt es noch immer. Die redaktionelle Unabhängigkeit ist dabei oberstes Gebot. Uns allen sollte immer wieder klar werden, dass unabhängige, in ihrer redaktionellen Entscheidung freie, aber auch kritische Zeitungen ein unverzichtbarer Garant für die Demokratie und die Freiheit in unserem Land sind. Wenn in diesen Tagen Menschen, die sich mit ihren eigenen verstaubten Vorurteilen bisher nur unzureichend aus-

¹⁰¹ Wähler des 23. Wahlkreises des Königreichs Sachsen (Plauen, Oelsnitz, Klingenthal), Flugblatt des Arbeiterwahlvereins zur Reichstagswahl am 10.01.1877, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1c und 1d.

einandergesetzt haben, in Dresden zu Tausenden auf die Straße rennen, ihre Vorurteile zur gesellschaftlichen Norm machen wollen und dabei „Lügenpresse“ schreien, so richtet sich das gegen die Freiheit in unserem Land insgesamt. Dabei ist es nebensächlich, ob dies auch allen Demonstranten selbst bewusst ist.

Übrigens: Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie der Geschichte, bedenkt man, dass gerade jene Zeitung, die sich heute in der Tradition des damaligen „Vogtländischen Anzeigers und Tageblattes“ sieht, rund 125 Jahre später ausgerechnet von den Sozialdemokraten vor der Schließung errettet wurde. Nur durch den rund zwölf Monate andauernden Erwerb dieser Zeitung durch die SPD erhielt das Blatt die notwendige Zeit, um einen neuen Start zu unternehmen. Andernfalls würde der Name dieser Zeitung heute sicherlich nicht mehr existieren.

Eine sozialdemokratische Parteiversammlung

Über das eigentliche Parteileben der Plauener Sozialdemokraten in den 1870er-Jahren wissen wir wenig. Wir haben zwar ihre Themen im Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1877 kennengelernt. Die Parteiversammlungen, die dortigen Themen, der Versammlungsablauf und die Diskussionskultur sind uns bisher aber verborgen geblieben. Die Sozialdemokraten haben bei den vorgeschriebenen Anmeldungen ihrer Parteiversammlungen gegenüber den Meldebehörden die Themen meistens nur mit „Vereinsangelegenheiten“ umschrieben. Inhaltliche Details konnten dem natürlich nicht entnommen werden. Für die Jahre danach ist das anders.

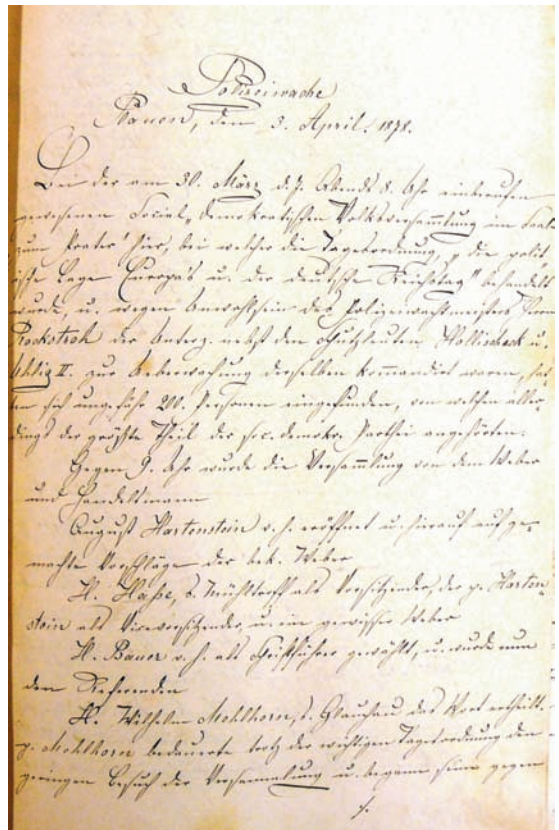
Aus dem Frühjahr des Jahres 1878 liegt ein detaillierter, handschriftlich verfasster Polizeibericht über eine sozialdemokratische Parteiversammlung vor. Dieser Bericht soll im Folgenden fast vollständig wiedergegeben werden. Natürlich ist das, was die anwesenden, die Sozialdemokraten überwachenden Polizeibeamten hinterher ihren Vorgesetzten berichteten, keine objektive Schilderung. Im Gegenteil: An manchen Stellen ist die kritische, ja feindliche Parteilichkeit der Plauener Polizisten gegenüber den Sozialdemokraten kaum zu übersehen. Dennoch vermittelt dieses frühe Zeugnis der Behörden einen anschaulichen Eindruck, mit welchem großem Engagement, aber auch hoher Qualität die Arbeiter bereits damals das politische Handwerk betrieben.

Die Sozialdemokraten hatten für den 30. März 1878 zu einer Volksversammlung in die Plauener Gaststätte „Zum Prater“ eingeladen¹⁰². Unter dem Begriff Volksversammlung müssen wir uns heute wohl eine Parteiversammlung vorstellen, zu der nicht nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, sondern alle Bürger Zutritt hatten. Die Veranstaltung fand Ende März, also nur rund sieben Monate vor dem Beschluss zum Verbot der Sozialdemokraten durch Bismarcks Sozialistengesetze statt. Es war damit die wahrscheinlich letzte öffentliche Parteiversammlung der Plauener Sozialdemokraten vor dem Parteienverbot.

Die starke Polizeipräsenz auf der sozialdemokratischen Volksversammlung kann vor diesem Hintergrund kaum überraschen. Die Plauener Polizei war mit insgesamt drei Per-

sonen, dem Polizeisergeanten Julius Uhlig – er war der Verfasser des Beobachtungsberichtes – sowie den Schutzmännern Hollischeck und A. Uhlig anwesend. Die Versammlung war laut Ankündigung der Sozialdemokraten auf 20 Uhr einberufen worden. In der Tagesordnung stand das Thema „Die politische Lage Europas und der deutsche Reichstag“.¹⁰³

Zur Versammlung hatten sich insgesamt etwa 200 Leute eingefunden. Der größte Teil davon, so vermerkte die Polizei, gehöre wohl der sozialdemokrati-



Polizeibericht vom 3. April 1878

102) Die Gaststätte „Zum Prater“ befand sich in der Dobenastraße. Im Adressbuch von 1877–1878 wird sie in einer Annonce als größtes Etablissement Plauens bezeichnet.

103) Bericht der Polizeiwache Plauen vom 3. April 1878, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1 bis 1d.

schen Partei an. Das sich im Verlaufe der Veranstaltung entwickelnde Streitgespräch zwischen dem aus Glauchau angereisten sozialdemokratischen Referenten Wilhelm Mehlhorn und einem offensichtlich zu den Liberalen gehörenden Gegenredner namens Hanning zeigt aber, dass die Versammlung weder politisch homogen besetzt war noch undemokratisch ablief. Im Gegenteil: Zunächst wurden der uns schon bekannte Weber und Handelsmann August Hartenstein und ein Weber namens H. Haße von den Anwesenden als Vorsitzende sowie der Weber H. Bauer als Schriftführer der Volksversammlung gewählt. August Hartenstein war auch einer der Vorsitzenden des sozialdemokratischen Arbeiterwahlvereins im 23. sächsischen Wahlkreis, über dessen Agieren zuvor berichtet wurde.

Nach dieser Wahl hielt der sozialdemokratische Hauptredner, Wilhelm Mehlhorn, sein politisches Referat. Er thematisierte dabei die wachsende Kriegsgefahr in Europa (Hintergrund war ganz offensichtlich der Russisch-Osmanische Krieg von 1877 bis 1878), die wachsenden Rüstungsausgaben im Deutschen Kaiserreich, die unsoziale Steuerpolitik und die aus Sicht der Sozialdemokraten notwendigen Änderungen am Wahlrecht¹⁰⁴. Dies kann im Folgenden anhand des Polizeiberichts im Detail nachgelesen werden.

Besonders beeindruckend sind aus heutiger Sicht dabei insbesondere zwei Dinge: Zum einen befassten sich die Plauener Sozialdemokraten keineswegs nur mit aktuellen Fragen, die unmittelbar vor ihrer Haustür lagen. Der Blick und die politische Bewertung der Sozialdemokraten gingen bei den „sicherheitspolitischen Themen“ weit über Deutschland hinaus. Von einem begrenzten politischen Blick oder gar einem „Kirchturmdenken“ konnte also bereits in der Frühphase der Plauener Sozialdemokraten keine Rede sein. Bedenkt man, welche eingeschränkte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten die Arbeiter im Vogtland damals hatten, so nötigt uns ein so weitreichendes politisches Interesse höchste Anerkennung und Respekt ab. Dies sollte uns auch in der heutigen Zeit ein Ansporn sein.

Zum Zweiten ist der nachgezeichnete Disput zwischen dem Sozialdemokraten Mehlhorn und dem Liberalen Hanning aufschlussreich und beeindruckend zugleich. Wer damals argumentativ die Oberhand behielt, ist aus dem parteiischen Polizeibericht nur schwer herauszulesen. Dies ist aber auch nicht wichtig. Be-

104) Ebenda.

deutsam ist vielmehr, dass solche Debatten auf offener Bühne Ausdruck einer hohen demokratischen Diskussionskultur der frühen Plauener Sozialdemokraten sind. Der Leser wird unweigerlich an den bereits geschilderten Disput zwischen Bebel und Hirsch im Jahre 1870 erinnert. Die kontrovers ausgetragene politische Debatte, das Zuhören und Teilhaben an einer solchen Diskussion waren ganz offensichtlich konstitutiv für den politischen Emanzipationsprozess der Arbeiter innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Eine solche politische Kultur zu schaffen, zu pflegen und zu bewahren, erscheint auch in unseren Tagen wichtig. Denn gerade heute, in Zeiten des informationellen Überangebotes gilt: Ein Parlament, das mit seinen Debatten auf einen Fernsehinformationsskanal verbannt wird, und Parteiversammlungen, in denen man nicht mehr diskutiert, sondern nur noch gleiche Meinungen wiederholt, können das notwendige diskursive Erleben der Menschen weder erzeugen noch ersetzen. Hier muss ein Defizit ausgefüllt werden, soll unsere Demokratie auch in Zukunft von den Menschen erlebt und mit Leben gefüllt werden.

Kommen wir aber nun zum Bericht von Polizeisergeant Uhlig an seinen Vorgesetzten, Polizeiwachtmeister Rockstroh, über den Ablauf der sozialdemokratischen Volksversammlung am 30. März 1878 im Plauener „Prater“. Uhlig schreibt, dass nach den Wahlen zur Versammlungsleitung dem sozialdemokratischen Referenten Wilhelm Mehlhorn das Wort erteilt wurde. Und weiter:

„Mehlhorn bedauerte trotz der wichtigen Tagesordnung den geringen Besuch der Versammlung u. begann seine gegen 3/4 Stunde dauernde Rede damit, daß Rußland durch alle seine Kriege u. auch durch den gegenwärtigen¹⁰⁵ getrachtet habe, den Schlüssel der Weltherrschaft zu erlangen u. bemerkte weiter, daß ja auch durch die indirekte Beeinflussung der ‚preußischen Diplomatie‘ Rußland sogar erleichtert würde, u. wodurch Europa über kurz oder lang kosakisch werden müsse; auch stell-

105) Hier ging es ganz offensichtlich um den Russisch-Osmanischen Krieg von 1877 bis 1878, der vorrangig auf dem Gebiet des heutigen Bulgariens stattfand. Russland, dessen wichtigstes strategisches Ziel ein freier Zugang zum Mittelmeer war, gelangte mit seinen Truppen bis 60 Kilometer vor Istanbul. Im Januar bat das Osmanische Reich erschöpft um Waffenstillstand, was den militärischen Sieg des Zarenreiches markierte. Nur eine britische Kriegsdrohung verhinderte, dass russische Truppen weiter vorstießen und auch noch Istanbul und die Meerenge am Bosphorus einnahmen. Das Osmanische Reich wurde durch diese Niederlage zu weitreichenden Zugeständnissen gezwungen. Dazu gehörten die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und Montenegros sowie russische Gebietsgewinne im Kaukasus. Erst im Juni/Juli 1878 (die hier beschriebene Parteiversammlung fand Ende März statt) veranlassten die europäischen Großmächte Russland durch Verhandlungen auf der Berliner Konferenz zu einem weitgehenden Machtverzicht auf dem Balkan.

te Mehlhorn einen Beweis hierfür auf, indem erst neuerdings von russischerseits 150. Polen ohne irgend welchen Grund u. trotzdem sie mit dem Genfer rothen Kreuz versehen u. geschützt gewesen seien als Rebellen betrachtet u. hingerichtet worden wären, was aber leider von der liberalen Presse verschwiegen wurde.

Ferner betonte Mehlhorn; daß immer ein Krieg aus dem anderen entstehe u. bestimmt auch aus den gegenwärtigen ein allgemeiner europäischer Krieg entstehe u. leitete, nachdem er mehrfach vorgeführt hatte, daß hieraus ganz Europa kosakisch würde, seine Rede auf Bismark, den deutschen Reichstag, u. bemerkte u. a. besonders, daß Bismark im vor. Jahre wegen Beleidigung bez. Angriffe irgend welcher Art gegen seine Person 6 000. Strafanträge gestellt hätte.

Daß sich im Reichstage faule Zustände eingeschlichen hätten, bewiese wohl die Genehmigung von 168 000 000. M. zu Casernen-Dislocirungen; auch müsse unbedingt ein anderes Wahlgesetz geschaffen werden, u. zwar den Wahltag auf 1. Sonntag verlegt, u. die Stimmzettel unter Couvert gebracht werden.

Weiter verwarf der Redner die noch zu genehmigende Tabaksteuer u. fügte hinzu, daß diese Steuer nur die armen Leute besonders fühlten u. daß lieber die Reit- u. Luxuspferde der reichen versteuert werden müßten, was aber alles nur der bankrotte Liberalismus zu Wege bringe, welcher verdrängt u. ein Gesetz geschaffen werden müsse, in welchem der Volkswille regiert etc. etc.

Nach hierauf eintretender 10 Minuten langer Pause ergriff ein gewisser Herr Hanning als Gegner der Soz. Demokraten das Wort, u. nannte gleich Eingangs seiner Rede nach seiner Meinung die von g. Mehlhorn gehaltene Rede ein von demselben vorgeführtes, 'Zerrbild' u. widerlegte mit der größten Kaltblütigkeit Punkt für Punkt der Mehlhornschen Rede, indem er bemerkte, daß wohl bei jeder regierenden Partei sich Mißstände bilden u. erkennen ließen, u. würden, wenn einmal eine soc. demokr. Regierung existiere, die Mißstände erst recht großartig sein.

Was die Steuerfrage anbelange, bemerkte g. Hanning weiter, so hätten schon andre Leute als wie sein Vorredner, welchen er überhaupt nicht kenne, u. von demselben auch noch nichts gelesen habe, darüber nachgedacht, u. hätte sich solches doch nicht ändern lassen, auch habe er über die Hinrichtung der 150. Polen noch nichts gelesen, weshalb er g. Mehlhorn auffordere die Zeitung zu nennen, in welcher solches zu lesen sei.

Betr. der Casernenbauten erwiderte der Redner noch, daß der Zank gewiß nicht zu verkennen wäre, wenn für unser Militär luftige u. gesunde Casernen gebaut

würden, anstatt wie bisher in ungesunden Räumen wohnen müßten, auch erläuterte g. Hanning schließlich noch, daß wir bereits ein Gesetz hätten in welchem der Volkswille zusammengesetzt würde, indem gewiß Jedermann freigestellt sei dem oder jenem Kandidaten zu wählen.

Hierauf ergriff g. Mehlhorn wider das Wort und versuchte einzelne von g. Hanning in seiner Rede gebrauchten Worte als Zerrbild, luftige Casernen etc. besonders grell hinzustellen bzw. ins lächerliche zu ziehen u. empfahl Letzterem schließlich das ‚Wiener Vaterland‘ als solches Blatt, in welchem die Hinrichtung der 150. Polen geschrieben worden sei.

Hanning erbat sich nochmals das Wort, bei welcher Gelegenheit jedoch, gleich wie bei seiner ersteren Rede, verschiedene Rufe von der Versammlung aus als hinaus! Oho! u. s. w. laut wurden u. mußte von Seiten des Vorsitzenden zu wiederholten Malen Ruhe geboten werden, worauf der Redner in aller Kürze jedoch in besonnener Weise seinen Vorredner abermals verschiedenes erwiderte.

Worauf denn nun g. Mehlhorn nochmals seine soc. demokr. Schlagwörter gegen Hanning anwendete u. ihm auch erwiderte, daß Letzterer gar nicht genau wisse was er wirklich wolle, erbat sich ein gewisser Weber H. Lünemann a. h. das Wort u. verlangte in einer ziemlich unverständlichen Weise genauere Erklärung über die soc. demokr. Prinzipien indem er, wie er aus der Rede Hannings gehört habe, ganz falsche Ansichten hierüber u. hauptsächlich über die Theilerei der Soc. Demokraten, existierten.

Hierauf erklärte sich nun der Vorsitzende, g. Haße bereit, den Unterschied der Parteien, u. zwar in einer aufgeregten Weise, zu markieren, u. nannte u. a. die liberalen Zeitungen ‚kriechende Reptilien‘ etc.

Schließlich entspann sich noch zwischen 2 dem Unterz. dem Namen nach unbekannten Männern von beiden Parteien ein Streit über die Ehrbarkeit der ‚Vogtländischen Freien Presse‘ u. den ‚Vogtländischen Anzeiger‘, u. wurde hierauf gegen 11 Uhr, nachdem noch erstgen. Organ von Seiten des nun Vorsitzenden warm empfohlen worden war, die Versammlung von dem Letzteren, welcher inzwischen von g. Haße den Vorsitz übernommen hatte, geschlossen.“¹⁰⁶

Die polizeiliche Überwachung der Plauener Sozialdemokraten war damals sicherlich unangenehm und lästig. Ein ungewollter Nebeneffekt ist aber, dass wir

hierdurch heute diese turbulente zweistündige Debatte der Sozialdemokraten aus dem Frühjahr 1878 nachzeichnen können. Vieles davon, sowohl thematisch als auch von den skizzierten Verhaltensweisen her, ist uns heute noch näher, als der Zeitablauf vermuten lässt.

Der Arbeiterbildungsverein

Am 7. Mai des Jahres 1878 unterrichtete ein Mann namens Friedrich Anton Kätzel die Plauener Polizeibehörde über die Bildung eines Arbeiterbildungsvereins. Die handschriftlich verfasste Gründungsmeldung ist im Stadtarchiv Plauen erhalten geblieben. Diese Gründungsinitiative kam ebenfalls aus dem Umfeld der Plauener Sozialdemokraten. Das kann zwar nicht mit absoluter Gewissheit, aber doch mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden.

Tatsächlich waren damals derartige Initiativen ein wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer Organisationspolitik. Sie wussten, dass die Hebung der allgemeinen, aber auch der politischen Bildung eine wesentliche Bedingung für die weitere politische Emanzipation der Arbeiterschaft war. Außerdem hatte sich die allgemeine Stimmung im Land erheblich gegen die Sozialdemokraten verschärft. Am 11. März hatte Max Hödel in Berlin ein gescheitertes Pistolenattentat gegen den Kaiser unternommen. Da Hödel unter anderem für einige Zeit Mitglied der SAP gewesen war, forderte Bismarck erstmalig ein Verbot der sozialdemokratischen Partei. Ein solches Verbot sollte nach der Auflösung des Reichstages und nach vorgezogenen Neuwahlen auch noch im Oktober desselben Jahres mit den Stimmen der Konservativen und der Liberalen beschlossen werden (Sozialistengesetz). In der späteren Zeit des Verbotes nutzten die Sozialdemokraten deshalb andere, „weniger politische“ Formen, um sich auf legalem Wege weiter organisieren zu können. Arbeiterbildungsvereine waren eine solche dafür geeignete Form. Ob dies auch damals bereits eine tragende Überlegung für den Arbeiterbildungsverein in Plauen war, wissen wir nicht.

Eine unmittelbare personelle Verschränkung dieses Arbeiterbildungsvereins mit den bisher bekannten Plauener Sozialdemokraten ist nicht erkennbar. Die bei der Vereinsgründung aktiven Personen stimmen nämlich nicht mit den Vorstandsmitgliedern der Plauener Sozialdemokraten überein. Das kann aber auch eine von den Arbeitern bewusst gewollte Entflechtung der Strukturen gewesen

sein, um die neue Organisation im rauer gewordenen politischen Klima unangreifbarer zu machen und sie besser schützen zu können.

Anton Kätzel zeigte jedenfalls am 7. Mai 1878 seiner „wohlwollenden Polizeibehörde“¹⁰⁷ die Konstituierung eines Arbeiterbildungsvereins an und legt zugleich das Vereinsstatut vor. Kätzel fungierte als erster Vorsitzender, zweiter Vorsitzender ist August Gabler. Die Ämter des ersten beziehungsweise zweiten Schriftführers wurden von Karl Micharlis und Herrmann Forkel ausgeübt. Erster beziehungsweise zweiter Kassierer waren Leonhard Flach und Gustav Hartenstein. Schließlich gehörte dem Vorstand, wie es bei einem Bildungsverein nahe liegt, noch ein Bibliothekar an. In seinen Händen sollte ganz offensichtlich die Verwaltung der wichtigsten Bildungsträger jener Zeit liegen – Bücher und Zeitungen. Dieses Amt wurde von Gottlieb Ebert ausgefüllt.¹⁰⁸ Die Gründungsmeldung des Arbeiterbildungsvereins kann auch im Anhang als Dokument 9 nachgelesen werden.

Für die Plauener Polizeibehörde waren die neuen Vorstandsmitglieder des Bildungsvereins offensichtlich unbeschriebene Blätter. Der zuständige Polizeiwachtmeister Rockstroh, dessen Paraphe auf dem Dokument noch erkennbar ist, fügte dem Dokument jedenfalls den Auftrag „Erkundigung üb. d. gen. Vorstandsmitgl.“¹⁰⁹ hinzu. Die Polizeibeamten sollten also weitere Informationen über die Vorstandsmitglieder des Arbeiterbildungsvereins beschaffen. Allzu viele Aktivitäten hat es im Verein aber ganz offensichtlich nicht mehr gegeben. Es liegen nur wenige weitere Anmeldungen für Veranstaltungen vor. Das lag natürlich vor allem an den Ende des Jahres einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie. Denn auch der Arbeiterbildungsverein wurde nach Verabschiedung des Sozialistengesetzes verboten. Das ist der entscheidende Punkt, weshalb dieser Plauener Arbeiterbildungsverein heute der sozialdemokratischen Bewegung zugerechnet werden kann.

Mit Datum vom 4. Januar 1879 wurde schließlich die Anordnung zur Auflösung des Vereins sowie zur Beschlagnahme der Vereinskasse erteilt. Beides ist heute

107) Anmeldungsschreiben von Anton Kätzel zu einem Arbeiterbildungsverein vom 07.05.1878, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 153, Maßnahmen gegen sozialdemokratische Bestrebungen aufgrund des Reichsgesetzes vom 21.10.1878, S. 1, siehe auch Dokument 9 im Anhang.

108) Ebenda.

109) Ebenda.

noch in den Unterlagen des Plauener Stadtarchives nachlesbar. Dort befindet sich auch das kleine Kassenbüchlein des Plauener Arbeiterbildungsvereins. Es wurde darin penibel abgerechnet. Der damals noch verbliebene Kassenbestand in Höhe von neun Mark und einem Pfennig wurde von den Polizeibeamten registriert und eingezogen.

Sozialdemokratie und Kirche

Die jüngsten Ereignisse und Diskussionen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in Frankreich, vor allem gegen das linke, laizistische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, sind Anlass für einen vertiefenden Blick auf das Verhältnis von Sozialdemokratie und Religion beziehungsweise Kirche. Die SPD ist heute eine weltanschaulich und religiös neutrale Partei – auch wenn dies dem einen oder anderen Mitglied immer mal wieder besonders verdeutlicht werden muss. Seit dem Godesberger Programm von 1959 vereinigt die SPD Menschen, die sich die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu eigen gemacht haben und sich mit den Zielen der Partei identifizieren können. Die Frage, zu welcher Weltanschauung oder zu welchem Glauben sich der Einzelne bekennt, ist für die SPD unerheblich. Denn ihr Orientierungspunkt ist eine säkulare demokratische Gesellschaft, in der für alle die freie Entscheidung für eine Weltanschauung oder für einen Glauben gewahrt ist. Die SPD ist in diesem Sinne heute eine Partei für Konfessionsfreie, Christen, Muslime, Juden und für Menschen anderer Überzeugung.

Im 19. Jahrhundert war dies anders. Die Sozialdemokraten verfolgten damals einen antiklerikalen, atheistischen Kurs. Sie waren in diesem Sinne auch eine ideologische Partei. Sicherlich lag dies auch an der weltanschaulichen Prägung führender Sozialdemokraten und sozialistischer Theoretiker, die ihre Überzeugungen zum Maßstab machten.¹¹⁰ Dies war aber eher eine Folgeerscheinung. Die eigentliche Ursache für diese Reaktion der Sozialdemokraten lag bei den Kirchen selbst und auch beim damals nur unzureichend säkularisierten Staat. Im Zusammenhang mit den sozialdemokratischen Inhalten beim Reichstagswahlkampf 1876/77 wurde bereits auf die damalige Konfliktlage zwischen den

¹¹⁰⁾ Man erinnert sich dabei vor allem an die Einschätzung von Karl Marx, der Religion als Opium des Volks bezeichnete.

Kirchen und den Sozialdemokraten hingewiesen. Die Kirchen und ihre Vertreter, die Pfarrer vor Ort, benutzten den damals noch weit in der Bevölkerung verbreiteten christlichen Glauben, um bei allen möglichen Gelegenheiten im Interesse des Machterhalts der Herrschenden tätig zu sein. Sowohl Kirche als auch Religion waren gängige Mittel, um die ausgebeuteten Massen von Gedanken über Freiheit und Demokratie abzuhalten und sie weiter für Unterdrückung und Knechtschaft zu indoktrinieren.

Wie dies auch im Vogtland konkret und ganz unverblümt vonstattenging, macht der bereits mehrfach zitierte Sozialdemokrat Alwin Gerisch in seinen „Erinnerungen“ anschaulich. Gerisch berichtet über eine Konfirmation aus jener Zeit im obervogtländischen Rautenkratz, bei der den Anwesenden klar und unmissverständlich aufgezeigt wurde, wie man sich als „guter evangelischer Christ“ zu verhalten habe:

„Schon die Predigt war gespickt mit Angriffen auf den Geist der Zeit, der sich erkühnte, alles ergründen zu wollen, und der doch nur ein einziger großer Irrwahn war, weil er von der Kirche, ihren Heilslehren und den ihr von Gott offenbarten Wahrheiten nichts wissen wollte. Und in der Ansprache an die Konfirmanden spann er den gleichen Faden in einer anderen Nummer weiter. Nachdem er den Kindern eingeschärft hatte, daß sie jede Gemeinschaft mit Ungläubigen und Andersgläubigen meiden sollten, fuhr er fort: „Vor allem aber, ihr lieben Kinder, hütet euch vor jenen verworfenen Menschen, die alle menschlichen und göttlichen Gesetze mißachten, ich meine die Sozialdemokraten.““¹¹¹

Die einzige positive Wirkung dieser nach unseren heutigen Maßstäben als Hasspredigt zu qualifizierenden Ansprache des evangelischen Pfarrers bestand in einem umso heftigeren Bekenntnis Alwin Gerischs zur Sozialdemokratie. Bei den politisch ungebildeten Waldarbeitern und auch andernorts hatten solche Ermahnungen von der Kanzel herab durchaus eine Wirkung. Zu beidem, zu seiner eigenen Reaktion und zum Verhalten der obervogtländischen Zuhörer, schreibt Gerisch:

„Ich hätte laut aufschreien mögen vor Zorn und Ingrimme bei diesen Worten. Das Höchste und Heiligste, was ich in mir trug, hatte der Mann im Talar unter seine

111) Gerisch, Alwin: Erzgebirgisches Volk – Erinnerungen. Ergänzte Neuauflage von 2008, herausgegeben von SPD-Ortsverein Waldgebiet-Vogtland, S. 151 u. 152.

Füße getreten, mit Schmutz beworfen. Was diesen armen Menschen hier am bittersten not tat, um aus ihrer altererbten leiblichen und geistigen Knechtschaft, ihrem Jammer und Elend herauszukommen, der Anschluß an die Partei der Armen und Entrechteten, wurde ihnen von ihrem Pfarrer als das Verwerflichste hingestellt; die besten Freunde, welche die Kinder draußen in der Welt finden konnten, wurden ihnen als verworfene Menschen gebrandmarkt. ...

Wenn noch etwas nötig gewesen wäre, um das Maß meiner Empörung voll zu machen, würde es die Anerkennung bewirkt haben, welche die Leute, auch bei dieser Gelegenheit wieder, Pausbacke (Anmerkung: dem Pfarrer) zollten. „Der Herr Pastor hots nu heut wieder sehr schö gemacht“, sagten sie. „Orndlich hat er die Kinder vermahnt, daß sie sich, wenn sie naus in die Welt komme, net mit des schlechte Volk eilossen, des nischt glaubt und nischt taugt. Und nochher hot er die Sozialdemikroten noch extra benent und gesogt, deß die ne ganz verworfene Sort sein, vor der sich die Kinder am meisten in acht nehme müßten.“¹¹²

Das konträre Verhältnis von Sozialdemokratie und Kirche war in den 1870er-Jahren aber nicht nur durch das reaktionäre Agieren der Kirchenvertreter bestimmt. Der Staat selbst verstärkte diese Konfliktlage zusätzlich. Zwischen dem Staat, also der staatlichen Obrigkeit im Kaiserreich und im Königreich Sachsen, und der evangelischen Kirche bestand eine Art von systemerhaltender Symbiose. Die evangelische Kirche instrumentalisierte den Glauben ihrer Mitglieder zur obrigkeitskonformen politischen Indoktrination. Der Staat gewährte der evangelischen Kirche im Gegenzug besondere Privilegien und schützte die Glaubensdogmen mithilfe des Straf- und Versammlungsrechts. Über die Besonderheiten des Kulturkampfes von 1871 bis 1878 zwischen Bismarck und der seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil verstärkt auf die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittenfragen drängenden katholischen Kirche wird hier nicht weiter eingegangen. Diese Glaubensgemeinschaft spielte im Vogtland schon damals nur eine untergeordnete Rolle.

Die Sozialdemokraten standen deshalb mit ihren kirchenkritischen Ansichten nicht nur in einem Konflikt zur evangelischen Amtskirche, sondern mussten bei allzu deutlicher Kritik auch mit Strafmaßnahmen des Staates rechnen. Dafür war 1871/72 ein entsprechender Passus in das Strafgesetzbuch des Kaiserreiches

112) Ebenda.

übernommen worden. Laut Paragraph 166 wurde jeder mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht, der „in beschimpfenden Äußerungen Gott lästert“¹¹³ und hierdurch ein Ärgernis erzeugt (Gotteslästerung). Das Gleiche galt für jeden, der öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Kaiserreiches bestehende Religionsgemeinschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpfte.

Die Strafbarkeit der Gotteslästerung – wann sich ein vermeintlicher Gott tatsächlich gelästert fühlen konnte, war natürlich juristisch nur schwammig zu fassen und blieb der Beurteilung durch die Kirchenvertreter überlassen – sowie der Kirchenbeschimpfung war der Obrigkeit in der damaligen Kreishauptmannschaft Zwickau aber noch zu wenig. Am 16. Mai 1878 erließ die Königliche Kreishauptmannschaft Zwickau, die damals staatliche Oberbehörde gegenüber dem Vogtland war, eine Verordnung Nr. 30 mit der Überschrift „Die Schmähung der christlichen Kirche in öffentlichen Versammlungen betreffend“¹¹⁴. Eine Woche später, am 23. Mai 1878, wurde eine Abschrift der Verordnung auch für die Amtshauptmannschaft Plauen erstellt und zugeleitet. Der Anlass dieser Verordnung wurde eingangs klar umrissen. Dort hieß es:

*„Es sind in jüngster Zeit an mehreren Orten in öffentlichen Versammlungen Vorträge gehalten worden, in welchen grobe Schmähungen gegen die christliche Kirche, ihre Einrichtungen und Gebräuche und die Gegenstände der religiösen Verehrung ausgesprochen worden sind, ohne daß deshalb der § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Anwendung kommen konnte. Ebenso ist auch in manchen jener Vorträge unter Schmähung und Herabwürdigung der christlichen Kirche zum Ausritte aus letzterer aufgefordert worden.“*¹¹⁵

Die Sozialdemokraten wurden im Verordnungstext nicht explizit benannt. Es bleibt scheinbar unklar, ob jene Schmähungen der Kirche und die Kirchenaustrittsforderungen auf das Konto ihrer Referenten und ihrer Parteiversammlungen gingen. Zurechenbar wäre dies beispielsweise auch den Freidenkern, deren Verein zu jener Zeit in Plauen von dem wackeren, bereits im Hochverratsprozess

113) Hoffmann, Carl: Die deutschen Reichsgesetze. Erster Band. Sächsisches Verlagshaus, Hainichen und Leipzig, S. 516.

114) Dr. Gübel, Königliche Kreishauptmannschaft Zwickau: Nr. 30. Verordnung. Die Schmähung der Christlichen Kirche in öffentlichen Versammlungen betreffend. Zwickau, 1878, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889, S. 1.

115) Ebenda.

gegen August Bebel erwähnten Rechtsanwalt Kirbach geführt wurde. Eine Zuordnung der kirchenkritischen Äußerungen, die Anlass für jene repressive Verordnung waren, zu den Sozialdemokraten ist aber mehr als wahrscheinlich. Der große Sozialdemokrat Eduard Bernstein berichtet in seinen Erinnerungen über die Frühzeit der Partei¹¹⁶, dass Anfang 1878 in Berlin der evangelische Hof- und Domprediger Adolf Stöcker¹¹⁷ – ein besonders reaktionärer, auch antisemitischer Demagoge – in öffentlichen Versammlungen aggressiv gegen die Sozialdemokratie vorging. Die Berliner Sozialdemokraten reagierten darauf ihrerseits mit großen Veranstaltungen, in denen sie zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche aufforderten. Dies war offensichtlich auch der Hintergrund für die dann im sächsischen Vogtland verordneten Repressionen.

Besonders interessant ist, dass die Obrigkeit für die hier gemeinten kirchenkritischen Äußerungen eine strafende Verordnung erließ, obwohl solche Handlungen von Paragraph 166 Strafgesetzbuch nicht erfasst waren. Insbesondere die Aufforderung zum Kirchenaustritt war schon damals eindeutig kein Vergehen. Der Staat erschwerte diesen Austritt zwar durch allerlei bürokratische Hürden – wesentlich mehr als heute. Verboten war der Kirchenaustritt aber nicht. Die Verordnung hatte deshalb eine klare, über die bestehende exzessive Strafnorm hinausgehende Straffunktion. Das wird auch im weiteren Wortlaut deutlich.

Ein solches in unseren heutigen Augen nur kirchenkritisches Reden könne, so die Verordnung, auch weiterhin nicht geduldet werden. Solche Vorträge würden, *„eben weil sie in öffentlicher Versammlung gehalten werden, unter einen wesentlich anderen Gesichtspunkt fallen als etwaige kritische Erzeugnisse der wissenschaftlichen Literatur, das sittliche und religiöse Gefühl weiter Kreise der Bevölkerung (würde) aufs Tiefste verletzt. Es ist deshalb in diesem Gebahren eine unsittliche Handlung im Sinne von § 5 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1830*

116) Bernstein, Eduard: Sozialdemokratische Lehrjahre. Der Bücherkreis GmbH, Berlin, 1928, Seite 58

117) Adolf Stöcker wird heute als erster Leiter der Berliner Stadtmission verehrt, aus der sich später die Diakonie entwickelte. Sein politisches Erbe war aber verheerend, denn er betrieb damals auch die Gründung der protestantischen Christlich-Sozialen Partei, die einen antikapitalistischen, antiliberalen sowie antisozialistischen Kurs verfolgte und durch einen massiven Antisemitismus geprägt war. Stöcker bekämpfte dabei die Aufklärung sowie die Trennung von Staat und Kirche ebenso wie demokratische Forderungen. Sein politisches Ziel war ein nach Ständen geordneter christlich-deutscher Gottesstaat. Über sein Amt als Hofprediger hatte er auch negativen Einfluss auf Kaiser Wilhelm den Zweiten. Als „Vater der antisemitischen Bewegung“ wurde Stöcker später von den Nazis als einer ihrer Vorläufer und Wegbereiter angesehen.

zu erblicken. Nach diesem Gesetzesparagraphen sind aber alle solche Versammlungen verboten, deren Zweck es ist, unsittliche Handlungen oder etwaige Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern, oder dazu geneigt zu machen. ... werden daher die Polizeibehörden des hiesigen Regierungsbezirks hiermit angewiesen, dergleichen öffentliche Versammlungen entweder im Voraus zu verbieten, wenn aus deren Ankündigung oder aus der Anzeige bei der Behörde zu ersehen ist, daß sie jenen Zweck verfolgen, oder falls bei einer nicht beanstandeten Versammlung ein Redner sich in Außübungen der obgedachten Art ergehen sollte, den Vorschriften in §§ 8 flg. des Vereinsgesetzes gemäß zu verfahren.“¹¹⁸

Die hier noch in den 1870er-Jahren außerhalb des Strafrechts praktizierten staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen kirchen- und religionskritische Reden sind bemerkenswert. Die Zeit der Aufklärung lag über ein Jahrhundert zurück. Auch religionskritische Schriften, zum Beispiel von Ludwig Feuerbach oder Karl Marx, waren längst publiziert. Selbst innerhalb der Kirche hatte sich einiges verändert. Zumindest in der evangelischen Theologie stand man bei der Bibelauslegung schon der historisch-kritischen Methode offen gegenüber. Umso grotesker mutet die verordnete Polizeipraxis an, dass man im Vogtland und wohl auch darüber hinaus kirchenkritische Literatur der Wissenschaft zwar tolerierte, ein öffentliches Reden darüber auf Versammlungen aber unbedingt verhindern wollte. Staat und Kirche waren sich offensichtlich einig darüber, dass man die wissenschaftlichen Erkenntnisse – man muss wohl sagen, leider – nicht verbieten konnte. Das „gemeine Volk“, so hoffte man wohl, würde jene „schlimmen Schriften und Bücher“ nicht nachfragen und lesen. Eine Verbreitung dieser kirchen- und religionskritischen Meinungen auf öffentlichen Versammlungen und Aufrufe zum Kirchenaustritt wollte man aber um jeden Preis verhindern. Man war sich dabei nicht einmal zu schade, ein altes sächsisches Vereinsgesetz aus dem Jahre 1830, also damals schon 48 Jahre alt, dafür heranzuziehen. Religions- und kirchenkritischen Reden wurden kurzerhand in unsittliche Handlungen umgedeutet, so als ginge es dabei um irgendwelche Unanständigkeiten statt der freien Wahl der Weltanschauung, und man verbot die Zusammenkünfte oder löste die Versammlungen auf. Das war ein zutiefst mittelalterliches Denken. Es kam aus einer Zeit, als noch der Landesherr über die Religion seiner Un-

118) Ebenda.

tertanen bestimmte. All dies wurde auch bei uns im Vogtland praktiziert, war Polizeinorm noch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

Die Parallele zu Problemen offener Gesellschaften mit dogmatischen, freiheitsfeindlichen Religionsgemeinschaften unserer Tage drängt sich hier geradezu auf. Man muss dabei noch nicht einmal an die Salafisten und ihre kruden Islaminterpretationen denken, die mit unserer freien Gesellschaft unvereinbar sind. Das Problem beginnt schon weit vorher. Es kann auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft beobachtet werden und ist bei Weitem nicht nur mit dem Koran verbunden. Diese Probleme haben wir zum Beispiel auch, wenn in religiösem Eifer und mit Berufung auf Gott Kinder misshandelt, die Rechte von Frauen verachtet werden oder Menschen der allgemein geltende Schutz von Recht und Gesetz vorenthalten wird. Menschenrechte sind aber universell, allein durch das Menschsein und durch die Menschenwürde des Einzelnen begründet. Ihre Existenz und ihre Geltung hängen weder von einer bestimmten Herkunft noch von alten Traditionen, noch von einem bestimmten Gottesglauben ab. Dem müssen sich Religionen unterordnen, nicht nur bei uns.

Wir sollten aber gerade im Blick auf unsere eigene Geschichte nicht vergessen, dass diese freiheitliche Zivilisierung der Religionen nicht nur ein Problem der anderen ist. Es war auch unser eigenes Problem, es liegt noch gar nicht so lange zurück und bleibt ein ständiger Auftrag. Die evangelische Kirche fand in Deutschland ihren Weg zur Demokratie erst nach 1945 im Blick auf das eigene Versagen in der Nazi-Zeit. Der Weg der katholischen Kirche war noch länger. Sie konnte sich erst Mitte der 1960er-Jahre mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil zur Anerkennung der Religionsfreiheit durchringen. Die europäische Menschenrechtskonvention hat der Vatikan bis heute nicht unterzeichnet. Etwas weniger Arroganz und etwas mehr Sensibilität für die eigene Geschichte stünden uns deshalb gut zu Gesicht.

Umso bemerkenswerter war der Mut der frühen Sozialdemokraten in Plauen und anderswo, sich bereits in den 1870er-Jahren für die weltanschauliche Freiheit und die Trennung von Staat und Kirche einzusetzen. Letzteres geschah in Deutschland später nur unvollständig und erhält heute, in einem zunehmend konfessionsfreien und religiös vielfältigen Deutschland neue Brisanz. Aber das ist eine andere Geschichte.

Ausgewählte Sozialdemokraten im Vogtland bis zum Ende der Weimarer Republik

Im nun folgenden Teil verlassen wir die Zeit der 1870er-Jahre. Die zuvor erläuterten Ereignisse und das Handeln der frühen Sozialdemokraten in Plauen und Umgebung sind zum besseren Verständnis in einer zusammenfassenden schematischen Darstellung im Anhang unter den Ziffern 2 und 3 dargestellt.

Im Herbst des Jahres 1878 wurde mit den Stimmen der Nationalliberalen und der Konservativen das von Bismarck geforderte Sozialistengesetz beschlossen. Damit veränderte sich die politische Landschaft in Deutschland massiv. Die sozialdemokratische Partei wurde verboten, ihre Führer gingen ins Exil oder ins Gefängnis. Für Abertausende Sozialdemokraten begann eine Zeit der politischen Illegalität, aus der die Arbeiterpartei nach der Aufhebung der Verbotsgesetze im Jahre 1890 jedoch gestärkt hervorgehen sollte. Wie die Sozialdemokraten diese Zeit des Parteienverbots im Vogtland verkrafteten, wie sie auf Bismarcks Angriffe reagierten, muss anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben. Die dazugehörigen regionalgeschichtlichen Fakten liegen noch im Dunkeln. Was hier und jetzt aber geleistet werden kann, ist die Darstellung einer wichtigen Kenngröße der politischen Arbeit der Sozialdemokraten, der Wahlergebnisse bis zum Ende der Weimarer Republik. Dabei soll vor allem auch Raum sein, sozialdemokratische Parlamentarier des Vogtlandes aus jener Zeit zu benennen und in Erinnerung zu bringen. Dies kann ein Ausgangspunkt für eine spätere regionalgeschichtliche Forschungs- und Erinnerungsarbeit sein. Deshalb werden hier Namen und Zahlen zusammengetragen und damit wieder zugänglich gemacht.

Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Plauen

Zunächst soll jedoch der früheren Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine Plauens bis zum Ende der Weimarer Republik gedacht werden. Wir wissen über diese Männer heute nur noch wenig. Es gibt weder Mitgliederunterlagen noch Parteiprotokolle, aus denen man die Namen der Vorsitzenden erfahren kann. Von den Mitgliedern der SPD-Ortsvereine ganz zu schweigen. Die einzigen Quellen, die uns zur Verfügung stehen, sind die im Plauener Stadtarchiv erhalten gebliebenen Dokumente, im Wesentlichen Polizeiakten, die hier allerdings nur zum

Teil, bezogen auf die Frühphase der Sozialdemokraten, ausgewertet worden sind. Darin wurden auch Vereine und Organisationen mit ihren Vorsitzenden aufgeführt. Inwieweit im Plauener Stadtarchiv noch entsprechende Unterlagen für die Jahre 1890 bis 1933 existieren, muss einer späteren Recherche vorbehalten bleiben. Hier und heute kann es lediglich um einen fragmentarischen Überblick gehen.

Über diese Informationsquellen hinaus finden sich in sozialdemokratischen Publikationen jener Zeit auch einige Hinweise auf die jeweiligen Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins in Plauen. Solche Informationen wurden, soweit vorhanden, ebenfalls in die folgende Darstellung aufgenommen. Wichtigste Informationsquelle hierfür war das „Handbuch des Vereins Arbeiterpresse“¹¹⁹ aus dem Jahr 1927. Gerade hier könnten weitere antiquarisch aufgefundene Publikationen das Bild in Zukunft noch ergänzen und die Daten präzisieren.

Vorsitzende des sozialdemokratischen Ortsvereins in Plauen von 1874 bis 1933

Jahr	Partei	Vorsitzender
1874	ADAV	Franz Rudolph ¹²⁰
1875	ADAV	Franz Rudolph
1876	SAP	Franz Petzold
1878	SAP	August Hartenstein ¹²¹
1878–1890	SAP-Verbot	–
1910–1912	SPD	Karl Schnirch
1924–1927	SPD	Gottfried Ritsche
1927–1933	SPD	Eugen Fritsch

119) Vgl. Vorstand des Vereins Arbeiterpresse: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Vierte Folge. Verlag Vereinte Arbeiterpresse, Berlin 1927.

120) Franz Rudolph war, wie bereits vorher dargestellt, kein gewählter Ortsvereinsvorsitzender, sondern entsprechend dem zentralistischen Aufbau der damaligen Partei ein „Beauftragter des Präsidenten“.

121) Es wird hier vermutet, dass der Vorsitz des Plauener SAP-Ortsvereins bei August Hartenstein lag. Einen unwiderlegbaren Beweis dafür gibt es nicht. Allerdings legt die Tatsache, dass Hartenstein auf der damaligen Volksversammlung als Versammlungsleiter auftrat, eine solche Annahme nahe.

Wesentlich besser ist die Informationslage über Sozialdemokraten, die bei der SPD im Vogtland oder mit ihr verbundenen Organisationen und Einrichtungen als Angestellte arbeiteten. Solche Hauptamtlichen gab es in Plauen, Auerbach, Reichenbach, Oelsnitz und Klingenthal. Im Handbuch der Arbeiterpresse sind diese Angestellten mit Namen und Adressen sowie jeweils einem kurzen Lebenslauf enthalten. So schön dies heute für uns ist, so problematisch muss dies 1933 und danach in der Zeit der Verfolgung durch die Nazis gewesen sein. Die Nazi-Schergen mussten nicht lange suchen – sie brauchten nur in solche Handbücher zu schauen, um den Wohnort der hauptamtlichen Sozialdemokraten für Verhaftungen ermitteln zu können. Die Informationen zu den angestellten Sozialdemokraten sind im Anhang dieses Buches (Dokument 10) zu finden. Vielleicht trifft der ein oder andere Vogtländer hier noch auf einen seiner früheren Verwandten.

Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete

Über das im Deutschen Kaiserreich für den Reichstag geltende Wahlrecht wurden an früherer Stelle im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen von 1877 schon genügend Ausführungen gemacht. Dieses Wahlrecht entsprach unseren heutigen demokratischen Maßstäben natürlich nicht. Im Vergleich zum Wahlrecht für die sächsische Ständeversammlung (Landtag) war es jedoch ziemlich liberal. Darauf wird später noch einmal zurückzukommen sein. Für die Reichstagswahlen soll hier nur noch auf einen Wechsel des damaligen Wahlverfahrens aufmerksam gemacht werden. Von 1867 bis 1918 bestand bei den Reichstagswahlen ein reines Mehrheitswahlrecht. Ab 1919 änderte sich das. Von da an bis 1933 wurde der Reichstag nach einem reinen Verhältniswahlrecht gewählt. Außerdem setzte die SPD auch das Wahlrecht der Frauen in Deutschland durch. Will man also in einem ersten Schritt nach den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten fragen, die in der Region gewählt wurden, so muss man zunächst die Reichstagswahlen bis zur Abschaffung der Direktwahl, also bis 1912,¹²² in den Blick nehmen. In der folgenden Tabelle wird zunächst ein allgemeiner Überblick über die Reichstagswahlergebnisse der Sozialdemokraten insgesamt gegeben. Gesondert werden dabei auch die sozialdemokratischen Mandatsträger ausgewiesen, die in sächsischen Wahlkreisen gewählt wurden.

122) Die nächste Reichstagswahl fand im Jahre 1919 schon nach dem Verhältniswahlrecht statt.

Wahlergebnisse und Direktmandate der Sozialdemokraten bei Reichstagswahlen¹²³

Jahr	SPD-Ergebnis Deutschland ¹²⁴ (%)	SPD-MdR in D	SPD-MdR in SN
1867	–	2	2
1867	–	6	6
1871	3,10	1	1
1874	6,80	9	6
1877	9,10	12	7
1878	7,60	9	6
1881	6,10	12	4
1884	9,70	24	5
1887	10,10	11	–
1890	19,70	35	6
1893	23,30	44	7
1898	27,20	56	11
1903	31,70	81	22
1907	29,00	43	8
1912	34,80	110	19

Gerade die letzte Spalte der Tabelle, mit der Zahl der in Sachsen direkt gewählten Reichstagsabgeordneten, ist für unsere weiteren Recherchen von Bedeutung. Daraus abzulesen ist zweierlei: Zum einen wird beim Blick auf die in Sachsen sowie in Deutschland insgesamt gewählten Abgeordneten die besondere Rolle Sachsens in der sozialdemokratischen Frühgeschichte klar. Bis zur Reichstagswahl von 1878 kam jeweils die Mehrheit der gewählten Abgeordneten aus sächsischen Wahlkreisen. Dieser Anteil sank bis zu den letzten Vorkriegswahlen

123) Ohne Ergebnisse von Nachwahlen.

124) Vor 1871 Zahlen für den Norddeutschen Bund.

im Jahre 1912 auf 17 Prozent. Die Sozialdemokraten hatten sich nach der Aufhebung der Sozialistengesetze in ganz Deutschland zu einer immer stärker werdenden politischen Kraft entwickelt. Zum anderen ist die dritte Spalte interessant, weil sie uns für das Vogtland als Referenzgröße dient. Die sächsischen Wahlkreise, in denen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt wurden, also per Direktwahl das Mandat gewannen, lagen nämlich meist nicht im Vogtland. Wie gingen die damaligen Direktwahlen zum Reichstag aber im Vogtland aus? Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den beiden vogtländischen Reichstagswahlkreisen gewählten Direktkandidaten. Die gewählten Sozialdemokraten sind farbig unterlegt.

Im Vogtland (direkt) gewählte Reichstagsabgeordnete¹²⁵

Jahr	Wahlkreis 22 Auerbach, Reichenbach	Wahlkreis 23 Plauen, Oelsnitz, Klingenthal
1867	Julius Leonhard Heubner, DFP	Karl Braun, Altliberal
1867	Julius Leonhard Heubner, DFP	Franz August Mammen, DFP
1871	Otto Georgi, NLP	Otto zu Münster-Langelage, LRP
1874	Otto Georgi, NLP	Karl Gotthold Krause, NLP
1877	Ignaz Auer, SAP	Otto Meusel, DKP
1878	Johann Theodor Schmiedel, DRP	Gustav Landmann, NLP
1881	Albert Niethammer, NLP	Karl Alwin Hartmann, DKP
1884	Max Kayser, SAP	Karl Alwin Hartmann, DKP
1887	Carl Kurtz, DKP	Karl Alwin Hartmann, DKP
1890	Carl Kurtz, DKP	Karl Alwin Hartmann, DKP
1893	Franz Hofmann, SPD	Maximilian von Polenz, DKP
1898	Franz Hofmann, SPD	Wilhelm Zeidler, DKP
1903	Franz Hofmann, SPD	Alwin Gerisch, SPD
1907	Anton Robert Merkel, NLP	Oskar Günther, FVp
1912	Paul Lensch, SPD	Hermann Jäckel, SPD

¹²⁵⁾ Ohne Ergebnisse von Nachwahlen.

DFP: Deutsche Fortschrittspartei
 DKP: Deutschkonservative Partei
 DRP: Deutsche Reichspartei
 FVP: Freisinnige Volkspartei

LRP: Liberale Reichspartei
 NLP: Nationalliberale Partei
 SAP: Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1875)
 SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1890)

Ignaz Auer, Max Kayser, Franz Hofmann, Alwin Gerisch, Paul Lensch und Hermann Jäckel – das waren die im Vogtland bis zum Ende des Kaiserreiches gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Auch hier fällt wieder die stärkere Verankerung der Sozialdemokraten im Raum Reichenbach-Auerbach im Vergleich zum westlichen Teil des Vogtlandes auf. Dieses Phänomen wurde bereits bei der Frühgeschichte der Sozialdemokraten beobachtet. Es kann und soll hier nicht Aufgabe sein, die Biografien dieser ersten fünf im Vogtland gewählten sozialdemokratischen Parlamentarier vollumfänglich nachzuzeichnen. In aller Kürze werden hier nur die wichtigsten Dinge wiedergegeben:



IGNATZ AUER wurde am 19. April 1846 in der Nähe von Passau geboren. Er stammte aus ärmsten Verhältnissen. 1869 trat Auer in Kassel der SDAP, also den „Eisenachern“, bei und lernte recht früh sowohl August Bebel als auch Eduard Bernstein kennen. Ignatz Auer trug in Berlin wesentlich zum Aufschwung der Sozialdemokraten bei. 1873 agitierte er erfolgreich für die Wiederwahl Bebels in den Reichstag. In Hamburg war er für die wichtige Funktion der Verbindung zwischen Parteivorstand und Lokalorganisationen verantwortlich. 1875 war Auer maßgeblich an den Verhandlungen des Einigungsparteitages der bis dahin getrennten sozialdemokratischen Parteien beteiligt. Ignatz Auer ist uns heute noch als sozialdemokratischer Agitator bekannt. Er unternahm dazu mehrere Reisen, die ihn unter anderem nach Sachsen sowie durch Süd- und Westdeutschland führten. 1877 wurde Ignatz Auer zum ersten Mal in den Reichstag gewählt – damals im Wahlkreis Auerbach, Reichenbach. Auer wurde später in den Parteivorstand der Sozialdemokraten gewählt. Er war dann Mitherausgeber des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts“, unterstützte Bebel bei verschiedenen Richtungskämpfen in der Partei, später auch Bernstein, und wurde ein Vertreter des rechten Parteiflügels. Am 10. April 1907 verstarb Ignatz Auer unter großer Anteilnahme in Berlin. Er erhielt ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof in Ber-

teivorstand und Lokalorganisationen verantwortlich. 1875 war Auer maßgeblich an den Verhandlungen des Einigungsparteitages der bis dahin getrennten sozialdemokratischen Parteien beteiligt. Ignatz Auer ist uns heute noch als sozialdemokratischer Agitator bekannt. Er unternahm dazu mehrere Reisen, die ihn unter anderem nach Sachsen sowie durch Süd- und Westdeutschland führten. 1877 wurde Ignatz Auer zum ersten Mal in den Reichstag gewählt – damals im Wahlkreis Auerbach, Reichenbach. Auer wurde später in den Parteivorstand der Sozialdemokraten gewählt. Er war dann Mitherausgeber des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts“, unterstützte Bebel bei verschiedenen Richtungskämpfen in der Partei, später auch Bernstein, und wurde ein Vertreter des rechten Parteiflügels. Am 10. April 1907 verstarb Ignatz Auer unter großer Anteilnahme in Berlin. Er erhielt ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof in Ber-

lin-Friedrichsfelde. In Berlin und Hamburg wird seiner mit einer Ehrentafel und einem Straßennamen gedacht.¹²⁶

MAX KAYSER wurde am 9. Mai 1852 im ober-schlesischen Tarnowitz geboren. Er stammte aus einer jüdischen Familie. Kayser hatte das Gymnasium und später in Berlin Vorlesungen in Nationalökonomie besucht. 1869 trat er der SDAP („Eisenacher“) bei. Für sie trat er als Agitator auf und war in Mainz, Chemnitz, Leipzig und Dresden als Redakteur bei verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen tätig. Kayser gehörte ebenso zu den Teilnehmern des sozialdemokratischen Einigungsparteitags von 1875. In der Zeit des Parteienverbots war er verschiedenen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt, darunter auch einer anderthalbjährigen Gefängnisstrafe. Von 1878 bis 1887 war Max Kayser für insgesamt drei Wahlperioden sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag. Er gewann die Wahl zunächst zwei Mal im sächsischen Wahlkreis Freiberg, Hainichen und dann 1884 im vogtländischen Wahlkreis Auerbach, Reichenbach. Im Reichstag war Kayser einer der entschiedensten Kämpfer gegen die Sozialistengesetze. Er vertrat aber auch von der Parteilinie abweichende Meinungen, zum Beispiel bei der Schutzzollpolitik, und wurde dafür kritisiert. Innerhalb der Fraktion stand Kayser damals am weitesten rechts. Am 29. März 1888 verstarb Max Kayser infolge eines ärztlichen Behandlungsfehlers. Er wurde unter dem Geleit von mehreren Tausend Menschen auf dem jüdischen Friedhof in Breslau beigesetzt.¹²⁷



FRANZ HOFMANN wurde am 26. Februar 1852 in Stötteritz bei Leipzig geboren. Hofmann besuchte in seinem Geburtsort die Volksschule und war danach als Zigarrenarbeiter tätig. 1880 stieß er zur politischen Bewegung der Sozialdemokraten. Er war in Leipzig als Partei- und Gewerkschaftsfunktionär aktiv. Im Oktober 1886 wurde er deshalb aus Leipzig ausgewiesen und machte sich, da ihm andere Lohnarbeit verwehrt wurde, in Chemnitz als Zigarrenfabrikant selbstständig. Im Frühjahr 1892 wurden im 22. sächsischen



126) WIKIPEDIA (de.wikipedia.org/wiki/ignatz_auer, abgerufen am 14.02.2015).

127) WIKIPEDIA (de.wikipedia.org/wiki/max_kayser, abgerufen am 14.02.2015).

Wahlkreis Auerbach, Reichenbach Nachwahlen anberaumt, da der bisherige Amtsinhaber von den Deutschkonservativen, Carl Kurtz, vorzeitig ausgeschieden war. Franz Hofmann trat in diesem Wahlkreis für die Sozialdemokraten an und gewann das Direktmandat. Auch bei den regulären Reichstagswahlen ein Jahr später und bei den beiden Folgewahlen der Jahre 1898 und 1903 konnte Hofmann diesen Wahlerfolg in der Region Reichenbach, Auerbach wiederholen. Hofmann kandidierte somit insgesamt vier Mal erfolgreich für die Sozialdemokraten in diesem Wahlkreis. Das ist für jene Zeit eine außergewöhnlich stetige und erfolgreiche Bilanz. Zusätzlich vertrat Hofmann noch, dies war damals zulässig, den 31. ländlichen Wahlkreis in der Zweiten Kammer der sächsischen Ständeversammlung (Landtag). Am 4. November 1903 starb Franz Hofmann noch vor Einberufung des neu gewählten Reichstages in Chemnitz.¹²⁸



ALWIN GERISCH wurde am 14. März 1857 im obervogtländischen Rautenkranz als Sohn eines Waldarbeiters geboren. Der SPD-Ortsverein Waldgebiet-Vogtland hat uns dankenswerterweise diesen Sozialdemokraten mit der Neuauflage von Gerischs Erinnerungsbüchlein „Erzgebirgisches Volk“ im Jahre 2008 wieder ins Gedächtnis geholt. Deshalb soll hier nur das Notwendigste über diesen großen sozialdemokratischen Sohn des Vogtlandes berichtet werden. Alwin Gerisch ging in

seinem Geburtsort in die Volksschule und absolvierte danach in Auerbach eine Maschinenbauerlehre. 1874 schloss er sich der Sozialdemokratie an. Seine Wanderschaft beendete er in Berlin, wo er Mitarbeiter und Vorstandsmitglied bei der Metallarbeitergewerkschaft wurde. Alwin Gerisch wurde 1890 zusammen mit Paul Singer auf dem Parteitag in Halle zum sozialdemokratischen Parteivorsitzenden gewählt. August Bebel war damals Kassierer, wir würden heute sagen Bundesschatzmeister der Partei. Gerisch war damit der erste Vorsitzende der Sozialdemokratie nach Aufhebung der Sozialistengesetze. Nach einer erfolgreichen Wiederwahl tauschte Alwin Gerisch 1892 seine Funktion mit August Bebel, der somit Parteivorsitzender wurde. Gerisch hütete die Finanzen der Gesamtpartei als Kassierer sorgsam und erfolgreich bis ins Jahr 1912 und wechselte dann in die Funktion eines hauptamtlichen Sekretärs im zentralen Parteivor-

128) WIKIPEDIA ([de.wikipedia.org/wiki/franz_hofmann_\(politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/franz_hofmann_(politiker))), abgerufen am 14.02.2015).

stand. In seinem heimatlichen Wahlkreis, dem 23. sächsischen Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal, kandidierte Alwin Gerisch insgesamt zwei Mal. Bei einer am 1. Juni 1894 wegen des Ausscheidens des deutschkonservativen Amtsinhabers Maximilian von Polenz notwendigen Nachwahl errang Gerisch hier zum ersten Mal das Direktmandat. Der Sozialdemokrat wurde abermals bei den übernächsten Reichstagswahlen im Jahre 1903 im westlichen Vogtland gewählt. Alwin Gerisch war den Arbeitern aber nicht nur wegen seiner Ämter und Mandate bekannt. Er hatte vor allem eine große und begeisterte Leserschaft durch Erzählungen und Romane, die er, teilweise auch unter Pseudonym, veröffentlichte. Die in diesem Buch mehrfach angesprochen „Erinnerungen“ wurden 1918 herausgegeben und war die letzte von Gerischs Publikationen. Gerade als proletarischer Schriftsteller erfüllte Alwin Gerisch jene von ihm selbst formulierte Maxime, nach der die Sozialdemokraten eine unermessliche Kulturarbeit zu leisten hatten, nämlich die Arbeitermassen aufzurütteln, ihnen den Sklavensinn auszutreiben und dafür Mut, Selbstvertrauen und das Gefühl für Menschenwürde in die Köpfe zu hämmern. Alwin Gerisch verstarb am 8. August 1922 hochgeachtet in Berlin und wurde auf dem Friedhof Baumschulenweg beigesetzt. Nur vier Jahre später wurde im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick eine Straße nach ihm benannt, was die Nazis jedoch 1934 wieder rückgängig machten. In Alwin Gerischs vogtländischem Geburtsort Rautenkrantz erinnern heute eine nach ihm benannte Straße und eine Gedenktafel an seinem Geburtshaus an ihn.¹²⁹

PAUL LENSCH wurde 1873 in Potsdam geboren. Er las bereits als Gymnasiast Marx und Hegel, hatte danach Nationalökonomie studiert und promoviert. Ab 1902 arbeitete er als Redakteur bei der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“. Von 1907 bis 1913 war er deren Chefredakteur. Lensch war in dieser Zeit einer der Wortführer der Linken in der SPD und gehörte zum Umfeld von Rosa Luxemburg. 1912 wurde er im Wahlkreis Auerbach, Reichenbach in den Reichstag gewählt. Bei Kriegsbeginn zählte Lensch zunächst noch zu den Gegnern der Be-



129) Friedrich Ebert Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie: Das historische Stichwort, Alwin Gerisch (http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/gerisch.htm, abgerufen am 22.01.2015).

willigung von Kriegskrediten, blieb aber nach der Spaltung der Sozialdemokraten bei der MSPD und wurde dort einer der Wortführer. Lensch vertrat mit der Zeit immer stärker nationalistische Sozialismus-Modelle, suchte den Kontakt zu konservativen Kreisen und zog sich nach 1918 aus der Parteipolitik zurück. Er erhielt in Berlin zunächst eine Professur, wurde dann Mitarbeiter der konservativen Deutschen Allgemeinen Zeitung und von 1922 bis 1925 auch ihr Chefredakteur. Lensch, der 1922 mit seinem Austritt aus der SPD einem Ausschlussverfahren zuvorkam, gehörte später politisch zum rechtskonservativen Lager und wurde ein dezidierter Gegner der Sozialdemokratie. 1926 verstarb er in Berlin.¹³⁰



HERMANN JÄCKEL wurde 1869 in Crimmitschau geboren. Er kam aus proletarischem Elternhaus und besuchte die Armenklasse der einfachen Bürgerschule seiner Heimatstadt. Im Alter von 13 Jahren musste Jäckel bereits halbtags in der Textilindustrie arbeiten und war auch danach als Wollweber und als Baumwollweber tätig. 1890 wurde Hermann Jäckel Mitglied in der SPD. Er arbeitete dann als Angestellter im Konsumverein, bei Krankenkassen sowie als Redakteur für eine sozialdemokratische Zeitung. Seit 1906 war Jäckel Mitglied im Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes, im Jahre 1913 wurde er Vorsitzender des Verbandes. Er hatte auch 1903/04 eine führende Rolle beim Crimmitschauer Textilarbeiterstreik inne. In Crimmitschau war Jäckel auch Stadtverordneter. Von 1912 bis 1918 vertrat er den Wahlkreis Plauen, Oelsnitz, Klingenthal als Reichstagsabgeordneter in Berlin. Als sich die Sozialdemokraten spalteten, wechselte Jäckel zur USPD. Für sie zog er 1920 abermals, im Wahlkreis Chemnitz, Zwickau, als Abgeordneter in den Reichstag ein. Im Jahre 1922 kehrte Hermann Jäckel zur SPD zurück und blieb bis zum Ende seiner Abgeordnetenzeit im Jahr 1924 Mitglied der SPD-Reichstagsfraktion. 1928 verstarb Jäckel in Dresden.¹³¹

Das bis zum Ende des Kaiserreiches geltende direkte Wahlrecht hat die Identifikation sozialdemokratischer Abgeordneter mit vogtländischen Wurzeln oder Verbindung in diese Region sehr erleichtert. Danach war der Findungsprozess

Das bis zum Ende des Kaiserreiches geltende direkte Wahlrecht hat die Identifikation sozialdemokratischer Abgeordneter mit vogtländischen Wurzeln oder Verbindung in diese Region sehr erleichtert. Danach war der Findungsprozess

130) WIKIPEDIA (de.wikipedia.org/wiki/hermann_jäckel, abgerufen am 18.02.2015).

131) Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Band 7, Droste Verlag, Düsseldorf 1995.

beschwerlicher. In der Weimarer Republik wurde die Direktwahl abgeschafft und der Reichstag nur noch nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Damit gab es keine direkt zu wählenden Wahlkreiskandidaten mehr, sondern lediglich Kandidaten auf einer Liste der jeweiligen Partei. Damit verbunden war auch, dass die Wahlkreise für die Reichstagswahl erheblich vergrößert wurden. Die beiden früheren vogtländischen Reichstagswahlkreise gingen auf in dem neuen Wahlkreis Chemnitz, Zwickau, der territorial aus den Verwaltungsgebieten der Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau bestand. Für diesen gesamten Wahlkreis stellten die Parteien fortan Kandidatenlisten auf, aus denen nach dem Verhältniswahlrecht die Reichstagsabgeordneten gewählt wurden. Wer für die SPD in diesem gesamten Wahlkreis in der Zeit von 1920 bis 1933 als Abgeordneter in den Reichstag gewählt worden ist, kann einer Tabelle im Anhang (Ziffer 4) entnommen werden. Hier soll es aber um die Abgeordneten mit Bezug zum Vogtland gehen.

Zur Sichtung von Abgeordneten mit Verbindung ins Vogtland ist wegen dieser neuen Wahlbedingungen für die Zeit ab 1919 ein Blick in deren Biografien unerlässlich. Die Ergebnisse dieser Recherche werden im Folgenden ausschließlich in einer Tabellenform dargestellt. Die biografischen Hinweise zu den Personen werden auf Verbindungspunkte zum Vogtland reduziert.

Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete ab 1919 mit Bezug zum Vogtland¹³²

Name	Parlament	Bezug zum Vogtland
PAUL RÖHLE 	RT von 1919–1920 (Nationalversammlung) LT Preußen von 1924–1933 LT Rheinland-Pfalz von 1946–1951	Von 1912 bis 1915 war Röhle Angestellter beim Malerverband Plauen und Vorstandsmitglied des Gewerkschaftskartells. Von 1916 bis 1919 war er Arbeitersekretär in Plauen. 1918 war Röhle Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates Sachsen in Dresden und zugleich Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Plauen. Von 1916 bis 1919 war er auch Stadtverordneter in Plauen.

¹³²⁾ Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Band 7, Droste Verlag, Düsseldorf 1995.

Name	Parlament	Bezug zum Vogtland
FRIEDRICH PUCHTA 	RT von 1920–1924 (USPD)	Im Jahr 1914 war Puchta kurzfristig Redakteur der „Plauener Volkszeitung“. Die gleiche Tätigkeit übte er erneut von 1919 bis 1923 aus – diesmal jedoch als leitender Redakteur. In der gleichen Zeit war Puchta Stadtverordneter in Plauen. Er war auch politischer und feuilletonistischer Mitarbeiter bei verschiedenen sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften.
ARTHUR ARZT 	LT Sachsen von 1919–1928	Arthur Arzt wurde am 9. Oktober 1880 in Reichenbach geboren. Er ist dort auch aufgewachsen und absolvierte eine Lehrerausbildung in Auerbach. Danach war er zunächst als Lehrer in Ebmath im Vogtland tätig. (Arzt war auch Landesvorsitzender der SPD und gehörte zu den Linkssozialisten um Seydewitz. Ab 1933 Emigration, nach 1947 Beamter in Hessen.)
MAX SEYDEWITZ 	RT von 1924–1932	Von 1913 bis 1914 war Seydewitz Vorstandsmitglied der SPD Reichenbach. (Später war er der führende Kopf der linken Sozialdemokraten, der innerparteilichen Opposition, im SPD-Bezirk Zwickau. 1931 wurde Seydewitz aus der SPD ausgeschlossen. 1934 wurde er Mitglied der KPD, 1946 Mitglied der SED. 1952 wurde er Ministerpräsident in Sachsen.)

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Max Kayser, Franz Hofmann, Alwin Gerisch, Paul Röhle, Friedrich Puchta, Arthur Arzt und Max Seydewitz werden in den biografischen Teilen der jeweiligen Handbücher des Reichstages als sogenannte „Dissidenten“ beschrieben. Hinter dieser vielsagenden Bezeichnung verbirgt sich, dass die Sozialdemokraten aus der Kirche ausgetreten waren. Sie waren also konfessionsfrei.

Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete

Nachdem bisher über die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mit Berührungspunkten zum Vogtland berichtet wurde, richtet sich der Blick nun auf die Landesebene. Dabei muss als allererstes auf die enormen Unterschiede im Vergleich mit der Reichsebene hingewiesen werden. Das im 19. Jahrhundert und später geltende Wahlrecht zum Reichstag wurde bereits erläutert. Dabei sind demokratische Defizite, die aus dem Blick unserer heutigen Maßstäbe ins Auge fallen, nicht verschwiegen worden. Im Vergleich zu den Landtagswahlrechten in den Ländern war das Reichstagswahlrecht des 19. Jahrhunderts un-
gemein modern und wesentlich demokratischer. Das galt auch für das Landtagswahlrecht im Königreich Sachsen. Selbst die Bezeichnung Landtag war damals in Sachsen eher ungebräuchlich. Sie stand zwar seit 1831 in der Verfassung des sächsischen Königreiches. Umgangssprachlich hatte sich aber der Name Ständeversammlung verfestigt und wurde bis 1919 auch weiter gebraucht.

Die Ständeversammlung bestand in Sachsen aus zwei getrennten Kammern. Die Erste Kammer wurde nur zum Teil gewählt und zum anderen Teil vom König ernannt oder durch Personen mit ererbtem Recht besetzt. Ihr gehörten im Wesentlichen Vertreter des sächsischen Adels und der Kirche, Rittergutsbesitzer, sächsische Bürgermeister sowie vom König auf Lebenszeit ernannte Personen an. Über einen solchen Mann, den deutschkonservativen Reichstagsabgeordneten Otto Theodor Meusel, wurde bereits im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen von 1877 berichtet. Die Erste Kammer war Zeit ihres Lebens, wen sollte es wundern, durch eine konservative Mehrheit geprägt und abgesichert.

Die Zweite Kammer der Ständeversammlung sollte das restliche Volk vertreten und symbolisieren. Sie bestand zum Schluss aus insgesamt 91 sogenannten Kammermitgliedern, die für sechs Jahre gewählt waren. Im Abstand von zwei Jahren wurde jedoch ein Drittel aller Sitze der Zweiten Kammer neu gewählt, sodass es im Königreich Sachsen alle zwei Jahre irgendwo Wahlen zur Ständeversammlung gab.

Die Rechte der Ständeversammlung waren natürlich begrenzt. Ihre Zustimmung war erforderlich bei der Gesetzgebung, beim Finanzwesen (zum Beispiel bei der Erhebung neuer Steuern) und beim Staatshaushalt. Darüber hinaus konnte die Ständeversammlung Wünsche, Beschwerden und Petitionen entgegennehmen, die nach Beratung an den sächsischen König weitergeleitet werden durften. Natürlich vertraten die Mitglieder der Kammern insbesondere auch ihre eigenen Interessen in diesem politischen Prozess. Dass dies jedoch nur wenig mit unserem heutigen Verständnis einer parlamentarischen Kontrolle von Regierungsarbeit zu tun hat, wird klar, wenn man einen Blick in das Buch „Bürgerkunde – Deutsche Staats- und Rechtskunde für Sachsen“ wirft, worin es in einer Fußnote in der Ausgabe von 1916 noch heißt: *„Man darf sich die Stände aber nicht als etwas Gegensätzliches zur Regierung vorstellen; vielmehr bildet gerade die Übereinstimmung des Willens der Landstände und der Staatsregierung den Willen der Gesamtheit, des Staates. Die Vorstellung, die Ständeversammlung bewilligten ‚der Regierung‘ eine Forderung, ist irreführend.“*¹³³ Der zentrale und entscheidenden Hintergrund für solche Aussagen war: Die Regierung wurde auch in Sachsen damals nicht von der zumindest in Teilen gewählten Ständeversammlung, sondern ausschließlich vom sächsischen König ernannt.

Für die Geschichte der Sozialdemokraten und für die Durchsetzung des Volkswillens in Sachsen waren aber gerade die jeweiligen Wahlverfahren zur Zweiten Kammer der Ständevertretung entscheidend. Deshalb muss auch diese Entwicklung kurz erläutert werden.

In jener Zeit, auf welche diese Nachforschungen gerichtet sind, wurde die Zweite Kammer der sächsischen Ständeversammlung zunächst nach einem Zensuswahlrecht gewählt. Zensus bedeutet dabei nichts anderes, als dass die Wahlberechtigung nicht generell gewährt wurde, sondern von einer bestimmten

¹³³) Glock, A./Kloß, R.: Bürgerkunde. Deutsche Staats- und Rechtskunde für Sachsen. Zweite, umgearbeitete Auflage. G. Braunsche Hofdruckerei und Verlag, Karlsruhe 1916, Besonderer Teil, S. 15.

Mindesthöhe an gezahlten Steuern abhing. Ein allgemeines Wahlrecht existierte hier in den 1870er-Jahren also nicht. Wahlberechtigt war damals nur, wer wenigstens einen Taler an direkten Steuern zahlte. Wählbar war nur, wer mindestens zehn Taler Steuern an den sächsischen Fiskus abführte. Schätzungen zufolge waren damals nur etwa zehn Prozent der männlichen Bevölkerung wahlberechtigt, das Frauenwahlrecht gab es noch nicht.¹³⁴ Es ist völlig klar, dass diese Form eines Wahlprivilegs nach Steuerkraft vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten und politisch die Sozialdemokraten traf. Obwohl die männlichen Arbeiter schon ab 1867 an Reichstagswahlen teilnehmen konnten, wurde ihnen bei den sächsischen Ständewahlen durch dieses restriktive Recht der Gang zum Wahllokal verwehrt oder zumindest massiv erschwert. Die Anzahl der sozialdemokratischen Kammermitglieder wuchs deshalb nur langsam und allmählich. Diese Entwicklung zeigt die Tabelle über die Wahlergebnisse von 1877 bis 1909.

Dennoch war das Zensuswahlrecht kein Instrument, das die Sozialdemokraten generell aus der Zweiten Kammer der Ständeversammlung heraushalten konnte. Die Einführung neuer direkter Steuern und die allgemeine Einkommensentwicklung erzeugten allmählich auch eine stärkere Wahlberechtigung bei den Arbeitern. Begonnen hatten die Sozialdemokraten 1877 bei der Kammerwahl mit einem einzigen Abgeordneten. Das war der aus dem Vogtland stammende Otto Freytag. Auf ihn ist bereits im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Verteidiger von August Bebel im Leipziger Hochverratsprozess eingegangen worden. Im Jahre 1895 konnte die SPD trotz des Zensuswahlrechts bereits 14 Abgeordnete in die Zweite Kammer entsenden und dort ihre Forderungen vertreten. 32,4 Prozent aller Wähler hatten bei dieser Wahl SPD gewählt, was der Partei in der Kammer jedoch nur rund 17 Prozent aller Sitze verschaffte. Von einer sozialdemokratischen Mehrheit war man in der Zweiten Kammer also weit entfernt. Dennoch war dieses Erstarken der SPD in der Ständeversammlung Anlass für die damalige bürgerliche Mehrheit, das sächsische Wahlrecht abermals zu verschärfen.

So wurde in Sachsen 1896 für alle Männer ab dem 25. Lebensjahr das Dreiklassenwahlrecht nach preußischem Vorbild eingeführt. Sachsen erhielt das wohl reaktionärste und am wenigsten demokratische Wahlsystem Deutschlands.

134) WIKIPEDIA ([de.wikipedia.org/wiki/sächsischer_landtag_\(1831-1918\)](https://de.wikipedia.org/wiki/sächsischer_landtag_(1831-1918))), abgerufen am 14.02.2015).

Dieses Dreiklassenwahlrecht beseitigte zunächst die bis dahin auch in Sachsen geltende Direktwahl zur Zweiten Kammer. In den Wahlkreisen konnten die sogenannten Urwähler die Kammermitglieder fortan nicht mehr direkt, sondern nur noch Wahlmänner wählen. Diese Wahlmänner wählten dann ihrerseits später die eigentlichen Abgeordneten. Darüber hinaus war das allgemeine Wahlrecht der Männer ab 25 Jahren kein Fortschritt, weil diese Urwähler nach Steuerkraft in drei Klassen eingeteilt wurden. Letztlich wurde auch das Prinzip „ein Wähler eine Stimme“ beseitigt. Die Anzahl der je Urwähler vergebbaren Stimmen wurde in Abhängigkeit vom Einkommen und vom Besitz des Wählers erhöht. Generell hatte jeder Wähler eine Stimme. Zwei Stimmen standen dem Wähler aber zu, wenn er ein Einkommen von mehr als 1600 Mark hatte, wahlberechtigt bei der Gewerbekammer war, einen Hochschulabschluss oder land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz von mehr als zwei Hektar besaß. Bei mehr als 2200 Mark Einkommen oder einem Grundbesitz von mindestens vier Hektar hatte der Wähler drei Stimmen. Bei einem Einkommen von 2800 Mark oder bei Grundbesitz von mehr als acht Hektar standen ihm vier Stimmen zu. Und hatte ein solcher Wähler das 50. Lebensjahr erreicht, gab es noch eine Zusatzstimme obendrauf.¹³⁵ Im Endeffekt bestimmten etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten, die wohlhabenden und die sogenannten gutbürgerlichen Teile, mehr als zwei Drittel der zu vergebenden Mandate.¹³⁶

Es überrascht kaum, dass dieses undemokratische Wahlrecht die Sozialdemokraten in der sächsischen Ständeversammlung für viele Jahre zurückwarf. Bei den Wahlen im Jahr 1897, der ersten Wahl unter dem neuen Dreiklassenwahlrecht, sank die Anzahl der sozialdemokratischen Mitglieder in der Zweiten Kammer von bisher 14 auf acht. Von 1901 bis 1905 waren die Sozialdemokraten dort überhaupt nicht mehr vertreten, obwohl die SPD damals bereits eine Massenorganisation war. Erst 1909 kam es durch das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Liberalen zu einer durchgreifenden Wahlrechtsreform. Für die Zweite Kammer der Ständeversammlung wurde nun das sogenannte Pluralwahlrecht eingeführt. Zwar wurden die Zusatzstimmenregelungen durch diese Reform nicht völlig beseitigt. Die Einführung der Direktwahl mit einer

135) Glock, A./Kloß, R.: Bürgerkunde. Deutsche Staats- und Rechtskunde für Sachsen. Zweite, umgearbeitete Auflage. G. Braunsche Hofdruckerei und Verlag, Karlsruhe 1916, Besonderer Teil, S. 18 f.

136) Gross, Reiner: Geschichte Sachsens. Dornier Medienholding GmbH, Berlin 2001, S. 241.

erforderlichen absoluten Mehrheit der Wählerstimmen im Wahlkreis bescherte der SPD aber dennoch aus dem Stand 25 Abgeordnete – eine Anzahl, die noch nie in der Zweiten Kammer der sächsischen Ständeversammlung erreicht worden war.

Wahlergebnisse und Mandate der Sozialdemokraten bei Wahlen zur Zweiten Kammer der Ständeversammlung in Sachsen

Jahr	Wahlrecht	SPD-Ergebnis (%)	SPD-Kammermitglieder	SPD-MdK (%)
1877	Zensuswahlrecht	11,90	1	1,30
1879	Zensuswahlrecht	17,60	3	3,80
1881	Zensuswahlrecht	6,70	4	5,00
1883	Zensuswahlrecht	16,20	4	5,00
1885	Zensuswahlrecht	23,20	5	6,30
1887	Zensuswahlrecht	20,50	5	6,30
1889	Zensuswahlrecht	26,80	7	8,80
1891	Zensuswahlrecht	33,60	11	13,80
1893	Zensuswahlrecht	31,70	14	17,10
1895	Zensuswahlrecht	32,40	14	17,10
1897	Dreiklassenwahlrecht		8	9,80
1899	Dreiklassenwahlrecht		4	4,90
1901	Dreiklassenwahlrecht		–	–
1903	Dreiklassenwahlrecht	47,7	–	–
1905	Dreiklassenwahlrecht	45,6	1	1,2
1907	Dreiklassenwahlrecht	43,8	1	1,2
1909	Pluralwahlrecht	53,80	25	27,50

Die Wahl im Jahre 1909 war die letzte Wahl zur Zweiten Kammer der sächsischen Ständeversammlung. Die dann auch in Sachsen einsetzende Burgfriedenspolitik verhinderte weitere Wahlen bis zum Ende des Königreichs. Im Zuge der Revolution von 1918 wurde auch in Sachsen die Monarchie beseitigt und das Zweikammersystem der alten Ständeversammlung durch das Einkammersystem einer Volkskammer beziehungsweise ab 1920 eines Landtages ersetzt. Für die Sozialdemokraten war dies eine Zeit, in der sich zum ersten Mal der tatsächliche Wählerwille in entsprechende Landtagsmandate umsetzen konnte. Die Sozialdemokraten waren nach der ersten Wahl im Jahr 1919 nun mit insgesamt 57 Abgeordneten vertreten. Es war aber auch die Zeit der Spaltung der Partei in die Mehrheitssozialdemokraten und in eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die USPD, sowie eine Zeit großer politischer Konflikte innerhalb der Arbeiterbewegung. Auf diese und weitere Zusammenhänge muss deshalb hier kurz eingegangen werden.

Es ist nicht Anliegen dieses Buches, die Geschichte der Sozialdemokraten jener Tage vollumfänglich in einer Gesamtsicht vorzulegen. Hier geht es nur um die Darstellung der wichtigsten Entwicklungen in der Partei, um die Wahlergebnisse besser verstehen zu können.

Obwohl die Sozialdemokraten den preußischen Militarismus des Kaiserreiches immer scharf kritisiert hatten und der bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges allgemein verbreiteten Kriegseuphorie nicht verfallen waren, stimmten 1914 die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einschließlich aller Bedenken-träger der Bewilligung von Kriegskrediten zu. Dies geschah vor allem, weil man Deutschland nach der Kriegserklärung des zaristischen Russland als angegriffen empfand, auf weitere innerstaatliche Demokratieversprechen setzte und eine nationale Begeisterung rasch um sich griff. Man denke exemplarisch etwa an die Kriegsbegeisterung von Thomas Mann. Gebietsannexionen als Kriegsziele lehnten die Sozialdemokraten aber, im Gegensatz zu den meisten Publizisten und Intellektuellen, weiterhin ab.

Im Frühjahr 1916 stimmte eine Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ohne vorherige Ankündigung gegen weitere Kriegskredite. Ihr Ausschluss aus der Fraktion und im Januar 1917 auch aus der Partei war die Folge. Als Reaktion darauf wurde aus jenem Kreis im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die USPD, gegründet. Die bisherige

SPD bezeichnete sich von da ab als Mehrheits-SPD (MSPD).

Die USPD war eine sehr heterogene Gruppierung. Zu ihr gehörten sogenannte Revisionisten und Reformer wie Eduard Bernstein oder Rudolf Breitscheid ebenso wie die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Das klassische Rechts-Links-Schema ist also ungeeignet, um die USPD zu charakterisieren. Ihr einigendes Band war eher die konsequente Ablehnung des Krieges und die Kritik an der damaligen Burgfriedenspolitik. Auch mit der MSPD gab es weiterhin Gemeinsamkeiten. So trat die USPD zum Beispiel 1919, anders als die KPD, die sich Ende 1918 gegründet hatte, ebenfalls für die Wahl einer Nationalversammlung ein. Im weiteren Verlauf der Zeit spaltete sich die USPD ihrerseits. Die Trennungslinie verlief entlang der Demokratiefrage. Die Partei teilte sich bei der Frage, ob man der Kommunistischen Internationale beitreten und die damit verbundenen Bedingungen, die als „Diktat Moskaus“ empfunden wurden, akzeptieren könne. Der linke Flügel der USPD bekannte sich nicht zur parlamentarischen Demokratie, sondern wollte ein Räte-System, eine Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Vorbild. Dieser Teil trat im Herbst 1920 der KPD bei und verhalf den Kommunisten dazu, eine Massenpartei zu werden. Wenn Jahrzehnte danach die DDR-Staatspartei SED die damalige USPD als eine in ihrem Sinne positive politische Kraft darstellte, so war damit stets dieser linke, später in der KPD aufgegangene Parteiflügel gemeint.

Der andere Teil der USPD wollte sich diesem „Moskauer Diktat“ nicht beugen und verstand sich als unterstützende Kraft der jungen Demokratie. Zu ihm gehörten auch drei Viertel der bisherigen USPD-Reichstagsfraktion. Dieser Teil der Partei bestand nach der USPD-Spaltung zunächst unter der Bezeichnung Rest-USPD weiter, bis er sich nach einem Prozess der Annäherung zunächst auf Fraktionsebene und im Herbst 1922 auch auf Parteiebene mit der MSPD wieder vereinigte. Beide Parteien sahen die Notwendigkeit des Schutzes der jungen Republik gegen Angriffe vor allem von rechts. Das Attentat auf Philipp Scheidemann und die Ermordung von Walther Rathenau hatten diese Gefahren unmissverständlich aufgezeigt. Ebenso klar war nun aber auch die Trennungslinie in der politischen Linken. SPD und KPD unterschieden sich nicht nur in der Haltung zur Weimarer Republik, sondern zur Demokratie überhaupt. Der von nun an entscheidende Gegensatz war jener zwischen Demokratie und Diktatur.¹³⁷

¹³⁷⁾ Vgl. Faulenbach, Bernd: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Verlag C.H. Beck, München 2012, S. 37.

In Sachsen waren die politischen Verhältnisse noch wesentlich komplizierter als im Rest der Republik. Die USPD hatte vor allem in Sachsen, aber auch in Thüringen viele Mitglieder und eine große Anhängerschaft. Das war das eine. Zum anderen aber waren hier auch große Teile der SPD dem linken Parteiflügel zuzurechnen, der sich später weiter radikalisierte. Sie befanden sich über viele Jahre in der Rolle einer innerparteilichen Opposition zur Gesamtpartei. Das galt in dieser Zeit in besonderem Maße für die Sozialdemokraten in Südwestsachsen.¹³⁸ Und diese Entwicklung führte in Sachsen zu einer zusätzlichen Schwächung und Spaltung der Sozialdemokratie.

Im sächsischen Landesverband der SPD bildete sich Anfang der 1920er-Jahre ein starker linker, marxistischer Flügel heraus, der auf Landesparteitagen dominierte. Dieser Flügel speiste sich aus mitgliederstarken früheren USPD-Teilen sowie aus Gliederungen, die von linksoppositionellen Sozialdemokraten wie Max Seydewitz oder Erich Zeigner geführt wurden. Letzteres galt mehrheitlich auch für den südwestsächsischen SPD-Bezirk Zwickau, Plauen, zu dem auch das Vogtland gehörte. Dieser SPD-Bezirk, der von Max Seydewitz als Vorsitzender geleitet wurde, überragte mit seiner Radikalität die anderen linken SPD-Bezirke Sachsens. Max Seydewitz, der 1931 aus der SPD ausgeschlossen wurde, ging später zu den Kommunisten.

Der Konflikt mit der Gesamtpartei drehte sich primär um Macht-, Koalitions-, aber auch um Demokratiefragen. Die von der SPD im Reichstag eingeschlagene Koalitions- und Tolerierungspolitik mit bürgerlichen Parteien lehnten die linken sächsischen Sozialdemokraten entschieden ab. Hier war man gegenüber den bürgerlichen Parteien zu keinen Kompromissen mehr bereit und präferierte nur noch eine Zusammenarbeit mit der KPD. Der linke Sozialdemokrat Erich Zeigner ließ sich dann im Krisenjahr 1923 mit Hilfe der KPD zum sächsischen Ministerpräsidenten wählen. Zeigner berief kurze Zeit später zwei Kommunisten in sein Kabinett für die Ressorts Wirtschaft und Finanzen, ungeachtet dessen, dass die KPD weiterhin eine Doppelstrategie verfocht. Sie sah sich nicht nur als parlamentarische Kraft, sondern steuerte zugleich mit konkreten Aktionen im Zusammenspiel mit der Sowjetunion auf einen „Roten Oktober“ in

¹³⁸) Vgl. Seidel, Mathias: Zehn Jahre Widerspruch. Max Seydewitz und die Zwickauer SPD 1921 bis 1931. Verlag Peter Lang GmbH – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1994, S. 52.

Deutschland, auf einen Sturz der deutschen Demokratie zu.¹³⁹ Diese Aktionen veranlassten schließlich die Reichsregierung unter Stresemann zur Entsendung von Militär nach Sachsen sowie zur Absetzung des Zeigner-Kabinetts. Beides – aus heutiger Sicht sicherlich unverhältnismäßige Reaktionen – wurde schließlich durch eine Verordnung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (sogenannte Reichsexekutive) legitimiert. Die näheren Ausführungen der Historiker Mike Schmeitzner und Andreas Wagner dazu in ihren Beiträgen über die sächsischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner, Max Heldt und Max Seydewitz im Buch „Von Macht und Ohnmacht“ sind sehr lesenswert und können deshalb als vertiefende Lektüre nur empfohlen werden.

Nach diesen Ereignissen kam es innerhalb des sächsischen SPD-Landesverbandes zum offenen Konflikt. Als im Januar 1927 unter dem Sozialdemokraten Max Heldt auch in Sachsen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zustande kam, forderte der SPD-Landesparteitag deren Auflösung und erneut Koalitionsverhandlungen mit der KPD. Da Max Heldt und die Mehrheit der Landtagsfraktion, insgesamt 23 Abgeordnete, dem nicht nachkamen, wurden sie später von der Landes-SPD aus der Partei ausgeschlossen. Im Juni 1926 gründeten sie die Alte Sozialistische Partei Sachsens (ASPS) – eine rechte sozialdemokratische Partei, die sich später republikweit zu etablieren versuchte, jedoch insgesamt bedeutungslos blieb. Max Heldt war bis Mitte 1929, also insgesamt fünfeinhalb Jahre, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Diese Spaltungen der SPD führten in Sachsen dazu, dass in den Jahren vier verschiedene sozialdemokratische Parteien bei Landtagswahlen antraten: Die USPD einerseits, die Rest-USPD, der linksoppositionelle SPD-Landesverband und die rechtssozialdemokratische ASPS. Nur so können die für uns heute merkwürdigen Landtagswahlergebnisse verstanden werden. Schauen wir nun aber auf die Ergebnisse selbst. Sie können der folgenden Tabelle entnommen werden.

¹³⁹) Vgl. Schmeitzner, Mike/Wagner, Andreas: Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Sax-Verlag, 2006, S. 158.

Jahr	Wahlrecht	soz.-dem. Stimmen (Prozent)	soz.-dem. Mandate (absolut)
1919	Verhältniswahlrecht	41,6 (M)	42
		16,3 (U)	15
		57,9 (gesamt)	57 (gesamt)
1920	Verhältniswahlrecht	28,3 (M)	27
		13,9 (UR)	13
		42,2 (gesamt)	40 (gesamt)
1922	Verhältniswahlrecht	41,8	40
1926	Verhältniswahlrecht	32,1 (M)	31
		4,2 (AS)	4
		36,3 (gesamt)	35 (gesamt)
1929	Verhältniswahlrecht	34,2 (M)	33
		1,5 (AS)	2
		35,7 (gesamt)	35 (gesamt)
1930	Verhältniswahlrecht	33,4 (M)	32
		0,7 (AS)	–
		34,1 (gesamt)	32 (gesamt)
1933	Keine Wahl, Zuweisung der Mandate durch Ländergleich- schaltungsgesetz		(22)
1946	Verhältniswahlrecht		(SED: 59) dar. 25 ehem. SPD
1950	Einheitsliste SED/DFD		(27) dar. 5 ehem. SPD

(M): MSPD

(U): USPD

(UR): Rest-USPD

(AS): ASPS

Welche der gewählten Sozialdemokraten hatten aber nun Bezugspunkte zum Vogtland? Es waren einige, obwohl das Vogtland auch in der Weimarer Republik kaum als eine sozialdemokratische Hochburg bezeichnet werden konnte. Die Landtagsabgeordneten mit einem vogtländischen Bezug werden in der folgenden Tabelle aufgeführt. Abermals sind dabei nicht die gesamten Biografien, sondern im Wesentlichen nur die das Vogtland betreffenden Lebensstationen im Blick.

Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete ab 1919 mit Bezug zum Vogtland¹⁴⁰

Name	Parlament	Bezug
OTTO FREYTAG	LT Sachsen 1877–1883	Otto Freytag war der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in Sachsen und der zweite in Deutschland überhaupt. Freytag wurde 1835 in Plauen geboren. In Adorf war er von April 1863 bis Dezember 1865 Bürgermeister.
ROBERT KARL MÜLLER	LT Sachsen 1909–1920	Müller wurde 1868 in Lengenfeld geboren. Seine Hauptwirkungsstätte war Zwickau.
MAX WINKLER	LT Sachsen 1909–1926	Max Winkler war von 1906 bis 1909 Gauleiter des Textilarbeiterverbandes für das Vogtland mit Sitz in Reichenbach. 1905 wurde er Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Reichenbach. Von 1906 bis 1907 war Winkler Vorsitzender des Aufsichtsrats des Konsumvereins Reichenbach. Max Winkler war von 1922 bis 1926 Landtagspräsident in Sachsen.

¹⁴⁰) Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Droste Verlag Düsseldorf, Band 7, 1995.

HUGO DRESSEL	LT Sachsen 1919–1920	Hugo Dressel war von 1905 bis 1920 Gauleiter des Textilarbeiterverbandes in Reichenbach und seit 1912 in Plauen. Dort war er von 1916 bis 1920 auch Stadtverordneter.
HERMANN BAUER	LT Sachsen 1919–1920	Hermann Bauer war Lagerhalter und Filialleiter im Konsumverein Plauen. Er war auch Stadtverordneter in Plauen.
EMIL FIEDLER	LT Sachsen 1919–1920	Von 1920 bis 1929 war Emil Fiedler Gewerkschaftssekretär des ADGB-Ortsausschusses Plauen.
ALBRECHT BÜHRING	LT Sachsen 1919–1922	Albrecht Bühring wurde am 4. April 1868 in Treuen geboren. Er war dort von November 1918 bis Mai 1922 unbesoldeter Stadtrat. Er ist am 19. Februar 1922 in Treuen gestorben
ALBAN BRETSCHNEIDER	LT Reuß 1919–1920 LT Thüringen 1920–1924	Alban Bretschneider wurde am 19. August 1868 in Rodewisch geboren.
KARL SCHNIRCH	LT Sachsen 1920–1926	Karl Schnirch war von 1903 bis 1913 Geschäftsführer des Maurer- und Bauarbeiterverbandes Plauen. Von 1910 bis 1912 war er Vorsitzender der SPD Plauen und der SPD-Organisation im 23. Reichstagswahlkreis. 1914 wurde Schnirch Vorsitzender des Konsumvereins und Stadtverordneter in Plauen. 1918 war er Mitglied der USPD.
OTTO SCHURIG	LT Sachsen 1920–1926	Otto Schurig war von 1920 bis 1928 Lehrer in Plauen.

KARL KAUTSCH	LT Sachsen 1922–1933	Karl Kautsch wurde 1887 in Lengenfeld geboren. Er war Vorsitzender des SPD-Unterbezirkes Zwickau in den 1920er-Jahren. Kautsch gründete zusammen mit Richard Hentsch am 27. Juli 1945 den SPD-Bezirksverband Zwickau-Plauen wieder und wurde Vorsitzender. Karl Kautsch war Vereinigungsskeptiker und wurde später aus der SED wegen „Antibolschewismus“ ausgeschlossen.
ERWIN HARTSCH	LT Sachsen 1926–1932 RT 1932–1933	Erwin Hartsch wurde 1890 in Jugelsburg (AHS Plauen) geboren. Von 1910 bis 1914 war er Lehrer in Mylau und Falkenstein. Hartsch war abermals von 1919 bis 1933 Volksschullehrer in Mylau. Dort wurde er Stadtverordneter und stellvertretender Bürgermeister. Er war auch Mitglied des Bezirkstages der AHS Plauen. Hartsch war Mitbegründer der freien Lehrergewerkschaft Sachsen. In der NS-Zeit war Erwin Hartsch in KZ-Haft. Nach 1945 wurde er Mitglied der SED und war Schulleiter in Mylau, dann Gewerbe- und Kreisschulrat in Plauen. Von 1946 bis 1948 war er Minister für Volksbildung in Sachsen.
ALFRED NEU	LT Sachsen 1926–1933	Alfred Neu wurde 1871 in Reichenbach geboren. (Neu war Rechtsanwalt in Leipzig und von 1922 bis 1933 dort Landgerichtsdirektor. 1923 war er für vier Monate Justizminister in Sachsen. Nach 1945 war er SED-Mitglied und Stadtverordneter in Leipzig. Von 1945 bis 1951 war er Landgerichtspräsident in Leipzig.)
EUGEN FRITSCH	LT Sachsen 1933	Eugen Fritsch war von 1919 bis 1933 Redakteur der Plauener Volkszeitung. Von 1921 bis 1933 war er Stadtverordneter in Plauen und Fraktionsvorsitzender. 1927 wurde Fritsch Vorsitzender der SPD Plauen sowie Gauvorsteher des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Eugen Fritsch wurde im KZ Hohenstein ermordet.

Von diesen 14 mit dem Vogtland verbundenen Sozialdemokraten ist uns leider nur noch der Name Eugen Fritsch wirklich bekannt. Es ist aber an der Zeit, die ideologisch eingeschränkte Erinnerungskultur aus DDR-Tagen abzulegen und uns wieder die gesamte Geschichte der Sozialdemokraten im Vogtland zu eigen zu machen.

Die Demokratie wird abgewählt

Die Zeit des Übergangs von der Weimarer Republik bis zum Ende der Nazi-Diktatur ist im Vogtland, aber vor allem in Plauen, noch immer ein eher tabuisierter Bereich. Nach dem Ende der DDR sind die Lücken und weißen Flecke in der lokalen Aufarbeitung der Nazi-Zeit eher einseitig und nur ansatzweise gefüllt worden. Dabei waren und sind die Defizite der Aufarbeitung bei uns bis 1989 unübersehbar. Zwar war der Faschismus in der DDR unmissverständlich geächtet. Die verordnete Erinnerungsarbeit über die NS-Zeit war aber ideologisch verformt. Der Faschismus wurde als ein Produkt der Imperialisten, vor allem beheimatet in der feindlichen Bundesrepublik, verklärt und nicht als Ergebnis des Versagens von Mitmenschen gesehen. Die regionale, heimatliche, ja nachbarschaftliche Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit, wie sie im Westen durch die sogenannte 68er-Bewegung forciert wurde, blieb bis zum Ende der DDR-Zeit weitestgehend tabu.

Auch in der Zeit danach war und ist die lokale Erinnerungsarbeit durch eine Unwucht geprägt. So wurde etwa der Zerstörung Plauens im alliierten Bombenhagel mit großem, auch städtischem Aufwand gedacht, während die Erinnerung an die unmittelbaren Opfer der Nazis relativ bescheiden ausfällt und meist auf die Initiative engagierter Einzelpersonen zurückgeht. Löst man sich von der Opferseite und schaut man danach, was in den vergangenen 25 Jahren zur kritischen Aufarbeitung der heimatlichen Täterseite geschah, so ist die Bilanz noch dünner. Der neue Videofilm „Plauen unterm Hakenkreuz“ der Peter Filmproduktion, das Buch „Der Fall Mutschmann“ von Mike Schmeitzner, aber auch Reglindis Raucas Buch „Vuchelbeerbaamland“ sind ermutigende Beispiele, wie eine solche Aufarbeitung gelingen kann. Wir brauchen aber zur Deckung der bestehenden Defizite mehr davon. Gerade im Blick auf das Fortbestehen von alter und neuer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Köpfen vieler ist eine solche selbstkritische Prioritätensetzung bei der lokalen Aufarbeitung der Nazi-Zeit vonnöten.

Eine Voraussetzung für diese auch schmerzliche Auseinandersetzung ist es, klar und unmissverständlich zu sagen, was damals tatsächlich geschehen ist. Allzu oft lesen wir von der sogenannten Machtergreifung der Nazis im Jahre 1933, die

angeblich den Beginn der in unserer Geschichte singulären zwölfjährigen Barbarei markierte. Tatsächlich haben sich die Nazis in der Weimarer Republik aber nicht an die Regierung geputzt, sondern sind von den Deutschen in freien Wahlen immer weiter gestärkt und schließlich an die Schalthebel der Macht und des Staates gestellt worden. Das deutsche Volk hat sich Anfang der 1930er Jahre selbst von der Demokratie abgewandt und für eine Diktatur entschieden. Es hat die Demokratie schlicht und einfach abgewählt. Und all dies geschah im Vogtland noch früher und noch intensiver als anderswo. Denn unsere Region, insbesondere die Stadt Plauen, war eine Hochburg der Nazis. Gerade Plauen war mit seiner frühen NSDAP-Ortsgruppe ab 1922, mit der hier verorteten Gauleitung und mit der Gründung der Hitlerjugend ein organisatorisches Sprungbrett der Nazis. Von hier aus vollzog sich dann der Siegeszug der NSDAP über ganz Sachsen.

Die Gründe und Ursachen für dieses politische Versagen der Menschen im damaligen Vogtland waren vielfältig. Diese Gründe können das Versagen nur erklären. Rechtfertigen können sie es nicht. Auf zwei der wichtigsten Ursachenkomplexe soll hier in aller gebotenen Kürze eingegangen werden.

Der erste Ursachenkomplex ist unzweifelhaft in der wirtschaftlichen Krise der vogtländischen Stickerei- und Spitzenindustrie jener Tage zu suchen. Schon seit 1912, also vor dem Ersten Weltkrieg, hatte die Region unter einer schweren und anhaltenden Absatz- und Strukturkrise der heimischen Textilindustrie zu leiden. Die Stickerei- und Spitzenindustrie des Vogtlandes war der Natur der Sache nach vom individuellen Konsum der Menschen abhängig und darüber hinaus in höchstem Maße international verflochten. Das betraf die Beschaffung der erforderlichen Materialien, aber noch viel mehr den Absatz der heimischen Produkte auf den vorwiegend ausländischen Märkten. Aus diesem Grund hatten nicht nur modische Veränderungen, sondern auch politische oder wirtschaftliche Instabilitäten auf den internationalen Märkten unmittelbare Auswirkungen auf die hiesige Textilwirtschaft.

1912 ging die ausländische Nachfrage nach Stickerei- und Spitzenwaren massiv zurück. Dieser Rückgang traf im Vogtland eine mit aufgeblähtem und überaltertem Maschinenbestand agierende Wirtschaft. Beides wuchs sich schnell zu einer veritablen Strukturkrise der heimischen Textilindustrie aus, die schon vor dem Kriegsausbruch schmerzliche Anpassungen erzwang.¹⁴¹ Die ökonomischen

Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, der auch in Plauen anfangs mit Jubel begrüßt worden war, kamen dann noch krisenverschärfend hinzu. Aus bisherigen Handelspartnern wurden nun Gegner und Feinde. Die Blockade des Auslands, aber auch die deutschen Ein- und Ausfuhrverbote waren für das Vogtland besonders hart. Die heimische Stickerei- und Spitzenindustrie wurde von den wichtigsten Beschaffungs- und Absatzmärkten abgeschnitten. Das konnte auch durch vereinzelte Umstellungen auf Rüstungsproduktion nicht kompensiert werden. Die Stickereiindustrie des Vogtlandes schrumpfte unter dieser Kriegslähmung im Eilverfahren. Zum Kriegsende waren im Bereich der Handelskammer Plauen über 4000 Stickmaschinen, vor allem Handmaschinen und kurze Schiffchenmaschinen bis 4,5 Meter Breite, verschrottet worden. Das war im Vergleich zum Vorkriegsbestand ein Rückgang an Stickmaschinen um fast 27 Prozent. Auch die Bevölkerungszahl Plauens hatte sich durch den Krieg um fast ein Viertel verringert.¹⁴²

Auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war dieser Niedergang des industriellen Rückgrats der Region nicht beendet. Die Anpassungskrise der Stickerei- und Spitzenindustrie setzte sich fort und prägte die gesamte Zeit der Weimarer Republik. Die Weltwirtschaftskrise und die Hyperinflation 1923 verschärften die ökonomische und soziale Lage in für uns heute unvorstellbaren Dimensionen. Mit einer Arbeitslosenquote von zeitweilig über 50 Prozent litten die Menschen in Plauen an Not, Hunger und Elend wie in keiner zweiten Großstadt in Deutschland. Im restlichen Vogtland sah die Lage kaum anders aus. Der Bestand an Stickmaschinen wurde hier bis 1928 noch einmal halbiert. Im Herbst 1931 entschied sich Großbritannien in Folge der internationalen Finanzkrise zur Aufhebung der Golddeckung beim englischen Pfund, was eine erhebliche Abwertung dieser Leitwährung zur Folge hatte. Das verursachte bei den laufenden Geschäften der vogtländischen Stickerei- und Spitzenindustrie zunächst massive Abwertungsverluste in ihrem wichtigsten Exportmarkt. Wegen dieser faktischen Verteuerung brach das Exportgeschäft in dem auf das englische Pfund orientierten Wirtschaftsraum fast völlig zusammen. Ein großes zusätzliches Firmensterben, das selbst vor Plauener Traditionsbetrieben nicht haltmachte, war

141) Vgl. Erhardt, Willy: Das Glück auf der Nadelspitze. Vom Schicksalsweg der vogtländischen Stickereiindustrie. Vogtland-Verlag, Plauen 1995, S. 151.

142) A. a. O.: S. 157 u. 158.

die unmittelbare Folge. Eine Häufung von Selbstmorden unter Plauener Fabrikanten, eine Konkurswelle, die auch die Lohnsticker mit in den Strudel zog, und ein sich in der vogtländischen Industrie epidemisch verbreitender Pessimismus waren prägend für die damalige Lage Anfang der 1930er-Jahre.¹⁴³ Dieses verhängnisvolle wirtschaftliche und soziale Konglomerat war unzweifelhaft auch ein Nährboden für die politische Radikalisierung im südwestlichen Sachsen in den 1920er- und 1930er-Jahren der Weimarer Republik.

Doch wirtschaftlicher Niedergang, Arbeitslosigkeit und Armut allein sind als Erklärung für den früheren und lauterer Ruf der Vogtländer nach dem nationalsozialistischen Diktator unzureichend. Denn solche wirtschaftliche und soziale Not hat es damals auch anderswo in Deutschland gegeben, ohne dass die dortige Bevölkerung in einem solchen Ausmaß den Nazis hinterherlief. Der zweite Ursachenkomplex, auf den deshalb hier kurz geschaut wird, ist die besondere sozioökonomische Situation im Vogtland. Sie hat die Menschen stärker als andernorts anfällig gemacht für die populistischen und zugleich menschenverachtenden Parolen des Rechtsextremismus.

Der Politikwissenschaftler Franz Walter hat in einem Artikel¹⁴⁴ auf die damals in Sachsen sehr verschiedenen sozioökonomischen Verhältnisse hingewiesen und deren Folgen für die Organisationskraft der SPD aufgezeigt. So war beispielsweise die Arbeitswelt im Leipziger Raum schon in der Zeit des Kaiserreiches durch industrielle Produktion in Fabriken geprägt. Hier konnte die Sozialdemokratie neben der Partei feste Netze an Arbeiterfreizeitvereinen schaffen, die für viele Arbeiter den kulturellen Mittelpunkt im Alltag und *„ein Scharnier zwischen der Lebenswelt proletarischer Familien und den sozialistischen Parteiorganisationen bildeten.“*¹⁴⁵ Eine solche sozialdemokratische Sozialisation machte es rechts- wie linksextremistischem Gedankengut schwerer, sich in der Arbeiterschaft festzusetzen und auszubreiten.

In Südwestsachsen lagen die Dinge aber anders. Hier war in großen Teilen auch die Haus- und Heimindustrie prägend. *„Die Bezugspunkte der Heimarbeiter waren die Familie und die Wohnung, nicht die Berufskollegen, nicht die sozialistischen Freizeitvereine, nicht das Volkshaus. Und so war das sozialistische Lager in*

143) A. a. O.: S. 182 u. 183.

144) Walter, Franz/Butzlaff, Felix: Mythen, Ikonen, Märtyrer. Vorwärts Buch, Berlin 2013.

145) A. a. O.: S. 114.

*den Heimarbeiterregionen zwar schon zu Zeiten des Kaiserreiches herausragende Wählerhochburg geworden, die aber im Unterschied zu anderen Industriegebieten nicht Teil eines fest zusammengefügtten, weit ausgeworfenen Organisationsnetzes war.*¹⁴⁶ Die SPD war hier nicht proletarische Lebenswelt, sondern nur Wählerbewegung und Hoffnungsträger der Arbeiterschaft, soweit im Land wieder Wahlen anstanden. Wegen dieser geringeren Bindungskraft der SPD und wegen des Fehlens eines breiten sozialdemokratischen Milieus hatten hier extremistische und antidemokratische Strömungen in der Arbeiterschaft ein leichteres Spiel.

Diese von Franz Walter aufgezeigte sozioökonomische Mechanik ist plausibel und gilt in besonderem Maße auch für die damaligen Arbeiter im Vogtland. Denn die Stickerei- und Spitzenindustrie dieser Region war in den Worten des profunden Kenners und Chronisten der damaligen Ereignisse, Willy Erhardt, eine Industrie des Hinterhauses.¹⁴⁷ Erhardt schreibt, der Herzschlag dieser Industrie habe nicht in großen Fabriken, sondern in den vielen Hinterhäusern der Stadt Plauen und darüber hinaus pulsiert. *„Der größte Teil der Lohnmaschinenbesitzer existierte in dieser Weise mit ein paar Maschinen, in der Auftragserteilung von den Fabrikanten abhängig, im übrigen aber selbständig. Sie bildeten das Rückgrat der Industrie. Sie beschränkten sich aber nicht auf den Bereich der Stadt Plauen. Von Anfang an war diese Industrie im ganzen Vogtland und in den angrenzenden Gebieten beheimatet.“*¹⁴⁸ Die Stickerei- und Spitzenindustrie des Vogtlandes bestand somit aus einer Vielzahl miteinander verflochtener Einzelleistungen, die in Fabrik-, Lohn- oder Hausbetrieben organisiert waren und zumeist in Plauen zusammenliefen. Dieses Geflecht an isolierten und zum Teil konkurrierenden Arbeitsbeziehungen barg zum einen starke Interessengegensätze. Das erschwerte eine Solidarisierung der Arbeiter beziehungsweise der Produzenten in der Stickerei- und Spitzenindustrie zusätzlich. Zum anderen ging die Krisenprävention in einer solchen verflochtenen regionalen Wirtschaftsstruktur gegen null. Hier musste im Ernstfall jeder Heim- und Hausproduzent selber sehen, wo er blieb. Und politisch ging die Grundorientierung dieser Produzenten in der

146) Ebenda.

147) Erhardt, Willy: Das Glück auf der Nadelspitze. Vom Schicksalsweg der vogtländischen Stickereiindustrie. Vogtland Verlag, Plauen 1995, S. 119.

148) Ebenda.

sich verschärfenden Krise eher auf die rechte als auf die linke Seite des Parteienspektrums.

Und noch eine sozioökonomische Besonderheit kam in Plauen hinzu. Anfang des 20. Jahrhunderts kam es hier zu offenen Auseinandersetzungen mit den als „Ramschern“ bezeichneten Partiewarenhändlern. Sie kauften qualitativ minderwertige Ware der Lohnsticker, die von den etablierten Fabrikanten abgewiesen worden war, auf und vermarkteten sie zu Niedrigpreisen. So entstand eine Billigkonkurrenz direkt vor der Haustür, die vom Fabrikantenverein mit aller Entschlossenheit bekämpft wurde. Da viele der Partiewarenhändler Einwanderer aus Polen und Galizien jüdischen Glaubens waren, fand der latente Antisemitismus in Plauen und Umgebung viele Anhänger und Unterstützer. Ein erster Pogrom, maßgeblich vom späteren NSDAP-Gauleiter Martin Mutschmann organisiert, datierte in Plauen bereits auf Anfang August 1914.

Plauen, diese überstürzt gewachsene Metropole, war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Willy Erhardt eine „Emporkömmlingsstadt“. Sie verfügte über keine in vielen Generationen gewachsene kulturelle Patina. Man musste sich hier, um Erfolg zu haben, nicht wie in anderen Großstädten von vielen Bindungen und Rücksichten beengt fühlen.¹⁴⁹ Diese von Erhardt konstatierte Kulturlosigkeit sollte sich aber am Ende der Weimarer Republik noch bitter rächen und katastrophale politische Folgen haben.

Verlassen wir nun den Blick auf die beiden Ursachenkomplexe und schauen zurück auf die SPD. Natürlich waren die Sozialdemokraten damals keine Täter. Sie standen klar und eindeutig, wie die Kommunisten auch, auf der Opferseite des nationalsozialistischen Terrors. Die SPD, die als einzige der noch verbliebenen Fraktionen¹⁵⁰ im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, konnte 1933 zwar nicht den Bestand, aber wenigstens die Ehre der jungen Demokratie retten. Dennoch dürfen politische Fehlentwicklungen auch innerhalb der SPD jener Zeit nicht ausgeblendet werden. Denn die Radikalisierung war nicht nur ein Phänomen der politischen Ränder. Auch die bereits im vorigen Kapitel kurz beschriebene Orientierung des SPD-Bezirktes Zwickau unter Max Seydewitz nach links außen muss in diesem Zusammenhang kritisch gesehen werden.

149) A. a. O.: S. 121.

150) Die Abgeordneten der KPD-Fraktion konnten verfolgungsbedingt an der Parlamentssitzung nicht mehr teilnehmen.

Der Politikwissenschaftler Franz Walter schreibt über diesen politischen Kurs, der sich nicht nur, aber vor allem im SPD-Bezirk Zwickau verfestigte: „Die sächsischen Sozialdemokraten genossen und kultivierten ihre linke Außenseiterrolle, die sie in den Weimarer Jahren in der SPD, vor allem auf den zentralen Parteitagten spielten. Unablässig polemisierten sie gegen die Koalitionspolitik und den Reformismus der Berliner Parteiführung. Sie selbst sahen sich als Hüter der radikalen Traditionen und traten als Verfechter einer kompromisslosen Oppositions- und Agitationspolitik gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft auf. Koalieren mit den Parteien des Bürgertums bedeutete für sie Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und an den Prinzipien des Sozialismus.“¹⁵¹ Zugleich radikalisierte sich auch das heterogene bürgerliche Lager in Sachsen immer weiter und verschob sich selbst nach rechts. Es fehlte im Bürgertum auch, nicht zuletzt wegen der überwiegend evangelischen Prägung in Sachsen, an einer starken Partei des Zentrums. Ein republikanisches Bündnis, getragen von der SPD und bürgerlichen Parteien, war so kaum realisierbar. Selbst 1929, als die NSDAP bei den Landtagswahlen in Sachsen deutlich zulegte, änderte sich der radikale Kurs der SPD im Bezirk Zwickau nicht. Der Historiker Mathias Seidel schreibt dazu: „Das Wahlergebnis führte in der südwestsächsischen SPD nicht zur Übernahme der in den gemäßigten Parteikreisen bestehenden Auffassung, daß die Sozialdemokratie in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für das republikanische Staatswesen ein Mindestmaß an Kompromißbereitschaft gegenüber den bürgerlichen Parteien zeigen muß, um den Aufschwung des Faschismus einzudämmen. Vielmehr fesselte sich die südwestsächsische Partei an den Klassenkampf als Abwehrmittel, das heißt, die SPD sollte sich ohne Rücksicht auf mögliche Folgen in der Reichspolitik auf eine reine Oppositionspolitik beschränken, die zu verhindern hatte, daß weitere Protestwähler zu den radikalen Parteien (vor allem zur NSDAP) wechseln. Daß dies eine parlamentarische Isolation der Sozialdemokratie zur Folge haben mußte, war für die Zwickauer Linke unter Seydewitz kein Argument.“¹⁵²

Auch die später gerade in der DDR-Geschichtsschreibung vertretene These eines damals möglichen, aber fehlenden Schulterschlusses zwischen SPD und KPD gegen die Nazis trägt bei näherer Betrachtung nicht. Diese These hatte

151) Walter, Franz/Butzlaff, Felix: Mythen, Ikonen, Märtyrer. Vorwärts Buch, Berlin 2013, S. 112.

152) Seidel, Mathias: Zehn Jahre Widerspruch. Max Seydewitz und die Zwickauer SPD 1921 bis 1931. Verlag Peter Lang GmbH – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1994, S. 170.

mehr damit zu tun, den Sozialdemokraten die Verantwortung für eine angeblich verpasste letzte Chance zur Verhinderung des Faschismus in Deutschland zuzuschieben und zugleich vom Versagen der KPD-Parteiführung in der Endphase der Weimarer Republik abzulenken. Tatsächlich war vom Ende der 1920er-Jahre bis ins Jahr 1935 die aus Moskau verordnete Sozialfaschismusthese verbindliche und prägende Linie innerhalb der KPD. Nach dieser These waren die Sozialdemokraten und die Freien Gewerkschaften nichts anderes als der linke Flügel des Faschismus und in Deutschland vorrangig zu bekämpfen. Dies allein war damals eine unüberwindbare Hürde für eine antifaschistische Einheitsfront von SPD und KPD. Mindestens genauso problematisch war die politische Grundausrichtung der damaligen stalinistisch geprägten kommunistischen Partei, denn sie stand für eine Verteidigung der Demokratie von Weimar gerade nicht zur Verfügung. Die KPD wollte ein „Sowjet-Deutschland“, eine kommunistische Parteiendiktatur nach russischem Vorbild. Die parlamentarische Demokratie und die Weimarer Republik gegen die Nazis zu verteidigen – da war die SPD damals ziemlich alleine.

Im Folgenden sollen die Verschiebungen der politischen Stimmungen und Orientierungen im Vogtland aus der politischen Mitte an die Ränder und das Erstarken der Nazis genauer betrachtet werden. Dazu blicken wir auf die Reichstagswahlergebnisse der Weimarer Republik, trennen sie nach den wichtigsten Parteien und bilden als Referenzgröße die Ergebnisse in Deutschland und in Sachsen ab. Markante Entwicklungen sind jeweils grau hervorgehoben.

Ergebnisse Reichstagswahlen im Vogtland in der Weimarer Republik¹⁵³

SPD									
	1919	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II	1933
D	37,86	21,70	20,52	26,02	29,76	24,53	21,58	20,44	18,25
SN	45,97	24,19	30,79	35,17	36,57	32,42	28,41	27,60	26,25
Plauen	38,63	7,84	20,78	25,37	24,22	18,37	15,84	15,90	15,35
Reichb		38,03	28,87	36,76	37,89	33,80	28,48	28,19	28,36
Ahs A		16,65	26,06	28,69	30,38	19,67	10,60	11,05	11,56
Ahs Oe		7,51	13,64	17,66	19,31	16,16	12,19	12,68	12,10
Ahs P		27,13	29,17	33,23	35,38	27,65	14,92	16,12	17,13

USPD									
	1919	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II	1933
D	7,62	17,90	0,80	0,33	0,07	0,03			
SN	14,14	25,34	0,73	0,43	0,11	0,02			
Plauen	17,93	38,53		25,37					
Reichb		16,69		0,20					
Ahs A		35,25		0,36					
Ahs Oe		28,23		0,32					
Ahs P		23,94		0,25					

¹⁵³) Eigene Berechnungen nach Wahlergebnissen aus:

(http://gonschior.de/weimar/php/ausgabe_gebiet.php?gebiet=2778, abgerufen am 16.02.2014).

KPD									
	1919	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II	1933
D		2,09	12,61	8,94	10,62	13,13	14,56	16,86	12,32
SN		4,38	14,40	11,06	13,96	15,90	17,40	19,63	16,49
Plauen		3,71	15,45	11,36	17,07	23,57	21,55	21,20	18,69
Reichb		3,76	16,32	11,28	12,50	14,79	15,02	16,62	13,31
Ahs A		2,91	14,57	12,48	14,32	22,30	19,12	21,19	17,57
Ahs Oe		7,42	19,79	18,44	17,90	21,66	18,42	21,42	16,79
Ahs P		1,99	10,40	7,57	7,65	14,37	13,90	15,79	14,41

NSDAP									
	1919	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I	1932 II	1933
D			6,55	3,00	2,63	18,33	37,36	33,09	43,91
SN			6,55	2,54	2,72	18,34	41,31	36,63	44,96
Plauen					13,04	33,40	50,71	49,77	56,28
Reichb					3,10	17,92	38,74	34,88	44,06
Ahs A					2,01	26,42	57,95	54,77	61,65
Ahs Oe					10,36	33,29	57,48	54,85	62,91
Ahs P					9,19	29,88	56,22	53,88	60,66

Ahs A: *Amtshauptmannschaft Auerbach* mit Auerbach, Falkenstein, Lengenfeld, Treuen, Klingenthal
Ahs Oe: *Amtshauptmannschaft Oelsnitz* mit Oelsnitz, Markneukirchen, Adorf, Schöneck, Bad Elster
Ahs P: *Amtshauptmannschaft Plauen* mit Elsterberg, Mylau, Netzschkau, Pausa

Zunächst fällt der Blick noch einmal auf die Spaltung der Sozialdemokratie in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen von 1920 lag die USPD deutschlandweit mit 17,9 Prozent nur knapp vier Prozentpunkte

hinter der MSPD. In Sachsen, einer der Hochburgen der USPD, hatten sich die Kräfteverhältnisse sogar umgekehrt. Hier lag die USPD mit mehr als einem Prozentpunkt Vorsprung (25,34 Prozent) sogar vorn. Und im Vogtland waren die Unabhängigen noch wesentlich stärker. Hier, wie in Sachsen auch, war die USPD schon bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 eine wichtige politische Größe. Im Jahr 1920 erreichte die USPD in Plauen und in der Amtshauptmannschaft Oelsnitz sogar Werte von mehr als 38 beziehungsweise 35 Prozent. Nur in Reichenbach blieb die MSPD 1920 die klar dominierende Kraft. Die Unabhängigen erreichten hier noch nicht einmal 17 Prozent und lagen damit unter dem deutschlandweiten Ergebnis. Bereits hier, am Beginn der 1920er-Jahre, deutete sich der stärker nach links außen gehende politische Trend im Vogtland an, der nur durch die in Reichenbach offensichtlich stärker traditionell verwurzelte Sozialdemokratie gebrochen werden konnte.

Beim Längsblick über die SPD-Ergebnisse fallen interessante Unterschiede ins Auge. Die Wahlergebnisse der SPD gingen deutschlandweit ab 1928 kontinuierlich zurück. Zum Schluss, bei der letzten schon massiv vom Nazi-Terror gekennzeichneten Reichstagswahl im Frühjahr 1933, erhielt sie insgesamt nur noch 18,25 Prozent aller Wählerstimmen. Die Sozialdemokraten in Sachsen konnten sich diesem Abwärtstrend zwar nicht entziehen, lagen aber mit ihren Wahlergebnissen stets deutlich über dem republikweiten Resultat. Im Frühjahr 1933 bekam die SPD in Sachsen immerhin noch 26,25 Prozent aller abgegebenen Wählerstimmen, sie lag also 8 Prozentpunkte über dem deutschlandweiten Ergebnis. Im Vogtland folgte diesem sächsischen Trend abermals nur die Stadt Reichenbach. Hier lag das SPD-Ergebnis sogar noch mehr als zwei Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Man kann deshalb im vogtländischen Gebiet wohl ausschließlich für die Stadt Reichenbach behaupten, dass es hier eine gefestigte sozialdemokratische Wählerschaft gab. Geradezu katastrophal waren für die SPD der Trend und die Ergebnisse in der Stadt Plauen und in den Amtshauptmannschaften Plauen, Auerbach und Oelsnitz. Hier rutschte das Ergebnis der Sozialdemokraten nach 1928 schnell und massiv in den Keller. Es lag bei der letzten Reichstagswahl im Frühjahr 1933 in diesen Wahlgebieten nur noch zwischen elf und 17 Prozent.

Ein genau dazu gegenläufiger Trend kann beim Blick auf die Wahlergebnisse der KPD und der NSDAP festgestellt werden. Bei der KPD stiegen die Wahler-

gebnisse ab 1928 im Vogtland, in Sachsen und republikweit an. Die KPD erreichte dabei in Sachsen Ergebnisse, die über dem Republikdurchschnitt lagen, und die Wähler im Vogtland gingen noch über die sächsischen Ergebnisse hinaus. In der Stadt Plauen und in der Amtshauptmannschaft Oelsnitz erhielt die KPD ab 1930 regelmäßig höhere Ergebnisse als die Sozialdemokraten. In der Amtshauptmannschaft Auerbach war dies ab den ersten Reichstagswahlen 1932 der Fall. Nur in Reichenbach blieben die Ergebnisse der KPD wiederholt hinter denen der SPD zurück.

Erdrückend ist das Bild der Wahlergebnisse der NSDAP. Die Nazi-Hochburg Vogtland ist an den Zahlen klar erkennbar. In Plauen, wo die NSDAP bei den Kommunalwahlen 1926 schon zweitstärkste Kraft geworden war, erreichte sie bei den Reichstagswahlen 1928 mit 13,04 Prozent schon ein zweistelliges Ergebnis. Zu diesem Zeitpunkt kam die Nazi-Partei deutschlandweit gerade einmal auf 2,63 und in Sachsen auf 2,72 Prozent. Auch die Amtshauptmannschaften Oelsnitz und Plauen waren solche Gebiete des frühen faschistischen Durchmarschs. Ab 1932 kamen die Nazis im Vogtland bei Reichstagswahlen fast immer über die 50-Prozent-Marke. Im Frühjahr 1933 votierten sogar über 60 Prozent aller Wählerinnen und Wähler in den vogtländischen Amtshauptmannschaften für die Hitler-Partei. Verlangsamt, aber nicht aufgehalten wurde dieser negative Trend lediglich in Reichenbach. Hier erhielten die Nazis aber letztlich auch so viel Unterstützung, wie sie in Sachsen und republikweit erhalten hatten.

Das Vogtland und nicht zuletzt die Stadt Plauen waren Wegbereiter für die braune Flut, die ab 1933 die Demokratie beseitigte, um Deutschland und die Welt in ein bis dahin undenkbares Desaster zu stürzen. Mit Jubel und Verückung empfingen die Vogtländer Hitler, Goebbels und Himmler auf dem Plauer Altmarkt zum Gautag der NSDAP im Jahre 1930¹⁵⁴. Am 15. März 1933 richtete der neue amtierende Nazi-Oberbürgermeister Plaueus, Eugen Wörner, an den schon zum Ehrenbürger der Stadt ernannten Reichskanzler Adolf Hitler einen dankbaren Brief. Wörner schrieb anlässlich der Umbenennung des Plauer Stadtparkes in „Hitlerpark“ Folgendes: *„Unsere Stadt, die schon von jeher eine Zwingburg Ihrer kampff- und siegreichen Bewegung gewesen ist und die schon wie-*

154) Vgl. Film „Plauen unterm Hakenkreuz“. Peter Filmproduktion, 2014.

derholt die hohe Ehre für sich in Anspruch nehmen durfte, Sie in ihren Mauern begrüßen zu dürfen, will mit der neuerlichen Ehrung den Namen ihres Ehrenbürgers auch äußerlich für alle Zeiten mit der Geschichte unserer Stadt verbinden.“¹⁵⁵ Der damalige Wunsch des Plauener Nazi-Bürgermeisters ist in furchtbarer Art und Weise in Erfüllung gegangen. Denn tatsächlich ist die Geschichte Plauens mit Hitlers Barbarei auf alle Zeiten verbunden und die Stadt noch heute durch die Narben der am Ende folgenden Zerstörung gezeichnet. Uns sollte klar werden, dass aus dieser Stadtgeschichte auch eine besondere Verantwortung aller für die Freiheit und für die Demokratie erwächst.

155) Brief des amtierenden Oberbürgermeisters von Plauen an den Reichskanzler Adolf Hitler vom 15.03.1933, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 171, Machtübernahme des Faschismus, 1933, S. 1.

Nachwort

Am Ende der hier vorgelegten Ergebnisse einer Spurensuche in der Geschichte von Plauener Sozialdemokraten ist man immer versucht, sich zu einem Fazit hinreißen zu lassen. Das ist in Wahrheit schwierig und gewagt. Die aufgefundenen Dokumente und die Nachzeichnungen der Ereignisse sind tatsächlich noch zu fragmentarisch, die verbliebenen Lücken sind groß. Wenn es so etwas wie eine spätere Lehre gibt, insbesondere aus der prekären Zeit der Weimer Republik, so ist es die des alles überragenden Stellenwertes von Freiheit und Demokratie. Trotz aller Unterschiedlichkeit und politischer Gegnerschaft dürfen sich die Demokraten den Blick auf das essenziell Gemeinsame weder verstellen noch den demokratischen Konsens zerstören. Natürlich müssen Zusammenarbeit und Koalitionen immer sorgfältig geprüft und nach ihrer Substanz sowie ihren späteren Folgen abgeklopft werden. Für alle Demokraten sollte aber gelten: Die Bewahrung der am jeweils Möglichen orientierten Handlungs- und Kompromissfähigkeit ist gerade kein Zeichen von politischer Schwäche oder Verrat, sondern ein Wesenszug jeder lebendigen Demokratie. Deshalb darf man die jeweils eigenen politischen Ansichten nicht zu einer Glaubenslehre überhöhen. Das Maß an politischem Populismus will darüber hinaus sorgsam überlegt und vor allem sparsam gebraucht werden. Denn Kompliziertes bleibt kompliziert, auch wenn Politiker und Parteien Zusammenhänge verkürzen und sich zu einfachen Beschreibungen hinreißen lassen. Die Stabilität und das Fortbestehen unserer Demokratie sind nicht garantiert. Beides hängt davon ab, dass wir auch auf komplizierte Herausforderungen adäquate Antworten formulieren und uns vor den damit verbundenen Schwierigkeiten nicht aus Feigheit oder Opportunismus wegduckten. Deshalb sind das ständige Erläutern und das aufklärerische Element im politischen Handeln so wichtig und unerlässlich. Das gilt auch und gerade in unseren Tagen.

Die Tradition eines roten, sozialdemokratischen Sachsen, woran die wiedergegründete SPD bei den Wahlen im Jahre 1990 anzuknüpfen hoffte, hat sich schnell als Illusion erwiesen. Zumindest für den südwestsächsischen Raum haben wir gesehen, dass dieses rote Sachsen schon in der Weimarer Republik verschwand und zu einem Mythos wurde. Umso respektabler erscheint heute

die 1989/90 geglückte Wiedergründung der Sozialdemokratie in diesem Gebiet, auch und gerade weil es ein kompletter Neustart dieser traditionsreichen Partei gewesen ist.

Die Geschichte der Sozialdemokratie im Vogtland bleibt auch weiterhin ein Thema, das nach Aufarbeitung und Spurensuche ruft. Die hier vorgelegte Arbeit hat einige wichtige Ereignisse und Personen in unseren Blick zurückgeholt. Vieles bleibt aber noch im Dunkeln. Das beginnt bei der Zeit des Parteienverbots während der Sozialistengesetze von 1878 bis 1890, reicht über das konkrete politische Handeln der Sozialdemokraten in den Ortsvereinen sowie Stadt- und Gemeinderatsfraktionen des Vogtlandes und erstreckt sich auch auf die Verfolgungs- und Leidensgeschichte der Partei während der Nazi-Zeit. Gerade bei Letzterer hat es in der DDR ebenfalls ideologische Einseitigkeiten und Verzerrungen zu Lasten der Sozialdemokraten gegeben. Auch die mehrfach angedeutete besondere Stärke der Reichenbacher SPD ist nicht wirklich beschrieben und in ihren Ursachen geklärt. Schließlich muss auch hinsichtlich der nun schon über 25 Jahre zurückliegenden Geschichte der Wieder- beziehungsweise Neugründung der SPD einiges dargestellt und ausgewertet werden. Man sollte damit nicht so lange warten, bis keine Zeitzeugen dieser Ereignisse mehr in unserer Region befragt werden können. Möge dieses Buch deshalb auch Anregung sein für andere, sich dieses wichtigen Teils unserer Regionalgeschichte anzunehmen.

Anhang

1.

Rede von August Bebel am 27. April 1870 in Plauen nach dem von der SPD im Buch „Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872“ veröffentlichten Gerichtsprotokoll:

„Bebel: Die Rede, die ich an jenem Tage in Plauen hielt, ist mir noch ziemlich genau im Gedächtniß; der Gedankengang, den ich in derselben entwickelte, war für mich kein neuer, da ich über das dort vorliegende Thema schon öfter Vorträge in Versammlungen gehalten. Es ist daher das Beste, daß ich, um dem hohen Gerichtshof ein klares Bild von meinem Vortrag zu geben, und um die hier als gravirend angesehenen Stellen in ihrem wahren Zusammenhang zu veranschaulichen, die Hauptpunkte meines Vortrages hervorhebe. So viel mir bekannt, hatte bis zu jener Zeit noch kein Redner von sozialdemokratischer Seite unsere Prinzipien in Plauen öffentlich vertreten, es war daher nothwendig, daß ich einen ziemlich eingehenden Vortrag hielt, um meinen anwesenden Gegnern von vornherein den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Ich begann meinen Vortrag mit der Erklärung, daß ich nach Plauen gekommen sei, um den Versammelten ein möglichst klares Bild von den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu geben. Bis jetzt seien daselbst diese Bestrebungen auf das Aergste verketzert worden. Viele seien dadurch, daß sie ein grundfalsches Bild von ihnen hätten, entschiedene Gegner der Sozialdemokratie geworden, indem sie das was wir wollen, als unvernünftig, undurchführbar und kulturfeindlich ansehen. Unsere Gegner seien aber vor der Hand noch die Mächtigeren, sie beherrschten die Erziehung und Bildung des Volkes, und machten mit Hilfe ihrer zahlreichen Presseorgane die ‚öffentliche Meinung‘. Kein Wunder daher, wenn auch die Arbeiter noch zu einem nicht unerheblichen Theil gegen ihr eigenes Interesse sich in Gegensatz zu den Bestrebungen der Sozialdemokratie stellten und sich von Anschauungen leiten ließen, die nie und nimmer zu einer gründlichen Besserung ihrer gesellschaftlichen Stellung führen könnten. Ich sei mir bewußt, daß auch die Arbeiter Plauens bis heute im Gegensatz zu unsern Anschauungen stünden, hoffte aber, daß sie nach Schluß meines Vortrages anders und besser über uns denken und als Mitkämpfer in unsere Reihen treten würden. Mit der bekannten

Redensart: ‚Arme und Reiche hat es gegeben, und wird es geben, so lange die Welt steht‘, suchten die Gegner unsere Bestrebungen zur Herstellung der Gleichheit unter den Menschen lächerlich zu machen. Wahr sei, daß die Ungleichheit des materiellen Besitzes unter den Menschen von dem Augenblick an, wo diese überhaupt anfangen, sich einer gewissen Kultur zu erfreuen, eingetreten sei, aber die Formen dieser Ungleichheit seien denn doch in der Entwicklung der Menschheit nicht dieselben geblieben, sondern sie wechselten mit der stets fortschreitenden Kultur und Zivilisation, indem diese andere, den neuen Anschauungen besser entsprechende, gleichwohl aber auf Ausbeutung beruhende Einrichtungen an Stelle der früheren, überlebten zu setzen suchte. Wie man in der Naturgeschichte, z. B. in der Entwicklung der Erde, verschiedene Formationen nachweisen kann, von denen die eine die andere verdränge, so sei es auch in der Geschichte der Menschheit der Fall.

Die alten Staaten, wie Griechenland und Rom, hatten als die Basis ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen die Sklaverei. Diese, wesentlich durch das Christenthum beseitigt, machte den Einrichtungen des Feudalstaates, der auf der Leibeigenschaft und Hörigkeit beruhte, Platz, und indem auch dieser allmählich zu Grunde ging, entwickelte sich aus ihm heraus die moderne bürgerliche Gesellschaft – und, als nothwendige Folge, der moderne konstitutionelle Staat. Es liege darnach auf der Hand, daß die Arbeiterfrage im heutigen Sinn und eine Arbeiterbewegung wie die gegenwärtige zu keiner früheren Zeit vorhanden sein konnte, weil eben die Hauptbedingung dazu fehlte: die Arbeiter nach dem heutigen Begriff, die wiederum nur das Erzeugnis der heutigen Produktionsweise seien. Es genüge vollkommen, um uns über den Unterschied von früher und jetzt klar zu werden, wenn wir einen Blick auf das Mittelalter würfen, jene Zeit, da die bürgerliche Welt noch in den Windeln lag, der Ackerbau fast die einzige nutzbringende Beschäftigung gewesen und Diejenigen, welche in der Lage waren, den Grund und Boden als Eigenthum zu besitzen und ihn ausbeuten zu können – Fürstenthum, Adel, Geistlichkeit –, auch die ‚Herren der Welt‘ waren. In jener Zeit sei das Gewerbe, das späterhin die eigentliche Gesellschaft erzeugte, erst vereinzelt zum Vorschein gekommen, die Gewerbetreibenden selbst aber theilten so gut wie die Ackerbürger das Loos der Leibeigenschaft und Hörigkeit unter adliger und geistlicher Knute. Die Bildung der Städte haben diese Abhängigkeit mehr und mehr gelockert; der Gewerbestand wurde selbständig und konnte auf eigene Rechnung und Gefahr produziren. Die Produktion sei aber eine engbegrenzte gewesen, da Massenabsatz für die Produkte bei dem unterent-

wickelten Verkehr nicht vorhanden war. Das tägliche Bedürfniß, das sich leicht übersehen ließ, bildete den Regulator der Produktion und brachte es mit sich, daß die ganzen gewerblichen Verhältnisse klein und eng waren. Zwar beschäftigen die sogenannten Meister auch Gehilfen, aber die Zahl derselben war sehr beschränkt, und es war ihnen auch in den meisten Fällen die Möglichkeit geboten, innerhalb einer gewissen Zeit mit geringen Mitteln das Gewerbe selbständig zu betreiben und so Kleinunternehmer zu werden. Es lag auf der Hand, daß unter solchen Verhältnissen eine Arbeiterbewegung nicht vorhanden sein konnte. Aber das mittelalterliche Kleinbürgerthum entwickelte sich nach und nach zum Großbürgerthum, zur Bourgeoisie. Handel und Verkehr wuchsen, vorher unbekannte Absatzquellen eröffneten sich und zwangen, der gesteigerten Nachfrage nach Produktion durch eine verbesserte Produktionsweise gerecht zu werden. Es entstand die Manufaktur: große Werkstätten, wo zwar noch in der alten handwerklichen Weise, aber unter Zuhilfenahme weit ausgedehnter Arbeitstheilung größere Mengen produziert wurden. Der stetig sich mehrende Verbrauch der Produkte zwang zu weiterer Vervollkommnung; so wurden die Maschinen erfunden, welche den Hauptfaktor in der gegenwärtigen Produktionsperiode bilden und jeden Unternehmer zwingen, sich ihrer in möglichst ausgedehntem Maßstabe zu bedienen, wenn er sich konkurrenzfähig erhalten will. Mit der maschinenmäßigen Großproduktion erhielt das mittelalterliche Kleingewerbe den Todesstoß. Eine gewerbliche Branche nach der anderen wird von ihr revolutionirt, die Menge der Kleinmeister dezimirt und an ihrer Stelle steigen die Unternehmer als Bourgeois empor, den Arbeiter zum Lohnsklaven herabdrückend.

Bei der heutigen Produktion sei das Haupterforderniß Kapital – und zwar ein um so größeres Kapital, je mehr die betreffende Branche bereits von der Großproduktion ergriffen ist. Das Kapital könne aber weder der Kleinmeister, noch weniger der Arbeiter sich beschaffen, da es selbst wieder nur das Produkt der Arbeit sei und zwar aus nicht bezahlter Arbeit der Lohnarbeiter bestehe.

Nach dieser geschichtlichen Einleitung erläuterte ich nun die Kapitalbildung und die Gesetze, unter denen der Arbeiter bei den heutigen Produktionsverhältnissen seine Arbeitskraft anbringen könne. Diese Zustände machten es zur Nothwendigkeit, daß die große Masse zum Besten einer begünstigten Minorität sich abrackere und ein freudloses Dasein führe. Diesem Zustand müsse abgeholfen werden. Die Anwesenden, soweit sie sich an der Bewegung überhaupt beteiligten, gehörten

zumeist einer Partei an, welche behauptet, die heutigen Verhältnisse seien im Großen und Ganzen gut, das bestehende Produktionssystem müsse beibehalten, d. h. die Lohnarbeit verewigt werden. Man könne und dürfe nur mit Hilfe von allerlei kleinen Hilfsmitteln dieselbe zu verbessern suchen.

Diese Hilfsmittel, wie sie die herrschende ökonomische Schule empfiehlt, unterzog ich nun einer strengen Kritik, nachweisend, wie sie nicht gründlich helfen könnte. Das ‚Sparen‘, welches die Grundlage aller dieser Hilfsmittel bilde, sei, falls der Arbeiter halbwegs menschenwürdig leben wolle, wenn überhaupt möglich, sicher ein höchst unzureichendes Mittel. Das einzige Mittel für gründliche Verbesserung der Arbeiterklasse und Herbeiführung eines gesunden gesellschaftlichen Zustandes überhaupt sei die möglichste Ausdehnung und Ausbeutung der durch die Wissenschaft und die Erfahrung geschaffenen Arbeitsmethode seitens organisirter Assoziationen, und zwar von Assoziationen im großartigsten Maßstabe. Die ‚Selbsthilfe‘, die man fälschlich von anderer Seite den Arbeitern predige, wobei sie auf Almosen und den guten Willen der Besitzenden angewiesen seien, wollten wir in Wirklichkeit, indem die Gesammtheit durch zweckentsprechende Organisation sich verbinde und sich gegenseitig helfe. Die Gesammtheit aber sei der Staat. Der gegenwärtige Staat entspreche freilich keineswegs unserm Ideal, deshalb müsse er umgestaltet werden. Bisher sei der Staat nur das bequeme Ausbeutungswerkzeug in den Händen der herrschenden Klasse gewesen, welche durch ihn die Massen niederhielten, – also nur eine Domäne der herrschenden Klassen. Das müsse aufhören. Wie im Alterthum die Patrizier, im Mittelalter der Adel und die Geistlichkeit, so herrsche in der Gegenwart die Bourgeoisie. Alle Staatseinrichtungen seien demgemäß auch in deren Interesse geschaffen. Ich bewies dies auch an unsern gegenwärtigen Staatseinrichtungen und zwar auf den verschiedensten Gebieten. Zunächst an dem allgemeinen direkten und gleichen Wahlrecht, das bei uns infolge der Diätenlosigkeit der Abgeordneten nicht zur Wahrheit werden könne. Die einzelstaatlichen Wahlgesetze aber zeigten noch größere Mängel, so das sächsische dadurch, daß das aktive Wahlrecht an einen Zensus von 1 Thlr., das passive gar an einen solchen von 10 Thlr. geknüpft sei, sodaß der Geldsack, nicht die Intelligenz in der Kammer sitze (große Heiterkeit). Das preußische Dreiklassen-Wahlgesetz sei sogar nach Bismarck’s eigenem Ausdruck das schlechteste, welches es gibt. – Unser ganzes Staatswesen sei eben eine Lüge; es scheine anders, als es in der Wirklichkeit sei. Die vorgeschrittene politische Bildung des Volkes zwingt die herrschende Klasse,

dem Volke wenigstens zum Schein einigen Einfluß auf die Staatsgesetzgebung einzuräumen. In Wahrheit könne es diesen indeß nicht ausüben, weil die ihm gewährten politischen Rechte nur Scheinrechte seien, ihm keine Macht verliehen. Ohne Macht aber kein Recht. Dies beginne mehr und mehr die Arbeiterklasse einzusehen; sie erwache zum Klassenbewußtsein, und ihre erste Forderung sei politische Gleichberechtigung. Sie begreife, daß hierdurch sie auch die Macht erlange, die gesellschaftliche Umgestaltung von Grund aus herbeizuführen. Andererseits fühlen die herrschenden Klassen mit Schrecken, die steigende Macht der Arbeiterbewegung; sie begreifen, daß dem gemeinsamen Gegner gegenüber aller Zank und Streit über das Maß von Rechten und Freiheiten, das man sich gegenseitig einräumen wolle, verschwinden müsse. Diese Erkenntnis sei die Ursache der auffallenden Allianz zwischen Konservativen und sogenannten Liberalen. Bereitwilligst stütze und unterstütze man die Militärherrschaft, weil man in ihr den Schirm und Schutz gegen die soziale Bewegung erblicke. So sei jenseits und diesseits des Rheines der Zäsarismus entstanden, der in der Phrase volksthümlich und demokratisch, in der Wirklichkeit brutal und despotisch auftrete.

Präsident: Herr Bebel, mäßigen Sie sich! Ich würde Ihnen sonst das Wort entziehen.

Bebel: Herr Präsident, wenn ich im Laufe meiner Rede etwas lebhaft geworden bin, dann wird dies den Herren Geschworenen am besten den Eindruck wiedergeben, den ich in Plauen hervorgebracht habe.

Präsident: Man darf nicht alles aussprechen, was man denkt.

Bebel: Das thue ich auch nicht. Ich sage sehr Vieles nicht, was ich denke. (Große Heiterkeit)

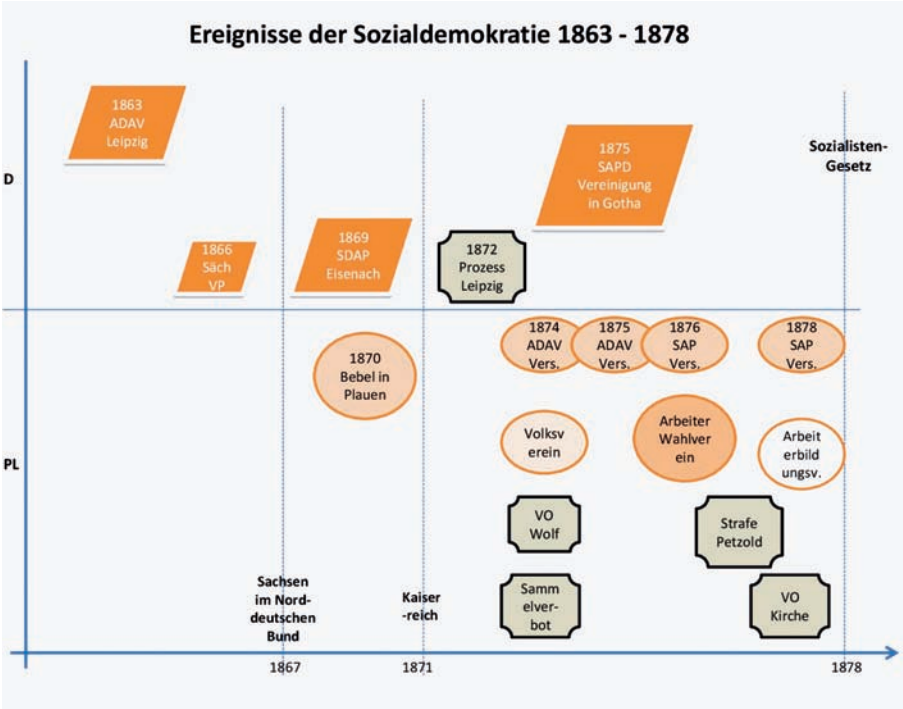
Ich habe auch die bestehende Ungerechtigkeit an den verschiedenen Staatseinrichtungen, z. B. an der allgemeinen Wehrpflicht nachgewiesen, wo eine flagrante Ungleichheit im Unterschied der einjährigen Dienstzeit bei Reichen und der dreijährigen bei Armen besteht; überall herrsche also der Klassenunterschied, auch in der Steuergesetzgebung, namentlich bei den indirekten Steuern, welche am meisten auf den Artikeln lasteten, die der arme Mann täglich verzehre, so daß dadurch die Bourgeoisie die Hauptlast der Staatsausgaben auf die ärmeren Klassen abwälze. So sei es auch mit der Schule, für die der Staat fast nichts ausbebe und alles den Gemeinden überlasse; das Wenige, was der Staat auf diesem Gebiet ausbebe, sei meist für die höheren Bildungsanstalten bestimmt, komme also wieder nur den

höheren Ständen zu gute. So zeigte ich, daß die ökonomische Ausbeutung mit der politischen Hand in Hand gehe; die eine resultire aus der anderen, beide seien auf das innigste verknüpft, daher auch nur miteinander zu beseitigen. Politische Macht für die Arbeiterklasse zu erkämpfen, sei demnach wesentlich. Hierbei setzte ich auseinander, daß auf einmal und mit roher Gewalt sich dies nicht durchsetzen lasse, daß durch solche Versuche im Gegentheil die Bewegung nur zurückgeschleudert würde. Die Arbeiter wüßten noch gar nicht, wo sie der Schuh drücke. Die Arbeiterklasse bekäme nie die Macht, einen auf Gerechtigkeit begründeten Gesellschaftszustand zu schaffen, wenn sie nicht die genaueste Kenntniss und Einsicht in unsere Zustände besitze. Das Volk müsse sich in seinen weitesten Schichten um die Gesetzgebung kümmern, nicht so viel am Biertische sitzen oder zu Hause hocken, sondern sich sozialpolitische Bildung erwerben. Diese könne sich der Einzelne nicht verschaffen, weil ihm Zeit und Mittel fehlten und öfters auch die Fähigkeiten. Was der Einzelne nicht könne, schaffe die Vereinigung. Im Verein, in der Gewerkschaft, durch Lesen sozialistischer Zeitungen und Schriften u. s. w., sei die politische Bildung zu erreichen. Der Kampf wider die Kapitalmacht um Arbeitszeitverkürzung, Beseitigung von allerlei Bedrückungen sei auch nur in Vereinigungen möglich. Sei der Kampf auch schwer, so solle man doch nicht verzagen, auf die Länge habe man noch nie einer zeitgemäßen Idee widerstehen können. Möchten die herrschenden Klassen Mittel anwenden, welche sie wollten, sie würden am Ende damit nichts ausrichten. Man stütze sich so gern auf die Bajonnette und Kanonen und vergesse ganz und gar, daß schließlich die Träger derselben doch nur wieder aus dem Volke stammen. Mit dem Immerweiterumsichgreifen der sozialistischen Idee werde dieselbe auch unter dem Militär verbreitet werden, und schließlich könne es wohl dahin kommen, daß, wenn das Militär zum Schießen kommandirt werde, es ganz wo anders hinschieße, als ihm geheißsen werde.

Zum Schluß forderte ich die Anwesenden zur Bildung eines sozialdemokratischen Vereins und zum Abonnement auf den ‚Volksstaat‘ auf, vertheilte auch von letzterem Blatte eine größere Anzahl Exemplare.“¹⁵⁶

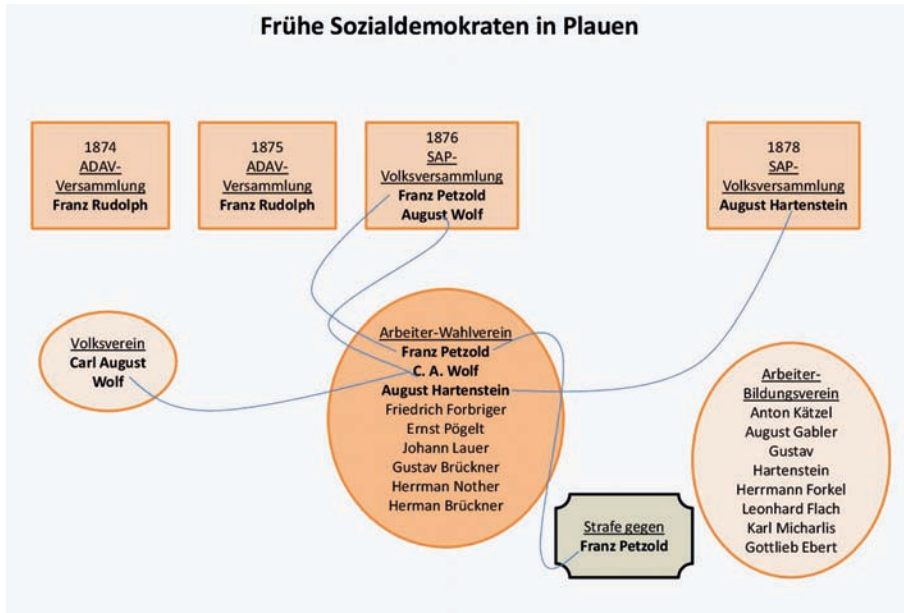
156) Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Berlin 1911, S. 289–295.

2.



Darstellung zur historischen Einordnung der sozialdemokratischen Ereignisse

3.



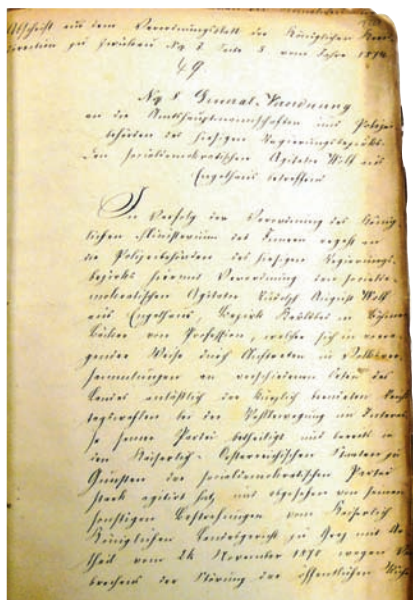
Darstellung zu den frühen Sozialdemokraten in Plauen und Umgebung

4.

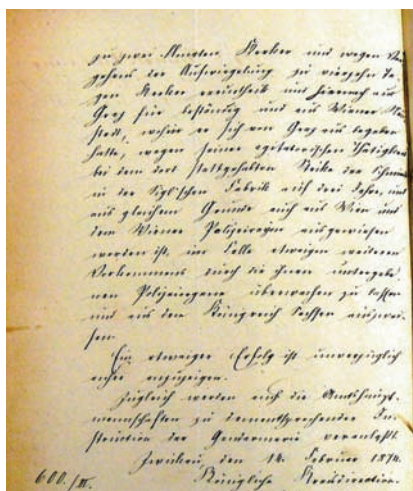
Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete 1920–1933 im Wahlkreis Chemnitz, Zwickau

Wahl	Partei	MdR
1920, 1. Wp.	SPD	Stücklen, Meier, Molkenbuhr, Frau Schilling
	USPD	Jäckel, Kuhnt, Puchta
1924, 2. Wp.	SPD	Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Dr. Levi
1924, 3. Wp.	SPD	Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Dr. Levi, Stücklen
1928, 4. Wp.	SPD	Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Dr. Levi, Stücklen
1930, 5. Wp.	SPD	Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Dr. Levi, Stücklen
1932, 6. Wp.	SPD	Uhlig, Graupe, Kuhnt, Hartsch
1932, 7. Wp.	SPD	Uhlig, Graupe, Kuhnt, Hartsch
1933, 8. Wp.	SPD	Uhlig, Graupe, Kuhnt, Hartsch
1933, 9. Wp.	–	Verbot der SPD seit Juni 1933, nur noch NSDAP-Einheitsliste.

Dokument 1: Generalverordnung der Königlichen Kreisdirektion in Zwickau vom 14. Februar 1874¹⁵⁷



Abchrift aus dem Verordnungsblatt der Königlichen Kreisdirektion zu Zwickau Nr. 3 Seite 8 vom Jahr 1874 Nr. 8 General-Verordnung an die Amtshauptmannschaften und Polizeibehörden des hiesigen Regierungsbezirkes den socialdemokratischen Agitator Wolf aus Engelhaus betreffend In Verfolg der Verordnung des Königlichen Ministerium des Innern ergeht an die Polizeibehörden des hiesigen Regierungsbezirkes hiermit Verordnung, den socialdemokratischen Agitator Rudolph August Wolf aus Engelhaus, Bezirk Karlsbad in Böhmen, Bäcker von Profession, welcher sich ingehender Weise durch Auftreten in Volksversammlungen an verschiedenen Orten des Landes anlässlich der kürzlich beendeten Reichstagswahlen bei der Wahlbewegung im Interesse seiner Partei betheiligt und bereits in den Kaiserlich-Oesterreichischen Staaten zu Gunsten der socialdemokratischen Partei stark agitiert hat, und abgesehen von seinen sonstigen Bestrafungen vom Kaiserlich-Königlichen Landgericht zu Graz mit Urtheil vom 26. November 1870 wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe



zu zwei Monaten Kerker und wegen Vergehens der Aufwiegelung zu vierzehn Tagen Kerker verurtheilt und hiernach aus Graz für beständig und aus Wiener Neustadt, wohin er sich von Graz aus begeben hatte, wegen seiner agitatorischen Thätigkeit bei dem dort stattgehabten Streike der Schmiede in der Sigelschen Fabrik auf drei Jahre und aus gleichem Grunde auch aus Wien und dem Wiener Polizeirayon ausgewiesen worden ist, im Falle etwaigen weiteren Vorkommnis durch die ihnen untergebenen Polizeiorgane überwachen zu lassen und aus dem Königreich Sachsen auszuweisen.

Ein etwaiger Erfolg ist unverzüglich anhir anzuzeigen. Zugleich werden auch die Amtshauptmannschaften zu dementsprechender Instruktion der Gandamerie veranlaßt.

Zwickau, den 14. Februar 1874
Königliche Kreisdirektion

157) Generalverordnung der Königlichen Kreisdirektion in Zwickau vom 14. Februar 1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 150, Verschiedene Landespolizeisachen, 1850–1874

Dokument 2: Vollzugsmeldung des Rates der Stadt Plauen vom 24. Februar 1874¹⁵⁸

Plauen den 24. Febr. 1874

Dem geehrten Rathe theile ich hierdurch mit, daß die von mir eingezogenen Erkundigungen folgendes Resultat ergeben haben.

Der Socialdemokrat Wolf reißte eines Tages hier zu u. war eine Bekanntmachung im Tageblatt erschienen, daß am 7. Febr. Eine Volksversammlung in der Centralhalle stattfinden solle, wo der ... Wolf sich wollte hören lassen.

Da aber Wolf schon bestraft, so wurde den selben sein Auftreten vom Königl. Gerichtsamt untersagt u. Bericht an die Königliche Kreisdirection erstattet.

Im heutigen Kreisblatt wird bekannt gegeben, daß Wolf ins Königreich Preußen verwiesen.

...
Rath der Stadt

Plauen den 24. Febr. 1874

Dem geehrten Rathe theile ich hierdurch mit, daß die von mir eingezogenen Erkundigungen folgendes Resultat ergeben haben.

Der Socialdemokrat Wolf reißte eines Tages hier zu u. war eine Bekanntmachung im Tageblatt erschienen, daß am 7. Febr. Eine Volksversammlung in der Centralhalle stattfinden solle, wo der ... Wolf sich wollte hören lassen.

Da aber Wolf schon bestraft, so wurde den selben sein Auftreten vom Königl. Gerichtsamt untersagt u. Bericht an die Königliche Kreisdirection erstattet.

Im heutigen Kreisblatt wird bekannt gegeben, daß Wolf ins Königreich Preußen verwiesen.

...
Rath der Stadt

Dokument 3: Anmeldung einer ADAV-Versammlung für den 21. Januar 1875¹⁵⁹

Eing. 19.01.75

An die Orts-Polizei-Behörde zu Plauen

Die hiesigen Mitglieder des zu Bremen domizilierten Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins werden am Donnerstag den 21. Januar Abend 8 1/2 Uhr im Gambrinus hierselbst eine öffentliche Versammlung zu Erörterung und Beratung ihrer Angelegenheiten abhalten.

Die zu Erörterung und Beratung kommenden Angelegenheiten sind folgende.

1) Vereins Angelegenheiten im Allgemeinen

Im Auftrag des Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins
Franz Rudolph
Bevollmächtigter für Plauen.

Eing. 19.01.75

An die Orts-Polizei-Behörde zu Plauen

Die hiesigen Mitglieder des zu Bremen domizilierten Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins werden am Donnerstag den 21. Januar Abend 8 1/2 Uhr im Gambrinus hierselbst eine öffentliche Versammlung zu Erörterung und Beratung ihrer Angelegenheiten abhalten.

Die zu Erörterung und Beratung kommenden Angelegenheiten sind folgende.

1) Vereins Angelegenheiten im Allgemeinen

Im Auftrag des Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins
Franz Rudolph
Bevollmächtigter für Plauen.

158) Vollzugsmeldung des Rates der Stadt Plauen vom 24. Februar 1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 150, Verschiedene Polizeisachen, 1850–1874

159) Anmeldungsschreiben von Franz Rudolph (ADAV) vom 19.01.1875, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889

Dokument 4: Anmeldung der (ADAV-) Volksversammlung für den
27. Februar 1876¹⁶⁰

Eingeg. 24. Febr. 1876
An
den Stadtrath
zu Plauen

Der angesehene Unterzeichnete meldet
hierdurch, dass künftigen Sonntag, den 27.
Februar Nachmittags 3 Uhr im Saale des
hiesigen Schützenhauses eine Volksver-
sammlung stattfindet.

Referent: H. Franz aus Glauchau.

Nur im Verhinderungsfalle kommt ein Ersatz.

Tagesordnung: Die Presse und was wir wollen und
was wir nicht wollen.

Gegner der Socialisten werden auch auf den gleichlau-
tenden ..., die Tags zuvor angegriffen worden, einge-
laden.

Zur Deckung der Unkosten wird eine Talersammlung
veranstaltet. ...

August Wolf
Hofer Straße 91

Plauen am 24. Februar 1876.
Eingeg. 24. Febr.
Joh. W. Hoff

1806./B. I.

Eingeg. 24. Febr. 1876
An
den Stadtrath
zu Plauen

Der ergebenst Unterzeichnete meldet hierdurch, daß
künftiger Sonntag, den 27. Februar Nachmittags 3 Uhr
im Saale des hiesigen Schützenhauses eine Volksver-
sammlung stattfindet.

Referent: H. Franz aus Glauchau.

Nur im Verhinderungsfalle kommt ein Ersatz.

Tagesordnung: Die Presse und was wir wollen und
was wir nicht wollen.

Gegner der Socialisten werden auch auf den gleichlau-
tenden ..., die Tags zuvor angegriffen worden, einge-
laden.

Zur Deckung der Unkosten wird eine Talersammlung
veranstaltet. ...

August Wolf
Hofer Straße 91

Dokument 5: Polizeibericht über die (ADAV-) Volksversammlung am
27. Februar 1876¹⁶¹

*Plauen
am 27. Febr. 1876*

Resolutionsgemäß begab ich mich heute Nachmittag
... ins hiesige Schützenhaus um die dahin einberufene
öffentliche Volksversammlung zu überwachen.

Die Versammlung, welche ziemlich zahlreich besucht
war, wurde wenige Minuten nach halb drei durch
einen gewissen Petzold eröffnet und durch diesen kurz
nach sieben geschlossen.

Zu Leitern der Volksversammlung wurden gewählt:
der gedruckte Petzold und ein gewisser August Wolf,
beide von hier, während an Stelle des Franz aus Glau-
chau zur Resolution abweichend das Referat über-
nahm.

Die Versammlung verlief durchaus ruhig. ...

1876. A. I.
Eingeg. 27. Febr. 1876.
für den Herrn.
H. Hoff

(H. Hoff)

Plauen
am 27. Febr. 1876

Resolutionsgemäß begab ich mich heute Nachmittag
... ins hiesige Schützenhaus um die dahin einberufene
öffentliche Volksversammlung zu überwachen.

Die Versammlung, welche ziemlich zahlreich besucht
war, wurde wenige Minuten nach halb drei durch
einen gewissen Petzold eröffnet und durch diesen kurz
nach sieben geschlossen.

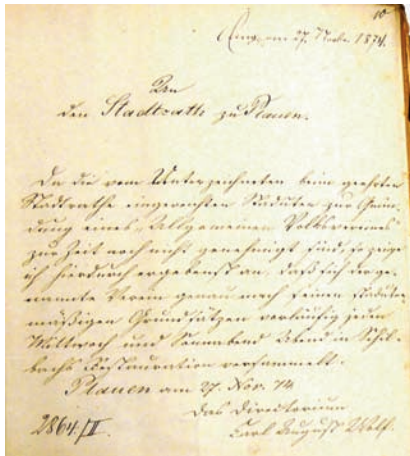
Zu Leitern der Volksversammlung wurden gewählt:
der gedruckte Petzold und ein gewisser August Wolf,
beide von hier, während an Stelle des Franz aus Glau-
chau zur Resolution abweichend das Referat über-
nahm.

Die Versammlung verlief durchaus ruhig. ...

160) Anmeldungsschreiben von August Wolf (ADAV) vom 24. Februar 1876 für eine Volksversammlung, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889

161) Polizeibericht über die (ADAV-) Volksversammlung am 27. Februar 1876, Stadtarchiv Plauen, Spezialin-
ventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889

Dokument 6: Anmeldungsschreiben von Carl August Wolf zu einem Allgemeinen Volksverein vom 27. November 1874¹⁶²



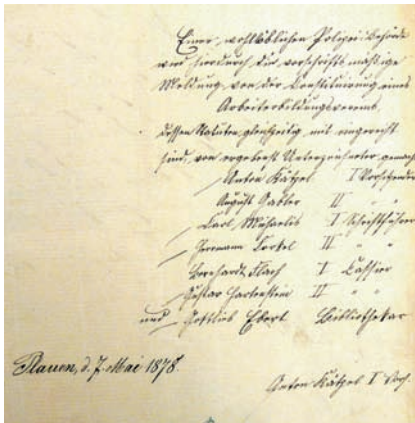
Eing. Am 27. Noubr. 1874

An
Den Stadtrath zu Plauen

Da die vom Unterzeichneten beim geehrten Stadtrath eingereichten Statuten zur Gründung eines „Allgemeinen Volksvereins“ zur Zeit noch nicht genehmigt sind, so zeige ich hierdurch ergebenst an, daß sich der genannte Verein genau nach seinen statutenmäßigen Grundsätzen vorläufig jeden Mittwoch und Sonnabend Abend in Schilbachs Restauration versammelt.

Plauen am 27. Nov. 74
Das Direktorium
Carl August Wolf

Dokument 7: Anmeldungsschreiben zu einem Arbeiterbildungsverein vom 07.05.1878¹⁶³



Seiner wohlblöblichen Polizeibehörde wird hiermit die vorschriftsmäßige Meldung von der Constituirung eines Arbeiterbildungsvereins, dessen Statuten gleichzeitig mit eingereicht sind, von ergebenst Unterzeichneter gemacht

Anton Kätzel I Vorsitzender
August Gabler II „
Karl Michalis I Schriftführer
Herrmann Forkel II „
Leonhard Flach I Kassier
Gustav Hartenstein II „
und Gottlieb Ebert Bibliothekar

Plauen, d. 7. Mai 1878
Anton Kätzel I Vors.

162) Anmeldungsschreiben von Carl August Wolf zu einem Allgemeinen Volksverein vom 27.11.1874, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 151, Abhaltung von Versammlungen, 1875–1889

163) Anmeldungsschreiben von Anton Kätzel zu einem Arbeiterbildungsverein vom 07.05.1878, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 153, Maßnahmen gegen sozialdemokratische Bestrebungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 2.10.1878, 1878–1889

Dokument 8: Statut des Arbeiter-Wahlvereins für den 23. Wahlkreis¹⁶⁴

Chicago 22. März 1876.

Der
Hau Wirtsch zu
Hauon.

I. Der angekauft Uebungszeitraum mittheilen
beide Parteien von gaarbarem Vorwissen
stärkender Kausalität zum gaarbaren Vorwissen
gibt uns Uebungszeitraum:

Statut

1. Das unter dem Namen: *Indischer Pfeffer*,
hier als 23. Pfeffer bezeichnete Thier
bezeichnet die Zucht:

U. Von der Uebereingung nachgefragt, daß
 eine solche allgemeine, gleiche und
 beständige eine geringere Abstrahierung
 der Furchen des eroberten Volkes auf
 sich selbst und seinen Kagen, sich beson-
 ders nach der Spinnung der öffentlichen
 Uebereingung für die Feststellung der
 beständigen allgemeinen, gleichen und
 beständigen aller Verordnungen
 der Herrschaft, so wie es für alle
 öffentlichen Verordnungen ist,

1964. B.I.

Sept. 24/9. 80.
Lung 2. Leber 2. Niere
Lungeninfekt. Rot.

zu vereinigen und zu schafften ist.

b. Eine fortwährende, geordnete Digestion
auf feinsten und gasatylischen Kagen von
seiner Art, daß das allgemaine, gleiche und
einzelne Kasten zu bewahren, und die
Abgabe in den gasatylischen Kasten zu
machen, und die Kagen zu fassen, welche die
Festigkeit des erhaltenden Kasten zu seiner
Festigkeit geben werden.

2. Der Kasten des Kasten, der eine gewisse
unfeste Kasse, die in der Kasse alle Kasten
auf die Kasse auf seinen Kasten zu machen.
der Kasten, ist Platten.

Der Kasten kann eine gewisse Kasse
bestehen aus Kasten und in der Kasse
das 1. gewisse Kasten, welche werden.

Es bleibt in der Kasse ein Kasten, wenn der
Kasten für gut sein soll, so ist es
in der Kasse in der Kasse Kasten
für seine Kasse zu verwenden.

3. Eine Kasse eine gewisse Kasse Kasten
auf die Kasse des Kasten mit allen
gleichem Kasten und kann in der Kasse
werden.

4. Seine Einkünfte seit jährl. Mitglieds 20 Pfenn.
zu zahlen, von da ab 5 Pfenn. wöchentlich.
Durch Mitgliedschaftung das Einkommen in
4 aufeinander folgende Wochen wird
sein Mitgliedschaft vermindert.
5. Mitglieder, welche gegen ein Vereins-
gesetz verstoßen, oder ein Mitglied das
wahrhaftige Volk des Vereins ist,
sind sie schlichte und gütliche
Freiwilligkeit beizubringen, können
nach Vorwissen des Vorstandes
sein. Gegen eine solche Verfügung
das Vorstandes kann jedoch von dem Ge-
meinschaften ein Protest zu dem nächsten
Jahresverh. Vorwissenlegung eingeleitet
werden, wenn derselbe von 20 Mit-
gliedern unterstützt ist.
6. Ein Delegationsrat des Vereins, aus
dem vornehmlich einer der Vorstand,
bestehend aus einem Vorsitzenden
und 12 Mitgliedern, unter welchen
ein Exkursion und eine Dekoration, welche
für Vermittlung in dem St. geordneten Ge-
biete wachen müssen, sind beizubringen.

Die Kraft sämtlicher Vorstandsmitglieder
gleiches gestützt in der Generalversammlung.
Langsam absolute Majorität auf eine
Vinstatje.

Der Vorsitzende ist beauftragt die
Entscheidungen stellen seine sämtlichen
Entscheidungen dem Vinstatje, Vorsitzenden zu
übertragen.

7. Unter der Leitung Organisation, der
Gesellschaft, der Entscheidungsmittel
auf der 3. gesetzten Wege, Beside und
Entscheidungen in der Vorstands
sowie Gesellschaft.

Der Vorstand setzt Generalversammlung
langsam und Vorstandsbevollmächtigten,
sowie der Ort anfallen an.

Vinstatje selbst wird eine General-
versammlung erlassen werden.
Der Vorsitzende ist übergeben beauftragt,
jedenzeit eine Generalversammlung
innerhalb 3 Wochen einzuberufen,
wenn unter 2/3 der Vorstands
Generalversammlung der Majorität der
Vorstands, oder ein Drittel stimmt.

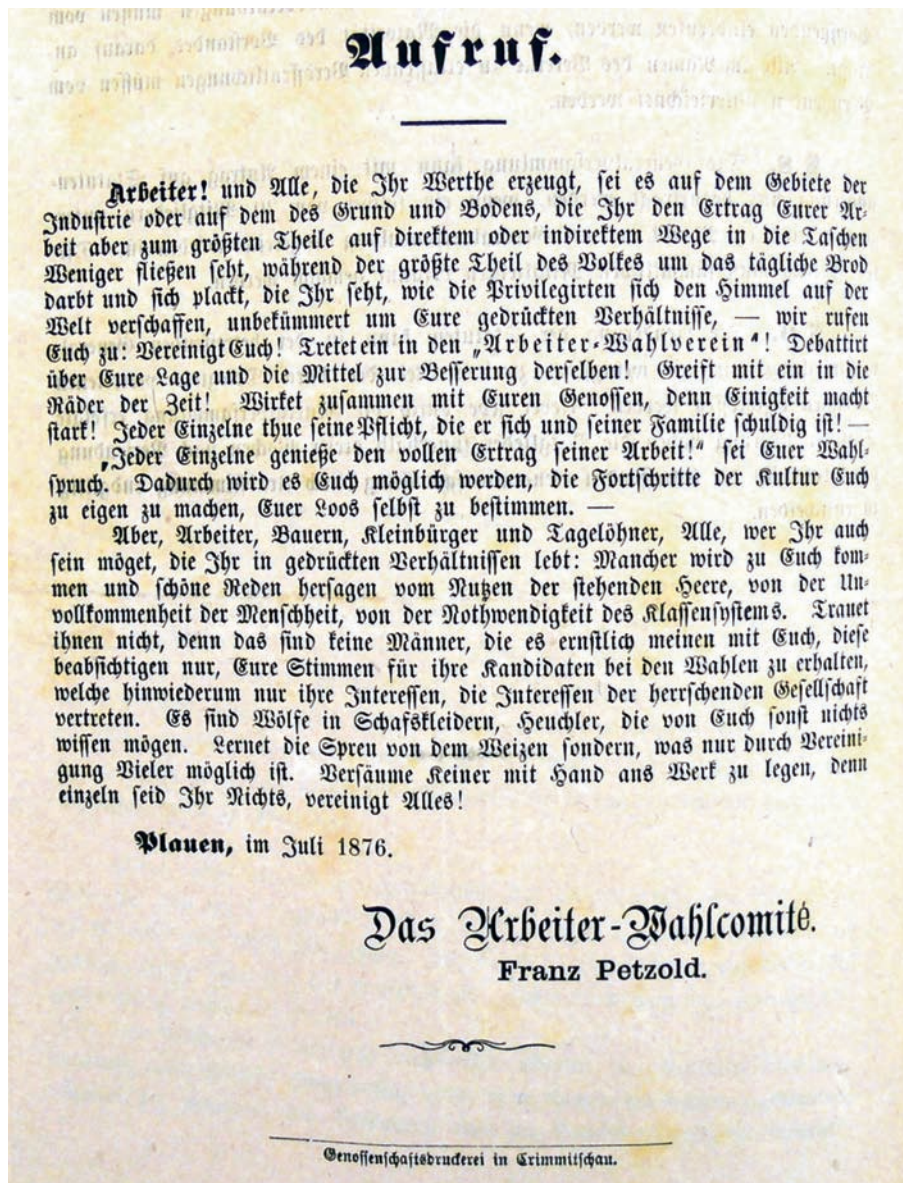
Ueber jenen Zweck ein Generalversamm-
lung anzuleiten Vertretung der
den ein Mitgliedern innerhalb 3 Wk.,
sow nach Veranstaltung des Protocolls
der betreffenden Generalversammlung
sind Verabstimmung unzulässig zu sein
gefasst.

Flauen am 22. März 1876.

Neuburg	{	Lönnig, Joh. Ad. v. d. Hagen
		C. v. d. Hagen
Neuburg	{	August Kuntze
		Adolf Kuntze
Neuburg	{	Georg Kuntze
		Georg Kuntze
Neuburg	{	Georg Kuntze
		Georg Kuntze

Flauen, 10. April 1876.

Erstallt offiziell in Gegenwart
des Herrn Georg Kuntze von dem nicht mit
bestehen, dass die einzigen
Personen denen Anstand ist
irgend etwas zu leisten

Dokument 9: Aufruf des Arbeiter-Wahlkomitees vom Juli 1876¹⁶⁵

165) Aufruf des Arbeiter-Wahlcomité vom Juli 1876, Stadtarchiv Plauen, Spezialinventar Arbeiterbewegung 152, Preßpolizeisachen, 1875–1889

Dokument 10: Organisationen und Angestellte
(hauptamtliche Sozialdemokraten) im Vogtland 1927¹⁶⁶

Auerbach i. Vogtl.

Aussch. d. ADGB.: Clemens Gräßer, Kaiserstr. 64. Tel. 610.

Aussch. d. AFl: Joh. Seyler, Falkensteiner Str.

Konf.-Ver.: Paul Meniel, Hainstr.

Volksfürs.: Rich. Böllner, Körnerstr.

Arb.-Bild.-Aussch.: Clemens Gräßer, Bismardstr. 6.

Arb.-Sportkart.: Otto Feiler, Auerbach-Remgersgrün.

Gräßer, Clemens, geb. 2. 9. 1885 in
Zwickau i. S. Glaser. — Seit 1924
Geschäftsf. im Baugewerksbund. —
Vorst. Ortsausch. ADGB. u. Bil-
dungsausch. SPD. Unterbezirksvors.
— Bureau: Kaiserstr. 64. Tel.: 610.

Seydewitz, Max, geb. 10. 5. 1878 in
Mittweida (Sachsl.). Maurer. —
Seit 1923 Angest. d. Ortskrankenk.
— Stadtrat. — 1908–1923 Angest. im
Maurerverb., Bauarb.-Verb., Bau-
gewerksb. — Bureau: Wolff-straße.
Tel.: 660.

Ailingenthal i. Sa.

Raumann, Arthur, geb. 18. 3. 1884 in
Mittelbach b. Chemnitz. Tischler. —
Seit 1. 9. 1921 Geschf. Holzarb.-Verb.
— Stadtv., stellv. Bürgerm. —
Bureau: Ailingenthal 5 B. Tel.: 81.
Rothe, Paul, geb. 25. 7. 1886 in Eilen-
burg. Tischler. — Seit 15. 8. 1922
Angest. im Holzarb.-Verb. — Vorst.

d. Ortsausch. — Bureau: Amis-
berg 5b. Tel.: 81.
Schäblich, Max, geb. 11. 10. 1887 in
Ailingenthal. Harmonikaarbeiter. —
Seit 15. 3. 1920 Angest. im Holzarb.-
Verb. — Gem.-Verordn.-Vorst. in
Brunndöbra. — Bureau: Kirch-
straße 5 B. Tel.: 81.

166) Siehe: Vorstand des Vereins Arbeiterpresse: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, vierte Folge. Berlin: Verlag Vereinte Arbeiterpresse, 1927

Delsnik.

Part.-Sekr.: Kurt Niretschner, Kirchstraße, Tel. 418.
 Aussch. d. MGB: Kurt Schröder, Gartenhäuser 7.
 Aussch. d. MfA: Ludw. Bohrmann, Bahnhofstr. 31.
 Volksfür.: Andreas Krauß, Mühlstraße.
 Arb.-Bild.-Aussch.: Gotthilf Gypser, Talbühner Straße.
 Arb.-Gdheim: Schönedorfer Platz.
 Jungsoz. Vereinig.: Alfred Dorn, Lektter Heller.
 A.-b.-Sportkart.: Franz Liebender, Carolastrasse.

Dannreuther, Hans, geb. 10. 12. 1892 in Banrent, Fiskler. — Seit 21. 10. 1922 Anst. im Fertilarb.-Verb. — Stadtrat in Adorf i. B. 1921—1923 Zweiter Bürgermeister in Adorf i. B. — Bureau: Alte Bahnhofstraße 4. Tel.: 165.

Martin: Karl Hermann, geb. 11. 12. 1875 in Ernstthal, Landbourier. — Seit 1. 9. 1912 Anst. im Fertilarb.-Verb. — Verksausch. Rost Ortskrankenk. Schiffe. 1918 bis 1922 Stadtrat, 1923—1925 Stadtv. 1913—1924 Aufsichtsrat i. Konf.-Ver. — Bureau: Alte Bahnhofstr. 4. Tel.: 165.

Plauen.

Ztg.: Volkszeitung für das Vogtland, Partstraße. Tel. 3027, 826.
 Part.-Sekr.: Gottfried Ritsche, Blumenstr. 5. Tel. 317.
 Aussch. d. MGB: Georg Kohlbus, Pausaer Str. 95. Tel. 2598.
 Aussch. d. MfA: Christian Gluck, Delsnitzer Str. 53.
 Aussch. d. MfA: Erich Walter, Königsstr. 15. Tel. 1689.
 Arb.-Sekr.: Karl Probst, Pausaer Str. 95. Tel. 1135.
 Gew.-Haus: Schillergarten, Pausaer Str. 95. Tel. 385.
 Konf.-Ver.: Johann Riefner, Hans-Sachs-Str. 49. Tel. 323.
 Volksfür.: Viktor Eckstein, Pausaer Str. 95. Tel. 1031.
 Arb.-Bild.-Aussch.: Karl Probst, Pausaer Str. 95. Tel. 1135.
 Arb.-Gdverein: Erich Weber, Hartmannstr. 7.
 Jungsoz. Vereinig.: Hans Schubert, Merkelfstr. 8.
 Arb.-Wohlfahrt: Marie Drechsler, Altmarkt 10.
 Kinderfreunde: Martha Brunner, Gellertstr. 42.
 Arb.-Sportkart.: Fritz Spranger, Reinsdorfer Str. 46.

Bielitz, Fritz, geb. 20. 10. 1893 in Freiberg i. Sa. Schriftf. — Seit Juli 1919 Redakteur. — Ver.-Vorst., Unterbez.-Vorst. d. Partei. — Bureau: Parkstr. 19. Tel.: 3027.

Saber, Richard, geb. 15. 3. 1891 in Geiersdorf, Maschinenbauer. — Seit 1. 8. 1919 Geschäftsf. im Verb. d. Maschinen u. Heizer. — Gesellsch. u. Revisor d. Bauhütte Vogtland. 1913 Revisor d. Bahlst. Chemnik. 1914—1919 Vorst. d. Bahlst. Chemnik.

Dammshneider, Paul, geb. 21. 6. 1885 in Celle, Prov. Hannover. Buchdrucker. — Seit 1. 6. 1920 Buchhändler. — Bureau: Volksbuchhandlung. Tel.: 3027.

David, Paul, geb. 1. 1. 1874 in Dresden. Packer. — Seit 1. 7. 1922 Angeh. im Verkehrsb. — Bureau: Pausaer Str. 95. Tel.: 1545.

Giebler, Emil, geb. 1. 11. 1864 in Crimmitschau. Uhrmacher. — Seit 1920 Gew.-Sekr. beim Ortsausch. MGB. — Ver.-Aussch. Sachsen. 1895—1920 Stadtv. 1919—1920 Mitgl. d. Volkstammer. 1909—1917 Landesausch. d. SPD. Sachsen. — Adr.: Pausaer Straße 95. Tel.: 1135.

Härter, Franz, geb. 24. 1. 1873 in Dresden. Maurer. — Seit 1. 6. 1901 Zeitungsangest. — Stadtv. 1897 bis 1901 Vertrauensm. d. Maurerverb. 1904 Vorst. d. Gewerkschaftsartells. —

Bureau: Volkszeitung für das Vogtland. Tel.: 3027.

Fritsch, Eugen, geb. 21. 7. 1884 in Mülsen, St. Niclas. Weber. — Seit 1. 10. 1919 Redakteur. — Vorst. d. SPD. Plauen. Stadtd. (Fraktionsvorst.). Bauvorst. d. Reichsbanners. 1. 4. 1909 bis zum Krieg Geschäftsf. d. Textilarb.-Verb. in Reichenau i. d. Lausitz. Ab 1912 in Chemnitz. In der Revolution Kommandant von Chemnitz. Vom 1. 4. bis 30. 9. 1919 Regierungsbeauftragter in Chemnitz. — Bureau: Parkstr. 13. Tel.: 826 und 3027.

Geipel, Ewald, geb. 30. 9. 1880 in Marienb. Schönb. i. B. Buchdrucker. — Seit 1. 1. 1919 Angest. d. Parteigeschäftsf. — Aufsichtsrat Bez.-Konf.-Ver. f. d. Bogil. Schöffe b. Amtsger. Verf. Amt. Diverse Städte. Ausschüsse. 1920—1922 Vorst. im 23. Reichstagswahlkr. (UCB.). 1923 2. Vorst. im Unterbez. Plauen Vereinigte SPD. 1919—1924 Kartellvorst. VDB. — Bureau: Parkstr. 13. Tel.: 826 u. 3027.

Geht, Albin, geb. 13. 1. 1870 in Niederlungwitz bei Glauchau i. Ca. Weber. — Seit 1. 8. 1901 Angest. im Textilarb.-Verb. — Bureau: Paulsauer Straße 95. Tel.: 2598/99.

Knauf, Erich, geb. 21. 2. 1895 in Meerane i. Ca. Schriftf. — Seit 1. 3. 1921 Redakteur der Volksztg. f. d. Vogtland. — Bildungsaussch. Plauen. Sommer 1920 bis zum Eintritt in Plauen Leiter des Presseamtes d. Landesreg. Krenz. — Bureau: Parkstr. 13. Tel.: 826.

Kohlbus, Georg, geb. 16. 12. 1877 in Augsburg. Rammgarnspinner. — Seit 26. 8. 1912 Angest. im Textilarb.-Verb. — Bureau: Gewerkschaftshaus. Tel.: 2598—2599.

Krehschmar, Albert, geb. 14. 4. 1876 in Grimnitzschau. Schmied. — Seit 1. 3. 1920 Geschäftsf. (1. Bevollmächt.) im Metallarb.-Verb. — Vorst. Ortskonf. Stadtd. 1912—1918 Parteisekr. Plauen. — Bureau: Talbahnstr. 44. Tel.: 2420.

Leffig, Oskar, geb. 7. 11. 1883 in Hartha b. Waldheim. Bauarbeiter. — Seit 1. 4. 1924 Kassensbote im Textilarb.-Verb. — Bureau: Paulsauer Str. 95 I.

Leupold, Albert, geb. 25. 1. 1889 in Plauen. Sticker. — Seit 1. 11. 1920 Angest. im Verb. d. Gem. u. Staatsarbeiter. — Stadtd. Bezirksobmann. — Bureau: Paulsauer Str. 95. Tel.: 882.

Mitsche, Gottfried, geb. 2. 4. 1873 in Dresden. Textilarbeiter, später Gastwirtgehilfe. — Seit 15. 8. 1920 Par-

teisekr. im Bez.-Verb. Zwidaun SPD., vorher UCB. Bez. Plauen i. Vogtl. — Unberf. d. Ratemittgl. In Plauen: 3 Jahre Vorst. Textilarb.-Verb. 9. 3. Vorst. Gastwirtgehilf.-Verb. 3 J. Ortsvereinsvorst. SPD. Vorübergehend Kassierer. 16 J. Vertrauensstellung Gewerkschaftshaus. 6 J. Gewerbegerichtsbeis. — Bureau: Blumenstr. 5. Hinterh. 1 St. Tel.: 317.

Ortel, Alfred, geb. 15. 4. 1890 in Leipzig. Kaufmann. — Seit 1. 4. 1910 Parteidrucker. — Steueraussh. Mierschöffe. Vorst. Aufsichtsrat des Gewerkschaftsh. — Tel.: 826, 3027.

Pahst, Arthur, geb. 4. 11. 1887 in Rabenau b. Dresden. Hoteldiener. — Seit 1. 10. 1925 Angest. im Verb. d. Hotel. usw. Angest. — Bureau: Bettinistr. 7.

Probst, Karl, geb. 14. 9. 1876 in Neunburg i. Westf. Schlosser. — Seit 22. 4. 1919 Arb.-Sekr. b. Ortsaussh. d. VCB. — 1906—1919 Geschäftsf. Metallarb.-Verb. Leipzig. 1920—1922 Stadtd. in Plauen i. B. — Adr.: Paulsauer Str. 95 II. Tel.: 1185.

Röber, Otto, geb. 30. 8. 1876 in Olau b. Halle a. d. S. Maurer. — Seit 1. 8. 1913 Angest. im Bau-gewerksb. — Stadtd. — Bureau: Paulsauer Str. 95. Tel.: 894.

Roehsburg, Georg Richard, geb. 8. 1. 1875 in Kappel b. Chemnitz. Dreher. — Seit 15. 12. 1913 Geschäftsf. im Metallarb.-Verb. — 1918—1924 Stadtd. — Bureau: Talbahnstr. 44. Tel.: 2420.

Sarunski, Franz, geb. 12. 9. 1874 in Königsberg i. Pr. Bauhilfsarbeiter. — Seit 1. 7. 1912 Angest. im Bau-gewerksbund. — 1. 5. 1925 bis 31. 12. 1910 im Bauhilfsarb.-Verb. Königsberg i. Pr. — Bureau: Paulsauer Straße 95. Tel.: 894.

Schaarschmidt, Erich, geb. 4. 11. 1887 in Dresden. Handlungsgehilfe. — Seit 1. 7. 1920 Geschäftsf. im JdH. — Bureau: Königsstr. 15. Tel.: 1689.

Steidel, Bernhard, geb. 16. 10. 1877 in Leipzig. Schriftf. — Buchhalter d. Volksstimme. — 1. 11. 1900 bis 31. 12. 1913 Leipziger Volksztg. 1. 1. 1914 bis 30. 9. 1917 Geschäftsf. Oberschlesische Freie Presse in Ratibitz. 1. 10. 1917 bis 30. 9. 1919 Betriebsleiter Freie Presse in Leipzig. 1. 10. 1919 bis 31. 1. 1923 Geschäftsf. Volksstimme in Plauen. Am 1. 2. 1923 vom jetzigen Parteigeschäft übernommen.

Trischmann, Karl, geb. 18. 11. 1887. Bäcker. — Seit 1. 4. 1925 Gew..

Angekl. im Nahrungs- u. Genussmittelarb.-Verb. — Abt.: Blumenstraße 7, Stb. Tel.: 557.
Voigtländer, Arno, geb. 29. 8. 1881 in Reinsdorf b. Baldheim. Klempner. — Seit 1. 10. 1912 Bureauangekl. Metallarb.-Verb. — Ohmann Arb.-Böhl. — Bureau: Talbahnstr. 46. Tel.: 2420.
Wagner, Max, geb. 18. 7. 1880 in Plauen i. V. Sticker. — Seit 26. 2.

1920 Angekl. im Textilarb.-Verb. — Tel.: 2599.
Walther, Erich, geb. 20. 11. 1890 in Belsig. — Seit 1. 11. 1919 Bezirksleiter im BdA. — Vorl. VFA-Ortskartell. — Bureau: Königstr. 15. Tel.: 1680.
Zeising, Gustav, geb. 25. 11. 1889 in Hirschberg a. d. E. Tüllweber. — Seit 1. 8. 1923 Angekl. im Textilarbeiterverb. — Bureau: Pausaer Straße 95. Tel.: 2598 u. 2599.

Reichenbach i. V.

Aussch. d. ADGB.: R. Schmidt, Weststr. 3. Tel. 2870.
 Aussch. d. AFA: Paul Tillack, Markt 5. Tel. 2685.
 Arb.-Sekr.: Paul Tillack, Markt 5. Tel. 2685.
 Volkshaus: Markt 5. Tel. 3161.
 Konf.-Ver.: Friedrich Pfaff, Dammsteinstr. 10. Tel. 2214.
 Volksfür.: Josef Wenig, Eisenbahnstr. 20.
 Arb.-Bild.-Aussch.: Richard Schmidt, Weststr. 3. Tel. 2870.
 Arb.-Zgverein: Max Schimpf, Johannstr. 5.
 Arb.-Böhlfahrt: Alfred Müller, Weststr. 3. Tel. 2870.
 Kinderfreunde: Klara Steiniger, Oststr. 8.
 Arb.-Sportkari.: Walter Köhler, Johannstr. 7.

Dinbas, Hermann, geb. 13. 11. 1874 in Briesa, Bez. Breslau. Schlosser. — Seit 1914 Angekl. im Eisenb.-Verb. — Stadtv. in Reichenbach i. V. Funkt. SPD. u. Gewerksch. — Bureau: Markt 5. Tel.: 2009.
Ernst, Max, geb. 8. 9. 1881 in Zwettau i. Ga. Former. — Seit 1. 1. 1921 Geschäftsf. des Metallarb.-Verb. — Vorl. im Ortsaussch. d. ADGB. 1910 bis 1920 Bevollm., zeitw. auch Kass. d. Metallarb.-Verb. in Frankenberg

i. Schl. — Bureau: Schützenstr. 79. Tel.: 2783.

Geßlich, Albin, geb. 26. 6. 1878 in Mülsen-St. Nicola. Appreturarb. — Seit 1. 10. 1919 Beiragskass. im Textilarb.-Verb. — Bureau: Weststraße 3. Tel.: 2870.

Marquardt, Wilhelm, geb. 25. 3. 1886 in Berlin. Transportarb. — Seit 1. 10. 1921 Angekl. im Verkehrsband. — Bureau: Höfestr. 4.

34

Müller, Alfred, geb. 17. 2. 1890 in Reichenbach i. V. Weber. — Seit 1. 10. 1919 Geschäftsf. im Textilarb.-Verb. — Kass. d. Arb.-Böhlfahrt. Schulaussch. — Bureau: Weststraße 3. Tel.: 2870.

Schille, Rudolf, geb. 10. 5. 1887 in Hartenstein i. Erzgeb. Fabrikweber.

— Seit 21. 11. 1921 Filialleiter d. Volkszsg. f. d. Vogtland. — Bezirksf. — Bureau: Markt 5. Tel.: 2134.

Schmidt, Richard, geb. 30. 9. 1881 in Neumark i. Ga. Weber. — Seit 1. 11. 1913 Geschäftsf. im Textilarb.-Verb. — Stadtrat. — Bureau: Weststr. 3. Tel.: 2873.

Bildverzeichnis

Bild Seite 19: Stadtplan von Plauen 1874

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 24: Gedenktafel am Tivoli in Plauen, gestiftet 1990 von der SPD

Eigenes Foto

Bild Seite 34: August Bebel

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 45: Auszug aus dem Voigtländischen Anzeiger und Tageblatt vom 13. Mai 1874

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 47: Anmeldungsschreiben von Franz Rudolph (ADAV) vom 18.11.1874

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 59: Plakat Volksversammlung am 27.02.1876

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 70: Unterschriften aus dem Originalstatut des Arbeiter-Wahlvereins des 23. Wahlkreises vom 22. März 1876

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 77: Auszug aus dem Flugblatt des Arbeiter-Wahlvereins des 23. Wahlkreises für die Reichstagswahlen 1877

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 89: Flugblatt zur Stichwahl 1877

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 97: Bild: Polizeibericht vom 3. April 1878

Stadtarchiv Plauen

Bild Seite 116: Porträt Ignatz Auer

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 117: Porträt Max Kayser

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 117: Porträt Franz Hofmann

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 118: Porträt Alwin Gerisch
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 119: Porträt Paul Lensch
WIKIPEDIA

Bild Seite 120: Porträt Hermann Jäckel
WIKIPEDIA

Bild Seite 121: Porträt Paul Röhle
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 122: Porträt Friedrich Puchta
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 122: Porträt Arthur Arzt
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bild Seite 122: Porträt Max Seydewitz
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Personenregister

Arzt, Arthur 122, 123

Auer, Ignatz 76, 115, 116

Bauer, H. 98

Bauer, Hermann 134

Bebel, August 8, 22–43, 48–52, 75, 125, 152, 156

Bernstein, Eduard 108, 129

Bieligt, Fritz 174

Bismarck von, Otto 6, 15, 16, 33, 46, 86, 100, 102

Blum, Robert 89

Böhler, F. L. 17

Bohnhorst 32

Bohormann, Ludw. 174

Bracke 32

Braun, Karl 115

Breitscheid, Rudolf 129

Bretschneider, Alban 134

Brückner 22

Brückner, Gustav 69, 70, 72, 159, 170

Brückner, Hermann 69, 70, 72, 159, 170

Brunner, Martha 174

Bühning, Albrecht 134

Daber, Richard 174

Dammschneider, Paul 174

Danneuther, Hans 174

David, Paul 174

Dietrich, H. 18

Dindas, Hermann 176

Dorn, Alfred 174

Drechsler, Marie 174

Dressel, Hugo 134

Ebert, Friedrich 6, 131
 Ebert, Gottlieb 103, 159, 164
 Eckstein, Viktor 174
 Engel, Ernst 83
 Engels, Friedrich 14
 Erhardt, Willy 18, 141, 142
 Ernst, Max 176
 Eulenburg 52

Feiler, Otto 173
 Feuerbach 109
 Forbriger, Friedrich 69, 70, 159, 170
 Forkel, Herrmann 103, 159, 164
 Förster, Franz 174
 Fiedler, Emil 134, 174
 Flach, Leonhard 103, 159, 164
 Franz, G. 61, 163
 Freytag, Otto 35–39, 125, 133
 Fritsch, Eugen 112, 135, 136, 175
 Fröhlich, Albin 176

Gabler, August 103, 159, 164
 Gabriel, Sigmar 8
 Gauck, Joachim 8
 Geip, August 75
 Geipel, Ewald 175
 Georgi, Otto 115
 Gerisch, Alwin 41, 90–92, 105, 115–119, 123
 Gessing, Otto Hermann 36, 39, 61
 Geyler, Joh. 173
 Glück, Christian 174
 Goebbels 148
 Gräßer, Clemens 173
 Graupe 160

Günther, Oskar 115
Gypser, Gotthilf 174

Hanning 98, 100, 101
Hartenstein, August 69, 70, 71, 98, 112, 159, 170
Hartenstein, Gustav 103, 159, 164
Hartmann, Karl Alwin 115
Hartsch, Erwin 135, 160
Haße, H. 98, 101
Hecht, Albin 175
Heldt, Max 131
Hempel 17
Hepner, Adolf 33, 40
Heubner, Julius Leonhard 115
Himmler 148
Hirsch Dr. 22–27
Hitler 148
Hödel, Max 102
Hoffmann Dr., Rudolf 27, 37, 39
Hofmann, Franz 115–117, 123
Hollande, Francois 8
Hollischeck 97
Höra 23, 24, 39

Jäckel, Hermann 115, 116, 120, 160

Kätzel, Friedrich Anton 102, 103, 159, 164
Kautsch, Karl 135
Kayser, Max 115–117, 123
Köhler, Walter 176
Kohlmus, Georg 174, 175
Kirbach, Franz Moritz 38, 39, 108
Knauf, Erich 175
Krauß, Andreas 174

Krause, Karl Otto 57, 58, 86–88, 115

Kretzschmar, Albert 175

Küfner, Johann 174

Kühn 32

Kuhut 160

Kurtz, Carl 115

Landmann, Gustav 115

Lassalle, Ferdinand 8, 14, 49

Lauer, Johann 69–71, 159, 170

Lensch, Paul 115, 116, 119, 120

Lessig, Oskar 175

Levi 160

Leypold, Albert 175

Liebender, Franz 174

Liebknecht, Karl 129

Liebknecht, Wilhelm 8, 29, 31–35, 38–40, 42, 52, 75

Löschner, Moritz 42

Ludwig XVI. 40

Lünemann, H. 101

Luxemburg, Rosa 129

Mammen, Franz August 22, 115

Mann, Heinrich 85

Mann, Thomas 128

Marquardt, Wilhelm 176

Martin, Karl Hermann 174

Marx, Karl 14, 109

Mehlhorn, Wilhelm 61, 62, 98–101

Meier 160

Meniel, Paul 173

Merkel, Angela 8

Merkel, Anton Robert 115

Meusel, Otto Theodor 86, 88, 90, 91, 115, 123

Micharlis, Karl 103, 159, 164
Mohr, Ferdinand 38
Molkenbuhr 160
Most, Johann 75
Mothes, Rudolf 91
Motteller, Julius 75
Müller, Alfred 176
Müller, Karl Robert 133
Müller, Robert 42
Münster-Langelage zu, Otto 115
Mutschmann 137, 142

Napoleon III. 32
Naumann, Artur 173
Neu, Alfred 135
Neu, Carl 42
Niethammer, Albert 115
Nitschke, Gottfried 175
Nother, Herrmann 69–71, 159, 170

Orbel, Alfred 175

Patzelt, Artur 175
Petzold, Franz 64, 69, 70, 73, 74, 159, 163, 170, 172
Pfaff, Friedrich 176
Pfretzschner, Kurt 174
Pögelt, Ernst 69–71, 159, 170
Polenz von, Maximilian 115
Probst, Karl 174, 175
Puchta, Friedrich 122, 123, 160

Rathenau, Walther 129
Raucas, Reglindis 137
Reisser, Max 76, 80, 87, 88

Richter Dr., Wolfgang 41
 Ritsche, Gottfried 112, 174
 Röber, Otto 175
 Rockstroh 99, 103
 Roeburg, Georg Richard 175
 Röhle, Paul 121, 123
 Rothe, Paul 173
 Rudolph, Franz 47, 49, 64, 112, 159, 163

 Sarunski, Franz 175
 Schädlich, Max 173
 Schaarschmidt, Erich 175
 Scheidemann, Philipp 129
 Schille, Rudolf 176
 Schilling 160
 Schimpf, Max 176
 Schlesinger, Max 55, 56
 Schliemann, Heinrich 13
 Schmeitzner, Mike 131, 137
 Schmidt 22
 Schmidt, Richard 176
 Schmiedel, Johann Theodor 115
 Schnierch, Karl 112, 134
 Schnorr 17
 Schröder, Gerhard 7
 Schröder, Kurt 174
 Schubert, Hans 174
 Schurig, Otto 134
 Schweitzer, Jean Baptist 49
 Seidel, Mathias 143
 Seydewitz, Max 122, 123, 130, 142, 160, 173
 Sievers, Heinrich 32
 Spier, Samuel 32
 Spranger, Fritz 174

Steidel, Bernhard 175

Steinhäuser 17

Steiniger, Klara 176

Stöcker, Adolf 108

Strobel, Heino 17

Ströbel 160

Stücklen 160

Suttner von, Bertha 85

Tessendorf, Herrmann 50

Tillack, Paul 176

Tritschmann, Karl 175

Tröger 36, 37, 39

Uhlig 160

Uhlig, A. 97

Uhlig, Julius 97, 99

Vahlteich, Julius 75

Voigtländer, Arno 107

Wagner, Andreas 131

Wagner, Max 176

Walter, Erich 174

Walter, Franz 140, 143

Walther, Erich 176

Weber, Erich 174

Weisbach 17

Welke, August 35

Wels, Otto 6

Wenig, Josef 176

Wieprecht, Carl Friedrich 45, 46

Winkler, Max 133

Wolf, Carl August 59, 60, 64–66, 69–71, 159, 163, 164

Wolf, Rudolf August 44, 161–163

Wöllner, Rich. 173

Wörner, Eugen 148

Zeidler, Wilhelm 115

Zeigner, Erich 130, 131

Zeising, Gustav 176

Über den Autor



Rolf Schwanitz wurde 1959 in Gera (Thüringen) geboren und stammt aus einer Familie mit längerer sozialdemokratischer Tradition. Seine Kindheit und Jugend hat er in Gotha verbracht. Nach Besuch der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule absolvierte er eine Berufsausbildung mit Abitur in Erfurt. Dann arbeitete er als Baufacharbeiter auf verschiedenen Baustellen der Region. Ab 1979 studierte Rolf Schwanitz Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Bis 1989 arbeitete er an der Fachschule für Ökonomie Plauen und ab 1989 als Wissenschaftlicher Assistent an der TH

Zwickau im Einsatzgebiet Betriebswirtschaft. Von 1984 bis 1990 absolvierte der Autor ein berufsbegleitendes Hochschulfernstudium Jura an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im Oktober 1989 wurde Rolf Schwanitz in Plauen Mitglied im Neuen Forum. Im November 1989 trat er in die SPD (SDP, DDR) ein. In dieser Zeit engagierte er sich für die Demokratisierung in seiner Heimatstadt Plauen. Von 1993 bis 2011 hatte er das Amt eines stellvertretenden Landesvorsitzenden des SPD-Landesverbandes Sachsen inne.

Von März bis Oktober 1990 war Rolf Schwanitz Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer der DDR. Er war rechtspolitischer Sprecher der SPD-Volkskammerfraktion und von Juli bis August 1990 Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium der Justiz (DDR).

Von Oktober 1990 bis 2013 war der Autor Mitglied im Deutschen Bundestag. Hier arbeitete er unter anderem im Innenausschuss, Vermittlungsausschuss und Haushaltsausschuss. Rolf Schwanitz gehörte darüber hinaus insgesamt drei Bundesregierungen an. Von 1998 bis 2002 war er Staatsminister beim Bundeskanzler (Gerhard Schröder) und Beauftragter für die Angelegenheiten der neuen Länder, von 2002 bis 2005 war er als Staatsminister beim Bundeskanzler zuständig für die Bund-Länder-Angelegenheiten und von 2005 bis 2009 arbeitete er als Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ge-

sundheit. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag im November 2013 war er Mitglied im Haushaltsausschuss. Als die wichtigsten politischen Themen seiner 25-jährigen parlamentarischen Arbeit bezeichnet Rolf Schwanitz den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess, die Öffnung der Stasi-Akten, den Aufbau Ost, die Agenda 2010 sowie die stärkere Trennung von Staat und Kirche. Seit 2014 ist er ehrenamtlich engagiert, befasst sich verstärkt mit Fragen der Regionalgeschichte und ist auch publizistisch tätig.

Impressum

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Sachsen@fes.de

Korrektur	Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Druck	Druckerei Friedrich Pöge, Leipzig

ISBN 978-3-95861-146-7

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

